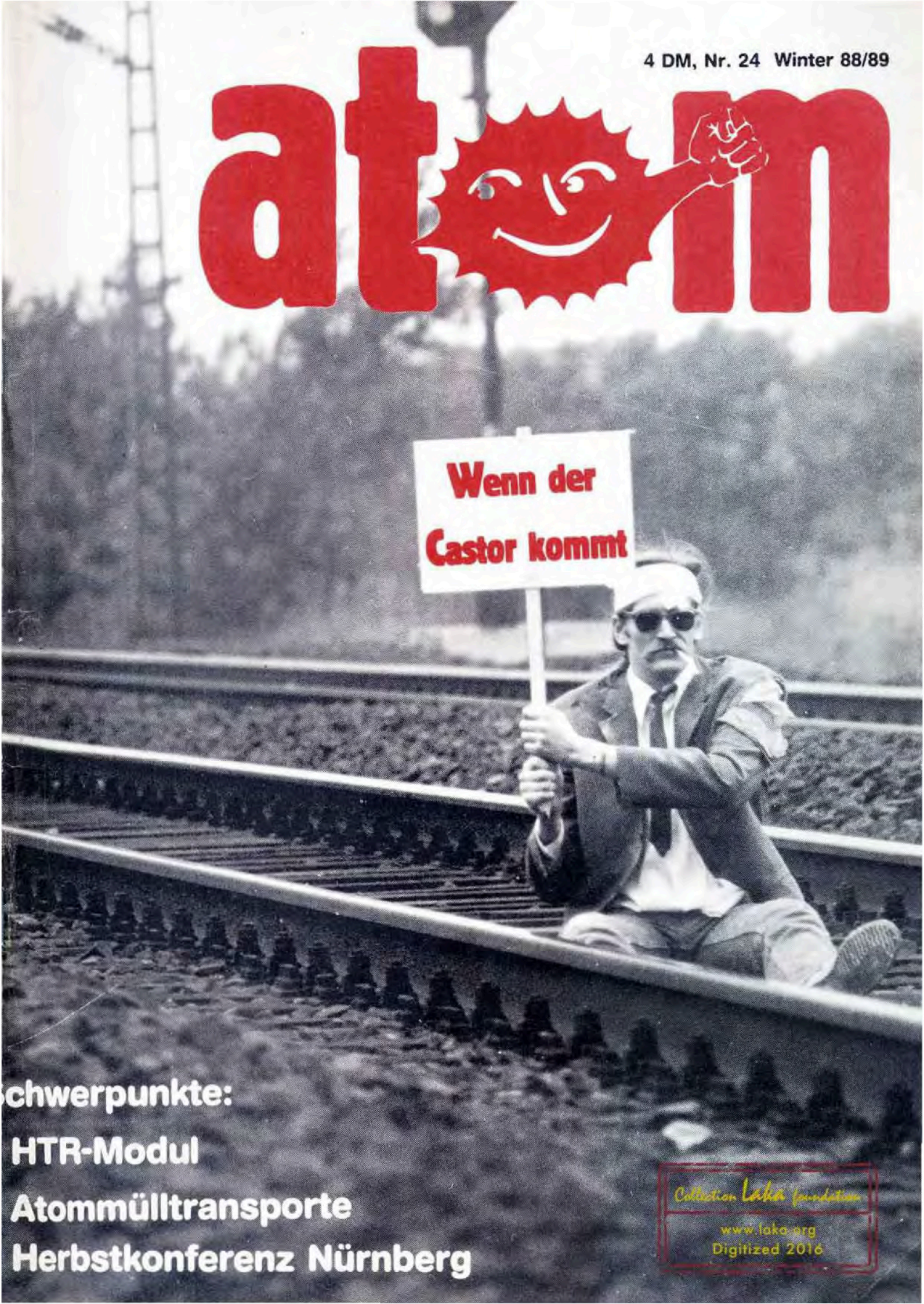
4 DM, Nr. 24 Winter 88/89

atom



Schwerpunkte:
HTR-Modul
Atommülltransporte
Herbstkonferenz Nürnberg

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

NACH DEM WIRBELSTURM

NICARAGUA BENÖTIGT UNSERE GANZE HILFE

Der Wirbelsturm „Joan" hat in Nicaragua bisher etwa 50 Tote gefordert. Mehr als 800 Menschen werden vermißt. Der Sturm hat schwerste Verwüstungen angerichtet. Die Stadt „Bluefields" wurde dem Erdboden gleichgemacht. Von vielen weiteren Orten sind ähnliche Verwüstungen bekannt.

Wegen der Überschwemmungen und des Trinkwassermangels muß in mehreren Landesteilen mit Epidemien gerechnet werden. Weil viele Lebensmittelläden dem Sturm zum Opfer fielen, wird sich die Ernährungssituation in Nicaragua dramatisch verschlechtern.

Der Hurrikan hat die Entwicklung des kleinen Landes um Jahre zurückgeworfen: dies in einer Situation, in der Nicaragua durch den von den USA finanzierten und gelenkten Contra-Söldner-Krieg schon seit einiger Zeit in einer zugespitzten wirtschaftlichen Notsituation leben muß.

600000 Einwohner, etwa ⅓ der Gesamtbevölkerung, sind jetzt durch den Sturm ohne Obdach. Die in den letzten Jahren neuaufgebauten Schulen, Gesundheitseinrichtungen und wichtige Brücken sind in den besonders stark getroffenen Landesteilen vernichtet worden. Ein erheblicher Teil der anstehenden Kaffee- und Baumwollernte wurde zerstört.

Nur Dank der Bemühungen der nicaraguanischen Regierung, die besonders stark gefährdeten Menschen rechtzeitig vorab zu evakuieren, ist die Zahl der Todesopfer nicht noch größer.

WIR RUFEN DIE MENSCHEN IN DER BUNDESREPUBLIK AUF, DEN UNTEN GENANNTEN KONTEN GELD FÜR DRINGENDE SOFORTHILFEMASSNAHMEN ZUR VERFÜGUNG ZU STELLEN:

Die Bundesregierung fordern wir auf, unbürokratisch umfangreiche und bedingungslose Soforthilfe zu leisten. Darüber hinaus fordern wir die Freigabe der seit 1981 eingefrorenen Entwicklungshilfegelder (40 Mio DM) sowie Hilfe für den Wiederaufbau nach der Zerstörung durch den Hurrikan.

Kommunen, Kirchen, Verbände und Gruppen fordern wir dazu auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Nicaragua schnell Hilfe zukommen zu lassen.

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA e.V.
Konto 9767 38, Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00

medico international e.V.
Konto 18 00, Stadtsparkasse Frankfurt, BLZ 500 501 02 oder Postgiro 6999-508

Christl. Initiative Romero e.V.
Konto 31122 00, Darlehenskasse Bistum Münster, BLZ 400 602 65

Eirene — Intern. Christl. Friedensdienst,
Konto 709 076 72, Postgiro Ludwigshafen
Stichwort Hurrikanhilfe

Frankfurt, Wuppertal, Münster, Neuwied, den 24. Oktober 1988

Dieser Aufruf wurde unterzeichnet von:

DGB-Jugend-Hessen / AG Nicaragua-Bensheim, Gelnhausen / Autonomes Zentrum Wuppertal / Bildungswerk / CITA Freundeskreis, Essen / Christl. Initiative Romero, Münster / Die Grünen — Bundesvorstand / Die Grünen, Niedersachsen / Die Grünen KV, Göttingen / Dritte Welt Haus, Bielefeld / Eirene — Internat. Friedensdienst / Evgl. Studentengemeinde in der BRD und West-Berlin / Förderkreis Städtepartnerschaft Sebaco, Rechtenhausen / Freundeskreis Nicaragua-Sprachbrief / Gesundheitsteilen Berlin / Informationsbüro Nicaragua e. V. / Informationsstelle Lateinamerika e. V. / Internat. Christl. Jugendaustausch / Koord. d. hess. Nicaraguainitiativen u. kommunaler Partnerschaften / medico international e. V. / Mittelamerika-Komitee, Göttingen / Nicaragua-Initiative im Verband christl. Pfadfinder, Niedersachsen / Nicaragua-Verein, Hamburg / Ökumenisches Büro f. Frieden und Gerechtigkeit e. V. / Städtepartnerschaft Moers-La Trinidad / Unterstützungsgruppe Chale Haalem, Krefeld / Verein f. Städtepartnerschaft Freiburg-Wiwili / Verein Monimbo e. V. / Verein Sandino-Partnerschaft, Darmstadt / Verein z. Förderung der Städtepartnerschaft Saarbrücken-Diriamba / Verein z. Förderung d. Städtepartnerschaft Göttingen-La Paz Centro / Verein z. Förderung d. Städtepartnerschaft Wuppertal-Matagalpa / Arbeitsgemeinschaft kath. Studenten und Hochschulgemeinden / El Salvador-Solidaritätsbasismilee Speyer / Fördervereins Städtefreundschaft mit Jinotega e. V., Solingen / Ökotond Niedersachsen-Die Grünen / Brigadenvorbereitungsgruppe Saarbrücken / Lateinamerika-Komitee Ulm / Fördervereins Städtepartnerschaft Ulm-Jinotega / Friedensinitiative Rotenburg / Mittelamerika-Komitee Rotenburg / Aktionskreis Eine Welt e. V., Wuppertal / Die Grünen-Regionalbüro Ruhrgebiet / Eine Welt Werkstatt, Hamburg / Verein Daniel Ellsphiel, Hamburg / Karola-Stoch-Brigaden, Reutlingen / Dritte Welt Laden Haldhausen, München

V. i. S. d. P.: Hans Branscheidt, Obermainanlage 7, 8000 Frankfurt 1.

Bei der Christlichen Initiative Romero (Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster), können Postkarten an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Unterstützung der Forderung nach einer angemessenen Soforthilfe für Nicaragua angefordert werden.

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

KULTUR

Mit Beiträgen über: Exotismus, Auswärtige Kulturpolitik, Kulturimperialismus, Capoeira in Brasilien, Erzähltradition in Afrika, Buchrezensionen u.a.

Nr. 153
Nov. 1988
68 Seiten

Bezug: blätter des iz3w Postf. 5328 7800 Freiburg Buchhandel: Prolit, Pf, 63 Gießen

8 mal im Jahr für 40/30 Mark
Einzelheft 5 DM + 1,50 DM Porto

EIN ÜBERRASCHENDES GESCHENK MIT HOCHWILLKOMENENEN FOLGEN...

..... WOCHEN LANG
TAZ FÜR TAZ

FÜR .....

VON .....

BESTELLSCHEIN (BITTE DEUTLICH SCHREIBEN)

AN: TAZ-ABO
WATTSTR. 11-12
1000 BERLIN 65

PRESENT-SCHECK ZUM ÜBERREICHEN

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

ICH VERSCHENKE

die tageszeitung

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift: .....

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:

atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen.
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg, Tel.: 04131/37835 (tagsüber).

V.i.S.d.bgl.P.:

Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann.

Bestellbedingungen:

Diese Ausgabe kostet 4 DM, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3 DM.
Ein Abo für 5 Ausgaben (Abo Zeitraum Nr. 21-25, 26-30...) kostet 25 DM incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 35 DM.
Konto:"atom", Günter Garbers,
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo- und Bestellpost nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg.

Achtung:
Bitte **keine Post** mehr an die alte Adresse des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie schicken. Das Büro in der Reinhäuser Landstr. ist aufgelöst.

Spendenkonto:

Bernd Weidmann, Sonderkonto, PSchA. Hannover, Nr. 4098-304. Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:

Dies ist die **atom** Nr. 24.
Nach der guten alten Zählweise, für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 64
atommüllzeitung Nr. 50 (!)

Redaktionsschluß:

für die atom Nr. 25 ist der 15. Januar 1988

Inhalt

Strahlen - Behörde 4

50 Jahre Kernspaltung 7

Schwerpunkt 1: Herbstkonferenz in Nürnberg 10

Da in Nürnberg kaum gemeinsame Strategien und überregionale Handlungsansätze diskutiert wurden, geriet die politische Schwäche der Anti-AKW-Bewegung ins Zentrum der Kritik. Diskussionsbeitrage aus Lüneburg, Berlin, München u. Hamburg.
Arbeitsgruppenberichte lagen bis Redaktionsschluß nicht vor.

Schwerpunkt 2: Atommülltransporte . 17

Berichterstattung: Mox-Transporte nach Emden

Aufruf: Wenn der Castor ins Wendland rollt

Diskussion: Beiträge aus dem Wendland, Nürnberg und München zu den Perspektiven des Widerstands gegen Atom(müll)transporte

Wackersdorf — Herbststimmung am Bauzaun 28

Nachlese zum Hanau - "Skandal" 34

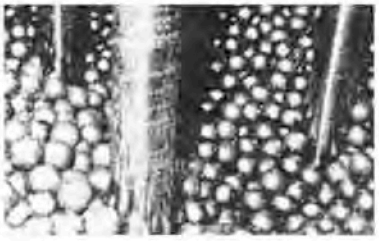
Brokdorf: Rückblicke u. Perpektive 37

Standorte 44

Schwarzes Brett 48

Schwerpunkt 3: HTR - Modul 49

Kampagne gegen das standortunabhängige Genehmigungsverfahren und erste Reaktionen darauf.
Reaktorlinie der Zukunft — auch für das Ausland!
Ein Artikel zum Export eines HTR-Forschungsreaktors in die UdSSR



Säuglingssterblichkeit 56

Startbahn: Zur Anklageschrift 58

Bundesamt für Strahlenvertuschung

Töpfer greift in die Trickkiste

Am 13.10.88 hat das BMU den Entwurf für ein Errichtungsgesetz für das Bundesamt vorgelegt. Das Bundesamt macht einige Änderungen des Atomgesetzes erforderlich und soll offiziell am 1.7.1989 installiert werden. Ab 1.1.89 soll als Vorläufer eine "Bundesstelle für Strahlenschutz" per Erlaß eingerichtet werden.

Am 17.11.88 sind Verbände und betroffene Kreise zu einer internen Anhörung ins BMU geladen. Anfang Dezember will das Bundeskabinett die Gesetzesvorlage verabschieden. Man sieht, es soll jetzt zügig vorangehen. Für die Verabschiedung des Gesetzes ist die Zustimmung des Bundestages erforderlich. Mit der neuen Superbehörde schafft sich Töpfer ein Durchsetzungsinstrumentarium für alle wichtigen und anstehenden Fragen der Atomenergienutzung. Es bedeutet eine dauerhafte Festschreibung der weiteren Nutzung der Atomenergie unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Alle Entscheidungen, Fragen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes werden absolut zentralisiert und unter einem Dach zusammengefaßt. In dieser Behörde, die vermutlich ihren Sitz in Salzgitter haben wird (als Entschädigung für den Ärger mit Schacht Konrad), werden in Zukunft alle fachlichen Fragen geklärt, die notwendigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften ausgearbeitet, die zum weiteren ungestörten Betrieb der Atomanlagen erforderlich sind. Die Behörde wird die Verwaltungsaufgaben des Bundes umfassend wahrnehmen.

Gleichzeitig werden in dieser Behörde die wissenschaftlichen Grundlagen, Gutachten etc. ausgearbeitet und so der Weiterbetrieb der Atomanlagen gleich wissenschaftlich legitimiert und untermauert. Darüberhinaus wird das Bundesamt Durchführungsbehörde des Bundes sein und als Betreiberin von Atomanlagen, die Obliegenheit des Bundes sind, in Aktion treten. Insofern wird das Bundesamt vor allem eine Durchsetzungsbehörde für Bau, Errichtung und Betrieb von Zwischen- und Endlagern sein.
Durch die Zentralisierung aller Funktionen wird das Bundesamt die Vertuschungsbehörde in Sachen Atomenergie schlechthin sein. An ihr wird jede Kritik abprallen und die Atomindustrie wird im Windschatten und mit tatkräftiger Unterstützung dieser Behörde ihre Sauereien ungestört tätigen können. Die bundesbehörde wird zu einer wesentlichen Verringerung der Reibungsverluste zwischen staatlichen Stellen und der Atomindustrie führen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es heute im wesentlichen darum geht, den gegenwärtigen Bestand an atomaren Anlagen zu schützen, wird das Bundesamt zumindest indirekt die Länderkompetenzen bzgl. Aufsicht und Genehmigung dramatisch aushöhlen, wenn nicht sogar auf absehbare Zeit gänzlich aufsaugen.

Aufbauend auf das Atomgesetz und das 1986 nach Tschernobyl verabschiedete Strahlenschutzvorsorgegesetz wird in dieser Behörde jegliche Information über Reaktorsicherheit, Strahlenexposition, zu ergreifende Maßnahmen im Falle eines Unfalles zentral gesteuert, ausgewertet und eine entsprechende zentral gesteuerte Informationspolitik betrieben. Was die Öffentlichkeit nicht erfahren soll, wird sie so auch nicht erfahren.
Das Bundesamt bedeutet eine konsequente Weiterführung der Politik seit Tschernobyl. Weitermachen, vertuschen, vernebeln und die Bevölkerung mit administrativen Maßnahmen beruhigen, um so letztendlich das Vertrauen in die Atomenergienutzung wiederherzustellen. So wird denn auch dieses Bundesamt von der Bundesregierung als Kontrollinstrumentarium verkauft. Die Bezeichnung "Bundesamt für Strahlenschutz" bedeutet eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit. Bundesamt für Atomanlagenbestandsschutz oder Bundesamt für Vertuschung sind sicherlich eher Begriffe, die der faktischen Aufgabenbeschreibung dieses Amtes gerecht werden.
Zu den Aufgaben im einzelnen:
- Im Bundesamt werden alle Daten der Strahlenbelastung zentral erfaßt, ausgewertet und entschieden, was wann und wie veröffentlicht wird.
- Dort erfolgt eine zentrale Erfassung aller strahlenexponierten Personen, die Auswertung der Dosimeter und die Entscheidung über die jeweilige Veröffentlichung.
- Das Bundesamt genehmigt Atomtransporte, überprüft die Transporte auf ihre Zuverlässigkeit. Gleichzeitig genehmigt sie die Zwischenlager, die privat von den EVUs betrieben werden.
- Das Bundesamt betreibt mit Hilfe von Dritten die Endlager, erarbeitet die notwendi-

gen Sicherheitsanalysen und Gutachten, bewertet diese Gutachten, erteilt die Betriebsgenehmigungen.
- Eine angebliche Kontrolle des Bundesamtes über den atomaren Brennstoffkreislauf und vor allem über die Atommüllströme findet nicht statt, da sie nach dem Neuordnungskonzept von Töpfer voll und ganz in den Händen der Betreiber bleibt (Konditionierung, Transport, Zwischenlagerung... und als Mitanteilseigner bei der Endlagerung (DBE)).

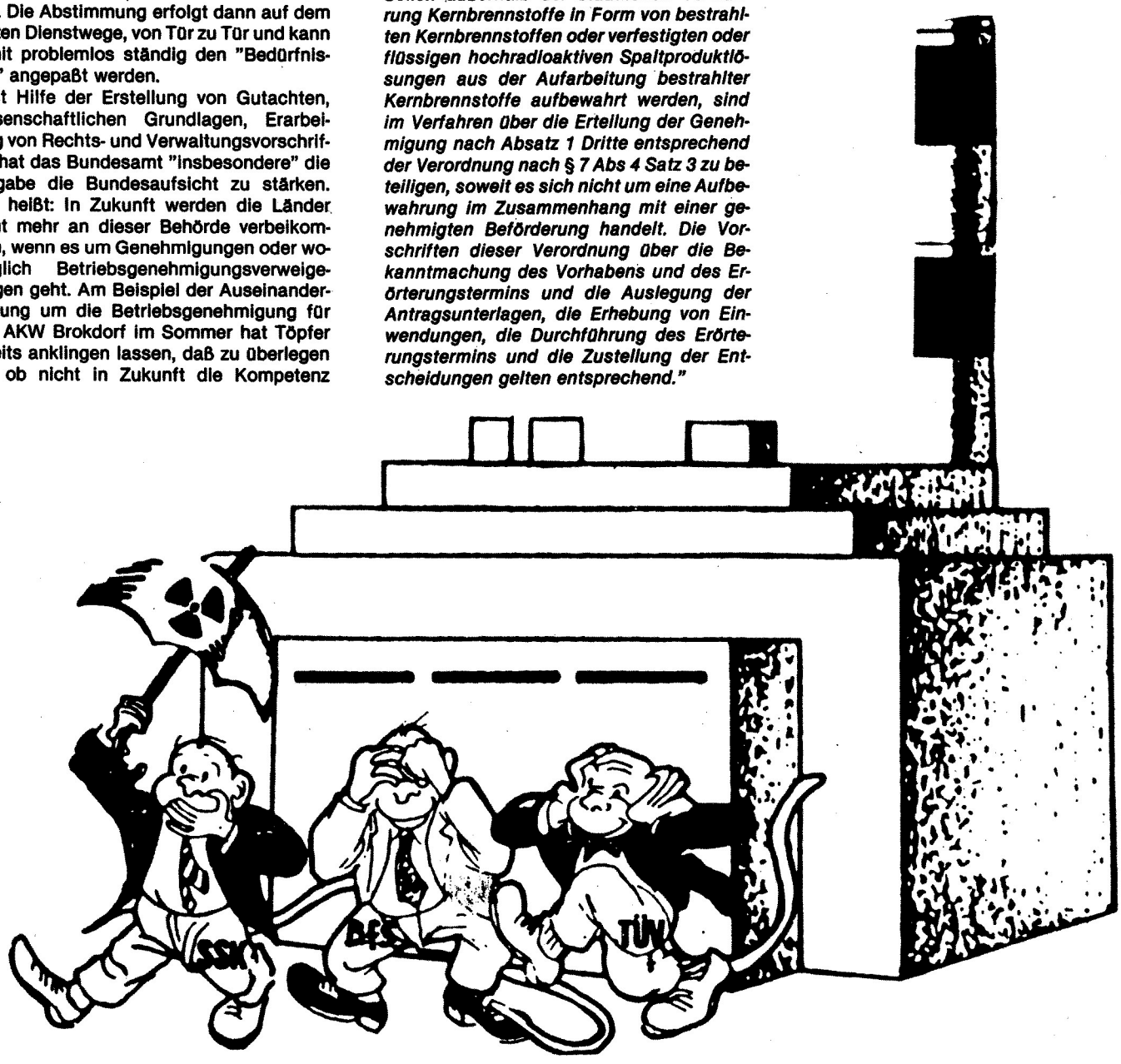
- Kerntechnischer Ausschuß, Reaktorsicherheitskommission und Strahlenschutzkommission werden ihre Geschäftsbüros im Bundesamt erhalten. Damit werden sie direkt in das Bundesamt integriert und verlieren den letzten Anschein von Unabhängigkeit. Da diese Gremien bereits heute die Anforderungen an technischer Sicherheit und Strahlenschutzbedarf festlegen, werden sie in Zukunft noch besser in direkter Abstimmung mit allen anderen Zuständigkeiten interne Absprachen treffen zu können. Die Abstimmung erfolgt dann auf dem kurzen Dienstwege, von Tür zu Tür und kann somit problemlos ständig den "Bedürfnissen" angepaßt werden.
- Mit Hilfe der Erstellung von Gutachten, wissenschaftlichen Grundlagen, Erarbeitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften hat das Bundesamt "insbesondere" die Aufgabe die Bundesaufsicht zu stärken. Das heißt: In Zukunft werden die Länder nicht mehr an dieser Behörde verbeikommen, wenn es um Genehmigungen oder womöglich Betriebsgenehmigungsverweigerungen geht. Am Beispiel der Auseinandersetzung um die Betriebsgenehmigung für das AKW Brokdorf im Sommer hat Töpfer bereits anklingen lassen, daß zu überlegen sei, ob nicht in Zukunft die Kompetenz gleich vom Bund übernommen werden soll. Argumentativ wird wohl kaum eine Landesbehörde gegen eine derartig starke Bundesbehörde anstinken können. Minister Jansen in Schleswig-Holstein hat so bereits im Sommer mit Brokdorf freiwillig ein Feld geräumt, welches sich angesichts dieser Bundesbehörde nur schwerlich zurückgewinnen lassen wird. Eher im Gegenteil. Die Chance, die Länderrechte möglicherweise über den Klageweg zu stärken, wurden verspielt.

Im Windschatten der Errichtung des Bundesamtes sollen zwei Paragraphen des Atomgesetzes geändert werden, die von weitreichender Bedeutung sind.

1. Das Entsorgungsdilemma soll mit einer Änderung des § 6 AtG auf Dauer vertuscht werden.
2. Mit der Änderung des § 12 Abs. 1, Satz 1 Nr. 10 AtG soll der Atomstaat im Atomgesetz festgeschrieben werden.

Zu 1.: Änderung des § 6 AtG und seine Konsequenzen:
In § 6 wird folgender Absatz 3 angefügt: *"(3) Sollen außerhalb der staatlichen Verwahrung Kernbrennstoffe in Form von bestrahlten Kernbrennstoffen oder verfestigten oder flüssigen hochradioaktiven Spaltproduktlösungen aus der Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe aufbewahrt werden, sind im Verfahren über die Erteilung der Genehmigung nach Absatz 1 Dritte entsprechend der Verordnung nach § 7 Abs 4 Satz 3 zu beteiligen, soweit es sich nicht um eine Aufbewahrung im Zusammenhang mit einer genehmigten Beförderung handelt. Die Vorschriften dieser Verordnung über die Bekanntmachung des Vorhabens und des Erörterungstermins und die Auslegung der Antragsunterlagen, die Erhebung von Einwendungen, die Durchführung des Erörterungstermins und die Zustellung der Entscheidungen gelten entsprechend."*

Mit der Ergänzung des § 6 um den Absatz 3 ist beabsichtigt, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen:
1. Der § 6 gilt im ursprünglichen Sinne nur für die Aufbewahrung von Kernbrennstoffen, d.s. z.B. unbestrahlte Brennelemente. Da die Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente im Atomgesetz nicht vorgesehen ist, hat man die Zwischenlager Gorleben und Ahaus nach Baurecht genehmigt und die Einlagerung nach § 6. Diese Lager werden seit Jahren vor den Gerichten beklagt, weil für abgebrannte Brennelemente der § 6 nicht zutrifft, sondern der § 9 (Sicherstellung von atomaren Abfällen in eine Anlage des Bundes mit dem Ziel der Endlagerung). Darüberhinaus wurde die fehlende Öffentlichkeitsbeteiligung und das gesamte Genehmigungsverfahren für den Bau der Lager beklagt. Mittlerweile werden die abgebrannten Brennelemente von der Regierung als wertvolle Reststoffe definiert, die zurückgewonnen werden sollen, sprich der



Wiederaufarbeitung zugeführt werden sollen. Auch wenn man sich dieser Sicht der Dinge anschließen wollten, wäre für die Zwischenlager ein Genehmigungsverfahren nach § 7 erforderlich mit Planfeststellung.
Mit der Ergänzung des § 6 um eine einzuführende Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 7 Abs. 4 Satz 3 wird jetzt versucht allen Klagen den Wind aus den Segeln zu nehmen und sie hinfällig zu machen. Zudem werden die einfachen Genehmigungsverfahren für die Zwischenlager nachträglich abgesegnet. Das, was es bisher nicht gab, wird ins Atomgesetz eingeführt, nämlich Zwischenlager. Dabei bleibt dann offen, was letztendlich mit diesen abgebrannten Brennelementen zu passieren hat und wird. Die Rechtsunsicherheit der Entsorgungsgrundsätze von 1979 wird so aus der Welt geschafft. Somit bräuchte man im Endeffekt weder eine WAA noch ein Endlager und könnte die abgebrannten Brennelemente auf unbestimmte Zeit einfach zwischenlagern. Dieses bedeutet eine Aushöhlung des Atomgesetzes, wonach Atommüll gemäß § 9a schadlos zu verwerten bzw. geordnet zu beseitigen ist.

2. Zusätzlich sollen jetzt auch die Glaskokillen, verglaste hochaktive Abfälle aus der WAA, in einem Zwischenlager nach § 6 abgestellt werden können. Bei den Glaskokillen handelt es sich allerdings eindeutig um Abfälle, die an eine Anlage des Bundes abzuliefern sind und zwar zur Endlagerung. Da ein Endlager für hochradioaktive Abfälle nicht in Sicht ist, versucht man auch dieses Problem auf galante Art zu lösen. Man umgeht so z.B. für die beantragte Genehmigung zur Aufbewahrung der Glaskokillen aus La Hague im Zwischenlager Gorleben das aufwendige Verfahren nach § 9. Also kein Planfeststellungsverfahren etc., was für das ZL Gorleben ein Neuaufrollen der Genehmigung für das Zwischenlager bedeuten würde. Kommt der § 6 in dieser Fassung durch, dann können die Betreiber sich diesen ganzen Ärger ersparen. Für die Glaskokillen müßte das Lager auch in Bundesaufsicht übernommen werden und könnte nicht von der DWK betrieben werden. Gleichzeitig schafft man mit diesem Trick Lagerkapazitäten für die Abfälle, die in der Pilotkonditionierungsanlage konditioniert werden. So wird das Zwischenlager Gorleben zu einem Abfallager für hochradioaktive Abfälle auf Dauer. Das Zwischenlager wird zum Endlager, da der Druck zu Errichtung eines Endlagers nicht mehr gegeben ist. Wer die Probleme beim Bau des Endlagers Gorleben kennt, weiß oder ahnt, welch "kluge" Sache die Bundesregierung hier ausgebrütet hat. Muß die Regierung trotz aller Widernisse bisher krampfhaft am Endlager Gorleben festhalten, weil ansonsten der per AtG vorgeschriebene Endlagernachweis nicht zu erbringen ist, kann mit diesem geänderten § 6 ein Zwischenlager voll und ganz als Entorgungsnachweis herhalten. So schafft man sich einen freien Rücken in Sachen Endlager.

Zu 2.: Änderung des § 12 Abs. 1, Satz 1 Nr. 10 AtG:
§ 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10 wird wie folgt gefaßt: *"(10) Auf welche Weise der Schutz von radioaktiven Stoffen, von Anlagen im Sinne der §§ 7 und 11 Abs. 1 Nr. 2 sowie von Anlagen des Bundes nach § 9a Abs. 3 gegen Störmaßnahmen und sonstige Einwirkungen Dritter zu gewährleisten ist und daß und auf welche Weise hierzu die Zuverlässigkeit der beim Umgang mit oder bei der Beförderung von radioaktiven Stoffen sowie der bei Errichtung und Betrieb der genannten Anlagen tätigen Personen zu gewährleisten ist und hierzu von der zuständigen atomrechtlichen Genehmigungs- oder Aufsichtsbehörde unter Abfrage der für die Beurteilung der Zuverlässigkeit erforderlichen Erkenntnisse bei den für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständigen Behörden erforderliche Sicherheitsüberprüfungen der genannten Personen mit deren Einverständnis durchzuführen sind."*
In Zukunft sollen aufgrund dieser Einfügung alle Personen, die in Atomanlagen tätig sind, Atommülltransporte durchführen, Atomanlagen errichten, d.h. auch jeder Bauarbeiter umfassend sicherheitsüberprüft werden können. Verfassungsschutz, BKA, MAD, alle entsprechenden Sicherheitsorgane werden eingeschaltet. Dieses Aushorchen und Ausschnüffeln wird allerdings nicht nur die unmittelbar Betroffenen erfassen, sondern auch ihre Familien, Bekannten, Freunde etc. Denn alles, was für eine derartige Sicherheitsüberprüfung erforderlich scheint, darf dann auch per Atomgesetz gemacht werden. Der grenzenlosen Schnüffelei sind damit Tür und Tor geöffnet. Der Atomstaat hat Eingang ins Atomnetz gefunden. Einer permanenten Überwachung einer beliebigen Personenzahl sind keine Schranken gesetzt.

Heinz Laing, Mitarbeiter der GRÜNEN im Bundestag

BESTELLEN BESTELLEN BESTELLEN

den neuen »Atomkraft-Nein-Kalender 1989«
mit allen wichtigen Informationen für AKW-Gegner- und Gegnerinnen, für Standort-BI's und Autonome, für Tschernobyl-Inis und Energie-Wendegruppen.
Herausgegeben von der Atommüllkonferenz.

Jetzt wieder lieferbar! 2.Auflage ist fertig!

Bestellungen bitte massenhaft an:

Umweltzentrum Münster
Schamhorststr.67
4400 Münster

Preis: 8.50 DM, Wiederverkäufer 30% Rabatt, ab 50 Stck. sogar 50% Rabatt.

„50 Jahre Kernspaltung"

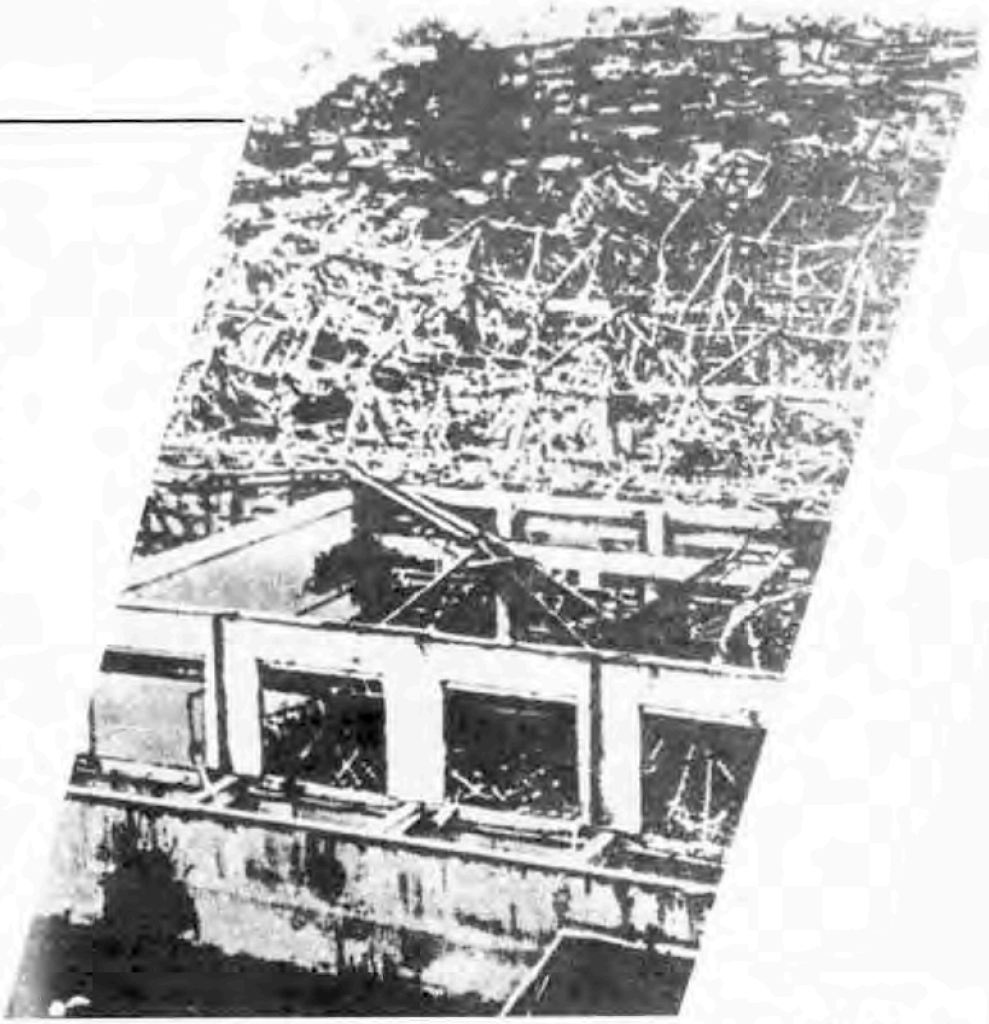
(K)ein Grund zum Feiern!

50 Jahre deutsches Atom(bomben)programm

50 Jahre atomarer Supergau

50 Jahre Atomstaat

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 20



Nach vielen verordneten Gedenkfeiern zu Judenverfolgung und Opfern des Faschismus, können Politiker gemeinsam mit der Atomindustrie endlich mal wieder aus sich herauskommen und eine *"herausragende Leistung"* aus der Zeit des deutschen Faschismus huldigen (ganz im Sinne Jenningers "Faszinosums").
Am 2. Dezember 1988 finden sich auf Einladung der Max-Planck-Gesellschaft, der Gesellschaft Deutscher Chemiker, der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, sowie der Kerntechnischen Gesellschaft und des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung in der Berliner Kongresshalle Politiker und Atomlobby zusammen, um in einer Feier und Festveranstaltung die Entdeckung der Kernspaltung vor 50 Jahren zu würdigen.
Ein wirklich makaberer zynischer Versuch, sich geschichtslos und erinnerungsschwach im Glanze der "Errungenschaft" der modernen Zivilisation zu suhlen.
Das faschistische Bombenprogramm, Hiroshima und Nagasaki, Harrisburg und Tschernobyl, Atommüllnotstand und strahlende Ruinen, 50 Jahre atomare Bedrohung und radioaktive Verseuchung.
In der Tat ein Grund zu Gedenken:
Der Opfer der Atombombenabwürfe, der Opfer der Atomtests Gau's und Supergau's, der Opfer von radioaktiver Verseuchung und nuklearer Fallouts, der Opfer von Faschismus und Atomstaat.

Den Festvortrag hält Professor Dr. Peter Brix zum Thema: *"Die folgenreiche Entdeckung der Kernspaltung — und wie es dazu kam"*

Einige Ergänzungen zum Ursprung des deutschen Atombombenprogramms und zur Tradition, der sich noch heute Wissenschaftler, Politiker und Atomindustrie verpflichtet scheinen, werden da wohl nötig sein:
Bereits seit 1934 beschäftigte sich das Heereswaffenhauptamt mit den Ergebnissen der Atomphysik und Strahlungstechnik. Unmittelbar nach der Entdeckung der Kernspaltung Ende 1938 durch Otto Hahn und Fritz Strassmann wurden intensive Anstrengungen unternommen die Erkenntnisse für den Nationalsozialismus nutzbar zu machen. Unmittelbar nach Beginn des II. Weltkrieges wurden alle maßgeblichen Atomphysiker zusammen gezogen und auf das Projekt einer deutschen Atombombe konzentriert.
Daß es nicht gelang, eine funktionierende Atombombe zu bauen, lag an technischen Schwierigkeiten und am mangelnden Nachschub von Rohstoffen (Uran/Schweres Wasser), und nicht, wie von dem in der Nazizeit Hauptprotagonisten der Bombe Werner Heisenberg zur Rechtfertigung behauptet, am mangelnden Willen der Forscher, der die Entwicklung einer Atombombe verhindert hätte. Bei Kriegsende war ein Schwerwasser-Reaktor fast fertiggestellt und Deutschland das (nach der USA) atomtechnisch am weitesten entwickelte Land der Welt.

1945 Kontinuität oder ... was?

Bereits 1944, als sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete, zogen einige Atomforscher nach Argentinien, um dort wichtige Erkenntnisse der Atom- und Raketenforschung für die Zeit nach dem Kriege zu retten. (Z.B. Walther Schnurr, der später u.a. wissenschaftlicher Direktor des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) wurde.
Fast alle Wissenschaftler, die bereits im Faschismus an der Entwicklung der Atombombe mitgearbeitet hatten, setzten ihre Arbeit nach 1945 fort. Das Atomforschungsinstitut Kaiser Wilhelm Gesellschaft wurde in Max-Planck-Gesellschaft umbenannt und begann bereits 1946 zunächst heimlich mit dem Wiederaufbau des militärischen Atomprogramms.
1954, als die BRD, nach westlicher Anerkennung heischend, auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtete, wurde dem Atomgrogramm ein ziviles Mäntelchen umgehängt. Doch der militärische Charakter blieb erhalten.

Heute scheint die Atomenergienutzung ein profitables Geschäft zu sein, daß es Grund genug bietet, darauf mit strahlendem Lächeln das Sektglas zu erheben. Hoffentlich bleibt ihnen wenigstens die Kaviar-Schnitte im Halse stecken.
Unter dem Motto "Kein Grund zum Feiern" rufen in Berlin AKW-Gegner/innen, Anti-Faschisten, Friedensgruppen und Alternative Liste zu einer Demonstration gegen diesen Jubel-Festakt auf. Außerdem sollen alle Teilnehmer von Berliner AKW-Gegner/innen vor der Kongreßhalle persönlich begrüßt werden.

Christoph S., Berlin

"Zivile Atomenergie zur Gewissensberuhigung..."

Im Nachfolgenden dokumentieren wir den Redebeitrag den Jens Scheer aus Anlaß der Kundgebung: "50 Jahre Uranspaltung, was gibts da zu feiern?".

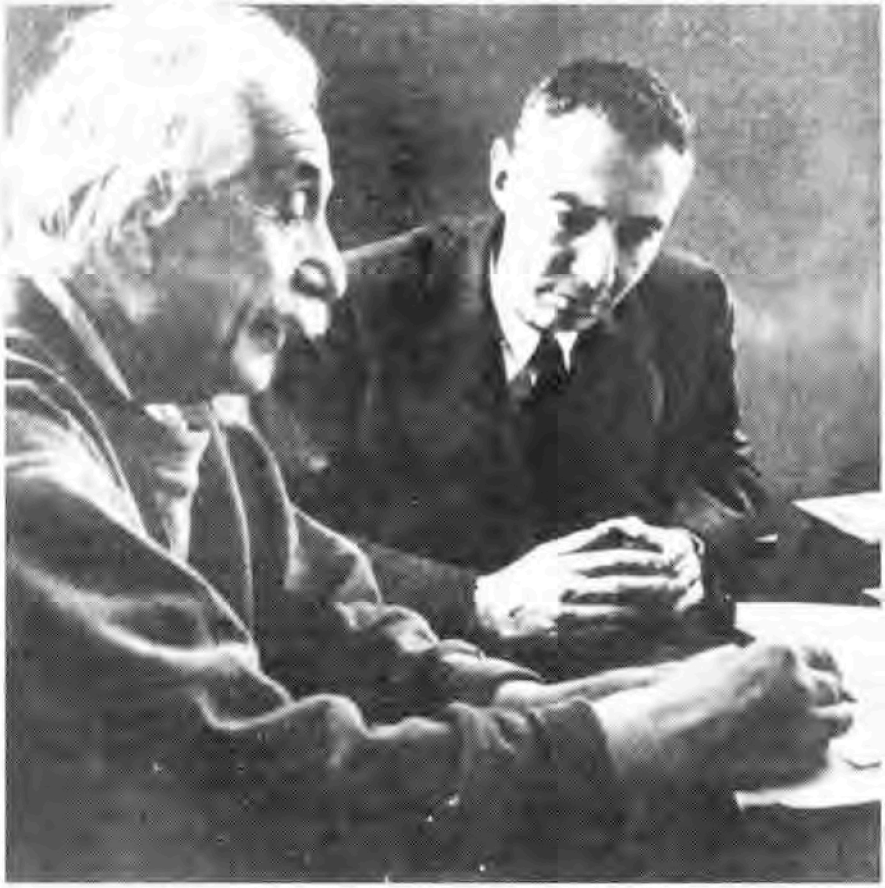
Freundlicherweise stellte er uns den Beitrag im Vorab zur Verfügung.

"Mag Otto Hahn noch in aller Unschuld auf die Uranspaltung gestoßen sein — unmittelbar danach stürzten sich Wissenschaftler in aller Welt darauf, wohl wissend, daß sich daraus die Bombe bauen ließe. Dabei sind auf der Seite der Alliierten, voran der humane Pazifist Albert Einstein, historisch gerechtfertigt, denn sie mußten mit Recht befürchten, daß ihre deutschen Kollegen sich bemühen würden, die Bombe für Hitler zu bauen. Daß sie es nicht geschafft haben, lag nach allem was mensch heute weiß, nicht an ihren Widerstand, sondern daran, daß sie nicht genügend reinen Graphit hatten und daß norwegische Freiheitskämpfer die Schwerwasserfabriken in Rjukan gesprengt haben. Was geschehen würde, wenn Hiter und nicht die Alliierten die Bombe hätten, davon gaben die Pogrome, die ja fast zur selben Zeit wie Hahns Entdeckung statt-

fanden, eine schreckliche Warnung.
Nach der Niederringung des Hitlerfaschismus aber die Bombe gegen Japan einzusetzen, markierte den vom US-Imperialismus sofort nach Kriegsende begonnenen Kalten Krieg.

Atommacht zu werden, das technische und wissenschaftliche Know how doch noch zu erlangen, war der Sinn des 1955 begonnenen Atomprogramms der BRD. Und wer glaubt, daß sie das erst nach Vollendung der WAA im Jahr 1995 sein könnte, und daß das durch Verhinderung der WAA zuverhindern sei, der oder die unterschätzt die Lage.
Die BRD ist längst faktisch Atomwaffenmacht, sie hat aus den AKW's und mit der kleinen WAA in Karlsruhe mehr als genug Plutonium, in Hanau und anderswo gehortet, um viele Atombomben zu bauen, sowie es ihr politisch opportun erscheint. Der Bau selbst das hat sich doch herdies Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn mensch es nicht niederschlägt.
Besonders gilt es zu kämpfen gegen die sozialdemokratische Form des Atomprogramms: Die ökonomischen Klötze am Bein, WAA und Schneller Brüter, abstoßen, die anderen AKW's weiterlaufen lassen, um nach zehn Jahren sagen zu können, die derzeit vorhandenen normalen Kraftwerke sind (1988) inzwischen leider zum großen Teil abgebrochen, darum muß es leider, leider weitergehen, und zu Förderung des Exports vor allem die Schwindel-AKW's HTR gebaut werden, und der Atommüll in Gorleben und Konrad versteckt.

Es gilt also noch viel niederzuschlagen.
Ein paar persönlich-politische Bemerkungen:
Ein Jahr nachdem die westdeutsche Kernforschung wieder losging, fing ich in der Kernforschung an. Damals bildete ich mir naiverweise



Albert Einstein und J. Robert Oppenheimer

umgesprochen, ist heute technisch kaum ein Problem. Zwar ist Plutonium aus Leichtwasser-AKW's nicht ideal für militärische Zwecke, aber auch aus ihm lassen sich fürchterliche Massenvernichtungswaffen bauen, daran ist kein Zweifel.
Um das zu verhindern, darum geht es. Die WAA dient dagegen als Schaufenster für den Atomanlagen-Export, nachdem das Atomprogramm im eigenen Land (ohne im wesentlichen als Hintergrund für das große Exportgeschäft gedacht) dank dem Widerstand der Anti-AKW-Bewegung auf ein Dreißigstel seines geplanten Endausbaus geschrumpft ist. Freilich sind auch die jetzigen 20 AKW's 20 zuviel, und sie werden nicht freiwillig aufgegeben, trotz des ökonomischen Niedergangs der Atomindustrie. Auch für ein, die allenthalben staffindene großzügige Förderung geschehe um des Fortschritts der Erkenntnisse willen. Und wenn wir aus sozialen Gewissen Zweifel bekamen, daß die Steuerzahlerinnen uns unser Hobby finanzierten, beruhigten wir uns, daß ja die Techniker in den Zentren Karlsruhe, Jülich, Geesthacht auf unseren Grundlagen aufbauend die Energieparadiese der Zukunft, mit Strom zu billig für Zähler, schaffen würden.

Obwohl ich hier im HMI für den Strahlenschutz verantwortlich war, hatte ich Null Ahnung von Kritik, muße ich nach meinen Ruf nach Bremen (1971) von BürgerinitiativlerInnen auf die seit Jahren in den USA laufende Debatte um Sternglass, Gofman, Tamplin aufmerksam gemacht werden. So war ich selbst Opfer eines Mechanismus, der hinter den Rücken der beteiligten WissenschaftlerInnen ein falsches Lehrgebäude stabilisiert. Diese Entschuldigung gilt freilich seither immer weniger. Wenn auch heute noch vielfach die Schäden durch chronische Niedrigstrahlung verdrängt und geleugnet werden. Zwei meiner Freunde in Bremen haben festgestellt, daß in Süddeutschland nach Tschernobyl die Säuglingssterblichkeit um 35 % angestiegen ist, die offizielle Wissenschaft verschließt Ohren und Augen.
Auch KolleginnenInnen die sich gegen die militärische Atomenergie wenden, verschließen oft ihre Augen und Ohren vor der zivilen Atomenergiekritik. Bei vielen Generationen meiner Lehrer diente die zivile Atomenergie zur Gewissensberuhigung wegen der direkten oder indirekten Verstrickung in die Bombe. Dabei hat von den berühmten Göttinger 18, die sich 1957 gegen Strauß- und Adenauers Bombenpläne wandten, kaum einer ernstlich was gegen diese Pläne getan. Das begründet den Verdacht, den Radkau ausspricht, daß es ihnen nur darum ging, ihre Forschung vom öffentlichen Verdacht der militärischen Nutzbarkeit zu befreien, ohne selbst was im Kampf gegen den Atomtod zu tun.
Heute gilt es nicht nur gegen Atomrüstung zu kämpfen, sondern genau so gegen die zivile Nutzung. Und das nicht etwa nur, weil die zivilen AKW's den Bombenstoff liefern, sondern weil diese selbst Tod und Krankheit in ungeheuerlichen Maße verbreitet. So immer mensch ernsthaft Statistiken versuchte, zeigten sich Krankheiten durch den Normalbetrieb von Atomanlagen, von den Opfern der unvermeidlichen Unfälle ganz zu schweigen.
Es ist bitter, sich einzugestehen, daß mensch auf seinem Lebensweg einem falschen Ziel nachgeeifert hat, mir wurde das vor anderthalb Jahrzenten klar. Wir haben alle mehr oder weniger wissenschaftlichen Ruhm erlangt, indem wir im HMI und anderswo unserem Hobby leben konnten, Rückblendend müssen wir sehen, daß wir dabei profitiert haben von Förderprogrammen, die letztlich zu Tod und Unglück zahlloser Menschen geführt haben. Das verpflichtet, den Widerstand dagegen zu unterstützen — dafür ist es nie zu spät.

Ich fordere alle in der Kernforschung Tätigen auf, zumindest ihre Kenntnisse der Anti-AKW-Bewegung zur Verfügung zu stellen, und Arbeiten, die direkt der Atomenergienutzung dienen, einzustellen. Es gibt mit unserem Know how genug in Umwelt- und Arbeitsschutz zu tun, kann ich versichern.

Die Atomenergie hat keine Zukunft mehr, sie ist strategisch am Ende, auch wenn sie taktisch noch für lange Zeit sehr ernstzunehmen ist. Das gilt insbesondere auch für die anhaltende Kriminalisierung von Menschen, die sich aktiv gegen das mörderische Atomprogramm wenden, indem sie fortschreiten vom Protest zum Widerstand. Solidarität ist immer konkret — ich fordere alle auf, Solidarität zu zeigen mit dem Hamburger Atomkraftgegner Fritz Storim, der den Herrschenden nicht nur wegen seines langjährigen Kampfes gegen Brokdorf verhaßt ist, und der in Hamburg wegen § 129a vor dem Landgericht s t e h t .
Solidarität mit allen verfolgten Atomkraftgegnerinnen, Freiheit für alle politischen Gefangenen!"

Anti-AKW-Politik im Zeichen der Burg

Gemeinsame Konferenz der "Alten" und "Neuen" Anti-AKW-Bewegung in Nürnberg

Friedliche Koexistenz

Politisch herrschte eher Windstille auf der Nürnberger - Kaiserburg, als dort vom 4. - 6. November 88 die gemeinsame Herbstkonferenz der "neuen" und "alten" Anti AKW Bewegung stattfand. Zwar konnten als konkrete Handlungsziele die bundesweite Behinderung von Atommülltransport, der Widerstand gegen den HTR-Modul und das Votum für den Aufbau eines unabhängigen Strahlenmeßnetzes formuliert werden. Unter der Oberfläche jedoch bleibt ein erhebliches Maß an politischer Perspektivlosigkeit zu verzeichnen. Außerdem scheint auch die Zusammenarbeit zwischen den beiden Teilen der Bewegung, hier die Nach-Tschernobyl-Gruppen, dort die alte Anti AKW Bewegung, nach wie vor in den Kinderschuhen zu

stecken.

Insofern beschäftigen sich die folgenden Beiträge auch weniger mit den konkreten Ergebnissen der zwölf Arbeitsgruppen, sondern gehen verhältnismäßig ausführlich auf die politischen Randbedingungen ein, die für den Verlauf der Konferenz bestimmend waren. Dies scheint angemessen, weil die thematisierten Aspekte m.e. symptomatisch für die Situation der gesamten Anti - AKW - Bewegung sind.

Funktionsbestimmung

Ob die politische Vorstellungskraft unter der mitteralterlichen Atmosphäre des Tagungsortes gelitten hat, braucht hier wohl nicht diskutiert zu werden, auch wenn einige Irritationen über die martialische Umgebung spürbar waren. Maßgeblicher ist die Frage nach dem Verständnis der Funktion einer solchen Konferenz. Offensichtlich gibt es eine sehr große Zahl von TeilnehmerInnen, die mit einer eher seminaristischen Erwartungshaltung anreisen. So legitim es ist, den Anspruch auf Informationsaustausch an eine Konferenz der Anti AKW Bewegung aufrechtzuerhalten, so unmöglich ist es aber, in den AGs zuerst immer grundlegende Informationsarbeit zu leisten. Insoweit muß mensch einfach verlangen, daß alle TeilnehmerInnen **vorbereitet** mitarbeiten, um von einem leidlich gleichen Informartionsstand

ausgehen zu können. Dann erst ist es möglich, gemeinsam Strategien zu entwerfen. Und dann ist es auch ausgeschlossen, sich, wie es bei der Atom(müll)transportegruppe der Fall war, mit der Frage rumzuschlagen, ob eine AG zum Informationsaustausch und eine Strategiegruppe, spirch eine Anfänger- und eine Fortgeschrittenengruppe,installiert werden müssen .

Angesichts dieser Tatsache wird aber auch deutlich, daß alle AGs von einem Vorbereitungskreis vorstrukturiert werden müssen, um einer Ziellosigkeit der Diskussion vorzubeugen. Dies war in Nürnberg, trotz einer guten Gesamtorganisation, leider nicht immer der Fall. Es ist wohl einsichtig, daß eine AG um so produktiver arbeiten kann, je stärker Vorbereitung und Vorbereitungsmaterial, also der Konferenzreader, mit einander korrespondieren. Daß aber bei der Erstellung eines solche Readers die VeranstalterInnen nicht allein gelassen werden können, ist auch naheliegend.

Wer immer die Gehaltlosigkeit verschiedener AGs beklagt, muß sich fragen lassen, wo denn der eigene Diskussionsbeitrag geblieben ist. Es soll Zeiten gegeben haben, in denen schon im Reader kontroverse Beiträge zu ein und demselben Thema enthalten waren, so daß bereits dadurch die Auseinandersetzungen in den AGs fruchtbar wurden. Es ist eher ein Zeichen der Konzeptlosigkeit der Inis und nur mittelbar eine Schwäche der Konferenz, wenn dies zur Zeit nicht gewährleistet werden kann. Wer angesichts dessen trotzdem den geringen politischen Stellenwert einer Anti AKW Konferenz bemängelt, offenbart nur allzu oft eine Vorstellungswelt, die von der Annahme geprägt ist, daß fehlende Ideen der Basis durch Beschlüsse eines überregionalen Treffens zu kompensieren seien.

Ein solches Denken ist eher das Merkmal einer unkritischen Reproduktion tradionell bürgerlicher Ideologie und läßt weniger den Anspruch auf eine starke alternative, geschweige denn linke Politik zu.

Darüberhinaus wird der politische Stellenwert einer Anti AKW-Konfernz durch eine weiteres Phänomen eingeengt. Häufig kann mensch sich nicht des Eindrucks erwehren, daß sich Dezentralität zur Provinzialität zu entwickeln droht. Um es klar zu sagen: es soll hier nicht darum gehen, daß Prinzip der Dezentralität zu diskreditieren, aber oft scheinen regionsübergreifende Kampagnen oder Konzepte weder noch erwünscht noch realisierbar zu sein, weil sie aus den erstaunlichsten Gründen auf lokaler Ebene nicht umsetzbar oder gar kontraproduktiv sein sollen. Der Konsens über die Notwendigkeit einer vermittelten regionalen und überregionalen Anti AKW Politik ist aber eine grundlegende Voraussetz ung für die politischeWirkung der Bewegung. Vor dem Hintergrund einer bewegungsübergreifenden Stoßrichtung gewinnen regionale Aktivitäten eine neue Bedeutung. Umgekehrt ist es ebenso. Von einer Konferenz,die nur in eingeschränktem Maße auf diesen Konsens setzen kann, sind natürlich auch nur Iniativen zu erwarten, die auf entsprechend tönernden Füßen stehen.

Fragwürdige Gemeinsamkeiten ?

Die durchaus geringe Effizienz der Atommüllkonferenz und ihre Hintergründe stellen kein neues Phänomen dar. Das Problem gab es immer wieder. Etwas neuer ist aber die Tatsache, daß sich dieser Zustand augenscheinlich auch nicht durch die Zusammenarbeit mit den Nach-Tschernobyl-Gruppen ändern ließ. Seitdem vor etwa zwei Jahren zum ersten Mal die Forderung nach einer gemeinsam entwickelten und getragenen Anti - AKW - Politik formuliert wurde, hat sich nicht viel getan. Auch eine interne Differenzierung unter den Nach Tschernobyl Gruppen in Bezug auf Politikverständnis und Protest-/Widerstandsformen die das "alt-neu"-Schema immer unsinniger werden läßt, konnte wenig dazu beitragen, das Gefühl der Blockzugehörigkeit in beiden Teilen der Bewegung nennenswert zu überwinden. Allenfalls auf lokaler Ebene ergab sich hier und da eine mehr oder weniger intensive Zusammenarbeit.

Überregional wurden politische Analysen und Strategien kaum miteinander diskutiert, gemeinsame Handlungsansätze kamen selten zustande. Dieser status quo konnte auch in Nürnberg nicht aufebrochen werden. Sicher geisterte allen der Gedanke der Gemeinsamtkeit durch die Gehirnwindungen, aber allzu oft ging er dort auch verloren. Gearbeitet wurde daran jedenfalls wenig. Die VertreterInnen der beiden Fraktionen wandten sich tendenziell doch wieder den tradionell von Ihnen besetzten Themen zu. Allenfalls in persönlichen Gesprächen wurden Ansichten ausgetauscht, aber das genügt nicht, wenn der Anspruch auf eine gemeinsame, offensive Politik nicht zum Lippenbekenntnis mißraten soll.

Vielleicht ist es aber auch der Mangel an einer eigenen, klaren Position? Ist insofern die Idee einiger "Mütter" so abwegig, zwischen den gemeinsamen Konferenzen auch einmal jeweils eigene Treffen zu veranstalten? Das wäre aber nur sinnvoll, wenn dort tatsächlich Voraussetzungen, Ziele und Umsetzungsmöglichkeiten einer gemeinsamen Politik analysiert würden.

Fazit

In Nürnberg wurde einmal mehr die Chance verpielt, unabhängig von irgendeinem äußeren Handlungsdruck sich über grundsätzliche Fragen der politischen Perspektive Gedanken zu machen. Die Zeit, die sonst oft vermißt wird, hätte hier zur Verfügung gestanden. So waren es m.E. weniger die konkreten Beschlüsse, die der Konferenz den Stempel aufdrückten, sondern das Phänomen einer fehlenden strukturell-politischen Orientierung. Wolfgang Ehmke hat mit seinem Satz "Wir müssen politikfähig werden" sicher auf den Umgang mit Organisationen außerhalb der Anti AKW Bewegung angespielt. Gleichwohl läßt sich das Zitat auch zur Beschreibung bewegungsinterner Zustände verwenden.

Es sollte ein vorrangiges Ziel der nächsten gemeinsamen Konferenz im Frühjahr 89 sein, die Grundlagen einer Anti AKW Politik zu entwickeln, die nicht mehr an einzelnen Fraktionen haftet, sondern übergreifend die Möglichkeit einer längerfristigen Offensive bietet.

Genauere Informationen über die nächste Konferenz, die vom 28. April bis zum 1. Mai 89 in Wiesbaden stattfinden soll, und über die Arbeit des Vorbereitungskreises, gibt es beim AKU Wiesbaden, Herderstr. 35, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06212/376620

H., atom-red. Lbg.

Trotz aller Widersprüche

Vor eineinhalb Jahren, im Mai 87, gab es in Kassel zum ersten Mal die Arbeitsgruppe "alt-neu". Die Idee, im Frühjahr und Herbst gemeinsame Treffen der Atommüll-/Standorte-Konferenz und der Nach-Tschernobyl-Initiativen vorzubereiten, wurde dann im Herbst 87 in Braunschweig realisiert. Die unterschiedlichen Schwerpunkte und Erfahrungen der verschiedenen Gruppen konnten in die Konferenz einfließen, die Bereitschaft, einander zu akzeptieren und voneinander zu lernen, wurde signalisiert. Diese Konferenz wurde von vielen als ein Erfolg und Anfang für gemeinsame Aktionen angesehen (gemeinsame Vorbereitung des Abschalttages im Februar 88 und des 2. Jahrestages des Super-Gau's in Tschernobyl).

In Trebel im Mai 1988 zeigte sich jedoch, daß der Wunsch, noch auf schwachen Beinen steht, politisch aufeinanderzuzugehen, d.h. unserer Meinung nach: bei den Treffen Erfahrungen auszutauschen, Gegensätze solidarisch und tolerant zu diskutieren, Gemeinsamkeiten zu suchen und Aktionsbündnisse vorzubereiten, u.s.w..

Die Tatsache, daß ein den Veranstaltern bekannter Polizist in Trebel der öffentlichen Eröffnungsveranstaltung zuhören wollte und die Leute z.T. dafür, z.T. strikt dagegen waren, führte teilweise zur Spaltung der Anwesenden und fast zum Abbruch der Veranstaltung. Um die eigenen Vorstellungen durchzudrücken, wurde hauptsächlich mit Verlassen der Veranstaltung gedroht, sowohl von Seiten einiger "alter" und "neuer" Anti-AKW-GegnerInnen, als auch von Seiten des extra zum Thema eingeladenen Referenten der Grünen. Dieser Vorfall wurde dann jedoch nicht mehr auf der Konferenz diskutiert, was sicher ein Fehler war.

Die jetztige Herbstkonferenz im November in Nürnberg wurde von einer breiten Vorbereitungsgruppe geplant. In dieser Gruppe waren Leute aus beiden Spektren vertreten. Obwohl die Haupt(organisations)arbeit die Nürnberger Mütter leisteten — wofür wir Ihnen im Nachhinein noch einmal danken möchten — hofften wir von der Vorbereitungsgruppe, daß das Vorbereiten von zwei Veranstaltungen, die Einladung verschiedener potentieller Bündnispartner zu einer Podiumsdiskussion über das in Trebel beschlossene Thema "Verhindern wir die Atommülltransporte" und das Delgieren der Arbeitsgruppen an Verantwortliche — daß dies alles zu einer breiten Diskussion und Aktion führen könnte.

Daß noch viel im Argen liegt und die Gräben untereinander teilweise nicht weniger tief geworden sind, zeigte eine spontane Diskussion am Samstagabend, die drei Frauen der Frauenkette Berlin hier aus unserer Sicht darstellen und kommentieren wollen.

Dies könnte vielleicht die Diskussionsbereitschaft innerhalb der Anti-AKW-Bewegung ankurbeln — nicht nur auf Konferenzen!

Nach dem bis dahin teilweise unbefriedigenden Verlauf der Konferenz zeigte es sich am Samstagabend, daß es dringend notwendig ist, über die Inhalte, Standpunkte, evtl. Gemeinsamkeiten innerhalb der Anti-AKW-Bewegung zu reden und die Unterschiede zu thematisieren: Inwieweit aktzeptieren wir uns, so gibt es ein gemeinsames Vorgehen, oder sind die verschiedenen Positionen doch zu unterschiedlich.

Diese Fragestellungen, das Thema „alt-neu", wurde am Samstagabend kontrovers behandelt. Diese Diskussion war auch überfällig! Die Erwartungen, Ansprüche an eine gemeinsame Konferenz wurden weder für die „Alten" noch für die „Neuen" erfüllt. Als Kritik an der Konferenz wurde geäußert, die Konferenz war zu „perfekt" geplant, Raum für solche internen, notwendigen Diskussionen war so gut wie nicht gegeben. Kritik gab es an der Veranstaltung am Freitagabend mit Michael Kortländer und an der Podiumsdiskussion am Samstag vormittag, bei der u.a. ein Gewerkschaftsfunktionär der Eisenbahner anwesend war. Von vielen umstritten war der Standpunkt, daß es notwendig ist, sich mit vielen anderen Gruppierungen auseinanderzusetzen, wie z.B. mit Gewerkschaften. Nur ob solche Veranstaltungen, Diskussionen mit Leuten, die nicht direkt zur Anti-AKW-Bewegung gehören, auf einer Anti-AKW-Konferenz etwas zu suchen haben, wurde von manchen in Frage gestellt.

Da ist nun wichtig zu klären, was für Erwartungen, Vorstellungen mit gemeinsamen Konferenzen verbunden sind.

Es gibt die, die sich selbst als Traditionelle bezeichnen, d.h. die an der ursprünglichen Konstitution der Atommüllkonferenz festhalten: Die Atommüllkonferenz soll als Medium der Auseinandersetzung und Austausch innerhalb der Bewegung dienen. Gruppen, die aktiv gegen das Atomprogramm kämpfen, tauschen ihre Erfahrungen untereinander aus, eine bundesweite Koordination, somit eine Kontinuität des Widerstandes soll entstehen.

Die sogenannten Neuen versuchen offen zu sein, haben eine größere Bereitschaft, andere Gruppen für den Widerstand zu gewinnen. So solen die Konferenzen gleichzeitig als Austausch innerhalb der Bewegung funktionieren, aber auch eine Möglichkeit sein, eine breitere Öffentlichkeit zu gewinnen.

Es wurde die Frage in Nürnberg aufgeworfen, ob durch ein generelles Zusammenlegen der Konferenzen der jeweils selbständige Charakter verloren gehe.

Die vorhandenen Gegensätze prägen auch den Umgang untereinander und die Öffnung gegenüber Neuen. Kriminalisierung und Repression sorgen auch innerhalb der Bewegung für Mißtrauen, manchmal berechtigte Spitzelparanoia. Dies erfordert eine Gradwanderung, denn einerseits braucht die Bewegung dringend Zuwachs, andererseits sind feste Strukturen mit verläßlichen Leuten notwendig, um effektiv arbeiten zu können.

Wer Zweifel äußert und zuläßt, hat einen schweren Stand. Erwartet wird ein klarer Standpunkt,

ohne den eine politische Arbeit zweifelsohne nicht möglich ist. Aber um dahin zu kommen, müssen wir miteinander reden, unsere Zweifel äußern können, mit anderen über unsere Ängste sprechen; nur so können gut funktionierende Gruppen aufgebaut werden.
Ist denn ein fester gesellschaftskritischer Standpunkt Voraussetzung für eine politische Arbeit in der Anti-AKW-Bewegung, oder arbeiten wir mit Leuten nicht zusammen, die noch fragen, ob denn die Lichter ausgehen, wenn die AKW's abgeschaltet werden. Wir sollten fähig sein, Wissen und Erfahrungen auch mit Neuen auszutauschen. Oder sollen die alten Fehler immer wiederholt werden?
Innerhalb der Bewegung gibt es unterschiedliche Ziele, bis auf ein gemeinsames: sofortige Abschaltung aller Atomanlagen. Diese unterschiedlichen Ziele beruhen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Einschätzungen. So unterscheiden sich auch die Widerstandsformen und der Umgang mit Repression und Kriminalisierung. Das ist aber kein neues Problem der gemeinsamen Konferenz, sondern diese Widersprüche und Kontroversen gab und gibt es auch innerhalb der alten Bewegung.
Ist denn nun ein gemeinsames Vorgehen möglich, oder beruht die Gemeinsamkeit nur auf der gegenseitigen Toleranz der Widerstandsformen?
Weder „alt" noch „neu" sind ein einheitlicher Haufen, die nur aus „Müttern" oder „Autonomen" bestehen. In beiden Spektren besteht eine Mischung vieler unterschiedlicher Menschen, die sich nicht einfach in die Kisten „alt" und „neu" einpacken lassen. Die Kontroversen haben jetzt eine andere Qualität, sind aber keine Neuerscheinung. Es ist die Frage, ob es eine Lösung ist, die Konferenzen wieder zu trennen und nur noch jährlich eine gemeinsame Konferenz zu gestalten, oder ob es nicht einfach ein Vor-sich-Wegschieben der Probleme ist, die in den jeweiligen Konferenzen sonst auch auftauchen würden.
Es hat sich also gezeigt, daß eine interne Diskussion dringend notwendig war und ist, um u.a. auch bessere Umgangsformen untereinander zu bekommen und uns nicht gegenseitig fertig zu machen.

Es existieren Unterschiede innerhalb der Anti-AKW-Bewegung, eine Gleichheit ist tatsächlich nicht vorhanden und muß auch nicht sein! Unsere Verschiedenheit aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen und Lebensumstände ergibt unterschiedliche Sichtweisen der Verhältnisse und unterschiedliche Widerstandsformen. Sie machen einen vielfältigen, sich ergänzenden, belebenden, breiten Widerstand aus, um an unser gemeinsames Ziel zu kommen: sofortige Ausschaltung aller Atomanlagen...

Unser Umgehen miteinander auf der Nürnberger Konferenz war oft — wenn auch nicht immer offensichtlich — von interessenlosem und arrogantem bis hin zu ablehnendem und verachtenden Verhalten geprägt. Es existiert zu wenig Offenheit und Entgegenkommen mit dem Interesse an Austausch und dem Wunsch, voneinander zu lernen, also Wissen, Erfahrungen und Sichtweisen aufzunehmen und weiterzugeben. Die existierenden Unterschiedlichkeiten werden nicht zum Thema gemacht, sie werden vergessen oder verschwiegen und nicht direkt angesprochen.

Im Grunde wissen wir wenig Genug voneinander, was unsere Widerstandsformen und unser politisches Denken angeht.

Vorurteile prallen aufeinander; den „laschen, angepaßten Bequerellis, die nicht ernstzunehmen sind und keinen Durchblick haben", stehen die „knallharten, radikalen Autonomen, die die Wahrheit für sich gepachtet haben", gegenüber.

Das „sich-in-Abgrenzung-toll-finden" ist verhängnisvoll. Die Gegenüberstellung in dieser Form ist falsch und dumm, beschreibt im Grunde nicht „alt" und „neu", sondern eher das existierende mehr oder weniger radikale politische Verständnis in politischen Bewegungen.

So viele verschiedene aktive Menschen zu erleben und konstruktiv mit Unterschiedlichkeiten umzugehen, kann bereichernd und spannend sein. Als in sich gespaltene Gruppen tun wir dem Staat den größten Gefallen!

Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den „alten" und den „neuen" Anti-AKW-Gegnerinnen, und natürlich sind diese Unterschiede auch inhaltlicher Art. (Aber auch die alte Bewegung war nie homogen). Forderten die „Alten" noch die Abschaffung aller AKW's stellvertretend für die Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, so geht es den „Neuen" offensichtlich „nur" um den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergiepolitik. Oder anders ausgedrückt: Während die einen das System als Ursache des Übels begreifen, versuchen die anderen eben die daraus entstehenden Mißstände anzuprangern.

Ob wir damit einverstanden sind oder nicht, die Systemfrage ist zweitrangig geworden. Angesichts der tagtäglich eintreffenden Katastrophenmeldungen aus aller Welt, haben wir begriffen, daß sowieso alles zu spät ist. Wir haben gelernt, uns im Alltag zu arrangieren und Kompromisse zu schließen, um nicht völlig zu kapitulieren. Das Machbare ist gefragt, der kleine Erfolg, der uns in der permanenten Krisensituation nicht zur Handlungsunfähigkeit erstarren läßt. Insofern ist z.B. eine unabhängige Strahlenmeßstelle ein Schritt dahin. Aber wohin?

Genau deshalb müssen Standpunktdiskussionen und Strategiedebatten geführt werden. Akute Bedrohungen können zwar politisches Engagement auslösen, aber damit uns die Puste nicht ausgeht, brauchen wir mehr als nur ein schlechtes Gefühl im Bauch.

Klar ist, daß die Unterscheidung „alte" und „neue" Bewegung keine qualitative Bewertung sein darf. Den guten oder besseren Widerstand gibt es nicht!! Widerstand kann wirkungsvoll oder wirkungslos bzw. kontraproduktiv sein. Die Beurteilung darüber liegt — zum Glück? — in der Zukunft.

Wir, die Frauenkette, sind trotz offensichtlicher Unterschiede für eine Aufhebung der „alt-neu" Trennungslinie und für eine gemeinsam sich unterstützende Anti-AKW-Bewegung.

Frauenkette Berlin

Kuscheln oder Kontroverse

Ist die Anti-AKW-Bewegung auf dem Weg zur Selbsterfahrungsgruppe, erschlägt ein schwammiges Harmoniebedürfnis jede Auseinandersetzung um die - notwendigen - nächsten Schritte? Die Atommüllkonferenz in Nürnberg war nachgerade nicht in der Lage, die Perspektivlosigkeit zu überwinden, die die Bewegung in allen Teilen zu lähmen droht. Natürlich wäre es etwas zuviel verlangt gewesen, wenn diese Herbstkonferenz, gleichsam als deus ex machina, ein Konzept hätte entwickeln sollen, das es ultimativ ermöglicht hätte, binnen Jahresfrist die zivile Nutzung der Atomenergie auf den Müllhalden der Geschichte endzulagern. Trotzdem war nicht zu übersehen, daß die "Gemeinsamkeit" der sogenannten "Alten" und "Neuen" (eine unsägliche Kategorisierung, die geradezu mythische Züge anzunehmen droht) im wesentlichen in der Nutzung derselben Räume bestand. Kein sonderlich befriedigender Zustand, aber sicher ein Ausdruck der Situation, in der sich die gesamte Anti-AKW-Bewegung befindet. Eine Situation, die folgendermaßen zu beschreiben ist: Bundesweit existieren zur Zeit keine Strukturen, in denen zum einen genügend Gruppen und Einzelpersonen beteiligt und die zum anderen eine ausreichende Verbindlichkeit und Umsetzungsfähigkeit besitzen um überhaupt in der Lage zu sein, die Kräfte der Anti-AKW-Bewegung in einer Art und Weise zu bündeln, die geeignet wäre, als Offensive durchzugehen.

An Themen fehlt es nicht.

Natürlich ist das jetzt keine unbedingt überraschende Erkenntnis. Die Atommüllkonferenz, ursprünglich als Standortetreffen konzipiert, dümpelte nach Tschernobyl als eine Art verkappte Bundeskonferenz vor sich hin. Politische Akzente zu setzen war sie nur selten in der Lage, da auf der AMK zwar gerne etwas beschlossen wurde, es mit der Umsetzung aber zumeist haperte. Den Beschlüssen fehlte es an Verbindlichkeit. Es sei nur an die großartigen Widerstandssamstage, die phantasievollen Abschalttage und nicht zuletzt an die machtvolle bundesweite Großdemonstration in Hanau 1988 erinnert, die den lokalen Charakter nicht verleugnen konnten.

Die gemeinsamen Konferenzen mit den Nach-Tschernobyl-Initiativen brachten keine neuen Impulse, auch wenn sich jetzt natürlich mehr Leute tummelten. Es entstand auch bald eine gewisse Skepsis gegenüber einer solchen nach außen gerichteten Gemeinsamkeit, in der aber erstmal kaum inhaltliche und praktische Berührungspunkte, geschweige denn ein gemeinsamer Handlungsansatz zu erkennen war.
Auf der Atommüllkonferenz in Trebel wurde beschlossen, die nächste gemeinsame

Konferenz in Nürnberg zu machen. Die Nürnberger Mütter gegen Atomkraft boten an, die organisatorische Vorbereitung zu übernehmen. Auftakt der Herbstkonferenz sollte eine Podiumsdiskussion zum Thema Atomtransporte am Freitag abend sein. Im Verlauf der Vorbereitung wurde deutlich, daß die Nürnberger Mütter das Konzept recht eigensinnig umstellen wollten. So sollte am Freitag abend als Auftakt der Herbstkonferenz eine Veranstaltung mit Michael Kortländer vom Münchner Institut für Psychologie und Friedensforschung stattfinden. Die Podiumsdiskussion wurde auf Samstag vormittag verlegt und mit VertreterInnen der Eisenbahnergewerkschaft, des Bund Naturschutz und .des IPPNW angereichert. Gerade die Veranstaltung mit Michael Kortländer provozierte Widerspruch, da er für seine psychologisierende Ausgrenzungsrhethorik gegenüber militanten Teilen der Anti-AKW-Bewegung bekannt ist. Auf einem Vorbereitungstreffen im September versuchten VertreterInnen des Münchner Anti-Atom-Plenums und der Radi-Aktiv, die Nürnberger Mütter dazu zu bewegen, von dieser Veranstaltung Abstand zu nehmen.

Vergebens, die Nürnbergerinnen beharrten darauf, die Veranstaltung mit dem Thema "Vom zivilen Ungehorsam zur praktizierten Verantwortung" wie geplant durchzuführen, außerdem sei das ja eine Veranstaltung der Nürnberger Mütter und habe mit der AMK nichts zu tun und mensch solle ihnen bitte nicht dreinreden. Verständlich, daß gerade die linken und radikalen Gruppen mit einer gewissen Skepsis nach Nürnberg blickten, vor allem nachdem bekannt wurde, daß Michael Kortländer und sein Psycho-Institut bei der Wackersdorf-Demonstration am 15. Oktober Polizeipräsident Fenzl seine Mitarbeit angeboten und die Demonstration zusammen mit Polizeipsychologen begleitet hat. Kortländer hat sich damit weit außerhalb des Konsenses der Anti-WAA-Bewegung gestellt, der eindeutig jedes Gespräch mit der Polizei, das über das organisatorisch notwendige hinausgeht, und erst recht jede Art der Zusammenarbeit ablehnt.

Zur Nürnberger Konferenz:

Die Veranstaltung am Freitag abend mißriet dann, wie auch zu erwarten war, zu einer vorwiegend von Nach-Tschernobyl-Gruppen besuchten Personalityshow. Die VertreterInnen der traditionellen Anti-AKW-Gruppen, die bereits zahlreich angereist waren, zogen daraufhin die Suche nach nahegelegenen Kneipen der nach einem quasi-esoterischen Erweckungserlebnis vor. Trotzdem gelang es Kortländer mit Äußerungen wie es gäbe eine "unheilige Allianz von Polizei, Autonomen und Presse", die den friedlichen Widerstand diskreditiere und man könne mit den Autonomen nicht zusammenarbeiten, denn sie seien eh"von Polizeispitzeln durchsetzt" auch bei dem verbliebenden Auditorium Widerspruch hervorzurufen.

Der Samstag Vormittag brachte dann die groß angekündigte Podiumsdiskussion, die aber leider zu einem sinnlosen Frage und Antwortspiel mit dem Vertreter des GdED verkam, obwohl dieser des öfteren erklärte, daß er als Funktionär und nicht als Person dasei und über die offiziellen Positionen der Gewerkschaft hinaus nichts sagen könne.

Bei den Arbeitsgruppen am Nachmittag wurde deutlich, daß sich die "Neuen" und die "Alten" hauptsächlich auf ihre eigenen Themen beschränkten. Einzige Ausnahmen waren die Arbeitsgruppen zum HTR-Modul und zu Atomtransporten. Letztere endete aufgrund des großen Andrangs, der unterschiedlichen Erwartungshaltungen und der schlechten Vorbereitung ohne konkrete Ergebnisse und hinterließ bei den Beteiligten Unzufriedenheit, vor allem weil das Thema im Vorfeld ziemlich hochgekocht wurde.

Von Konfliktfreiem Nebeneinander zu gemeinsamen Handeln

Auf Initiative einiger "alten" städtischen Gruppen trafen sich am Samstag abend die TeilnehmerInnen aus der traditionellen Anti-AKW-Bewegung, um die aufgetretenen Widersprüche aufzuarbeiten, die viele mit dem bisherigen Ablauf der Konferenz hatten. Vor allem die Kortländer-Veranstaltung und der Verlauf der Podiumsdiskussion warfen die Frage auf, welchen Sinn solche großaufgezogenen Kongresse haben. Viele hatten den Eindruck, daß trotz mehrerer Konferenzen, die mensch gemeinsam mit den Nach-Tschernobyl-Initiativen gemacht habe, es immer noch nicht gelungen sei, das übliche konfliktarme Nebeneinander aufzubrechen, das diese Konferenzen geprägt hat. Es sei nicht in Frage gestellt, daß der Austausch und die Auseinandersetzung mit den "neuen" Gruppen schärfstens erwünscht ist. Es ist jedoch notwendig, baldmöglichst gemeinsame Handlungsansätze zu entwickeln.

Es sollte möglichst bald die Beziehung zwischen "alt" und "neu" geklärt werden. Dabei ist es zuerst unumgänglich, diese alberne Kategorisierung aufzugeben, die psychologische Fronten zwischen Leuten mit und Leuten ohne Erfahrung aufbaut. Entscheidender ist, politisch klar zu benennen, wo die jeweiligen Gruppen stehen, wie sie ihre Vorstellungen von Protest, Widerstand oder gar praktizierter Verantwortung umzusetzen gedenken und mit wem. Es ist zweitens unumgänglich, sofort damit aufzuhören, so zu tun, als wären sich alle ganz fürchterlich einig, nur weil alle gegen die zivile Nutzung der Atomenergie sind. Das ist so nicht der Fall. Als Beispiel mag dienen, daß einzelne "Neue" der traditionellen, linken Anti-AKW-Bewegung von ihrem praktischen Ansatz her deutlich näher stehen als Gruppen wie die Initiative Umweltschutz Hanau oder der BBU.

Wehrt Euch, praktiziert Verantwortung

Es geht aber auch darum, das Beispiel Kortländer macht es deutlich, daß für den Großteil der Anti-AKW-Bewegung unumstritten ist, daß die Auseinandersetzung um das Atomprogramm ein politischer Konflikt ist, der politisch zu lösen ist und nicht über psychologistische Hilfskrücken. Praktizierte Verantwortung, die heißt, individuell mit der Angst vorm nächsten GAU fertig zu werden, als Handlungsansatz das Gespräch mit der Polizeiführung nimmt und ständig die eigene Friedfertigkeit und Staatstreue beteuert, hat nichts mit Widerstand zu tun und nur die Aufgabe, das eigene Gewissen zu beruhigen. Ablaßpolitik ist abzulehnen!

Um es noch einmal zu sagen: An einem gemeinsamen Vorgehen aller Kräfte der Anti-AKW-Bewegung führt kein Weg vorbei, wenn die sofortige Stillegung aller Atomanlagen nicht eine leere Worthülse bleiben soll. Es stellt sich nur die Frage, ob durch die Art solcher Konferenzen das Pferd nicht von hinten aufgezäumt wird, und es vielleicht wichtiger ist, durch konkrete Zusammenarbeit vor Ort eine gemeinsame Diskussion und Praxis zu entwickeln, bevor mensch sich einen bundesweiten Wasserkopf zulegt der sich vorwiegend durch Bedeutungslosigkeit auszeichnet.

Beim Plenum am Sonntagmorgen einigte mensch sich nach längeren Debatten darauf, die nächste gemeinsame Konferenz in Wiesbaden durchzuführen. Es gibt einen authorisierten Vorbereitungskreis, der offen für alle interessierten Gruppen ist.

Hier bietet sich die Gelegenheit, durch die Offenheit des Vorbereitungskreises und die langfristige Vorbereitung (die nächste AMK soll vom 28.4 bis zum 1.5. stattfinden) eine Diskussion zwischen den verschiedenen Teilen der Bewegung über die Notwendigkeiten, die Schwierigkeiten und Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns gut vorzubereiten. Es bietet sich die Chance, die Unterschiedlichkeiten und Gemeinsamkeiten innerhalb der Bewegung klar zu benennen und deutlich zu machen, wo und wie gemeinsame Ansätze möglich sind. Damit wir endlich von der Einfalt in der Vielfalt zur Einheit in der Unterschiedlichkeit kommen.

Linke Initiative gegen Atomanlagen (LIGA) München

Ende gut alles gut

Am letzten Tag der Herbstkonferenz war es plötzlich möglich, einander zuzuhören, nachsichtig, verständig und sogar witzig zu sein, wenn AG-Berichte nicht nach dem eigenen politischen Geschmack waren. Bei zu unbedeutend wirkenden, aber letzlich eminent bedeutsamen Punkten wie »gemeinsamer Rundbrief« von Nach-Tschernobyl-Inis und Atommüll-/Standortekonferenz zeigte sich, daß Fingerspitzengefühl und Akzeptanz im Umgang miteinander quer durch alle politischen Fraktionen vorherrschend waren. Und dann im Autoradio noch die Überraschung, in den Nachrichten wurde ausführlich von unserer Pressekonferrenz berichtet: bundesweites Meßnetz und der Aufruf zur Blockade von Atommülltransporten waren die Punkte in den Nachrichten. Also Ende gut - alles gut!

Als sich am Samstagabend der Frust in einer ungeplanten Plenarsitzung entlud, als deutlich wurde, daß sowohl die Nach-Tschernobyl-Inis (in ihrer Mehrzahl?) als auch einige der »Alten« mit dem Verlauf der Konferenz unzufrieden waren, waren wir an einem spannenden Punkt angekommen. Schade, daß an der Stelle die Inhalte am Konferenzverlauf nicht auf den Tisch kamen. Denn es muß sich etwas angestaut haben, was sich vorläufig so darstellt: der Freitagabend, den wir normalerweise für eine Auftaktveranstaltung nutzen, war mit dem Referenten M. Kortländer seitens der Mütter gegen Atomkraft »besetzt«.

Tatsächlich war es so, daß die Nürnberger Frauen zur Bedingung für ihre Bereitschaft, die Konferenz auszurichten, dieses Referat gemacht hatten. Was ihnen daran so wichtig war, müßten sie selbst einmal ausführen, weil meines Wissens sie selbst mit dem Referenten letztendlich nicht zufrieden waren. Zu dem Abend kann ich mich nicht äußern, weil ich nicht daran teilgenommmen habe. Um den in Trebel auf der Frühjahrskonferenz verabredeten Auftakt »Verhindern wir die Atom(müll)transporte!« mit VerbandvertreterInnen und GewerkschafterInnen zu retten, hatte ich beim dem Vorbereitungstreffen vorgeschlagen, den Samstagvormittag mit der Podiumsdiskussion zu beginnen und mich auch dafür eingesetzt, neben BUND und Ärzten der IPPNW die GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER einzuladen (zu den Gewerkschaftern gleich). Renate Domnick ist dieser Einladung gern gefolgt, denn wenn wir den politischen Stellenwert der Kampagne gegen Atom(müll)transporte einmal reflektieren, dann wird schnell klar, daß der Kampf der Ureinwohner (Indianer, Aborigines) gegen den Uranabbau viel mehr unsere solidarische Unterstützung verdient, als daß es bisher der Fall ist. Die Indianer verstehen ihren Kampf als »präventive Intervention«. Sie fordern »Laßt das Uran in der Erde« und wehren sich gegen die »zivile« und militärische Nutzung des Urans. Ich fand,daß ihr Auftreten eine wirkliche Bereicherung war und hoffe, daß ihr Angebot an die Anti-Atom-Bewegung, auch in Zukunft mit uns zusammenzuarbeiten, in den Inis Unterstützung findet.

Als Gewerkschafter eingeladen waren die IG Metall Salzgitter, Kolleginnen aus der ÖTV (Hamburger Hafen) und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED). Die IGM Salzgitter lehnt bekanntlich den Ausbau des Schacht Konrad als atomares Endlager ab. Sie begründet die Ablehnung wie wir: die ungesicherte Entsorgung wird als Hebel zum Ausstieg aus dem Atomprogramm gesehen. Ich könnte wetten, diese »Gewerkschaftsfunktionäre« hätten viel Beifall bekommen. Die Absage erfolgte vier Tage vor Konferenzbeginn, weil der Referenz absolut zu viel um die Ohren hatte.

Die ÖTVler aus Hamburg (u.a. Betriebsräte) waren von unserem Vorhaben nicht informiert worden! Ich erfuhr das 14 Tage vor der Konferenz, da war es zu spät. Obwohl, wie mir gegenüber telefonisch versichert wurde, großes Interesse an unserer Veranstaltung vorhanden war. (Derjenige, der das verpatzt hat, hat es laut und deutlich auf seine Kappe genommen.) Blieb R. Graichen vom Hauptvorstand der GdED. Nachdem wir auf dem Gewerkschaftstag gut zwei Wochen vor unserer Konferenz die Beschlüsse Richtung Ausstieg aus dem Atomprogramm mit großer Mehrheit verabschiedet wurden (z.B. wird die DB aufgefordert, den Amstromanteil aus dem AKW Neckarwestheim auzukündigen), nachdem das erste Mal die Gefährdung durch Atommülltransporte für BahnarbeiterInnen ein Thema war, war R. Graichen bereit, zu uns zu kommen und mit uns zu diskutieren.

Ich stelle den Hintergrund der Podiumsdiskussion deshalb so ausführlich dar, weil bei einer verantwortungsbewußteren, ernsthafteren Vorbereitung, des Auftakt drei Gewerkschafter mit sehr unterschiedlichen Funktionen und Positionen auf dem Podium gesessen hätte! Die Tatsache, daß 80 % der Meldungen sich auf R. Graichens Vortrag bezogen, ist aber auch ein Zeichen für den Mangel an eigener Klarheit, wie wir mit derartigen Positionen (Ausstieg, ja aber ...) umgehen.

Akzeptieren kann ich die Kritik, daß wegen des Auftakts am Freitag mit Kortländer die Zeit für unsere eigenen Diskussions- und Verständigungsprozesse viel zu knapp wurde. In Zukunft sollte ein aus dem üblichen Rahmen fallender Beitrag nur noch freitags oder zu Zeiten, wo unsere Diskussionen nicht blockiert werden, z. B. Samstagabend, stattfinden.

Aber diese Kritik ist formal. Was ich immer noch nicht weiß: wird die Diskussion mit Gewerkschaftern etc. als periphere Angelegenheit gesehen? Ich habe abschließend gesagt (auf dem Podium): Sinn macht diese Veranstaltung nur dann wenn sie**1. als Schaufensterveranstaltung zeigt, daß wir politikfähig sind; 2. daß ich mir von der Diskussion keinerlei Auswirkungen verspreche, außer die Inis knüpfen in der Arbeit daheim die notwendigen Kontakte zu Transport- und Bahnarbeiterinnen. Und 3.muß ich jetzt noch mal in Erinnerung rufen, daß seit dem BUKO-Verbot vor zwei Jahren wir das Bündnis zu Gruppen, wie sie denn auch vertreten waren, auch als Schutzbild brauchen (könnten).**

Die Kritikveranstaltung hinterläßt einen faden Nachgeschmack. Die KritikerInnen habe ich gebeten, sich zu äußern und die vorgehaltene Hand gegen offene Gegenrede auszutauschen. Einen Mangel an strategischer Debatte behebt kein Mensch unter ständigem Hinweis auf eben diesen Mangel. Was ich zu künfigen Strategien zu sagen habe, kann mensch in den Konferenzunterlagen nachlesen.

Wolfgang Ehmke

Foto: AG Atomtransporte

Emden: Giftmüll und Atomtransporte

Immer mehr Ostfriesen setzen sich gegen die Einlagerung von Giftmüll in Salzkavernen und den Umschlag von Atombrennstäben über den Emder Hafen zur Wehr. "Angeklagt": die Landesregierung.

Vorliebe für die CDU/FDP-Landesregierung in Niedersachens hin, Vorliebe her — mancher Anhänger der Koalition ist ins Trudeln geraten. Diesen Eindruck hat zumindest der 44 Jahre alte CDU-Stammwähler Heiko Behrends aus Emden nach dem Besuch mehrerer Veranstaltungen seiner Lieblingspartei in Ostfriesland gewonnen. Er überlegt ernsthaft, sein "Kreuz beim nächsten Mal an eine andere Stelle zu setzen". Behrends liegt mit der Christdemokratie im Hader, weil sie "Ostfriesland zur Lagerstätte für all den gefährlichen 'Kram machen will, den sie sonst nirgends unterbringen kann". "Schamlos" nutzte es das Kabinett von Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht (CDU) aus, daß die Ostfriesen angesichts der turmhohen Arbeitslosigkeit in der Region gezwungen seien, nach fast jedem Strohhalm zu greifen.

Der "gefährliche Kram", über den Heiko Behrends stöhnt, das ist zum einen der Giftmüll, der spätestens 1994 in Salzkavernen in Jemgum (Landkreis Leer) und Umgebung eingelagert werden soll, zum anderen der Anfang Oktober gestartete Transport atomarer Brennstäbe über den Hafen der ostfriesischen Metropole Emden.

Ende September 1988 pickt CDU-Umweltminister Dr. Werner Remmers Jemgum als Standort eines weltweit einmaligen Pilotprojektes heraus. Gegen bare Münze sollen dort 10 Prozent niedersächsischer und 90 Prozent außerhalb des Bundeslandes anfallender Sondermüll unrückholbar eingelagert werden, unter anderem zyanidhaltige Härteschlämme, Bleisalze aus der Farbenherstellung und Filterstaub aus Abfallverbrennungsanlagen. Dieses Vorhaben unter der Regie der Preussag-Tochter KBB ("Kavernenbau- und Betriebsgesellschaft") läßt selbst eher bedächtige Persönlichkeiten und Zusammenschlüsse außer Rand und Band geraten. So spricht Günter Peters, umweltpolitischer Sprecher im SPD-Unterbezirk Wittmund, von einem "Kniefall vor den Interessen der Industrie" und "reinstem Irrsinn", wenn man einerseits bei der Abwehr des Nordsee-Sterbens von allerhand Problemen gebeutelt werde, andererseits jedoch durch die Hintertür neue Giftmüllsorgen bekomme. Die Argumente der Remmers-Kontrahenten, unter ihnen die Biologische Schutzemeinschaft Hunte-Weser-Ems, der Deutsche Bund für Vogelschutz, der Deutsche Gewerkschaftsbund und Bürger- und Ratsversammlungen in kleineren und größeren Orten, sind unterschiedlichster Natur.

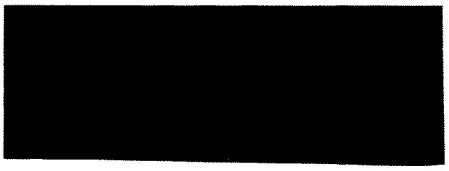
Während Pfarrkonferenzen die Forderung nach einer Umkehr der Wirtschaft zu umweltverträglicher Produktion in den Mittelpunkt schieben, hält die Arbeitsgemeinschaft "Grüne Küste!" der Öffentlichkeit die Gefahren bei einem Transportunfall vor Augen ("Drei Millionen Kubikmeter Giftmüll auf Schiene, Straße und Wasser, 5.000 bis 10.000 Giftlastwagen im Jahr — da ist es nur eine Frage der Zeit, wann etwas Schreckliches passiert!"). Während der Koordinierungsausschuß "Bürger gegen Giftmüll" mit den unabsehbaren Reaktionen der verschiedenen Stoffe unter Tage hausieren geht und der Verein "Die Wettläufer" vor den Auswirkungen der Soleableitungen in Ems und Dollart warnt, plagen den ostfriesischen Bezirk des Niedersächsischen Städtetages andere Sorgen. Ein Sprecher vermutet, assistiert von den Kurdirektoren bzw. Geschäftsführern der Küstenbäder von Greetsiel bis Wangerland und der Arbeitsgemeinschaft "See" des Fremdenverkehrsverbandes Nordsee, durch das Projekt "werden hunderte von Millionen an Investitionen für den Fremdenverkehr zu Grabe getragen und eine Unmenge Arbeitsplätze in unverantwortlicher Weise bedroht."

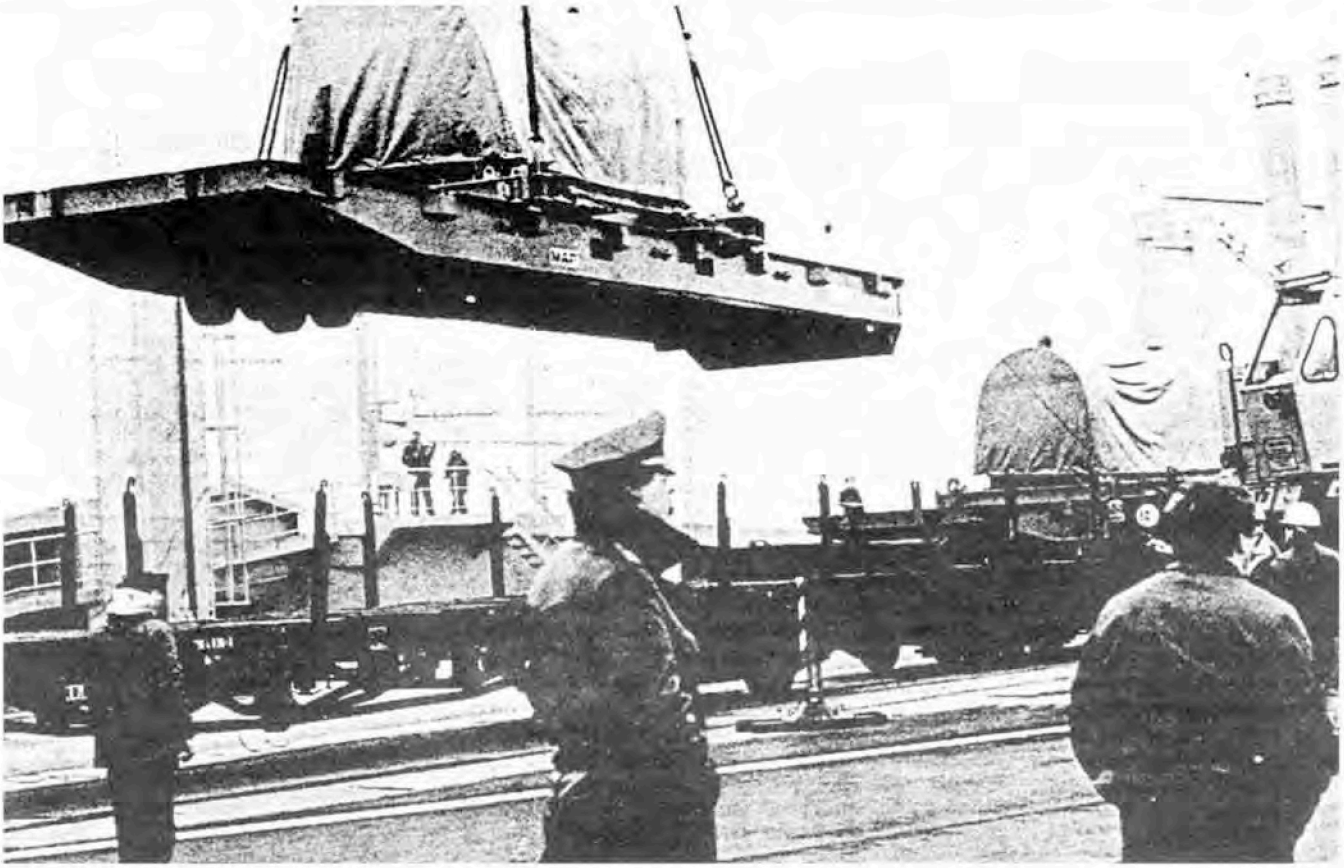
Niedersachsens CDU-Finanzministerin und Preussag-Aufsichtsrätin Birgit Breuel entgegenet, eine Giftmüll-Deponie könne ein "lohnendes touristisches Ziel" sein. Breuel-Mitarbeiter rechnen mit 110 Millionen DM Investitionskosten in Jemgum und einem vermehrten Gewerbesteueraufkommen. Und Dr. Remmers predigt: "Umweltschutz-

technologie kann zu einer Chance für die Region werden. Hier zeigt es sich, ob man es ernst meint mit Umweltschutz und Umweltschutztechnologie." Die Remmers-Widersacher haben allerdings nicht vor, die weiße Fahne zu hissen. Nach einer stundenlangen Besetzung der Jann-Berghaus-Brücke in Leer am 29. September durch vierhundert Jemgumer lassen die Gemeinden Bunde, Weener und Jemgum Taten sehen. Sie verpflichten den Westberliner Star-Rechtsanwalt Reiner Geulen, dadurch bekannt, daß der die Batteriefabrik "Sonnenschein" der Familie des CDU-Bundespostministers wegen Umweltverschmutzung zu einer vorläufigen Betriebsschließung zwang. Reiner Geulen: "Ich gehe von guten Erfolgschancen auf rechtlichem Gebiet aus."
"Und auf politischer Ebene", ergänzt die Jemgumer Anti-Giftmüll-Initiative, verweist auf eine Statement des Pressesprechers des niedersächsischen Umweltministeriums (Siegfried Heinemann: "Wir nehmen die Bedenken und Befürchtungen der Bevölkerung sehr ernst") und auf ein ausführliches Gespräch mit dem stellvertretenden FDP-Landtagsfraktionschef Walther Greatsch. Der findet den "Sachverstand der Bürgerinitiative beeindruckend", kriegt wegen der Nichtrückholbarkeit des Giftmülls Bauchschmerzen, macht angesichts der Informationspolitik von Dr. Remmers "Unmut in der FDP-Fraktion" aus. (Beispielsweise werfen Mitarbeiter des Kölner Katalyse-Instituts für angewandte Umweltforschung dem Minister im August 1987 vor, er habe ihr Gutachten zum Jemgumer Salzstock verdreht und verfälscht.)
30 Autominuten von Jemgum entfernt begehren Bürger der Seehafenstadt Emden gegen den Transport von Mischoxyd-Brennelementen mit erhöhtem Plutoniumgehalt über Ostfriesland in das schwedische Clab auf. Nachdem der Hafen von Lübeck nicht mehr zur Verfügung steht, sucht die Atomindustrie ein Ersatzareal. Die Emdener Verkehrs-Aktiengesellschaft (EVAG), eines von 535 Tochterunternehmen des Multikonzern VEBA AG, der mit 48.596,6 Millionen DM auf dem vierten Rang der umsatzstärksten bundesdeutschen Unternehmen liegt und die Preussag zu 100 % besitzt, dient sich an — anscheinend mit Erfolg.
In den frühen Morgenstunden des 6. Oktober werden die ersten 24 Brennstäbe aus dem im November 1985 abgeschalteten Atomkraftwerk Kahl bei Aschaffenburg umgeschlagen. Dabei geht es dramatisch zu: Ein gekenterter Schwimmbagger vor der Einfahrt verhindert die Verladung der heißen Ware im Binnenhafen und macht kilometerweite Umwege zum Außenhafen erforderlich. Die dem rechten Flügel der FDP verbundene Lokalzeitung "Ostfriesische Nachrichten" titelt ungewohnt bissig: "Risiken des Atommüll-Transportes nicht kalkulierbar!" Im Außenhafen wird ein "Greenpeace"-Schlauchboot von dem schwedischen Atom-Spezialfrachter "Sigyn" zerquetscht. Ein Mitarbeiter der Umweltschutzorganisation trägt Kopfverletzungen davon. "Greenpeace" bezeichnet das Vorgehen des "Sigyn"-Kapitäns als "brutal" und "nicht rechtsstattlich". Die Polizei hingegen ortet eine "nicht unerhebliche Gefährdung" des Schiffes durch von "Greenpeace" in die Luft abgefeuerte Leuchtraketen.
An der Spitze des Widerstands in Emden: Oberbürgermeister Alwin Brinkmann (SPD), Angestellter der Preussag. Der Hafen seiner Heimatstadt sei "einmal mehr in Verruf geraten und damit auch die Stadt Emden". Brinkmann ist seiner Meinung nach von der Landesregierung "auf's Kreuz gelegt" worden. FDP-Wirtschaftsminister Walter Hirche habe auch in letzten Stellungnahmen seine Zustimmung für niedersächsische Häfen als Umschlagplätze verweigert. Ebenso widersprüchlich sei der Zick-Zack-Kurs des Umweltministers. Im übrigen sei die Stadtverwaltung erst wenige Stunden vor der "Sigyn"-Ankunft offiziell verständigt worden. "Daß die Stadt so spät informiert wurde", hüstelt der stellvertretende Regierungslautsprecher Klaus Pohlmann, "wird schon seinen guten Grund haben."
Der aus Emden stammende SPD-Landesvorsitzende Johann Bruns verbrüdert sich mit seinem Parteifreund. Er rät Brinkmann zur Klage. Denn die Route Emden—Schweden sei die längstmögliche und kreuze den am dichtesten befahrenen Schiffahrtsweg der Welt. An die Adresse der Administration in Hannover ergehen Schimpfkantaten: "Dienstwilligkeit gegenüber der Atomwirtschaft", "unverzeihlicher und unverständlicher Akt der politischen Erpreßbarkeit". Auch die Grünen sparen nicht mit saftiger Kritik. Zu der Eignungsanalyse der Regierung äußert die Oldenburger Landtagsabgeordnete Dr. Thea Dückert: "Nicht der Schutz der Menschen vor den Atomtransporten steht hier im Vordergrund, sondern der Schutz der Atomtransporte vor den Menschen." Nicht tolerieren kann sie, daß die EVAG, für die "atomare Rückstände im Transport ungefährlicher" sind "als beispielsweise Öl oder Gas", bisher kein Sicherheitsgutachten präsentierte, obwohl sie von Dr. Remmers im Juni dazu aufgefordert worden ist.
Zu einem gänzlich anderen Urteil als die EVAG gelangt der TÜV in einem Gutachten für die Lübecker Behörden. Ähnlich wie die ostfriesischen Gliederungen der Gewerkschaften ÖTV und GdED (Eisenbahner-Gewerkaschaft), des B.U.N.D. (Bund für Umwelt- und Naturschutz) und des Verkehrsclubs für die Bundesrepublik Deutschland, VCD, stellt er erhebliche Risiken fest. Gunther Hummerich, Vorsitzender des Emdener FDP-Kreisverbandes und der liberalen Stadtratsfraktion, zieht einen Bogen von dem Brennstäbe-Umschlag zu der Fährverbindung für Bahn- und LKW-Transporte vom Emden nach Immingham in Großbritannien, die spätestens im Frühjahr 1989 eröffnet werden soll. Manager: die Schiffsreederei Elbe-Humber-Roline (EHRO), die schon jetzt gelegentlich mit der Hanauer Reaktor-Brennelemente-Union, abgekürzt RBU, zusammenwirkt. Von Immingham bestehen direkte Bahn- und Straßenverbindungen zu der "militärischen Zwecken dienenden" (so das Bundesforschungsministerium) Wiederaufbereitungsanlage Sellafield/ Windscale.
Gunther Hummerich mutmaßt, die CDU/FDP-Koalition habe der Emder Bevölkerung keinen reinen Wein über den wenig harmlosen Charakter der Fährlinie eingeschenkt. Emden dürfe keine Drehscheibe für hochgiftige atomare Abfälle werden.
Das Hummerich-Veto zu unterschätzen, wäre womöglich ein Fehler. Selbst der FDP nicht mit Wohlwollen begegnende Politische Beobachter in Ostfriesland sind sich nämlich darüber einig, daß es letztendlich Hummerichs hartnäckigem Einsatz und den von ihm mitorganisierten Bürgerprotesten zuzuschreiben ist, daß der von der Landesregierung gefüllte Kelch einer Hochtemperatur-Müllverbrennungsanlage in Emden 1987 an Ostfriesland verbeigegangen ist.

Leere Schulklassen — volle Straßen: Der Kampf gegen einen "Atomhafen Emden" geht weiter

Einen Monat nach dem Entstehen meines Artikels über die rot sehenden, sich gegen Giftmüll in Salzstöcken und Atommüll-Umschlag über den Emdener Hafen wehrenden Ostfriesen sitze ich wieder zu demselben Thema an derselben Maschine. Was sich in diesen vier Wochen getan hat, will die ATOM-Redation von mir wissen, und ich lasse das gerne Revue passieren, stehen die Uhren hier doch auf Fortschritt.
Wenn Polizeidirektor Gustav Dierks, der Chef der Auricher Schutzpolizei-Inspektion, recht hat, dann wurde in der Nacht zum 24. Oktober in Emden Geschichte gemacht. Mit einer umfangreichen Blockadeaktion, der etwa zwanzig Strafanzeigen wegen "Nötigung" auf dem Fuß folgten, wurden der Rücktranport der leeren "Sigyn"-Spezialbehälter verzögert. "Es ist etwas Neues passiert", staunte Dierks am "Tatort", denn bislang habe es beim Rücktransport nirgendwo Proteste gegeben, geschweige denn durch hunderte entrüstete Bürger.
Gellende Pfiffe gingen in dieser historischen Nacht auf den SPD-Landesvorsitzenden Johann Bruns nieder, als der für einige Momente mit seiner Anwesenheit glänzte. Er hatte zu breitestmöglichen Bürgerprotesten und Aktionen des Zivilen Ungehorsam aufgerufen. Aber daß Emdens SPD-Oberbürgermeister Alwin Brinkmann zwar verbal weiterhin auf einer Trennung zwischen seinen Funktionen als sozialdemokratischer Politiker und OB beharrt ("Ich werde nicht mitdemonstrieren, weil ich darauf angewiesen bin, als Bittsteller in den Ministerien aufzutreten"), hat Bruns noch nicht auf den Plan gerufen und zu Kritik veranlaßt. Im Gegensatz zu den Jungsozialisten im SPD-Unterbezirk Emden, die ihren Parteifreund mit markigen Worten des Tadels überschwemmten und konstatierten,





die Bevölkerung erwarte ihren obersten Repräsentanten in der ersten Demonstranten-Reihe.
Wilhelmshavens Oberbürgermeister Eberhard Menzel (SPD) hatte auf einer Greenpeace-Veranstaltung am 2. November im restlos überfüllten Neuen Theater in Emden Brinkmann indirekt in die Ecke gestellt. Wenn Wilhelmshaven als Umschlagplatz "ausgeguckt" würde, was in Regierungskreisen in Hannover nicht ausgeschlossen wird, "werde ich selbstverständlich friedlichen Widerstand leisten, mitdemonstrieren, mitblockieren".
Unterdessen wurde der Kampf gegen einen "Atomhafen Emden" zu einer Volksbewegung, die die städtischen Grenzen überschritten hat. Zahlreiche anliegende Kommunen, darunter der Rat der 200.000-Einwohner-Stadt Oldenburg, solidarisierten sich; es bildeten sich Koordinationsgruppen in verschiedenen Nachbargemeinden.
Atommüll-Gegner aus den Niederlanden setzten diverse Hebel in Gang. Unter anderem kürten sie die Vorgänge in Emden zum Gegenstand einer Parlamentsanfrage, für die die niederländische Schwesterpartei der SPD, die PvdA, sorgte. Einflußreiche Politiker des Königreiches stellten sogar das milliardenschwere Dollarthafen-Projekt zur Disposition.
Der Vizepräsident des Deutschen Fremdenverkehrsverbandes wetterte ebenso gegen die Atommüll-Transporte ("Wir wollen unsere Belange berücksichtigt wissen") wie der Leiter der hochangesehenen Kulturstiftung "Ostfriesische Landschaft". Imposant war auch eine Demonstration mit anschließender Kundgebung, die mehr als 3.000 Schüler zweier Emder Gymnasien und der Berufsbildenden Schulen Mitte November während der Unterrichtszeit auf die Beine stellten. Die Idee war auf dem Mist einiger 14jähriger Steppkes gewachsen und wurde von den betreffenden Schulleitungen stillschweigend unterstützt.
Der Staatsapparat scheint diese Entwicklung nicht vollkommen ignorieren zu können. Zur allgemeinen Überraschung gab die Staatsanwaltschaft am Landgericht Aurich einer Strafanzeige der Grünen im Landtag statt, die sich gegen die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, die Deutsche Bundesbahn und das Versuchs-Atomkraftwerk Kahl richtete. Schuldvorwürfe: "umweltgefährdende Abfallbeseitigung" und Verstoß gegen das Atomgesetz. MdL Hannes Kempmann von den Grünen meinte, "die erste große Schlappe für Umweltminister Remmers" kreiert zu haben. Es muß ja nicht nicht letzte sein. *Thomas Klaus*

Foto: AG Atomtransporte

WIDERSTAND GEGEN ATOMTRANSPORTE

eine Notlösung oder der Anfang vom Ende der Atomindustrie?

Im Folgenden veröffentlichen wir einen Diskussionsbeitrag der Nürnberg BI gegen die WAA und andere Atomanlagen zum Thema „Widerstand gegen Atomtransporte – Möglichkeiten, Perspektiven und Gefahren".

In diesem Beitrag wollen wir, die Nürnberger BI gegen die WAA, unseren bisherigen Diskussionsstand hinsichtlich des Widerstandes gegen Atomtransporte wiedergeben.
Es geht uns hierbei weniger darum, eine Aktion oder Widerstandsperspektive aufzuzeigen. Vielmehr soll eine Diskussion über Sinn, Notwendigkeit und Stellenwert des Widerstandes gegen Tansporte sowie deren praktische Umsetzung stärker und koordinierter auch in bundesweiten Zusammenhängen diskutiert werden.
Im ersten Teil geben wir eine allgemeine Einschätzung zu dem politischen Stellenwert von Atomtransporten.
Im zweiten Teil wollen wir die derzeitige politische Situation in Bezug auf den Widerstand gegen Atomtransporte beleuchten, so wie sie sich aus unserer Sicht darstellt. Hierbei sollen auch in perspektivischer Sicht mögliche Aktionen bzw. Protest- und Widerstandsmöglichkeiten dargestellt werden.
Im dritten Teil setzen wir uns kritisch mit einer Atomtransportkampagne, in welcher Form auch immer, auseinander.

Stellenwert von Atomtransporten

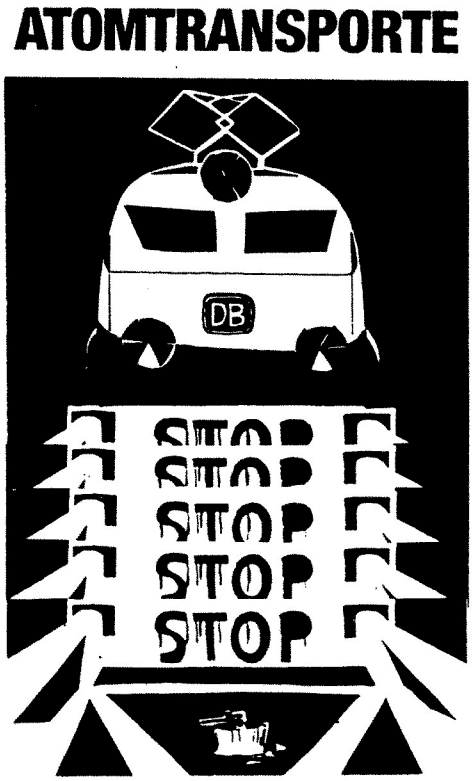
Allgemein kann gesagt werden, daß Widerstand gegen Atomtransporte auch immer Widerstand gegen Atomkraftwerke, WAAs und andere Atomanlagen bedeutet und somit gegen das ganze Atomprogramm gerichtet sein muß.
Die Atomtransporte sind die Nervenstränge der Atomindustrie. Ohne diese Atomtransporte erleidet dieses System auf längere Sicht gesehen einen Kollaps.
Somit sind sie auch geeignet, Angriffspunkte um das Atomprogramm anzugehen und zwar unter mehreren Gesichtspunkten.

1.
Atomtransporte verlaufen auf vielen Routen kreuz und quer durch die Bundesrepublik.
Somit werden auch ganz neue Bevölkerungskreise mit der Atomenergieproblematik und möglichen Widerstandsformen gegen die Tansporte konfrontiert. Bevölkerungskreise, die bisher nicht erreicht werden konnten, da sie sich nicht als direkt Betroffene empfanden. Diese Transporte ermöglichen eine geographische und personelle Verbreiterung des Widerstandes, da gerade aufgrund der eigenen Betroffenheit sich hoffentlich viel mehr Menschen als bisher mit der Atomenergie kritisch auseinandersetzen und, wie im Wendland oder wie vor kurzem in Lübeck geschehen, auch dagegen aktiv werden.

2.
Atomtransporte sind wie bereits erwähnt das schwächste Glied im sogenannten Brennstoffkreislauf.
Schaffen wir es, diese Transporte und ihre Betreiber mit einer permanenten Behinderungsdrohung zu konfrontieren, so werden diese unter großem Polizeieinsatz durchgeführt werden müssen.
Somit wird auch der menschenfeindliche und Demokratie zerstörende Charakter dieser Energieform und ihrer politischen Hintermänner mehr Menschen als bisher konkret vor Augen geführt.

3.
Aufgrund dieser permanenten Behinderungsdrohung und der sinkenden Akzeptanz gegenüber den Transporten treiben wir den politischen Preis der Atomenergie weiter in die Höhe.

4.
Über die Thematisierung der Tansporte ist eine starke Vernetzung bzw. Zusammenarbeit verschiedener politischer Spektren und Gruppen möglich. So z.B. mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, die sich vor kurzem erst klar gegen Atomtransporte ausgesprochen haben. Die Bundesbahn soll ja nach Vorstellung von Bundesumweltminister Töpfer in Zukunft die Transporte durchführen.
Auch die Friedensbewegung kann, wenn gewollt, stärker in den Widerstand einbezogen werden. Vorraussetzung zur Bombenherstellung ist ja auch hier ein funktionierendes Transportsystem, um z.B. die Bombenrohstoffe zu transportieren.

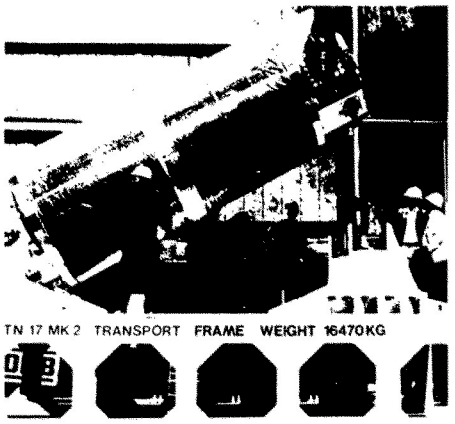


Voraussetzungen für einen effektiven und starken Widerstand gegen Atomtransporte ist jedoch, daß wir diese aus ihrer bisherigen Anonymität herausholen. Erst dieses Widerstandsvakuum, das hinsichtlich der Transporte größtenteils hierzulande herrschte, ermöglichte es den Betreibern so, relativ reibungslos ihre Atomfrachten auf Bahn, LKW, Schiff und Flugzeug durch die Lande zu karren. Das muß möglichst schnell aufhören. Anfänge wurden wirkungsvoll in den letzten Monaten (Beispiel Lübeck u.a.) gemacht.

Widerstandsformen

Diese Anfänge gilt es weiter auszubauen, was aber heißt, daß das Bewußtsein über Ausmaß, Zusammenhänge, Stellenwert und Gefahren der Atomtransporte noch stärker in das Bewußtsein der (kritischen) Öffentlichkeit gebracht werden muß (Die Aktionen von Lübeck standen noch stark unter dem Einfluß des Nukem-Skandals).
Im Widerstand gegen die Tansporte ist bundesweit ein deutliches Nord-Süd-Gefälle festzustellen:

Während im Norden praktische Widerstandserfahrung gegen Transporte vorhanden sind, und sich viele BIs und andere Gruppen in einer konkreten Widerstandssituation (z.B. Blockaden o.ä.) befinden, bewegen sich die süddeutschen BIs sehr stark „noch" in der Phase der Öffentlichkeitsarbeit. Hier steht die Arbeit gegen Transporte teilweise noch am Anfang.
Eine Ausnahme bildet hierbei neben dem Landkreis Schwandorf die Stadt Nürnberg, da hier schon seit längerem an dem Thema Transporte gearbeitet wird und sich die politische Situation aus folgenden Gründen als sehr günstig für unsere Arbeit darstellt:
1. Nürnberg wird durch den Betrieb der WAA zum Hauptumschlagplatz des bundesdeutschen Atommülls (Faktor der Betroffenheit).
2. Die kommunalpolitische Situation ist für die Problematisierung der Transporte günstiger als in anderen Süddeutschen Städten (Rathausmehrheit spricht sich gegen Transporte aus).
3. Die Kommune und deren Verwaltung engagieren sich in deren Möglichkeiten relativ deutlich gegen die Transporte (z.B. Erstellung eines Gutachtens zu den Gefahren für Nürnberg, Klage gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung der WAA, breite Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema).
Ansonsten ist im Süden der Wissens- und Bewußtseinsstand hinsichtlich der Transporte eher als gering zu bezeichnen.
Hier wird neben massiver Öffentlichkeitsarbeit die Entwicklung eines potentiellen Widerstandsbündnisses gegen jetzige und vor allem zukünftige Transporte sinnvoll und notwendig sein.
Deutlich sichtbar ist jedoch auch, daß das Thema Transporte aus anfänglich genannten Gründen auf zusehends stärkeres Interesse stößt, sowohl innerhalb der Anti-AKW-Bewegung als auch in der breiten Öffentlichkeit.
Es stellt sich nun die Frage, ob angesichts dieser beschriebenen unterschiedlichen Situation von Nord und Süd eine gemeinsame politische Strategie, d.h. z.B. bundesweite zentrale oder dezentrale Protest- und Widerstandsaktionen entwickelt werden können und sollen. Weiterhin stellt sich die Frage: Sind diese gemeinsamen Widerstandsaktionen zum *jetzigen Zeitpunkt* schon sinnvoll?
Keine Frage ist, daß schon jetzt ein möglichst effektiver Austausch von Erfahrungen wichtig ist. Sowohl hinsichtlich praktischer und organisatorischer Erfahrungen, als auch zur Verbreiterung des Widerstandes.
Ein wichtiger Orientierungspunkt, zumindestens für die süddeutschen BIs, wird die Inbetriebnahme des Eingangslagers der WAA sein. Ab diesem Zeitpunkt werden erstmals in größerer Zahl Atomtransporte von und zur WAA laufen. Hiermit ist frühestens Ende 1989 zu rechnen. Mit der Inbetriebnahme ist aber möglicherweise erst in 2 - 3 Jahren zu rechnen.
Uns steht also dadurch noch eine relativ große Zeitspanne zur „Bewußtseinsarbeit", zur Mobilisierung und auch dem Aufbau eines möglicherweise breiten Widerstandsspektrums zur Verfügung. Andererseits beinhaltet diese zeitliche Unklarheit über die Inbetriebnahme des Eingangslagers viele nicht voraussehbare Faktoren (Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung, Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der Atomenergie etc).
Ebenso ist es notwendig zu klären, ob es schon zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll ist, die Transporte zu einem oder dem Schwerpunkt der Anti-AKW-Bewegung zu machen, z.B. in Form einer Transportkampagne (siehe nachfolgende Aktionsvorschläge)
Denkbar wären z.B. schon jetzt die Planung einer oder mehrerer bundesweiter Schwerpunktaktionen schon weit im Vorfeld der Inbetriebnahme des Eingangslagers der WAA. Wir denken hier z.B. an eine bundesweite Blockadeaktion gegen einen Transport. Hierbei dürfen die Entwicklungen im Wendland nicht unberücksichtigt bleiben.



Transportbehälter der Firma TRANSNUKLEAR.

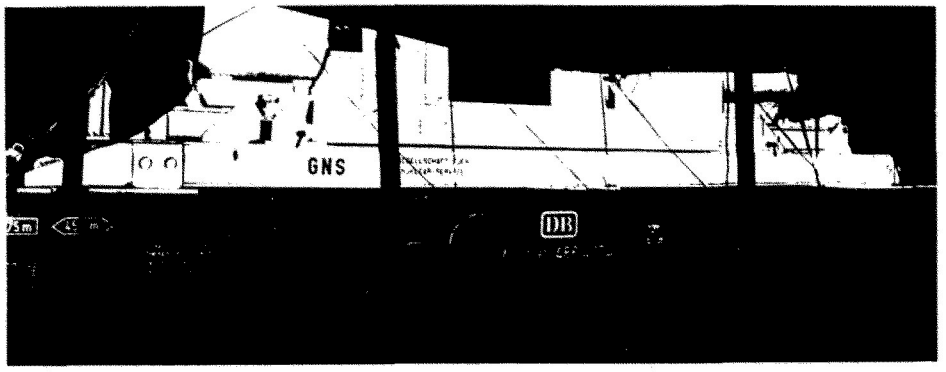
Mit einer solchen gut vorbereiteten und unter großer Beteiligung durchgeführten Aktion ließen sich die Transporte gut thematisieren und auch als Widerstandsmöglichkeit aufzeigen. Hierbei müßten auf jeden Fall bisherige Erfahrungen mit solchen Aktionen massiv eingebracht werden.
Wobei unserem Empfinden nach die Auseinandersetzung z.B. auf den Atommüllkonferenzen konstruktiver geführt werden muß.
Gerade die Transporte bieten einen guten Ansatz für breitere, auch effektive Bündnisse. Dies gilt insbesondere für „neue" und „alte" Anti-AKW-Bewegung.
Weitere mögliche Aktionen im Vorfeld der Inbetriebnahme des Eingangslagers wären:
– Bundes- oder bayernweite Großdemonstration in Nürnberg, um Protest- und Widerstandsmöglichkeiten weiter von der WAA entfernt deutlich zu machen.
– dezentrale Aktionen (Demos) in mehreren von den Transporten betroffenen Städten (z.B. Schwandorf, Nürnberg, Würzburg, Hannover, Dortmund, Gorleben etc.). Als Nachteil sehen wir die Gefahr der Wirkungslosigkeit dieser Aufteilung aufgrund der geringen Teilnehmerzahlen. Für diesen Vorschlag würde eine bundesweite Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Städten notwendig sein. Ebenso würde die Vernetzung der Transportwege betont.
– bundesweite Demo in Schwandorf/ Wackersdorf
Hier weist der Protest konkret auf den Zusammenhang WAA und Atomtransporte hin, bleibt aber wieder im Landkreis.

III. Probleme einer Kampagne

Neben den dargestellten Möglichkeiten sowie konkreten Aktionen, die eine Transportkampagne bietet, wirft sie auch Probleme auf.
Als da sind:
a) inhaltliche Verengung
Bei einer zu starken Konzentrierung auf die Transporte fallen wichtige Inhalte weg, und der Aspekt der persönlichen Gesundheitsbedrohung tritt in den Vordergrund. Wir können nicht so tun, als seien die Atomtransporte wichtiger oder gefährlicher als die Anlagen selbst oder gar die WAA mit ihren militärischen Optionen. Dieser Eindruck kann aber möglicherweise rasch entstehen, auch wenn wir in -zig Flugblättern, Aufrufen etc. **sagen,** daß wir das gesamte Atomprogramm mit allem was es beinhaltet, ablehnen, aber vorwiegend gegen Transporte **agieren.** Die Öffentlichkeit nimmt vorwiegend wahr, was wir tun, und erst in zweiter Linie, was wir reden. (Möglicherweise sind unsere einschlägigen Argumente aber auch schon ganz gut in die Bevölkerung eingedrungen, und diese Gefahr ist nicht so groß)
Damit hängt zusammen:
b) die Zeitproblematik
Wir nehmen resignierend hin, daß die WAA weitergebaut wird, wenn wir zum jetzigen Zeitpunkt ein großes Geschrei wegen **der** Transporte erheben, die in zwei oder drei Jahren kommen werden. Im Augenblick und auf absehbare Zeit fordern wir ja wohl immer noch den sofortigen Baustopp für die gesamte Anlage! Wir müssen selbstkritisch fragen, ob das plötzliche Interesse an den Transporten nicht vorwiegend die Lücke füllt, die dadurch entstanden ist, daß uns zum Thema „Perspektiven des WAA-Widerstands" allen miteinander momentan einfach nichts gescheiteres einfällt. Selbstverständlich müssen wir die Inbetriebnahme des Eingangslagers im Auge behalten, aber bis dahin vergehen möglicherweise Jahre, und in der Zeit können wir nicht NICHTS tun. Oder bloß von Transporten reden und dabei in der Öffentlichkeit Boden verlieren, den wir in den letzten Jahren mühsam beackert haben. Mit anderen Worten: die Frage „Wie weiter im WAA-Widerstand" wird durch „Transportkampagne" allenfalls zum Teil beantwortet.

Diese Fragen wurden in der BI teils auch kontrovers diskutiert, müssen aber unserer Ansicht nach bei der (Widerstands) Planung berücksichtigt werden.
Soweit unsere Gedanken, Vorschläge und Diskussionspunkte zu den Atomtransporten.
Wir hoffen, hiermit innerhalb der Anti-AKW-Bewegung eine breiter Diskussion über Tansporte angeregt zu haben.

Nürnberger BI gegen die WAA
c/o Stadtteilzentrum Desi,
Brückenstr. 23, 85 Nürnberg 80



Take the A-Train

Ein paar Gedanken zu Atomtransportaktionen 1988/89

Angesichts der Tatsachen, daß wir ab der Fertigstellung des Eingangslagers in Wak mit der Ankunft von Transporten zu rechnen haben, wird die Anti-AKW-Bewegung in Bayern immer wieder damit konfrontiert sein, mit diesen Transporten umgehen zu müssen.

Diskussionsvorschlag, der auf dem BAAP am 15.8.88 in Augsburg vorgestellt wurde

Zunächst einmal müssen wir uns ein praktisches Konzept der Entwicklung von Aktionen und von Öffentlichkeitsarbeit ausdenken. Nördlich des Mains ist die ganze Geschichte schon sehr viel weiter gediehen; es bestehen Erfahrungen mit Aktionen wie Wendlandblockade, den diversen Tagen X, dem Endlagerspektakel, den verschiedenen Versuchen, Transporte von den Ausganspunkten zu den Bestimmungsorten zu begleiten oder zu behindern, Aktionen, die bislang in den Lübecker Blockaden und Demonstrationen gipfelten. Die Polizei hat natürlich dieselben Erfahrungen hinter sich und verhält sich dementsprechend. Zur Zeit laufen im Wendland Vorbereitungen auf den nächsten Tag X, dem Beginn der Einlagerung von Castor-Behältern im Zwischenlager in Gorleben; außerdem ist die Verlagerung der Verschiffung von Atommüll und Brennstäben nach Schweden von Lübeck auf niedersächsische Häfen (Emden) im Gespräch. In Bayern ist dagegen mit Ausnahme der Arbeiten der Nürnberger (vergl. die Broschüre) weder eine Teilnahme an Aktionen zu den aktuellen Transporten noch eine Vorbereitung zu den zu erwartenden Transporten nach Wak gelaufen. Wenn wir also der Inbetriebnahme des Eingangslagers in Wak etwas entgegensetzen wollen, müssen wir uns ein tragfähiges Konzept überlegen, das einerseits große, öffentlichkeitswirksame, auf Transporte, Transportwege und Ausgangs- wie Endpunkte gerichtete Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit einschließt, andererseits müssen wir auch langsam Strukturen aufbauen, mit denen wir in der Lage sind Transporte zu begleiten und zu behindern.
Beide Teile müssen sinvoll aufeinander bezogen sein. *Transportbezogene Aktionen ohne eine entsprechende Vorbereitung und Begleitung in der Öffentlichkeit sind zum Scheitern verurteilt, besonders in Bayern.*
Von der praktischen Vorgehensweise ist es daher sinnvoll, zunächst erst einmal zwischen tatsächlicher Transportverfolgung -behinderung einerseits, und vorbereitenden und begleitenden, vor allem auf Öffentlichkeitswirksamkeit ausgerichteten Aktionen zu unterscheiden.
Auf dem Kölner A-Transporttreffen kam aus Hannover ein provisorischer Aktionsvorschlag, der für Herbst Öffentlichkeitsarbeit, anschließend dann irgendwann eine Kampagnewoche und für das spätere Frühjahr eine zentrale, bundesweite Demo in Frankfurt vorsah.
Abgesehen davon, daß wir in Bayern bis Mitte Oktober wohl ohnehin ausgelastet sein werden, müssen wir in Bayern zusehen, daß wir die WAA stark in die A-Transportgeschichte mit einbeziehen, Transporte zur WAA werden möglicherweise eine unser Hauptbeschäftigungen werden. Es gilt also, einen Modus zu finden, der landes- oder auch bundesweite Aktionen öffentlichkeitswirksam gleichzeitig auf WAA und die Transportrouten richtet.

Was sollen wir also in der nächsten Zeit machen?
Öffentlichkeitsarbeit? – klar, sie ist das A & O der Geschichte. Wir könnten z.B. ein informatives Flugblatt zu den Herbstaktionen herausgeben, in dem einiges zum Stand der Dinge, zu Aussichten und zu möglichen Aktionen gesagt wird. Die Herbstdemo bietet auf alle Fälle ein breites Forum interessierter Leute. Natürlich darf das nicht das einzige bleiben, sondern über den Winter muß die ganze Zeit eine Infokampagne laufen. Sie sollte die aktuellen und möglichen Transportstrecken mit einbeziehen, etwa durch Aufklärung der Bevölkerung, Filme, Diskussionen etc.

Kampagnewoche? – ist sicherlich auch nicht schlecht. Wir müssen nur die Grenzen „bundesweiter" Aktionswochen sehen. Fast immer war in der Presse nicht ersichtlich, daß es sich um eine bundesweite Aktionswoche handelte, wenn Aufmerksamkeit erregt wurde, dann immer regional. Mit der bundesweiten Koordination einzelner Aktionen ist es nie gut bestellt gewesen. Regionale Aktionswochen haben dagegen gute Erfolgschancen. Möglich wäre natürlich in so einem Rahmen eine bayernweite Aktion unter Einbeziehung der AKW-Standorte und der WAA, ev. einer Demo (zentral bayernweit) etwa in Nürnberg (wenn die NürnbergInnen wollen). Ich denke da zum Beispiel an eine (bayernweite) Sternfahrt nach Wak über die Routen Grundremmingen – München – Landshut – Regensburg – Wak und Würzburg – Grafenreinfeld – Nürnberg – Wak: alternativ käme natürlich auch Nürnberg als Ziel- oder Demoort in Frage. Die Einzelheiten wären noch auszuarbeiten, auf jeden Fall abschließende Demo, und das Ganze natürlich möglichst bunt mit viel action. Dies Konzept hat es in ähnlicher Form schon einmal gegeben (Endlagerspektakel), aber man könnte es ja noch ausarbeiten. Weiter ähnlich gelagerte Aktionen sollten folgen.

Bundesweite Demo? – Es muß auf alle Fälle gewährleistet sein, daß die ganze Geschichte vermittelbar bleibt, bzw. vermittelbar gemacht wird. Zu bedenken wäre in diesem Zusammenhang, ob nicht in irgendeiner Form Routen oder Ziele von Transporten mit einbezogen werden könnten.

Das alles ist immer vor dem Hintergrund zu sehen, daß die ganze A-Transportgeschichte einer guten Mobilisierung und einer guten Öffentlichkeitsarbeit bedarf.

Und nun zu den Transporten selber:
Angesichts des sehr schlechten Erfahrungsschatzes bezüglich direkter Aktionen zu A-Transporten ist es notwendig, sich von denen die notwendigen Sachen abzugucken, die diese Erfahrungen schon haben, sprich, daß sich wenigstens einige Leute bei den bereits laufenden Transportbegleitungen einhängen. Ferner ist es notwendig, auch in Bayern die dafür nötige Infrastruktur, d.h. Kontakte zu Eisenbahnern, Kontakte zu Leuten, die nahe der Standorte wohnen und Kontakte zu Leuten entlang der Strecken und Rangierbahnhöfen zu knüpfen. Ein Teil der Voraussetzungen dafür ist natürlich wieder eine gute vorbereitende Öffentlichkeitsarbeit. Weiter müssen wir Erfolge und Mißerfolge der Vergangenheit aufarbeiten, aus ihnen lernen. Des Weiteren gilt auch noch immer, was in der Doku *Bayern im Herbst* bezüglich Notwendigkeit, Vermittelbarkeit, Wahl von Ort und Zeit militanter Aktionen steht.

Weshalb sind diese Überlegungen so wichtig? Wenn tatsächlich die Transporte rollen, müssen wir in der Lage sein, angemessen und zu einem uns genehmen Zeitpunkt zu reagieren. Ferner ist eine bundesweite Unterstützung wünschenswert. Wir müssen den ev. von auswärts anreisenden HelferInnen gewährleisten können, daß die nötige Infrastruktur da ist, daß tragfähige Konzepte ausgearbeitet sind, kurz, daß sich die Leute auf uns verlassen können und nicht in sinnlosem Aktionismus verheizt werden. Derzeit ist in Bayern nicht viel dieser Vorarbeit geleistet. Es muß unser Ziel sein, rechtzeitg vorbereitet zu sein, daher dieser relativ langfristige (gemessen an dem üblichen kurzfirstigen Reagieren) Vorschlag für die weitere Arbeit.
Zum Schluß noch etwas zu dem von den Hannoveranern vorgeschlagenem Zeitplan: Im Herbst eine Kampagnewoche ist ausgeschlossen, bis zum Frühjahr dagegen sicherlich wünschenwert. Über Großaktionen müssen wir uns dagegen noch einmal getrennt unterhalten. Die Zeit bis dahin werden wir mit Sicherheit voll und ganz benötigen.

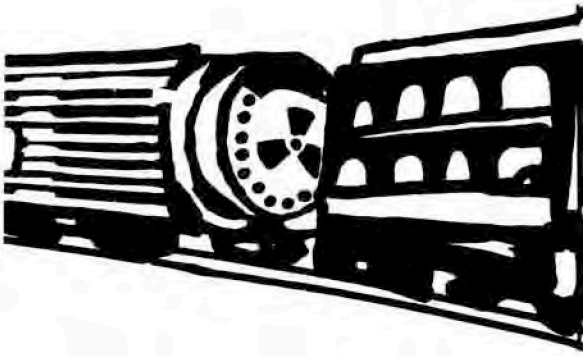
Einige AKW-GegnerInnen aus München

Langfristig Atomtransporte verhindern!

Immer wenn es uns in Zukunft gelingt, Atomtransporte zu behindern, dann treffen wir einen besonders empfindlichen Nerv im sog. Brennstoffkreislauf.
Unser Ziel muß es sein, die Transporte langfristig unmöglich zu machen, indem wir den politischen und ökonomischen Preis in die Höhe schrauben.

Die ersten CASTOR-Transporte werden voraussichtlich über die Bahnstrecken von Lüneburg und/oder Uelzen nach Dannenberg gebracht werden, um von dort aus per LKW ins Zwischenlager Gorleben zu rollen. Eventuell kommen die Transporte auch von vornherein über die Straße.
Wir wollen erreichen, Transporte nach Gorleben auf Dauer zu stören. Schließt Euch an!
Sobald wir Genaueres über die bevorstehenden Transporte erfahren, werden wir alle Gruppen und Initiativen, die auf unserer Alarmliste stehen (bitte vergewissern!), informieren.
In diesem Fall rufen wir bundesweit zu Aktionen an der Transportstrecke auf!
Wer keine Möglichkeit hat, zu kommen, sollte uns durch dezentrale Aktionen unterstützen.
Wichtig ist, daß Eure KONTAKT - TELEFONNUMMER auf unserer Liste steht. Bitte schickt aus jeder Stadt 3-4 Telefonnummern an die bekannten Kontaktadressen im Wendland!

Behinde
Castor-T
ins



Atomtran
laufen wi

Beobachtung wichtig! Gebt Informationen weiter!

Beobachten wichtig! Gebt Informationen weiter!

Für ein gutes Gelingen der geplanten Aktionen sind genaue Recherchen und Beobachtungen bei Atomkraftwerken/der Bundesbahn/etc. über geplante Transporte, Transportstrecken usw. besonders wichtig. Macht Euch überall an die Arbeit und gebt Eure Informationen weiter!

Lasst uns
der b

Wir brauchen Ihre Unterstützung

Informationsblätter, Büro, Gutachten und Prozesse - das alles kostet viel Geld. Nur durch die finanzielle Unterstützung vieler Gegner der Atomanlagen konnten wir bisher Gutachten bezahlen und Prozesse finanzieren, aber unsere Kassen sind leer. Sollten Sie an detaillierter Information interessiert sein, wenden Sie sich bitte an unser Büro.
Spendenkonto Kreisparkasse Lüchow (BLZ 258 513 35) 2 060 721
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., Drawehner Str. 3, 3130 Lüchow, Tel. 05841/4684

Ein Landkreis stellt sich quer

Im Wendland tut sich was. Seit einiger Zeit ist der Widerstand gegen die Atomanlagen und Atomtransporte lebendig geworden. Es liegen keine genauen Angaben über einen konkreten Zeitpunkt der Ankunft des ersten Castor-Behälters, der mit hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen beladen ist vor. Dennoch bilden diese Transporte das zentrale Thema zur Mobilisierung gegen die Atomanlagen. Im Zuge der vielen Veranstaltungen und der Kampagne der BI Lüchow-Dannenberg "Wir stellen uns quer" haben sich zahlreiche Initiati-

rt die ransporte Wendland!

sporte e geschmiert

Aktionsablauf:

- Alle sind aufgefordert, gut vorbereitet eigene Aktionen verschiedenster Art durchzuführen oder sich an bestehende Konzepte anzuschließen. Anlaufstelle für alle Gruppen und EinzelkämpferInnen, vor allem für diejenigen ohne eigenes Konzept, ist das Cafe Grenzbereiche in Platenlaase.
- Das Lüneburger Konzept sieht zunächst vor, den Transport auf seiner Fahrt an einem Punkt vor dem Umladen in Dannenberg möglichst nachhaltig zu behindern, ohne dabei das Risiko für die/den Einzelne/n unkalkulierbar wird. Infos: Kontakttelefon: 04131/37835.
- Anschließend sollten alle in Richtung Dannenberg - Gorleben (ZL) fahren, dabei aber auf Infostellen achten.
- Das 300-Leute und mehr Konzept:

Unter dem Motto "Wir stellen uns quer" hat sich die BI Lüchow-Dannenberg gemeinsam mit anderen politischen Gruppen auf die bevorstehenden Castor-Transporte vorbereitet. Über 500 Lüchow-Dannenberg haben sich bereits öffentlich mit ihrem Namen bekannt, daß sie sich dem Castor in den Weg stellen werden. Wer sich an dieser Behinderungsaktion beteiligen will, wende sich bitte an: BI Lüchow-Dannenberg, Drawehner Str. 3. 3130 Lüchow, Tel.: 05841/4684.

- Ist der Transport im Zwischenlager angekommen wird voraussichtlich am gleichen Abend von der BI Lüchow-Dannenberg eine Demo in Dannenberg durchgeführt.
- Am Abend bzw. nach dem vorläufigen Ende der Aktionen wollen wir den Verlauf gemeinsam diskutieren und unser weiteres Vorgehen absprechen. Der Versammlungsort wird in der Anlaufstelle in Plattenlaase bekanntgegeben.

Demo am Wochenende danach!

Nach dem gelaufenen Castor-Transport findet am darauffolgenden Samstag, 11.00 Uhr eine Demonstration in **Lüneburg** durch die Innenstadt zum Bahnhof statt.(Gerichte, Gewerbeaufsichtsamt, Bundesbahn, Spedition Schenker, Bezirksregierung). Treffpunkt: Voraussichtlich vor dem Arbeitsamt.

Kommt massenhaft! — Schließt Euch an!

s Sand sein lockiert !!!

Freie Republik Wendland, BI Lüchow-Dannenberg, Anti-Atom-Plenum Lüneburg, Lübecker Initiative gegen Atomanlagen (LIGA), Atom-Plenum Hannover, Anti-AKW-Plenum Hamburg, Anti-AKW-Plenum Köln, Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen (BBA), Osnabrücker gegen Atomanlagen, Anti-Atom-Büro Heidelberg, Heidegruppe, BI Lauenburg...

ven zum Thema Atomtransporte in der gesamten Region gebildet. Auch gab es zwei Anschläge auf Einrichtungen der Bundesbahn an der Strecke Uelzen - Dannenberg (siehe Kasten).
Etwas in den Hintergrund geraten sind die Auseinandersetzungen um die Pilotkonditionierungsanlage und die gerichtlichen Anstrengungen gegen das Endlager. Die Bauarbeiten an den beiden Abtäufungsschächten ruhen nach wie vor wegen des Unfalls im Sommer 1987. Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg (OVG) vom 17.11.88 hat sich die juristische Situation für die AKW-Gegner/innen verschlechtert. In dem Verfahren gegen die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), der Genehmigungsbehörde, hatten die Kläger die Auffassung vertreten, daß ein Weiterbau am Gorlebener Endlager erst nach einem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zulässig sei, weil die Erkundungsarbeiten im Salzstock bereits Bauarbeiten für das Endlager sind. Weiterhin brachte einer der Kläger vor, daß die Salzhalde, die dabei aufgeschüttet werden muß, seinen umliegenden Wald schädige. Salzeinleitungen von der Halde in die Elbe würden zudem seine Fischereirechte beeinträchtigen.
Das OVG wies die Klage in allen Punkten ab. Damit bleibt nur noch der Gang zur höchsten Instanz, dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin. Am Endlager darf also weiter gebaut werden.
Zur Einseitigkeit richterlichen Denkens unser Gastkommentar von Manfred Kriener (TAZ v. 18.11.88)

Erkun Dung

Noch ein Gorleben-Urteil

Die Sache ist schwierig. Gesunder Menschenverstand ist kaum gefragt. Es geht um den Unterschied zwischen „bauen" und „erkunden". Wer ein Endlager als letzte Ruhestätte für mehrere tausend Atombomben-Äquivalente an Atomabfall *baut*, der braucht — das sieht man ein — eine atomrechtliche Genehmigung. Wer ein Endlager *erkundet*, braucht sie nicht. Also wird erkundet. In Gorleben wird seit elf Jahren erkundet, und es wird noch weiter erkundet — bis ins Jahr 2002. Es wird 25 Jahre lang *erkundet*. Im Jahre 2002 ist der Salzstock ausgehöhlt, sind zwei Schächte abgeteuft, sind 25 Jahre Arbeit investiert, sind zig Milliarden verbraten. Dann ist das Endlager zu 90 Prozent fertig, dann kann der *Bau* beginnen.

Wenn wir dieses juristische Denken akzeptieren, dann hat das, was in Gorleben passiert, also nichts mit der Errichtung einer Atomanlage zu tun. Dann gibt es kein im Entstehen befindliches atomares Endlager. Es wird erst mit dem dann so genannten Baubeginn im Jahre 2002 materiell. Wie kann dann aber dasselbe nicht existierende Endlager — schon jetzt — als Entsorgungsnachweis dienen? Wie kann es sein, daß alle Vertreter der Atomgemeinde das Endlager als reale Größe in ihre Entsorgungskonzepte integriert haben? Wie kann die Atomindustrie die Fortschritte in Gorleben rühmen, wenn dort ohne Vorwegnahme der Bauentscheidung nur ein wenig erkundet wird?

Es gibt nur eine Antwort: Das Entsorgungskonzept existiert gar nicht, der Entsorgungsnachweis existiert nicht, die Entsorgung existiert nicht, sie wird noch „erkundet". Müssen also die Gorleben-Kläger gegen die nicht vorhandene Entsorgung klagen? Müssen sie nicht. Das haben schon andere vergeblich bei Gericht erkundet.

Manfred Kriener

Wieder Anschläge auf Bahnlinie Dannenberg

red Dannenberg. Unbekannte Täter haben zwei Brandanschläge auf die Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg verübt. Vermutlich handelt es sich um militante Kernkraftgegner. Die Polizei: Beim Anschlag in Oetzen, Kreis Uelzen, sprühten die Täter mit roter Farbe an ein Streckentelefon: „Castor stop". Bei den Anschlägen entstand ein Schaden von rund 80 000 Mark.

Nach Erkenntnissen der Polizei hatten die Täter in der Nacht zu gestern gegen 23.30 Uhr eine Relaisstelle der Bahnlinie am Strekkenkilometer 11.43 in Oetzen mit einem blauen Kuhfuß aufgebrochen. Das hölzerne Häuschen brannte vollständig nieder, alle elektrischen Einrichtungen samt einer Telefonanlage wurden zerstört. Einen gleichen Anschlag auf dieselbe Bahnlinie hatten Täter schon in der Nacht zu Mittwoch in der Gemarkung Stoetze verübt.

Schon vor vier Jahren waren im Zusammenhang mit dem Bau der Atommüll-Lager in Gorleben Anschläge auf die Bahnstrecken Lüneburg-Dannenberg und Uelzen-Dannenberg gemacht worden.

Wie aus einer Meldung an dpa-Hamburg hervorgeht, wurden im Oktober auf mehrere Hochspannungsmasten im Bereich Norddeutschlands Anschläge verübt, indem jeweils Teile der tragenden Konstruktion herausgesägt wurden. Als Beleg dafür wurde dem Schreiben eine Winkelhälfte beigelegt.

Verantwortlich bekannten sich dazu die „Revolutionären Zellen", die dies als einen Beitrag im Kampf gegen staatliche Repressionen und Willkür, gegen staatliche Bevormundung und gegen die Unterdrückung des freien, selbstbestimmten Lebens in autonom-revolutionären Zusammenhängen betrachten. Desweiteren bekunden sie in ihrem Schreiben ihre Solidarität mit allen kämpfenden politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand, und fordern deren Zusammenlegung in große Gruppen.

Das 300/500/700 Leute-Konzept

Fast 700 Lüchow-Dannenberger unterzeichnen innherhalb weniger Wochen ein Papier, auf dem sie öffentlich die Blockade der Castor-Transporte ankündigen.»*Ja, ist das denn nicht verboten?*«Natürlich ist ist es das. Aber es hat Ärzte, Tierärtze und Apotheker, die Grünen, einen Fußballverein, die Jusos, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülergruppen trotzdem nicht abgehalten, mit eigenen Zeitungsanzeigen und Bekenner-Flugblättern nachzuziehen. Manchmal denkt man, mensch träumt. Oder es schleicht sich die Angst ein, daß das alles nur auf dem Papier steht. Daß wir, wenn es ernst wird, vielleicht doch nur ein paar 'people' sind. Daß die anderen, nachts bei Schnee oder Regen, doch lieber mit einer guten Entschuldigung im Bett geblieben sind. Bei 700 Aktiven kann schließlich eine/r ruhig fehlen.

Als die BI ihr '300-Leute-Konzept' ins Gespräch brachte, hatte der Tropfen 'Transnuklear-Skandal' das stinkende Atom-Faß gerade zum Überlaufen gebracht. Es hatten die Lübecker mehrere Tage lang erfolgreich einen Transport blockiert, hatten Landwirte aus Lüchow-Dannenberg das Zwischenlager Gorleben 'dicht' gemacht, war im Wendland die größte Landkreis-Demo seit langem gelaufen. Gute Voraussetzungen also, gegen den seit Jahren angekündigten ersten Castor-Transport zu mobilisieren.

Für einige aus dem Widerstand wirkte das 300-Leute-Konzept wie ein Schritt zurück (ist es für manche/n sicher auch heute noch)(in der Tat, d.S.) Eine Blockade öffentlich anzukündigen, der Polizei komplette Namenslisten an die Hand zu geben, schien für viele überhaupt das Dümmste zu sein, was einem ratlosen Widerstand noch einfallen konnte. Und lohnte sich das angepeilte breite Bündnis überhaupt, wenn der Preis dafür war, daß mensch die Aktionsform über den kleinsten gemeinsamen Nenner finden mußte? Hatte es 'sowas' so ähnlich nicht auch früher schon gegeben? Kehren Widerstandsformen vielleicht wie die Moden immer wieder und ist auch der 'letzte Schrei' immer nur ein alter Hut, der einen um nichts weiterbringt?

Möglich. Aber da der politische Kontext jedes Mal ein anderer ist, muß Wiederholung nicht unbedingt Stillstand bedeuten. (der Widerstandspädagoge spricht, d.S.) Mensch kann immer nur abwarten, was draus wird. Die meisten von uns waren sich einig: wenn wir 300 Leute dazu bewegen können, dem Atomstaat öffentlich ihren Gehorsam aufzukündigen, dann wäre allein das schon ein Erfolg. Die Resonanz auf das 300-Leute-Konzept und seine schnelle Verbreitung auf ein 400-, 600- und 700-Leute-Konzept waren dann selbst für notorische Optimisten in der BI noch eine Überraschung. Jetzt wissen wir: die Leute haben tatsächlich die Schnauze voll und sie wollen ihre Angst und ihre Wut auf die Straße tragen, als unbrave Bürger.

Sicher sind der Erfolg von Lübeck und die positive Reation auf das 300-Leute-Konzept zu einem Gutteil auf dem stinkenden Mist der Gegenseite gewachsen. Vielleicht finden wir den starken Zuspruch zur 300-Leute-Idee heute aber auch nur deshalb so erstaunlich, weil wir vor Jahren die müde gewordene 'Basis' zu ungeduldig und zu schnell beiseite gelassen haben. Als alle, auch wir selbst, mit dem allgemeinen Frust zu kämpfen hatten, haben wir uns vielleicht zu schnell alleingelassen gefühlt, und sind zu Widerstandsformen übergegangen, die die Isolierung weiter zementiert haben. (als wenn ein nicht-gewaltfreier Widerstand nur aufgrund von Frust entstehen würde, die Leute haben aber auch was im Kopf dabei, d.S.)

In den letzten Wochen zieht die Mobilisierung gegen die Castor-Transporte erfreuliche Kreise und greift auch auf die Nachbarregionen über. An den möglichen Transportstrecken sind eine Reihe neuer Initiativen entstanden - eine Entwicklung, die nach den Erfahrungen mit einem Castror-Probetransport im Oktober gerade noch rechtzeitig kommt. Der Transport eines Leer-Castors von Essen nach Gorleben führte zwar über die Schiene, der Behälter wurde aber nicht an dem extra zu diesem Zweck gebauten Verladekran in Dannenberg auf einen Straßentransporter umgeladen, sondern schon weit vor der Landreisgrenze: auf einem Rübengleis in Bavendorf - morgens um fünf, bei Flutlicht und per Bundesbahn-Kran. Dieses neue, flexible Verladekonzept reagiert ganz offenkundig auf die breite Mobilisierungskampagne - ein Erfolg also.

Andrerseits sind die Transporte mit dieser Entwicklung auch ein Stück unberechenbarer geworden. Und es zeigt sich, daß die Betreiber auch beim Verladen von hochaktivem Müll zu riskanten Improvisationen bereit sind: jeder kleine Bahnhof, jedes Rübengleis kann damit zum Atommüllbahnhof werden ! Umso stärker sind wir natürlich darauf angewiesen, rechtzeitig Informationen über geplante Transporte zu bekommen.

Peter Bauhaus, BI Lüchow-Dannenberg

Behindert die Castor-Transporte — und dann?

Zur Zeit konzentriert sich der Widerstand im Wendland auf die wieder einmal angekündigten Castor-Transporte, den Betriebsbeginn des Castor-Lagers und damit den Beginn der oberirrdischen Endlagerung hochradioaktiver Abfälle, denn die Entsorgung des sogenannten Zwischenlagers steht nach wie vor in den Sternen.

Die Gefahren, die vom Lager, das ja nur als ein Provisorium geplant ist, und von den Transporten dorthin ausgehehen, lassen sich nur schlecht leugnen. Überzeugungs- und Beruhigungsversuche der Betreiberfirma DWK und ihrer Tochter BLG klingen hohl nach den tiefen Einblicken, den der Transnuklear-Skandal in die internationale »Entsorgungs«wirtschaft gewährt hat. Nur die Atomindustrie selbst ist wohl in der Lage gewesen, unfreiwillig zwar aber dafür umso eindringlicher, unsere Argumente zur Entsorgungspleite derart zu bestätigen.

Die erfolgreiche Mobilisierung gegen die Castor-Transporte in Lüchow-Dannenberg muß im Zusammenhang mit den Ereignissen um Müll und Mol, um Bomben und Hanau gesehen werden. Und die Bedeutung unseres 300 / 500 / 700-Leute Konzepts geht weit über die Transporte hinaus: Die Arbeit gegen die Transporte kann nur als**ein**Hebel gegen das gesamte Entsorgungszentrum Gorleben begriffen werden. Die Stärke des Konzeptes, der Widerstandswille der Lüchow-Dannenberger werden sich 1989 (im dreizehnten Jahr nach der Standortbenennung) weiter beweisen müssen. Denn 1989 soll weitergeteuft werden am Schacht 1 des geplanten Endlagers und für 1989 sind auch erste konkrete Maßnahmen für die geplante Konditionierungsanlage zu erwarten.

AUCH WIR STELLEN UNS QUER

Kein Atommüll in Lüchow-Dannenberg.

Die Fußballmannschaft des TuS Liepe III

Atomtransporte - Neuer Schwerpunkt der Anti AKW Bewegung!

Die Stadt Nürnberg will gegen künftige Atomtransporte durch das Stadtgebiet klagen und verleiht den städtischen Preis für Umweltschutz an Nürnberger Bürgerinitiativen.

Lübecker verhindern MOX-Verschiffung nach Schweden.

Emdener wollen nicht zulassen, daß nun der Hafen ihrer Stadt für Lübeck herhalten soll.

in Lüchow-Dannenberg läuft die seit Jahren erfolgreichste Kampagne der BI gegen Castor-Transporte ins Zwischenlager Gorleben.

Lübecker, Emdener und Lüchow-Dannenberger werden unterstützt von Gruppen aus dem ganzen Land.

Viele gute Nachrichten - aber was sollen wir daraus schliessen?

Sind Atomtransporte eine neuer Schwerpunkt der Anti AKW Bewegung?

Sind die Transporte »neuer zusäztlicher Ansatz« oder »der Hebel« für uns?

Wie schaffen wir es, den Widerstand gegen Transporte an möglichst vielen Orten auf eine so breite Basis zu stellen wie in Lübeck oder im Wendland?

Welche Arbeit muß als Voraussetzung geleistet werden?

Die Atommüllkonferenz in Nürnberg hat das Motto »Atomtransprte verhindern« groß geschrieben. Die Diskussion z.B. der aufgelisteten Fragen aber hat nicht stattgefunden. Die BI Lüchow-Dannenberg hat es deshalb übernommen, die AG Transporte zur Frühjahrskonferenz vorzubereiten. Die Zeit, die bis dahin bleibt, sollte von allen Gruppen, die gegen Atomtransporte arbeiten wollen, genutzt werden, die eigene Einschätzung zu diskutieren. Als Einstieg in die Diskussion sind Veranstaltungen mit VertreterInnen aus Lübeck, Nürnberg, Lüchow-Dannenberg empfohlen und angeboten worden.

Rebecca Harms, BI Lüchow-Dannenberg

Wie den Löwen wecken?

Bundesweite Demo gegen die WAA?

Im Frühsommer 1989 soll es in München eine bundesweite Demonstration gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf geben. Das jedenfalls ist ein Vorschlag, den die Arbeitsgruppe WAA auf der Atommüllkonferenz in Nürnberg machte. Stimmt das bayerische Anti-Atom-Plenum dem Vorschlag zu, wird es Anfang des Jahres zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen kommen.

Der Vorschlag zu der Demonstration resultierte aus einer ernüchternden Bilanz des Widerstandes gegen die WAA. Die Aktivitäten der Oberpfälzer Gruppen sind seit dem Erörterungstermin zur 2. atomaren Teilerrichtungsgenehmigung weitgehend erlahmt. Die Gründe sind vielfältig und widersprüchlich: Viele AktivistInnen haben ihre Kräfte ganz auf diesen Erörterungstermin konzentriert und brauchen jetzt eine „Verschnaufpause". Andere haben sich gerade wegen dieser Konzentration auf die juristische Ebene zurückgezogen, weil sie dort keine Erfolgsaussichten für den Widerstand sehen.
Teilweise sind bei einigen BI-Leuten wieder Vorbehalte gegen die „Auswärtigen" gewachsen. Die Städtepartnerschaften, als Verbindungsglied zwischen auswärtigem und Widerstand vor Ort gedacht, sind weitgehend kaputt. Die ungeheure Kriminalisierungswelle, die vor allem die OberpälzerInnen selber trifft, beginnt sich auszuwirken. Das alles kam bei den diesjährigen Herbstaktionen zum Tragen. Die örtlichen BI's tauchten bei den Vorbereitungen weitgehend unter. Auch große Teile der Autonomen hielten sich raus. So war zu keinem Zeitpunkt das Aktionstagekonzept regional verankert. Die Hauptlast der Vorbereitungen trugen andere bayerische BI's, vor allem das Münchener Anti-Atom-Büro.
Schließlich trug der Verlauf der Demonstration nicht dazu bei, den regionalen Widerstand zu stärken. Zwar wurde das Recht auf Demonstration am Bauzaun durchgesetzt, aber halt um den Preis eines zahmen, nichtmilitanten Aktionsverlaufes, der nicht gerade zur Wiederholung motivierte.
Es ist damit ziemlich klar, daß in der Oberpfalz vorerst keine größeren, überregional getragenen Widerstandsaktionen mehr laufen können: Aktionstage mit Blockaden nicht, weil sie zu oft erfolglos blieben und regional zu wenig verankert sind; „gewaltfreie" Demonstrationen nicht, weil sich diese Aktionsform in diesem Herbst sozusagen selbst aufs Kreuz gelegt hat; militante Demos zum/am Bauzaun nicht, weil der Preis (wie bei den Herbstaktionen 87) dafür zu hoch wäre.

Wie geht's weiter?

Voraussetzung, den Widerstand zu reaktivieren, wäre eine Bündelung der in den letzten Jahren auseinanderfleddernden Widerstandsströmungen, von Nach-Tschernobyl-Gruppen bis zu Autonomen. Dieses Problem wurde in der Arbeitsgruppe in Nürnberg mehrfach benannt, ohne daß sich eine Antwort darauf abzeichnete. Der rettende Anker hieß (wie übrigens bei vielen anderen Anti-AKW-Gruppen) Blockaden von Atommülltransporten. Nach Einschätzung der OberpfälzerInnen könnten Blockadeaktionen, die nicht nur symbolischen Wert haben, sondern sich konkret gegen die Inbetriebnahme der WAA (bzw. des Brennelementeeingangslagers) richteten, den (über)regionalen Widerstand neu motivieren und die verschiedenen Strömungen zu gemeinsamen Aktionen gegen die WAA zusammenführen.

Es wird allerdings noch mindestens zwei Jahre dauern, bis die ersten Atommülltransporte Richtung WAA laufen. Die Zeit bis dahin soll genutzt werden, um in der Oberpfalz und in Nürnberg (als künftige Drehscheibe dieser Transporte) die Bedeutung dieser Transporte zu thematisieren und mögliche Widerstandsformen zu diskutieren.
Andererseits darf das nicht bedeuten, daß zwei oder drei Jahre lang keine größeren Widerstandsaktionen gegen die WAA laufen. Insbesondere wäre es politisch idiotisch, den Zeitpunkt der Erteilung der 2. Teilerrichtungsgenehmigung (faktisch die zentrale Genehmigung für die Gesamtanlage) sang- und streitlos über die bayerische Bühne rauschen zu lassen. Immerhin hat der inhaltlich gut vorbereitete Erörterungstermin dazu ein ziemlich großes Echo auch in den bürgerlichen Medien gefunden. Die WAA war politisches Thema wie selten zuvor.
Als Konsequenz schälte sich in der Diskussion der Gedanke an eine Demonstration in München heraus, dem Ort der politischen Entscheidung und der Genehmigung für die WAA. Der Zeitpunkt der Demo soll möglichst eng an der Erteilung der 2. TEG liegen. Die Demo soll so phantasievoll wie möglich gestaltet werden, um ein müde Latsch-Demo zu verhindern. Eine spontane Idee war beispielsweise ein „Atommüll-Transport" von der Oberpfalz bis München, der von der Demo empfangen werden könnte. Auch Trecks oder Konvois von anderen Standorten wären denkbar.
In der Mobilisierung könnte auch eine Rolle spielen, daß sich im Frühjahr 1989 der Unfall von Harrisburg zum 10. Mal jährt – seinerzeit platzte die Nachricht von der Katastrophe mitten in den „Gorleben-Treck" vom Wendland nach Hannover.

Bundesweit?

Auch der Gedanke, die Demo wohlmöglich bundesweit durchzuführen, entstand spontan in der Diskussion. Eine solche bundesweit getragene Aktion wird aus guten Gründen im Anti-WAA-Spektrum seit längerem diskutiert. Wie kaum ein anderen Atomprojekt hat die WAA innerhalb des bundesdeutschen Atomprogramms eine zentrale, für die ganze BRD relevante Bedeutung. Zwar ist es richtig, daß sämtliche AKW's auch ohne Wiederaufarbeitung der Brennelemente in Wackersdorf weiterbetrieben werden könnten. Aber:

- Angesichts der Kompliziertheit der Lager- und Transportprozesse (insbesondere auch ins Ausland hinein) würde eine eigene WAA der bundesdeutschen Atommafia einige wesentliche Probleme auch faktisch erleichtern.
- Die WAA bildet in der politischen Propaganda der Atommafia den zentralen Baustein für die Fiktion eines geschlossenen Brennstoffkreislaufes und einer sicheren Endlagerung. Dies hat zum Teil auch rechtlich in die Betriebsgenehmigung von Atomanlagen Eingang gefunden.
- Schließlich und als wichtigstes: Beim Wiederaufarbeitungsprozeß fallen relativ hohe Mengen waffenfähigen Plutoniums an. Hier liegen die Ansatzpunkte und zugleich Realisierungschancen für die Träume manch Bonner Großköpfe von einer eigenen atomaren Streitmacht.

Genug „objektive" Gründe also, um die Demonstration gegen die Genehmigung der WAA zu einer bundesweiten Angelegenheit zu machen. Ob es tatsächlich dazu kommt, ist eine andere Frage. Die Diskussion dazu hat noch nicht einmal begonnen, aber es ist klar, daß es auch gewichtige Gründe gegen so eine zentrale Großaktion gibt. Insbesondere müßte ihr Verhältnis zu den jeweiligen örtlichen Aktivitäten geklärt werden, müßte vermieden werden, daß der dezentrale Widerstand darunter leidet.
Der nächste Schritt in der Diskussion war das Bayerische Anti-Atom-Plenum am 26. November in München, also nach Redaktionsschluß dieser atom. Wer wissen will, wie's ausging und wer überhaupt Einladungen/Infos etc. zu Vorbereitungstreffen (so es sie gibt) kriegen will, der/die kann sich vorerst an das Anti-Atom-Büro in München wenden: Holzstraße 2, 8000 München 5, Tel. 089/2608550 Mi.

Herbstaktionen Wackersdorf '88. Alle Fotos: Sozialdokumentarisches Fotoarchiv, Nürnberg (Stefan Rosner, Uli Dahlinger)

Herbst-Stimmung am Bauzaun

Diskussion um Verlauf der Demonstration in Wackersdorf

Im Rahmen der diesjährigen Herbstaktionen gegen die WAA kamen am 15.10. rund 50.000 Menschen zu einem acht Kilometer langen Demonstrationszug, der auch zum WAA-Bauzaun führte, in Wackersdorf zusammen. Es gab also große Beteiligung, gute Reden zum Abschluß, ein relativ breites Trägerkreisspektrum (von Teilen der Autonomen über regionalem Widerstand bis hin zu SPD und örtlichen Gewerkschaften), und die Bullerei hielt sich anscheinend auch zurück. Aber nur ein solche buchhälterische Bilanz kann aus der Demo einen uneingeschränkten Erfolg machen. Tatsächlich kam es über den Verlauf der Demo zum politischen Streit, den wir hier dokumentieren wollen.

Hauptvorwurf gegen die VeranstalterInnen der Demo ist, daß sie eine Reihe von polizeilichen/richterlichen Auflagen akzeptierten und in der Durchsetzung dieser Auflagen quasi als Hilfspolizisten fungierten: Auf Anweisung der Polizei wurden Transparente zur Unterstützung politischer Gefangener eingerollt, wurden Luftballons am Boden gehalten und wurde von der Demoleitung per Megaphon dafür gesorgt, daß die Demo nicht am Bauzaun stockte und eine schöpferische Verschnaufpause einlegte.
Das Ganze hätte das Bild geschürt, daß in Kooperation mit der Bullerei die allerschönsten Demonstrationen möglich wären und es mit unserer Demokratie doch nicht so alles im Argen sei. Tatsächlich hätte die Polizei ihrerseits die Situation weidlich ausgenutzt und einen Haufen Videokameras (angeblich wurden 24 gezählt) entlang des Demozuges installiert und eine Unzahl von Zivilaufklärern samt Polizeipsychologen in die Demo eingeschleust (Prof. Armin Weiß, grüner Landtagsabgeordneter und WAA-Fachmann, sprach sogar von 5000 Zivilbeamten im Demo-Zug).
Die VeranstalterInnen der Demo verweisen darauf, daß für sie im Vordergrund gestanden hätten:
– die Durchsetzung des Rechts auf Demonstration auch am Bauzaun (seit Pfingsten '86 waren zuvor alle Aktionen am Zaun verboten worden)
– die Geschlossenheit des Demozuges, die (vor allem angesichts der Erfahrungen des letzten Jahres) den besten Schutz vor Übergriffe der Polizei bietet.
Immerhin sei auch eine Reihe ursprünglicher Demo-Auflagen per Widerspruch vor dem Verwaltungsgericht Regensburg zurückgewiesen worden (beispielsweise die Auflage, vor dem Bauzaun Seile zu spannen und Ordnerketten zu bilden oder gemeinsam mit dem Landratsamt Schwandorf einer Flugblatt zu Verhaltensregeln für die Demo herauszugeben).
Das Loblied der Polizei auf die Veranstalter sei aus taktischen Gründen so kräftig gesungen worden und hätte seine Wirkung nicht verfehlt, nach dem Motto: was gut ist für die Polizei, kann nicht gut sein für den Widerstand.
Die Diskussion um Sinn oder Unsinn von Latschdemos, um die Einhaltung polizeilicher Auflagen etc. wird sich immer wieder stellen. Dabei kann mensch nicht eine einzelne Aktion isoliert verdammen oder bejubeln. So wichtig es ist, sich den Rahmen für militante Widerstandsformen nicht ständig weiter einengen zu lassen oder gar selbst zu beschneiden, so wichtig sind andererseits Aktionsverläufe, die nicht-militanten, „gewaltfreien" Widerstandsströmungen inklusive Kindern und alten Menschen die Teilnahme erlauben. Ob das dabei so dröge zugehen muß wie am 15.10., ist eine andere Frage.

Es fehlte die Power

Herbstaktionen '88 - Politische Einschätzung

Die diesjährigen Herbstaktionen an der WAA mit Demo zum Bauzaun übertrafen von der Zahl der Leute und von dem Verbreiterungseffekt her bei weitem alle Erwartungen des Vorbereitungskreises. Als Erfolg ist sicherlich auch zu werten, daß zum ersten Male seit zweieinhalb Jahren eine Demo zum Zaun nicht verboten wurde (Wiedergewinnung der Versammlungsfreiheit auch am Zaun; in Bayern schon ein sehr heikles Thema). Trotzdem haben sie gerade bei vielen alten Anti-AKW-KämpferInnen ein schales Gefühl hinterlassen, das teilweise bis zur Ablehnung ging. Es ist nach den Herbstaktionen gesagt worden, solche Aktionen könnten nicht als Erfolg gewertet werden, die VeranstalterInnen hätten mit der Polizei verhandelt und überhaupt die Demo ruhiggestellt. Wir wollen an dieser Stelle noch einmal Voraussetzungen, Ablauf, aber auch selbstkritisch die Fehler des Veranstaltungskreises diskutieren.

Ausgangspunkt der diesjährigen Herbstaktionen waren die Überlegungen, wir müssten etwas nach dem Erörterungstermin nachschieben (Baustoppforderung), ferner kam von Oberpfälzer Seite das Argument, für den Widerstand vor Ort sei es wichtig, einigermaßen regelmäßig was zu machen, und schließlich wollten wir auch die WAA nicht ganz aus den Augen verlieren. Dagegen sprachen für viele die Erfahrungen vom letzten Jahr. Zur Erinnerung: Über 5000 Polizisten belagerten eine Woche lang die Oberpfalz; das Innnenministerium hatte faktisch den Belagerungszustand verhängt. Zwei Versammlungen in geschlossenen Räumen wurden ohne Begründung geräumt, die verbotene Demo zwar durchgesetzt, um am Zaun von bayrischen (SEK) und Berliner (EbIT) Sondereinheiten auseinandergeknüppelt zu werden. 30 z.T. schwer Verletzte waren die Folge. Der "militärische Erfolg" der Polizei trug in der Öffentlichkeit aber nicht die erwarteten Früchte, da massive Empörung aufkam. Diese Erfahrungen wurden in die Vorbereitungen der Herbstaktionen '88 von Anfang an mit einbezogen.

Das Bündnis bestand zu Anfang aus den selben Gruppen, wie im Jahr zuvor: Oberpfälzer BIns bayrische Anti-AKW-Bewegung und bayrische Friedensbewegung. Die vorjährigen Bündnisgrundlagen wurden übernommen, als Fortschritt kamen die Erstellung eines gemeinsamen Flugblattes und Plakates hinzu. Nachdem die bayrische Staatsregierung den Erörterungstermin hatte platzenlassen, kamen auch viele "gemäßigtere" Gruppen hinzu. So reichte das Bündnis schließlich von linksradikalen Gruppen der Anti-AKW-Bewegung bis hin zu Teilen der SPD und dem Bund Naturschutz.

Herbstaktionen 88 in Wackersdorf

Das breite Bündnis war schließlich entscheidend für die Mobilisierung der 50000 Menschen hin zur WAA. Bei aller berechtigter Kritik an organisatorischen und inhaltlichen Versäumnissen ist dies eindeutig als positiv zu sehen. Positiv zu bewerten ist auch, daß eine Vielzahl von jüngeren und älteren Leuten das erste Mal am Zaun ihren Protest gegen das Projekt demonstrierten. Gleichfalls positiv zu bewerten ist, daß es dem Innenministerium nicht möglich war, die Demo zu verbieten. Die Gründe für den politischen Schwenk der Staatsregierung, also auch der Änderung der Polizeitaktik waren:
1. Der aus ihrer Sicht ungünstige Verlauf der Herbstaktionen '87 (siehe oben).
2. Gauweilers Abgang, was dazu führte, daß Polizeipräsident Fenzl ohne Störungen aus dem Innenministerium agieren konnte.
3. Die relativ gute Lagebeurteilung der Behörden bezüglich der tatsächlichen Beteiligung von Gruppen und unserer Konzepte für die Demo.
4. Dem Bestreben, in der Öffentlichkeit selber möglichst gut dazustehen, den Veranstalterkreis aber durch einige gezielte Falschmeldungen intern zu diskreditieren.
5. Eine allgemeine Sensibilisierung gegenüber Veranstaltungsverboten in Bayern.

In diesem Zusammenhang einige Sätze zu den "Verhandlungen" mit der Polizei: Schon beim ersten Gespräch zur Anmeldung der Demo bot das Landratsamt Gespräche über Verlauf und Route der Demo an. Unsere VertreterInnen waren so überrascht, daß sie aufgrund falscher rechtlicher Überlegungen zunächst auf deren Vorstellungen eingingen (es wurde gesagt, die DWK habe außerhalb des Zaunes noch Privatgelände, und dort dürfe nicht demonstriert werden). Im Vorbereitungskreis wurde dies dann später korrigiert, es sollte zum Zaun demonstriert

werden, ohne die Erfahrungen der letzten Jahre zu ignorieren. Bei der nachfolgenden mehrfachen Änderung der Demoroute war jedesmal ein Gespräch im Landratsamt erforderlich, an dem jeweils ein Polizeivertreter teilnahm. Außer diesen Gesprächen über die Route sind keinerlei Absprachen mit der Polizei erfolgt, und es wird sie auch nicht geben.

Wir sprachen uns auf der Pressekonferenz nach der Demo gegen psychologische Betreuung durch Michael Kortländer vom Institut für Psychologie und Friedensforschung München (IPF) aus, weil wir von solcher Zusammenarbeit nichts halten. Wir wußten zu diesem Zeitpunkt nicht, daß das IPF nicht nur uns ein solches Angebot gemacht hatte, was wir ausschlugen, sondern auch der Polizei. Das IPF hat dann tatsächlich die Demo zusammen mit deren psychologischen Dienst begleitet und ausgewertet (siehe den Beitrag zur Atommüllkonferenz). Wir hielten dieses Info zunächst für ein von Fenzl in die Welt gesetztes Gerücht, wäre uns das zum Zeitpunkt der Pressekonferenz bekannt gewesen, hätten wir uns schärfstens distanziert. Daß dadurch nach außen der Eindruck entstanden ist, wir kungelten mit der Polizei, halten wir teilweise für böswillig (Taz-Kommentar), es entspricht jedenfalls nicht den Tatsachen.

Zum Verlauf der Demo selber:

Ausgehend von den Erfahrungen und von der Überlegung, daß seit über 2 Jahren jede Demo zum Bauzaum verboten worden war, wurde das Demokonzept der geschlossenen Demonstration auch im Verbotsfalle zum Bauzaun ohne Aufenthalt dort entwickelt. Die Überlegungen liefen dahingehend, daß nur Geschlossenheit einen einigermaßenen Schutz gegen Übergriffe biete. Wir gingen vom Verbot aus, entwickelten also ein Konzept mit drei Spitzen, das Geschlossenheit durch Megaphoneinsatz und einer Leitung der Demo mit erfahrenen Leuten vorsah. Es sah ferner vor, Sperren eben mit Hilfe dieser drei Spitzen zu umgehen, und schließlich jeden Ansatz für Konfrontation, dh. Durchbrechen der Sperren um jeden Preis und zu langen Aufenhalt am Zaun möglichst auszuschließen, da wir nicht sahen, daß eine militante Auseinandersetzung mit der Polizei eine den Widerstand weiterbringende Perspektive in sich berge, überhaupt möglich und wünschenswert wäre, und wir ausschließen wollten, die Leute in dem Maße zu gefährden, wie das im letzten Jahr der Fall war. Über die Umsetzbarkeit dieser Vorstellungen im Falle eines Verbotes oder einer Konfrontation mit der Polizei möchten wir hier nicht spekulieren.

In dieser Phase wurde verkannt, daß die Linie der Polizei eine völlig andere war, als im letzten Jahr (es wäre dem "Blaulicht", einer Propagandaschrift der Polizei in der Oberpfalz, zu entnehmen gewesen). Hier rächte sich die mehr als halbherzige Beteiligung vieler Gruppen (selbstkritisch angemerkt: entweder ganz, oder gar nicht - bei allen Bedenken). Die organisatorische Kraft der letzten Jahre war aufgrund der skeptischen Beurteilung der Demo, bzw. aufgrund von Unlust nicht vorhanden. Die Konzepte der Demogruppe funktionierten nicht, die Zahl der Leute, die für etwas hätten bürgen können, war gering. So wurde das eigentlich immer berechtigte Mißtrauen gegenüber der Polizei zum Schlüssel einer fatalen Fehleinschätzung. Die Notwendigkeit der strikten Geschlossenheit zum Schutz der TeilnehmerInnen war entfallen - nur fiel uns das im Vorfeld nicht auf. Was dann ablief - ständige Megadurchsagen etc. - war die konsequente Weiterführung und Umsetzung dieser Fehleinschätzung, was einem Teil von uns zwar bald klar wurde, aber nicht mehr aufzuhalten war. Die Ankündigung seitens der Polizei, Vermummte rauszugreifen, hielten wir dagegen für eine ernstzunehmende Warnung, ein weiterer Grund, Geschlossenheit zu propagieren. An dieser Stelle fehlten uns Flexibilität und Power, das Konzept umzuändern, und eventuelle Änderungen auch umzusetzen. Es herrschte zudem organisatorisches Chaos. Auch fehlte die Power, die Demo stimmungsvoller und bunter zu gestalten, ein Fehler, der aber nicht nur auf das Konto des Koordinationskreises ging.

Nach der Demo war die (bürgerliche) Presse voll des Lobes, auch von Seiten der Polizei, so eine Demo habe man sich schon immer gewünscht, und die Veranstalter hätten die DemoteilnehmerInnen gut im Griff gehabt. Leider wurde danach sofort zur Tagesordnung übergegangen, von unseren Forderungen und Positionen kam nicht viel rüber, leider auch aufgrund des "zu friedlichen" Verlaufes. Auch sonst ist noch einiges anzumerken: Wir haben Wolfgang Daniels (grünes MdB für die Oberpfalz) angegriffen, da er immer wieder versuchte, die Bewegung für sich zu instrumentalisieren (z.B. sich als Initiator hinzustellen). Wir werden auch weiterhin rechte BI-Kreise und Landesvorstand der Grünen in Bayern angreifen, weil sie versuchten, unsere Vorbereitungen teilweise zu hintertreiben, bzw. nur die eigenen Positionen zu verbreiten. Der Landesvorstand versuchte z.B. zu veranlassen, alle bayrischen Kreisverbände aus dem Verteiler des Anti-WAA-Büros in Schwandorf herauszunehmen mit der Begründung, die Rundbriefe sollten zuerst an ihn selber gehen, von wo aus er ihn dann weiterleiten würde. Nur geschah die Weiterleitung nie.

Fazit:

Nach dem letzten Jahr mußten wir zurückstecken, unsere Ansprüche zurückschrauben. Trotz aller Einschränkungen, trotz des organisatorischen Chaos, und trotz der Gefahr der Verwässerung unserer Positionen war es aber wichtig, die Demo gemacht zu haben, wichtig für die (vorläufige) Rückgewinnung der Versammlungsfreiheit, wichtig im Hinblick auf die Fortsetzung des Widerstandes in Bayern. Wir dürfen nicht jedesmal darauf schielen, neue Widerstandformen zu entwickeln, sondern müssen uns auch nach den politischen Notwendigkeiten der jeweiligen Situation richten (Situation in der Oberpfalz, Erörterungstermin, Baustoppforderung). Wir handeln nicht nach dem Motto: "Wer nichts macht, kann auch nichts falsch machen." Gerade in diesem Zusammenhang fordern wir die linksradikalen Teile der Bewegung auf, sich wieder einzubringen und mitzumachen, um gemeinsam Fehler zu vermeiden. Sonst sind wir bald in der Lage, daß die rechten Strömungen, SPD, Realos die Oberhand gewinnen, und wir rausfallen. Wir müssen aber überlegen, wie wir in der Zukunft die Grenzen des Machbaren wieder vorrücken können.

Anti-Atom-Büro München

Das Anti-Atom-Büro war maßgeblich an Vorbereitung und Durchführung der Herbstaktionen '88 beteiligt.

Herbstaktionen 88 in Wackersdorf

Herbstaktionen 88

Aus dem wilden Westen

In konsequenter Fortsetzung der Politik, die sich seit dem Rodeo zu Nürnberg im Januar '87 am ausdauerndsten im Sattel gehalten hat, wurde letzten Samstag der alljährliche Viehtrieb in Wackersdorf abgehalten. Nachdem im letzten Jahr einige Rinder zu Schaden gekommen waren, leisteten die Cowboys und -girls von KB/Radi-Aktiv, Münchner Anti-Atom-Büro u.a.m. diesmal ganze Arbeit. Bereits vorher setzten sie sich mit den Bewachern der Großen Ranch von Wackersdorf an einen Tisch und es ist ihnen gelungen, diese in zähen Verhandlungen davon zu überzeugen, daß sie willens und in der Lage sind, auch großen Herden zu treiben, ohne daß einzelne ausbrechen oder gar eine Stampede wie Pfingsten '86 entsteht. Und so erlaubten die mächten Rancher den Viehtrieb, auch weil sie über ihre Späher wußten, daß so gut wie keine wilden Büffel in der Herde sein würden, die in ihrer Eigensinnigkeit immer selber bestimmten wollen, was sie tun und was nicht.

Unsere Cowboys und -girls setzten natürlich alles daran ihr Versprechen einzulösen. John Wayne persönlich leitete den Viehtrieb vom Feldherrnhügel aus. Das Vorgehen war sehr subtil und unsere Cowboys und -girls verstanden es, die tatsächlichen Anforderungen der großen Rancher zu verschleiern. So brachten sie einen Teil der Herde, der auf der falschen Seite trabte, mit dem Vorwurf "Spalter" auf den rechten Weg zurück, und am Zaun der Großen Ranch trieben sie die Herde mit "es staut schon wieder" und "die anderen wollen auch noch was sehen" weiter. Und so kam es, daß selbst die Weide vor dem Zaun der großen Ranch kaum von einem Rind zertrampelt wurde, und auch sonst fast alles nach dem Plan unserer Cowboys und -girls und der großen Rancher verlief. Nur als eine Horde der verhaßten braunen Kojoten auftauchte und größere Unruhe aufkam mußten die grünen Cowboys der mächtigen Rancher eingreifen, die sonst im grünen Wald versteckt waren. Sie schützten die braunen Kojoten und nahmen 2 unerfahrene Rinder in Obhut, die nicht gleich vor ihnen davongelaufen waren. Als die Herde sich darüber aufregte, stellte sich ein einziges unserer Cowgirls heldenhaft vor die grünen Cowboys um diese zu schützen und trieb die Rinder nach Wackersdorf zurück.

Die Herde muhte zwar ein wenig, aber unsere Cowboys und -girls wußten viele damit zu beruhigen, daß sie den mächtigen Ranchern eine "große Niederlage" zugebracht hätten. Außerdem vertrösteten sie die Herde darauf, daß sie wieder mehr zum Beißen bekommen würden, wenn in den nächsten Jahren die Transporte der Großen Rancher mit Dampfrössern und Planwagen beginnen.

Die großen Rancher waren sehr zufrieden mit unseren Cowboys und -girls, und veröffentlichten ihr Lob auch in den Zeitungen. Das paßt unseren Cowboys und -girls wirder gar nicht so, weil sie Angst haben, daß sich an den Lagerfeuern der Prärie die Erkenntnis durchsetzt, daß sie Hand in Hand mit den großen Ranchern arbeiten, wo sie selbst doch weiterhin glauben und vorgeben Widerstand gegen diese zu leisten. Und auf die Dauer könnte es ihnen dann so gehen wie ihren Kollegen von der Friedensbewegung, die für ihre Viehtriebe kaum mehr Rinder finden.

Aber vielleicht kriegen unsere Cowboys und -girls dann einen Job bei den mächtigen Ranchern, weil diese für die Beherrschung von Rindern und wilden Büffeln eine Unmenge von Unter- und Obercowboys, Gasgranaten, wasserspuckende Ungetümer und ähnliches Zeug brauchen, was auch noch Unsummen von Gold verschlingt. Und da sind unsere Cowboys und -girls doch viel effizienter und billiger.

einige Indianer aus München

Stimmen vom Lagerfeuer

Liebes Münchener Anti-Atom-Plenum,
Kannste mir bitte mal erklären, was diese komischen „Herbstaktionen" sollten? Immerhin renn ich seit Jahr und Tag deinen Einladungen folgend mit Kind und Kegel auf deine Treffen, Demos, Veranstaltungen und all sowas. Aber langsam, sag ich dir mal, fehlt mir da 'n bißchen der Sinn bei der ganzen Schoße! Also da rennen hin und wieder einige fünf- oder zehntausende irgendwohin, da redet hin und wieder einer von euch 'n paar kräftige Sprüche daher, da kloppt man sich und läßt sich räumen und weiß der Teufel was noch alles...
Und heraus kommt dabei gar nix.
Also daß Ihr, IHR, Radikalinskis mit'm Mega rumrennt und für einen geordneten Demonstrationszug im Sinne der Polizei garantiert, das hätt ich nie gedacht!
Aber auch sonst. Was soll das Protestspiel? Du redest von „Sabotasch", aber so das Baggeranzünden und Mastsägen is ja wohl nich so effektiv, oder?
Mein Neffe zum Beispiel, der arbeitet im Umweltministerium, der könnte sabotieren, sag ich dir! Oder der Sohn meiner Freundin: Is so'n Computermensch, was der alles kaputt machen könnte! Aber wenn ich dene Kerls da was vom Atomwiderstand erzähl, da sagense: Ja, ja Tantchen, du und deine Sekte!
Frühers hab ich dann immer noch mit flammenden Worten diskutiert, aber jetzt, da denk ich mir oft, Recht haben die! Wie mittelalterliche Geißlerzüge kommen mir die Demos vor, Faschingstreiben, Defillermarsch vom Schützenverein.
Liebes Anti-Atom-Plenum, denk dir mal was gescheits aus, was die 50.000 Leute tun könnten, außer so als Ablaßzahlung einmal im Jahr 'n bißchen Schweiß auf sonem Marsch zu vergießen!
Also, wenn ihr so weiter macht, dann seid Ihr nämlich wirklich nur die nützlichen Deppen im großen Demokratiespiel!
Und die gutmeinenden Leute, die euren Aufrufen folgen, die verarscht ihr ganz gründlich!
Kampf oder Krampf?

gez. Ntschotschi Namlos

[...] Wenn ihr nicht über böse Bullen, die unschuldige Demonstranten prügeln, berichten könnt, wird's euch anscheinend langweilig.

Manuela, München 19

aus: taz

Wie WAA-GegnerInnen erfaßt werden

Auf der letzten Atommüllkonferenz in Nürnberg (4.-6.11.88) wurden in der AG Kriminalisierung von AG SPUDOK der BIgAM zwei Projekte vorgestellt. Zum einen sich stärker mit SPUDOK Oberpfalz zu beschäftigen. Zum anderen die Folgen der Verdatung für die Ostern 1986 in Hofenstetten festgenommenen 281 Menschen zusammenzutragen. Diese sind wohl ausnahmslos in die "Arbeitsdatei PIOS Landfriedensbruch" gewandert, welche den meisten sicher unter dem Namen "Störerdatei" geläufig ist.

SPUDOK in der Oberpfalz und anderswo

SPUrenDOKumentationssysteme werden von der Polizei nach ersten Tests in Nordrhein-Westfalen ganz zu Anfang der 80er zunehmend verwendet. Jedesmal wenn ein SPUDOK-System auffolg, gab es großes öffentliches Aufsehen, so z.B. 1982 in Göttingen und Hannover. Im August 1985 konnten die BI Lüchow-Dannenberg und der EA Gorleben sogar ihnen zugespielte Auszüge aus SPUDOK Wendland präsentieren.
Wie funktioniert SPUDOK? Es dient polizeioffiziell der Sammlung unbewerteter Daten in Ermittlungsverfahren. In Wirklichkeit sieht es dann so aus, daß alles was nach Widerstand riecht eingespeichert wird. Geht beispielsweise Mensch X zu einem politischen Prozeß oder in die falsche Kneipe, kann er ebenso schnell in SPUDOK wandern wie Y, der Leserbriefe schreibt und dazu noch mit dem Auto in der Nähe anschlagsrelevanter Baustellen parkt. All diese Datensätze sind im Gegensatz zu anderen Dateien über ziemlich viele Merkmale abrufbar, wie bestimmte Tage, Uhrzeiten, Personen, KFZ usw. usf. So sollen mit Hilfe der EDV Zusammenhänge aufgedeckt, Datensätze verknüpft und letztendlich Täter ermittelt werden. Dabei sollen mit SPUDOK auch die relevanten Daten vom wertlosen Datenschrott getrennt werden. Denn letzterer würde, sollte er z.B. an die verschiedenen PIOS-Dateien weitergegeben werden, dort die Bullen mehr stören als ihnen nutzen. Wenn es für eine "normale" Anklage nicht reicht, konstruieren Polizei und Staatsanwaltschaft auch aus völlig belanglosen Daten, wie Kneipenbesuchen, eine "RAF-Süd" oder anderes um die Betroffenen doch noch verknasten zu können.

Bis auf gelegentliche Erwähnungen in der taz und einen Artikel im Oberpfälzer hat SPUDOK Oberpfalz bisher nicht die bundesweite Beachtung gefunden wie anderorts. Doch die von Betroffenen wie Interessierten hier und anderswo gesammelten Informationen sollten gemeinsam mit verstärkten Bemühungen vor Ort, das Repressionsinstrument SPUDOK in der Oberpfalz in der Region und bundesweit zum Thema zu machen und soweit wie möglich SPUDOK anzugehen. Über die Mittel sollten die Beteiligten dann noch heftig diskutieren, z.B. über das Kosten/Nutzen-Verhältnis bei Klagen (auf Offenlegung der gespeicherten Daten) und ihre politische Stoßrichtung.

Hofenstetter "Störerdatei"

Am Ostersamstag, dem 29.3.1986 machten die Bullen das Anti-WAA-Zeltlager in Hofenstetten platt und nahmen 281 Menschen fest. Die ED-Behandlung war inclusive. Als Vorwand diente eine Straßenblockade, welche am Freitagnachmittag (!) einen Polizeiwagen sowie Fernsehteams des Bayerischen Rundfunk (ARD) und dem ZDF zum Halten brachte. Dabei wurden auch Steine und andere Flugkörper verwandt. Sie fand auf der Verbindungsstraßen zwischen Hofenstetten und dem Bahnhof Altenschwand statt. Den nicht vorhandenen direkten zeitlichen und örtlichen Zusammenhang stellte die Polizei teilweise selbst fest, was sie nicht daran hinderte, um so wilder drauflos zu konstruieren. Es wird angenommen, daß wohl allen Festgenommenen zumindest einfacher Landfriedensbruch vorgeworfen wurde, womit sie automatisch in der "Arbeitsdatei PIOS Landfriedensbruch" landeten. PIOS steht für Personen, Institutionen, Objekte, Sachen. Dieser Dateityp wurde ursprünglich entwickelt um RAF, Roter Zora und anderen mit Computerhilfe beizukommen. Mit der Zeit wird PIOS ähnlich wie SPUDOK auf weitere Bereiche ausgedehnt.
Diese Datenschatten hatten in einigen bekanntgewordenen Fällen schon recht knackige Folgen. So reichte in einem Fall die bei der Grenzkontrolle gefundene Haßkappe und die Einspeicherung in der "Störerdatei" für 31 Stunden Präventivhaft in Berlin anläßlich des Reagan-Besuches am 11./12.6.1987. Theoretisch fliegt mensch aus der Datei, wenn das Verfahren wegen Landfriedensbruch eingestellt wird. Während in Sachen Hofenstetten die Einstellung mangels irgendwelcher "Beweise" mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vonstatten ging, lief die Speicherung weiter, wie der Berliner Fall zeigt.
Möglicherweise läßt sich auch hier über die Verwaltungsgerichte ein Streichung, wenn auch nur aus dem offiziellen Register, erreichen. Das kann aber im Einzelfall bedeuten, eine Demo oder Aktion mitmachen zu können, statt sie nach 36 Stunden im Knast in der Tagesschau zu bewundern...
Das soweit zu SPUDOK Oberpfalz und der "Störerdatei". Interessierte und Betroffene melden sich bitte bei der BIgAM, AG SPUDOK, c/o KFZ, Schulstr. 6, 3550 Marburg/Lahn. Jeden Donnerstag dort ab 20 Uhr unter 06421/13898 zu erreichen!
Nach dem mehr oder minder starken Echo wird sich dann entscheiden lassen, ob und in welcher Form die Projekte ausgeführt werden. Die Kriminalisierungs-AG der AMK in Nürnberg fand sie unterstützenswert.

CS-Gas-Einsatz „rechtens"

Der Einsatz von CS-Gas, bei dem Ende März 1986 am WAA-Bauzaun Tausende Menschen vergiftet (z.T. mit Dauerschäden) und ein asthmakranker Mann getötet wurden, ist vom Bundesverwaltungsgericht endgültig für rechtens erklärt worden. Das BVerwG hob einen anderslautenden Spruch des Verwaltungsgerichts Regensburg auf.

Unbekannte Plutoniumlabore und Kobalt aus aller Welt

Nachlese zum Hanau-„Skandal"

Noch vor wenigen Jahren wäre das Thema eng begrenzt und recht übersichtlich gewesen. Man hätte gesagt: Gut, die Regierenden gleich welcher Partei dementieren jewedes Streben nach der Bombe. Aber warum wollen sie dann die Wiederaufarbeitung und den Schnellen Brüter, die doch nicht nur höhst gefährlich sind, sondern auf lange Sicht, wahrscheinlich auf immer ein defizitäres Unternehmen bleiben werden? Und warum unterhält die Bundesrepublik in ihrem staatlichen Bunker bei der Hanauer Firma Alkem das weltweit größte Plutoniumlager eines Nicht-Kernwaffenstaates? Schließlich hätte man noch den überaus engen nuklearwissenschaftlichen und -technischen Austausch der BRD mit Militärdiktaturen hingeweisen, die allesamt den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben haben: aus einschlägigen Gründen natürlich. Und man hätte daran erinnert, wie sehr sich die CDU/CSU seinerzeit selbst gegen dieses Abkommen gesträubt haben.

Heute dagegen weiß man (warum, eigentlich nur man? d.S.) gar nicht, wo man mit der Untersuchung anfangen und wo man aufhören soll: Falsch deklarierte, falsch zurückgelieferte und in großem Maßstab verschwundene Sendungen mit sogenanntem »radioaktivem Abfall«; Umdeklarierungen - sog. »Swaps« - ebenso auf dem Sektor des weltweiten Uranhandels; nicht angemeldete Spaltstoffvorräte bei jeder Atomfirma, die etwas auf sich hält; dubiose Zweigstellen in der Schweiz, Luxemburg und anderen Ländern; BKA-Agenten, die auf dem schwarzen Nuklearmarkt nach Plutonium jagen; Atomwaffen-Entwicklungen in so »friedlichen« Ländern wie der Schweiz und Schweden; Atomwaffen-»De-

sign«-Forschungen in der BRD schon während der sozial-liberalen Koalition, Berichte darüber, die von Helmut Schmidt persönlich aus der »Zeit« gekantet werden; Plutoniumtransporte im Kofferraum von einfachen PKWs; Zusammenarbeit bundesdeutscher Atomfirmen mit militärischen Stellen, vom Bundesverteidigungsministerium bis zu den berüchtigten US-Waffenlabors Los Alamos und Oak Ridge undsoweiterundsofort.

Ein Beispiel für die Vielfalt der Verdachtsmomente: Logischerweise sind die Nuklearantransporte in letzter Zeit ins Blickfeld geraten. Deshalb hat der Bremer Senat eine Liste aller nuklearen Ein- und Ausgänge während des Jahres 1987 im Hafen von Bremerhaven herausgegeben natürlich um zu bekräftigen, daß alles seine Ordnung hat. Aus den Tabellen geht eine unglaubliche Vielzahl aller möglichen nuklearen Sendungen aus und in alle Teile der Welt hervor. Sich auch typisch marktwirtschaftliches Chaos, aber wirklich nur das? Erwähnen wir am Rande, daß Ludwigshafen, die Heimat Helmut Kohls, als Zielort unmfangreicher Lieferungen südafrikanischen Natururans angeben wird, was ohnhin eine Sauerei ist. Darüberhinaus wird in Ludwigshafen gar kein Uran verarbeitet, jedenfalls ist bisher nichts dergleichen bekannt geworden.

Nächster Punkt: Kobalt überall in der Welt. Kobalt 60 ist eine der ältesten Strahlungsquellen. Es sendet gleichzeitig Beta- und Gammastrahlen aus und wird für medizinische Zwecke, für Sterilisierungen, für Ausbildung in der Strahlentechnik u.ä. verwandt. Kobalt 60 ist nur in dem Maße gefährlich, wie radioaktive Strahlung als solche gefährlich ist, aber es ist kein für die Militärs interessanter Stoff. Komischerweise begegnen wir Kobalt als Verunreinigung in sehr vielen Mol-Fässern von Transnuklear, obwohl es mit der Kernspaltung nichts zu tun hat.

Daß die BRD Kobalt 60 aus Kandada und den USA bezieht, obwohl sie solches sicher selbst mühelos produziert, registriert man halt. Daß Kobaltsendungen aus Nordamerika erst einmal in den Bremerhavener Transit gelangen, bevor sie an alle möglichen Länder weitergehen - na schön. Rätsel des Weltmarkts. Parkistan will Kobalt, Libyen will Kobalt, Polen will Kobalt. Aber warum zum Teufel will Österreich Kobalt aus Südafrika um es anschließend - über Transit Bremerhaven - nach New York zu exportieren, wobei das Ziel New York gar nichts heißen muß, wenn wir an die »Swaps« im Nuklearhandel denken. Und warum ist diese Kobaltsendung nach Verlassen Wiens um genau vier Kilo schwerer als vorher? Braucht die Industrienation USA, die Kobalt an die Industrienation BRD exportiert, ihrerseits südafrikanisches Kobalt aus Wien? Das ist doch Schwachsinn - es sei denn, die vier unscheinbaren, in Wien hinzugekommenen Kilogramm enthaltten etwas Interessanters als das gewöhnliche Kobalt 60.

Südafrika wiederum bezieht Kobalt 60 aus Wildbad im Schwarzwald. Hier wie da sind aber keine Atombetriebe, jedenfalls keine, von denen mann gehört hätte. Trotzdem ist Wildbad als Umschlagsplatz im Nuklearhandel aktiv, nicht nur daß es nach Südafrika exportiert, es importiert auch aus den USA, und zwar genau gesagt Kobalt 60 und Americum 241. Diese Kombination in ein und derselben Ladung, wie es die Bremerhavener Liste zeigt, ist medizinischerseits völlig sinnlos. Es gibt keinen Grund, die beiden Strahlenquellen Kobalt und Americum zu kombinieren, schon gar nicht in Wildbad. Und doch taucht, womit der lange Exkurs deutlich wird, genau die gleiche Kombination mindestens in einigen Mol-Fässern von Transnuklear auf, z.B. das in Brunsbüttel gefundene Fa:. Dort aber ist die Kombination, jedenfalls nach offizieller Auskunft, wenigstens nicht beabsichtigt. Was geht hier eigentlich vor?

Vielleicht gibt es bei der Deklarierung radioaktiver Transporte eine vergleichbare Praxis wie bei der Angabe radioaktiver Umweltbelastungen.Nach der Katastrophe von Tschernobyl war es üblich, daß nur die Strahlenbelastung durch das am stärksten strahlende Isotop, seinerzeit Jod 131, gemeldet wurde. Anschließend war meist von Caesium 137 die Rede, welches mit seiner Halbwertszeit von 30 Jahren nach Abklingen der kurzlebigen Zerfallsprodukte die Strahlung von Tschernobyl dominiert. Diese Praxis verschweigt die ebenfalls vorhandene, physikalisch nicht so starke, biologische aber gefährlichere Strahlung der anderen Bestandteile des ukrainischen fallouts, vor allem Strontium 90 und Plutonium.

Stellen wir uns vor, bei bestimmten Atomtransporten wird auch nur der » Hauptstrahler« oder das »Leitisotop« angegeben. Dann könnten alle möglichen Atomtransporte als Kobalt 60 Sendungen deklariert sein. Denn als relativ starker Strahler überdeckt dieser Stoff zahlreiche andere Nuklearmaterialien - unter der Voraussetzung, daß bei den sicher ohnehin spärlichen Kontrollen nur die Gesamtstrahlung gemessen wird. Und so ist es ja auch: bei Atomtransporten wird nur die Dosisleistung an der Oberfläche gemessen, nicht aber das Spektrum, nicht die einzelnen Bestandteile der Strahlung. Das wäre ein anderer Meßvorgang, der andere Instrumente erforderte. Dann aber könnte der allzu rege internationale Kobalt-Handel in Wirklichkeit Spaltstoffe wie Uran und Plutonium, Atommüll usw. enthalten. Darauf weist übrigens auch die außergewöhnliche Sendung von KobaltundAmericum hin; denn Americum ist häufig ein Indikator für Plutonium, weil es als Zerfallsprodukt eines Plutoniumisotops, PU 241, entsteht. Vielleicht führt das auch zu einer Erklärung der seltsamen Kobalt-Verunreinigungen in den Mol-Fässern von Transnuklear.

Nun gab es aber,wie allgemein bekannt, am 14. Januar diesen Jahres den Paukenschlag, daß auch von der bürgerlichen Öffentlichkeit erstmals ein »ungeheuerlicher Verdacht« diskutiert wurde. Zwar habe nicht die BRD den Atomwaffensperrvertrag gebrochen, aber für möglich gehalten wurde immerhin, daß die Hanauer Transnuklear an der Lieferung von waffenfähigem Material nach Parkistan und Libyen beteiligt gewesen sein könnte. Der Verdacht war ganz konkret: mal war von zwei Fässern mit Uran oder Plutonium die Rede, mal von 45 kg hochangereichertem Uran. Reedereien, Speditionen und Transportwege, etwa der Lübecker Hafen, wurden genannt. Diese ganz konkreten Vermutungen liessen sich angeblich nicht erhärten. Allerdings war die Öffentlichkeitsarbeit der Politiker und Firmenleitungen auch geeignet, die vorhandenen realen Spuren unter einer Lawine von Spekulationen und Sensationen verschwinden zu lassen. Nach allen möglichen Rückziehern, bei denen Volker Hauf von der SPD ein besonders klägliches Bild abgab, forderte die Bundesregierung dazu auf, die »schädlichen Verdächtigungen endlich zu unterlassen, und allmählich folgten ihr die Medien.

Eine genauere Untersuchung der Vorgänge in Hanau und Mol läßt aber umgekehrt die Zweifel am rein zivilen Charakter der Atomtechnik schier ins Uferlose anwachsen. Man könnte sagen, es gibt nicht, was es nicht gibt. Oder es gibt alles, was es eigentlich nicht geben dürfte. Abgebrannte Brennelemente, die wegen ihres Plutoniumgehalts interessant sind und daher der IAEO-Kontrolle unterliegen, werden zum belgischen Mol gefahren, obwohl die dortige WAA Eurochemic offiziell seit 1974 stillgelegt ist und folglich nicht mehr kontrolliert wird. Abgebrannte Brennelemente werden auch nach Karlstein/Bayern gefahren, wo es gar keine WAA geben sollte, sondern nur die KWU und eine NUKEM-Niederlassung, von der es immer hieß, daß sie nicht zu den atomaren Abteilungen des Unternehmens gehöre. Mindestens gibt es dort also ein größers, bisher unbekanntes Zwischenlager. Abgebrannte Brennstäbe werden auch nach Geesthacht bei Hamburg gefahren, wo es auch keine Wiederaufarbeitung gibt, sondern eigentlich nur ein »abgebranntes« Insitut zur Entwicklung von Schiffsreaktoren. Abgebrannte Brennstäbe werden 1987 von Geesthacht nach Bremerhaven gefahren, ohne in der dortigen Hafenliste von 1987 aufzutauchen.

Abgebrannte Brennelemente liegen schließlich schon zerschnitten in den Abklingbecken einiger Atomkraftwerke, und dementsprechend werden auch Brennstabs-Segmente transportiert, was Abzweigungen enorm erleichert und die IAEO-Methode, das spaltbare Inventar der AKWs zu versiegeln, zur Karikatur degradiert. Alle diese Verdachtsmomente deuten darauf hin, daß es unbemerkt von der Öffentlichkeit, die auf Wackersdorf starrt, eine Reihe von Labors, von kleineren »Giftküchen« gibt, in denen Wiederaufarbeitungstechniken zur Extraktion von Plutonium praktiziert werden. Und tatsächlich hat es in Mol ja die sog. »Naßveraschung« gegeben, bei der nicht aus abgebrannten Brennelementen, aber aus plutonium-haltigen Betriebsabfällen einige Kilogramm des Stoffes gewonnen wurden.

Noch bequemer würde sich ein unkontrollierter Zugriff auf Uran gestalten, wenn er von den Verantwortlichen in Atompolitik und Atomwirtschaft gewünscht wird. Als sich die Wellen des Bestechungsskandals schon wieder gelegt hatten, wurden bei Transnuklear 6,6 Tonnen nicht angemeldete Uranvorräte »entdeckt«. Von NUKEM wurde gang nebenbei bekannt, daß die Firma eine strategische Uranreserve des Bundes von über 600 Tonnen »verwaltet«. Von der nordrhein-westfälischen Spedition Braunkohle, einer RWE-Tochter, erfuhr man (immer noch man? d.S.), daß sie 800 Tonnen Uran lagert, 200 Tonnen mehr als genehmigt. Freilich wird es sich bei diesen gewaltigen Mengen zum Teil um noch nicht bearbeitetes oder noch nicht angereichertes, keinesfalls um waffenfähiges Uran handeln. Das würde man je nicht hier und dort rumliegen lassen. Gleichwohl sind die Genehmigungsüberschreitungen relevant, denn man muß das Uran gewissermaßen schon beim Eintritt in den Brennstoff»kreislauf« der Kontrolle entziehen, damit Bilanzverluste am Ende nicht auffallen. Und was macht so eine merkwürdige, in der

Öffentlichkeit bisher kaum aufgefallene Firma wie die Uranverarbeitungsanlage Gewerkschaft Brundhilde im rheinland-pfälzischen Ellweiler, außer daß sie, was wirklich schlimm genug ist, erheblich die Umwelt belastet unbd die Gesundheit der Menschen in ihrer Umgebung aufs Spiel setzt? Ja, auch diese Einrichtung hat neben anderen Tätigkeiten ihren ganz spezifischen »verdächtigen« Sinn: Die Gewerkschaft Brunhilde kann das im Schwarzwald, Menzenschwand/Feldberg, geschürfte eigene westdeutsche Uran weiterverarbeiten. Wozu das geschieht, ist wiederum in Schweden bekannt geworden, wo es einen völlig parallelen Vorgang gab: Ein Land, das jenseits der IAEO-Kontrollen ein militärisches Atomprogramm unterhält, braucht unbedingt einen eigenen, inländischen Uranabbau, sei er auch noch so unrentabel.

Doch der eigentliche Kern des Transnuklearskandals lag in der falschen Deklarierung der Abfallfässer. Dazu hat man der Öffentlichkeit die folgende Version präsentiert: TN hat nach Mol Atomkraftwerksabfall geliefert, der zu stark strahlte und deswegen in Mol nicht bearbeitet werden konnte. Mol hat an die AKWs, wiederum über Transporte von Transnuklear (TN), kondinonierte Abfallfässer zurückgeliefert, die zum Teil nicht westdeutschen, sondern belgischen Abfall enthielten. Dieser war mit Spuren von Plutonium und Kobalt, gelegentlich auch mit Cäsium versetzt. All das war nicht korrekt, aber auch nicht dramatisch, heißt es heute. Einerseits seien die Spuren von Plutonium - insgesamt angeblich 200 Milligramm - unter dem Gesichtspunkt der Proliferation viel zu gering. Andererseits überschreite die Strahlung der zurückgelieferten Fässer nicht die genehmigten Werte, und das wenige Plutonium sei in den verfestigten Gebinden ungefährlich. So weit die offizielle Version.

Aber eine Spur ist eine Spur. Es ist idiotisch, zu sagen, da ist ja nur eine Spur, das können wir vergessen, Sondern man(schon wieder d.S.) muß die Spur natürlich verfolgen. Es gibt also nur kleine Phänomene, aber diese kleine Phänomene weisen auf größere Phänomene hin. Geringe Plutoniumverunreinigungen sind irgendwann einmal von einer größeren Plutoniummenge verursacht worden, und das gleiche gilt für die Caesium- und Kobalt-Spuren. Solange Töpfer, Wallmann, Weimar,NUKEM, Transnuklear, Mol, Euratom und IAEO nicht sagen, wo die Spuren herkommen und so sie hinführen, werden wir einfach betrogen. Zum Beispiel,wenn man behauptet, die Verunreinigungen seien durch »Querkontaminierungen« und Vermischungen bei der Konditionierung in Mol entstanden. In mindestens 321 Mol-Fässern waren noch einmal Stahlzylinder einzementiert - ein »Faß im Faß« -, und erst darin befand sich der radioaktive Abfall. Da wurde nicht vermischt, da wurde **nur** versteckt und zwar mit erheblich mehr Aufwand als bei dem ursprünglich vermuteten Verstecken**durch**vermischen. Aber warum dieser Aufwand getrieben wurde, obwohl die Radioaktivität des Inhalts angeblich nicht höher war als bei schwachradioaktivem Abfall üblich, das bleibt ein Rätsel.

Plutonium- und Cäsiumspuren verweisen auf abgebrannte Brennelemente. Folglich können die Spuren zwei Ursachen haben. Die eine Möglichkeit ist, daß an irgendeiner Stelle heimlich, unangemeldet, unkontrolliert abgebrannte Brennelemente bearbeitet wurden und daß man sich große Mühe damit gegeben hat, den Betriebsabfall dieser »Giftküche« verschwinden zu lassen, damit sie unentdeckt bleibt. Dann gäbe es also

unangemeldete Wiederaufarbeitungenund unkontrollierte Plutoniumreservoirs. Die wird man kaum für zivile Zwecke anlegen.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, daß unter dem Aushängeschild des schwach- bis mittelaktiven Abfalls abgebrannte Brennelemente selbst transportiert wurden. Relativ problemlos zu bewerkstelligen wäre das allerdings nur dann, wenn diese Brennelemente einen geringen Abbrand hatten. Genau das ist jedoch der interssanteste »Atommüll«, denn er enthält militärisch nutzbares Plutonium 239.

Schwach bestrahltes Uran - ein harmlos und beruhigend klingender Begriff - heißt daher fast immer, das Waffenplutonium im Spiel ist. Bei schwach bestrahltem Uran bekommen die Militärs lange Finger, und wir sollten lange Ohren bekommen. Schwach bestrahltes Uran könnte auch als schwach-bis mittelaktiver Abfall deklariert geschmuggelt werden und geschmuggelt worden sein. Dies ist nicht einmal eine besonders bösartige Verdächtigung. Im Mai letzten Jahres stellte sich in Hanau heraus, daß NUKEM die ihr genehmigte Umgangsmenge mit schwach bestrahltem Uran (30 kg) um das Achtfache überschritten hatte. Ein Teil davon, 100 kg wurde auf Anweisung der hessischen Behörden in den staatlichen Plutoniumbunker bei Alkem gebracht. Mindestens eine Zeitlang hat NUKEM also unbeaufsichtigt mit solchem Material hantiert. NUKEM war auch die Firma, die erwiesenermaßen Uran - angeblich in Naturzusammensetzung - als schwach- bis mittelaktiven Abfall von Transnuklear nach Mol und zurück bringen ließ. In 50 Fässern, die in Hanau lagern, fanden sich immerhin rund 750 kg Uran, ein Zehntel des Gesamtinhalts der Fässer. NUKEM hat damit erwiesenermaßen Spaltstoff als »Abfall« befördern lassen.

Im Zusammenhang mit der schwachen Bestrahlung oder dem niedrigen Abbrand gibt es seit über einem Jahr immer wieder Vermutungen, daß auch aus kommerziellen Reaktoren nach Schnellabschaltungen solche Brennelemente beisetegeschafft worden sind. Als hypothetische Möglichkeit taucht dies selbst in konservativen Zeitunge wie der FAZ oder der Neuen Zürcher Zeitung auf.

Tatsächlich ging es bei den Transnuklear-Bestechungen mindestens einmal auch um abgebrannte Brennelemente und nicht um schwach- und mittelaktiven Abfall, was ja nur kontaminierte Arbeitskleidung, Reinigungsmittel und ähnliches nicht spaltbares Material sein sollte. Diese Brennelemente lagen zerschnitten im Abklingbecken des AKW Würgassen. Der zuständige Entsorgungssachbearbeiter der Preussen-Elektra stand an der Spitze der schwarzen Liste von Transnuklear, bekam also die höchsten Schmiergeldbeträge. Er nahm sich im April 1987 das Leben. Vom AKW Würgassen sind überdurchschnittlich viele Schnellabschaltungen gemeldet. (siehe 2001: Wer ist wer in der Atomindustrie).

Militärische Ambitionen eines zivilen Atomprogramms kann man (schon wieder! d.S.) am besten daran ablesen, wieviel Waffenplutonium ein Staat besitz. Umweltminister Töpfer machte kürzlich bekannt, daß sich im Plutoniumbunker bei ALKEM insgesamt 2,5 Tonnen des Stoffs befinden. Über die Qualität dieses Plutoniums äußerte er sich nicht. Dies bleibt nach wie vor ein streng gehütetes Staatsgeheimnis. Die Bundesregierung wird schon wissen warum.

Detlef zum Winkel 7/88

»Zeit für eine neue Offensive«

Unter diesem Motto hatte die Landeskonferenz der schleswig-holsteinischen Bürgerinitiativen für den 29.10.88 zu einem Arbeitsseminar nach Rendsburg eingeladen. Die Idee dazu stammte bereits aus dem Sommer. Eine Gruppe nordfriesischer BIs hatte die Idee, in Rendsburg einen Aktionstag zu veranstalten. Rendsburg ist Sitz der SCHLESWAG, der "Verteiltochter" der PREAG in Schleswig-Holstein. Mit dem Aktionstag sollte darauf hingewiesen werden, daß die SCHLESWAG — wie sollt's anders sein — im Bremserhäuschen des Ausstiegs sitzt. Diese Idee ist dann weiter diskutiert worden in eine Richtung, die vom unmittelbaren Aktionswunsch hinführte zu einer Konferenz/Arbeitsseminar, wo in erster Linie diskutiert werden sollte über die inhaltlich relevanten Punkte des Ausstiegs in Verbindung mit einer Bestandsaufnahme über den Zustand der Anti-AKW-Bewegung selber. Diese Entwicklung der Diskussion ist eigentlich nur folgerichtig. Jeder konnte nach dem Mai '88 beobachten, daß zunehmend Sand in's Getriebe der Bewegung geraten war. Das Tempo der Ausstiegsdiskussion und die Diskussionsgegenstände wurden und werden weitgehend von der frisch an die Macht gekommenen SPD diskutiert. Es ist nicht nur der vielbemühte "Vertrauensvorschuß" in der Bevölkerung, der in der Bewegung zu einer Art "permanentem Sommerloch" geführt hat, sondern auch jede Menge Illusionen darüber, was die SPD nun tun oder unterlassen wird. Zur Rolle der SPD später mehr.

Von Bedeutung war auch, daß "die Bewegung" mit all ihren verschiedenen Initiativen, Energiewende-Komitees, Nach-Tschernobyl-Gruppen usw. über keine kontinuierliche und verbindliche eigene Kommunikationsstruktur verfügt. Die unregelmäßig einberufene Landeskonferenz war alles an übergeordneter Struktur. Entsprechend dieser Problemlage wurde dann der Tagungsablauf für den 29.10. beschlossen:

— Hauptteil **Inhalte** mit drei Schwerpunkten, nämlich Rekommunalisierung/Dezentralisierung der Energieversorgung, zweitens die Atomtransporte und drittens Sofortausstieg/Stillegung.

— Abschlußteil Erfahrungsaustausch: Zwischen Aktionen und Anträgen.

Erfahrungen auf dem Arbeitsseminar

Es macht wenig Sinn, hier Details der inhaltlichen Schwerpunkte darzustellen. Alle Punkte waren gut vorbereitet, wurden gut dargestellt und im Plenum diskutiert. Wichtiger sind — für mich zumindest — generelle Erfahrungen auf diesem Arbeitsseminar:

— Die Bewegung lebt! Erschienen waren zwischen 70 und 100 Leute, meistens VertreterInnen von diversen Initiativen.

— Organisation und zeitlicher Ablauf klappten gut! Das ist nicht selbstverständlich, und es gibt da ganz andere Erfahrungen. Es scheint nicht zuletzt der Ausdruck der Bereitschaft zu sein, sich intensiv und verbindlich mit den Möglichkeiten des Ausstiegs in der gegenwärtigen Lage aus Sicht der Bewegung auseinandersetzen zu wollen.

— Die Anwesenheit von VertreterInnen aus **verschiedenen** Bereichen der Bewegung hat sich fruchtbar auf die Diskussionen ausgewirkt. So war für einige "alte KämpferInnen" die Rekommunalisierung ebenso politisches Neuland wie umgekehrt für Energiewendekomitees die Aktionen gegen Atomtransporte.

— Deutlich wurde auch, daß der Ausstieg aus der Atomenergie nicht mit der Stillegung der AKWs geschafft ist, sondern daß es für die Bewegung darauf ankommt, in **allen** energiepolitisch wichtigen Bereichen Tätigkeiten zu entfalten und politischen Druck zu organisieren.

Vernetzung innerhalb der Bewegung entsprechend der Politikfelder und Aktionsfelder ist für mich **eine** wichtige Aufgabe, die vor der Anti-AKW-Bewegung steht und möglichst rasch gelöst werden muß.

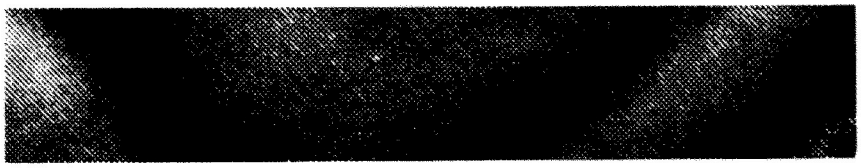
Die Rolle der SPD

Auf dem Seminar wurde häufig beklagt, daß die "Informationen aus dem Apparat" unter der SPD-Regierung spärlicher fließen als unter der abgewirtschafteten CDU-Regierung oder ander herum: Die SPD setzt beim Ausstieg aus der Atomenergie nicht auf eine systematische Zusammenarbeit zwischen ihrer Partei/Regierung und den gesellschaftlich relevanten Gruppen, sondern organisiert eine "Parteiladen-Bewegung". Wie sah es noch 1987/88 aus: Die GRÜNEN und andere (z.B. die "wissenschaftlichen Grundleger" des Öko-Instituts) hatten nachgewiesen, daß die Stillegungen innerhalb eines Jahres bewerkstelligt werden könnten.

Wenn eine konsequente Einspar- und Substitutionspolitik dazukommt, ist der Ausstieg aus der Atomenergie und der Einstieg in eine dezentrale, "rekommunalisierte" Energieversorgung relativ schnell zu bewerkstelligen und gesellschaftlich tragfähig umzusetzen. Folgerichtig hatte G. Jansen im Wahlkampf ebenso einfach wie wirkungsvoll ebenfalls von einem Jahr geredet, um Stimmen der WählerInnen umzulenken, während Engholm den Vorsichtigen mimte mit 8-10 Jahren. Der bis heute noch nicht erledigte Streit um fiktive Ausstiegszeiträume nach dem Motto: bis 1 Jahr glaubwürdig, darüber unglaubwürdig, hat die Bewegung ebenso aufgehalten wie der daraus resultierende Streit um die abstrakte Glaubwürdigkeit der SPD selber. Langsam wird aber deutlich, daß diese Diskussion unfruchtbar ist und politisch nicht viel bringt. Der springende Punkt ist der, daß die SPD den Ausstieg aus der Atomenergie nicht entlang der Sachnotwendigkeiten organisiert, sondern entlang ihrer eigenen parteitaktischen Erwägungen: Bereits jetzt zeichnet sich ab, daß 1989/90 von der Landesregierung keine Stillegungsverfügungen zu erwarten sind, sondern die Aufforderung kommt, bei der Bundestagswahl SPD zu wählen, damit sie in Bonn wieder an die Regierung kommt, das Atomgesetz ändern und dann ja viel leichter als gegen das jetzige Atomgesetz stillegen kann!
So wird zwar schärfer auf die Sicherheitsbedingungen in den AKWs geachtet, aber ausgestiegen wird (noch?) nicht. So gibt es zwar die eine oder andere Mark für's Energiesparen oder den Bau eines Blockheizkraftwerkes, aber an die Tarifstrukturen bei den Strompreisen geht die SPD nicht ran; ebensowenig wie an die aktive Nutzung der Konzessionsverträge für den Ausstieg.
Und genauso wird die politische Arbeitsteilung in der SPD weitergehen: Engholm macht den vorausschauenden, weitsichtigen Staatsmann, der nichts überstürzt (im Interesse des Ausstiegs selbstverständlich!), und Jansen rennt weiterhin wie weiland der Prophet durch die Lande und möchte gern schneller aussteigen...
In dieser Lage bringt es wenig, über abstrakte Glaubwürdigkeit zu diskutieren. Es bleibt trotzdem eine Glaubensfrage! Aber ebensowenig bringt es, wenn Reinhard Karsten das Problem in der letzten "Atom" (S. 27) aus Sicht der Bewegung hinformuliert auf die Frage: abwarten oder zuspitzen? Weder wartet irgendwer ab — auch die dort kritisierten Grünen und "infizierte" Teile der Bewegung nicht! — noch ist eine "Zuspitzung" in Sicht, die an den oben dargestellten Problemen irgend etwas grundlegend ändern würde. Worauf es vielmehr ankommt, ist, aus einer realitätstüchtigen Einschätzung der Gesamtlage kontinuierlichen, breit angelegten politischen Druck zu organisieren. Und dieser Druck kann nur entwickelt werden aus dem **Nachweis** der durch die SPD verpatzten Möglichkeiten, dem Ausstieg näherzukommen!

Schlußfolgerungen

Mensch kann für Schleswig-Holstein festhalten, daß in der Bevölkerung eine Mehrheit für den Ausstieg aus der Atomenergie vorhanden ist. Dies ist auch zu belegen durch ein vielerorts verbreitetes Interesse, z.B. Windanlagen oder Blockheizkraftwerke bauen zu wollen oder Einsparprogramme in den kommunalen Haushalten zu organisieren. Wenn es auch nicht gelingen wird, in Auseinandersetzung mit der SPD die große Glaubwürdigkeitskrise zu inszenieren, so gerät die SPD doch zunehmend unter Druck, weil der Widerspruch zwischen den groß rausposaunten Ansprüchen und dem praktischen Handeln zwangsläufig größer und schärfer wird: Ob es die zu geringen Haushaltsmittel für Einsparung und regenerative Energien sind, ob es das faktische Nichtstun in der Frage der Atomtransporte ist, ob es kurzatmige Aktionen in Sachen Stillegung sind oder die politisch brisante Aufforderung an die Brokdorf-BlockiererInnen, so etwas zukünftig einzustellen, weil die SPD ja aussteigen will! —
Genau diesen politischen Prozeß muß die Anti-AKW-Bewegung fördern, entwickeln und auch selbst mit ihren Kräften organisieren:
— In der Frage der Stillegung der Atommeiler und der politischen Vorbereitung dieses in seiner politischen Brisanz nicht zu unterschätzenden Vorgangs. Dagegen sind die aktuellen Debatten um juristische Wege des Ausstiegs vergleichsweise Kinkerlitzchen!
— In der Frage der Atomtransporte, wo es für eine ausstiegsbereite Landesreglerung auch ohne Rücksichnahme auf das formelle Bundesrecht eine ganze Reihe Handlungsmöglichkeiten gibt.
— In der Frage der Rekommunalisierung, wo wir noch weit entfernt sind von einer Dezentralisierungskampagne, die die AKWs der Sache nach strukturell überflüssig machen.
Dazu ist es aber erforderlich, daß sich die Anti-AKW-Bewegung selber auch landesweite demokratische Strukturen schafft. Dieses Bedürfnis war schon in der Vorbereitung des Arbeitsseminars unübersehbar und wurde auch während des Seminars des öfteren thematisiert. Die politische Schlagkraft und das Eindringen in die öffentliche Meinungsbildung würden dadurch auf jeden Fall gefördert werden.
Am 20. November sollen auf einer erneuten Landeskonferenz in Neumünster die Ergebnisse des Arbeitsseminars besprochen werden. Es bleibt zu hoffen, daß dann auch entsprechende Taten folgen:
Zeit für eine neue Offensive!



Auf

Wir sind zwei autonome Genossen, die sich im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne kennen und schätzen gelernt haben. Und wie wir so nach dem September an einem ruhigen Sonntagnachmittag bei Kaffee und Kuchen zusammen gesessen haben, um zu überlegen, wie wir unseren Schwung weitertragen können, da überfiel uns der mobilisierende Gedanke, es doch wieder einmal mit dem Symbol der Anti-AKW-Bewegung und außerparlamentarischen Linken Brokdorf zu versuchen. Und so kam es, daß wir völlig abgehoben von der grauen notwendigen Alltagsarbeit . der Anti-AKW-Initiativen in Schleswig-Holstein anfingen unsere Köpfe rauschen zu lassen, um nachfolgende Gedanken zu produzieren. Wir verstehen sie als einen Beitrag zur Diskussion der weiteren politischen Bestimmung der Arbeit der Anti-AKW-Bewegung und der außerparlamentarischen Linken nicht nur in Schleswig-Holstein. Wir wünschen uns von ihnen, daß sie vielleicht hier und da fruchtbare so-

nach Brokdorf, oder?!

gar erregte Diskussionen wecken können. Und das alles mit dem Ziel in absehbarer Zeit eine große machtvolle Bewegung gegen diesen Staat, die schleswigholsteinische SPD und das Atomprogramm am Beispiel des AKW Brokdorfs auf die Straßen, Plätzen und Weiden dieses so lieblichen Bundeslandes hinzubekommen.
Die nachfolgenden Gedanken sind also als Vorschläge zu begreifen, von denen wir hoffen, daß sie von bewegten Menschen aufgegriffen werden können und wenn nicht, so würde dies nur aufzeigen, wie weit sie am derzeitigen Stand der Anti-AKW-Bewegung und außerparlamentarischen Linken vorbeigehen. Sie würden dann genauso wieder verschwinden, wie sie plötzlich von irgendwoher aufgetaucht wären. Wir sehen es als eine der Hauptaufgaben der radikalen Linken hier in der BRD an, immer wieder effektive massenwirksame öffentliche Proteste und Widerstände mit emanzipatorischer Perspektive gegen die herrschenden Verhältnisse innherhalb eines der mächtigen imperialistischen Staaten dieser Erde zu organisieren. Dies setzt unter uns eine genaue Auseinandersetzung über die Formen und Inhalte unseres Selbstverständnisses und unserer Arten der Kommunikation voraus. Wir gehen dabei davon aus, daß es eine "objektive Wahrheit" oder "richtige Linie" innerhalb dieses zu organisierenden politischen Prozesses von Menschen aus verschiedenen oppositionellen politischen Spektren, Lebensmilieus, sozialen Herkünften nicht geben kann und nach unserer Vorstellung auch nicht geben soll. Wir meinen, daß es darauf ankommen muß, innerhalb des organisierenden Kommunikationsprozesses mit Hilfe von produktiven Auseinandersetzungen das eigenen Selbstverständnis und die Positionen der daran beteiligten Inidviduen schärfer herauszuarbeiten, um diese Grundlage von offen geführten Debatten um verschiedene verfolgte Strategien zu machen. Dies scheint uns ein Ausweg aus der Sackgasse zu sein, in moralisierenden Debatten dem Gegenüber ständig dessen andere Position zum Vorwurf machen. Ergebnis dieser schon vorher absehbaren Feststellung ist dann zumeist der Rückfall auf die eigene isolierte Position die sich unter erschwerten Bedingungen einen Zugang zu einer größeren Öffentlichkeit suchen muß, der unter Umständen einfacher mit Hilfe von Bündnispartnern zu erreichen ist. Worauf wollen wir mit diesen etwas abgehobenen Bemerkungen hinaus: Eine Kampagne gegen den Weiterbetrieb von Atomanlagen am Beispiel von Brokdorf erscheint uns dann als sinnvoll, wenn sich darin übergreifende Kommunikationsstrukturen zwischen vielen Menschen, d.h. den verschiedenen Aktivistinnen aus den unterschiedlichen Spektren der Bewegung abzeichnet. Bei den Beteiligten müßte ein Bewußtsein für die Notwendigkeit eines Bündnisses an einem gemeinsamen Punkt: Die Stillegung Brokdorfs sofort und für immer! herrschen. Da-

bei sollten die innerhalb des Bündnisses verfolgten verschiedenen Strategien und daraus resultierenden Widersprüche zueinander in den Formen und Inhalten der politischen Arbeit zur Grundlage einer konstruktiven Zusammenarbeit an diesem Punkt gemacht werden. Wir glauben nur so in der Frage des Weiterbetriebs von Brokdorf eine politische Front an diesem Punkt aufbauen zu können, die eine Chance besitzt zu einem innenpolitischen Faktor zu werden. Wir glauben, daß wenn sich ein derartiger Prozeß im Bewußtsein aller Beteiligten abzuzeichnen beginnt, dies unglaublich mobilisierend wirken wird. Es entstehen für uns alle Chancen die eigenen Inhalte und Vorstellungen in die von uns organisierte Öffentlichkeit einzubringen, die uns als Selbstverstärker Kraft und Orientierung für die weitere graue alltägliche politische Arbeit geben wird. In diesem Sinne stände eine politische Kampagne nicht gegen den aus unserer Sicht richtigen Anspruch, sich mit seinen Vorstellungen alltäglich in dem unmittelbaren Lebensumfeld einer Bürgerinitiative oder eines Stadtteiles zu verankern. Wir finden, daß es nicht genügen kann, unseren Haß und unsere Wut aber auch unseren Witz und unsere Phantasie gegen die herrschenden Verhältnisse ausschließlich in kleinen Gruppen zwar ständig zu reproduzieren, jedoch letztlich für sich zu behalten.

Eine Frage unserer politischen Arbeit muß unserer Meinung nach auch immer darin bestehen, zu diskutieren, wie wir unsere Vorstellungen massenwirksam werden lassen können: wie können wir Prozesse organisieren in denen wir uns und andere besser und genauer mitbekommen.
Eine Kampagne müßte für alle Beteiligten ein Lehrstück sein, d.h. es kommt für alle etwas für ihre politische Arbeit neues und nützliches raus, was am gemeinsamen Ziel: Der sofortigen Stillegung von Brokdorf dazu führt, Radikaltität, Ungehorsam und die Aufkündigung von Loyalitäten zu demonstrieren. Wir sehen es unter den derzeitigen Bedingungen in einer Kampagne gegen den laufenden Betrieb von Atomanlagen am Beispiel von Brokdorf eine reale Chance unsere Vorstellungen für ein befreites Leben in einer anderen Form von Gesellschaft wirksam werden zu lassen. Wir sehen es als möglich an, in dieser Kampagne eine Reihe von politischen Kräften — die allein nicht dazu in der Lage sind, den AKW-Betrieb nachhaltig anzugreifen — soziale und politische Widersprüche zu bündeln, um in der Konfrontation gegen die herrschenden Verhältnisse eine neue Perspektive für die eigene politische Alltagspraxis zu entwickeln.
Wir wollen diese Behauptungen begründen: Die außerparlamentarische Linke und die Anti-AKW-Bewegung ist derzeit mit dem Paradoxon konfrontiert, daß zwar über 2/3 der Bevölkerung den Betrieb von Atomanlagen ablehnen und sich irgendwie einen "Ausstieg" wünschen, sich jedoch praktisch in dieser Hinsicht nichts bewegt. Im Gegenteil: Noch nicht einmal drei Jahre nach Tschernobyl sind die Herrschenden an keiner Stelle bereit, diesen "Ausstieg" zu gewähren, stattdessen wird das bundesdeutsche Atomprogramm in den Händen von

RWE, Siemens und Deutsche Bank zentralisiert und effektiv "normal" weitergefahren. Nach den üblichen Herrschaftsmechanismen Repression für die Radikalen (die ganzen § 129 Gesetzesverschärfungen) und ein bißchen Integration (alle paar Monate darf von "Alternativ"-Gutachtern ein staatliche bezahltes Ausstiegsgutachten der gelangweilten Öffentlichkeit vorgestellt werden) für die noch nicht Radikalen setzen die Herrschenden im Umgang mit diesem gesellschaftspolitischen Widerspruch im wesentlichen auf die Entpolitisierung und Vergeßlichkeit der Menschen, die wenn wir nicht dazu in der Lage sind, dieser Situation mit neuen Perspektiven und Handlungsvorschlägen zu begegnen, in eine resignierte Hoffnungslosigkeit einmünden. An diesem Punkt ist es für viele Menschen dann nicht weit zu einer faktischen Legitimation der bestehenden Verhältnisse. Am Beispiel Brokdorf würde dies derzeit etwa so heißen: "Während ich hier mit meinen Freunden rumhänge und nichts auf die Reihe bekomme, tut die SPD und Jansen wenigstens noch irgendetwas!"
Aus zum Teil erfahrender Repression wird Ohnmacht dann Resignation, die schließlich schleichend in eine Legitimation der herrschenden Verhältnisse übergeht. Denn kein Mensch ist individuell — und das ist die hauptsächliche Praxis von vielen ehemals bewegten Menschen ohne den kollektiven Zusammenhang und Anspruch einer existierenden Bewegung — dazu in der Lage, einen radikalen gesellschaftskritischen Anspruch durchzuhalten. Der Widerspruch der eigenen Position (Stillegung der AKWs) mit der gesellschaftlichen Praxis (AKWs laufen einfach weiter) wird ohne Bewegung so groß, daß der individuell nicht anders auszuhalten ist, als durch Verschleierung (z.B. die Illusion, daß ein paar geschickte SPDler da schon irgendwas machen) oder

Negierung (z.B. andere Sachen sind, wie z.B. mein Alltag, irgendwie wichtiger). Derzeit sind wir mit dem Problem konfrontiert, daß das Atomprogramm gegen die Mehrheit der Bevölkerung in scheinbarer Ruhe und Stille durchgesetzt werden kann und wir nicht dazu in der Lage sind, mit unserer politischen Alltagspraxis diese Ablehnung entschlossen zum Ausdruck zu bringen. Wir vermuten, daß sich viele Menschen deshalb nicht entsprechend ihrer politischen Ablehnung zum Atomprogramm verhalten, weil derzeit an keinem Punkt eine politische Praxis mit Aussicht auf Erfolg sichtbar ist. Es liegt an uns, aus diesem Problem Konsequenzen zu ziehen. Eine Stillegungkampagne gegen Brokdorf müßte sich an den vielfältigen alltäglichen Brüchen und Widersprüchen innerhalb dieser Gesellschaft entwickeln. Genau das müßte zu ihrer Grundlage gemacht werden, weil genau diese Orientierung die Chance besitzt, an ganz alltägliche Erfahrungen der in der Bewegung tätigen oder von ihr berührten Individuen anzuknüpfen. Wir wollen es mal konkreter sagen: Wir fänden es richtig, wenn in einer derartigen Kampagne die Forderung nach einer Rekommunalisierung der Energieversorgung, Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz einen genauso großen Stellenwert hat wie die Forderung von Antifaschistinnen nach Zerschlagung aller neofaschistischen Banden und die Unlust einer Schülergruppe, die beschissene Schul- und Unterrichtssituation unter reaktionär- autoritären Lehrern weiter hinzunehmen.

Manche werden jetzt sicherlich irritiert fragen, was denn Energiepolitik mit einer beschissenen Situation an Schulen zu tun hat. Wir meinen eine ganze Menge! Jede Bewegung ist nur so stark wir jedes Individuum in ihr und seine Fähigkeit alltäglich erfahrene Widersprüche aus seinem Arbeitsbereich politisch in ein Aktionsbündnis zu transformieren und dort zu praktizieren Brokdorf ist doch nicht nur ein Beispiel für eine "verfehlte" Energiepolitik sondern auch Ausdruck für sonst in dieser Gesellschaft verschleierten Herrschaftsmechanismen, die von uns an diesem Punkt mehr als einmal mit angegriffen worden sind. Es geht in einer Kampagne darum, Zusammenhänge zu entwickeln und nicht darum, einen politischen Gemsichtwarenladen aufzumachen, wo jeder lobbyitisch genau das reinpackt was nur ihn — und sonst erstmal unmittelbar niemand anders — interessiert. Wir müssen wegkommen von der Vorstellung, durch diese letztlich bürgerlichen Sichtweisen unter einem dubiosen Minimalkonsens extrabreite Bewegungen zu summieren. Wir müssen die Indentität der in der Bewegung tätigen Menschen zur Grundlage unseres gemeinsamen Ausdrucks in der Öffentlichkeit machen. Nur wenn ganz viele Menschen aus ihrem Alltag heraus in einem Engagement gegen Brokdorf eine Chance sehen, werden sie sich eigenständig an der Bestimmung und Mobilisierung eines derartigen Projektes beteiligen.
Wir sehen derzeit eine Reihe von Brüchen und Diskussionsprozessen, von denen wir denken, daß sie sich in einer Stillegungskampagne zusammenführen ließen.

Nach wie vor wird jede laufende Atommaschine mit einem potentiellen ökologischen Horror identifiziert. Dieser Horror ist nach Tschernobyl mehr als offenkundig. Allerdings schätzen wir diesen Umstand für eine Mobilisierung gegen Brokdorf als widersprüchlich ein. Eine Mobilisierung orientiert allein auf diesen Punkt setzt sich sehr stark der Gefahr aus, kaum mehr als eine achselzuckende Resignation bei Menschen hervorzurufen. Gleichzeitig wird daran deutlich, daß es für einen Betrieb von Atomanlagen keine allgemeingültige für alle verbindliche Legitimation mehr geben kann. Die Entscheidung über den Betrieb fällt offenkundig nur noch noch den Gesichtspunkten Interesse und Macht, die bereit sind, dafür unsere Lebensgrundlagen auf's Spiel zu setzen. Der tägliche Betrieb von Atomanlagen ist damit nicht etwa "unrechtmäßig" sondern unverantwortlich und unmenschlich. Vor diesem Hintergrund ist der Verweis auf diffiziele Rechtslagen, die jahrzehntelange Ausstiegsprogramme rechtfertigen sollen, nicht etwa "realistisch" sondern fatalistisch, die angesichts des Bedrohungspotentials nur noch zynisch sind.
Zu diesem Widerspruch ist die SPD als parlamentarische Oppositionspartei gezwungen, sich zu verhalten. Unmittelbar nach Tschernobyl wurde von dieser Partei eine Atomausstiegskommission mit dem Ziel eingerichtet, ein Konzept zur schrittweisen Stillegung bundesdeutscher Atomanlagen zu erarbeiten. Doch außer dem dort erarbeiteten Bericht "Von der Empörung zur Reform" der Energiewirtschaft ist von Seiten der SPD kam etwas an praktischen Schritten gegen die Atomenergienutzung unternommen worden. Im Gegenteil: In Hessen hat sie wegen der Hanauer Atombetriebe die rot-grüne Koalition platzen lassen, in NRW wurde ein Volksbegehren zur Stillegung von AKWs mit formaljuristischen Vorwänden weggebügelt und in Hamburg ließ man sich den verbal proklamierten HEW Atomausstieg nur zu gern von der FDP in den Koalitionsverhandlungen wegverhandeln. Mit Ausnahme von Kalkar — der zum Teil in die bundespolitische Kompetenz fällt — bewegt sich von Seiten der SPD in Sachen Ausstieg derzeit nichts mehr. So nimmt es dann auch nicht wunder, wenn ein vor kurzem veröffentlichter Bericht zu schweren Sicherheitsmängeln in NRW-Atomanlagen noch nicht einmal von der dortigen SPD Landesregierung zum Anlaß genommen wird, den Schrott- und Uralt-Siedewasserreaktor Würgassen vom Netz zu nehmen. Niemand scheint sich mehr über diesen schreienden Widerspruch aufzuregen. Während die Sozialdemokraten dort wo sie Eingriffsmöglichkeiten besitzen das Atomprogramm in aller Ruhe fördern und weiterbetreiben, können sie sich auf der anderen Seite in der Gesellschaft programmatisch als realistische Ausstiegspartei präsentieren. Dieses Paradoxon ist darauf zurückzuführen, daß eine radikale parteiunabhängige Masseninitiative fehlt, die diesen Widerspruch aufgreifen und mit einer eigenen Vorstellung und Praxis konfrontieren könnte. Vor diesem Hintergrund verkommt jede berechtigte Kritik an dem Verhalten der SPD in dieser Frage zu einer ziellosen Nörgelei ewig Unzufriedener, die nicht in der Lage sind, für ihre Vorstellungen zu mobilisieren. Demgegenüber scheint uns derzeit in SH von Seiten der SPD in der Atomfrage eine Situation gegeben zu sein, von der wir uns eher vorstellen können, in den von uns beschriebenen Widerspruch eingreifen zu können.
Wenn auch der Atomausstieg nach der Barschel-Badewannenwahl nicht das zentrale Thema des Wahlkampfes gewesen ist, wo wurde die Wahl auch von der SPD mit dem Versprechen gewonnen, in absehbarer Zeit auszusteigen. Engholm hat das ja auch noch einmal in seiner Regierungserkärung ausgedrückt in der Bemerkung, daß er für seine Regierung auch ein Mandat für eine andere Energiepolitik in Anspruch nehme.

Die SPD verfügt in SH derzeit in der Frage des Atomausstiegs in technischer und politischer Hinsicht über Bedingungen, die gemessen an ihren eigenen Maßstäben nicht mehr besser werden können: Mehrere Gutachten, darunter auch der atomfreundliche TÜV haben den beiden Siedewasserreaktoren Brunsbüttel und Krümmel schwere Sicherheitsmängel bescheinigt; für SH existiert ein von der SPD selbst in Auftrag gegebenes "Ausstiegsgutachten" des Freiburger Öko-Institutes, welches ein "realistisches" und "ökonomisch durchgerechnetes" d.h. "finanzierbares" Ausstiegskonzept für dieses Bundesland darstellt; und darüber hinaus verfügt die SPD über eine bequeme parlamentarische Mehrheit im Parlament und so sie will über eine gesellschaftliche Mehrheit in dieser Frage. Aber wie denn so bisher der Zufall (?) oder die Strategie (?) will, kommt der versprochene Atomausstieg auch in SH nicht in die Füße: Stattdessen hören wir von seiten der derzeit Verantwortlichen aus der SPD sehr viel von immensen "Schwierigkeiten und Problemen" mit den Betreibern, mit den Kapitalgruppen und mit dem Bund. Wir hören, daß die juristische Situation so einfach leider nicht sei und daß man es von daher mit dem Ausstieg besonders geschickt anstellen müsse. Und so kommt es dann zum Jansen-Töpfer-Konflikt, der eine ganze Menge für die Presse hergibt und bei der der geschickte Jansen den Atomminister Töpfer mal wieder so richtig bloßstellt (siehe auch die Berichterstattungen der TAZ) aber daß Brokdorf deswegen länger vom Netz geht, hat noch nicht einmal Jansen geglaubt.
Wir wollen nicht den Unterhaltungswert einer derartigen Form von Politik bestreiten, der Haken daran ist nur, daß wir dabei als staunende Zuschauer am Rand stehen und dies nicht unserem Selbstverständnis als autonome politisch handelnde Subjekte entspricht. Die Frage von uns aus müßte doch nicht die sein: Wie wird besonders geschickt auf einer juristischen Klaviatur eine Atomausstiegsmelodie gespielt, sondern die, wo wir wie mit welchen Argumenten und eigenen Vorstellungen in die von oben organisierte Politik eingreifen können. Es bleibt doch nach wie vor unsere Aufgabe in der Frage der Stillegung des Atomprogramms alles zu tun aus einem Führungskonflikt zwischen konkurrierenden Eliten

aus Sozialdemokratie und der CDU wieder einen Herrschaftskonflikt zwischen uns da unten gegen die da oben, d.h. die herrschende Klasse, die ein manifestes Interesse an der derzeit herrschenden Verhältnissen hat, zu machen.
In diesem Zusammenhang begriffen wir den von der SPD in SH proklamierten Rechtsweg in der Frage des Atomausstiegs als politische Linie gegen den von der Anti-AKW-Bewegung aufgerissenen Herrschaftskonflikt. Mit dem Rechtsweg soll die Legitimität des Widerstands gebrochen werden. Mit dieser Orientierung nimmt die SPD die politische Luft aus der Bewegung, um das Problem einer institutionellen Lösung zuzuführen. Dagegen ist mit einer immanenten Kritik überhaupt nicht anzukommen weil der Rechtsweg als Vermittlungsdistanz die Spannung aus dem Konflikt der Interessen nimmt und so gleichzeitig einer "friedlichen Lösung" mit einer neuen Legitimation die Bahn bereitet. Der gesellschaftspolitische Konflikt um die Nutzung von AKWs wird mit Hilfe des Rechts entpolitisiert, d.h. unser subjektives Widerstandsrecht (Atombetrieb ist unmenschlich) soll verobjektiviert werden (AKW-Betrieb ist "unrechtmäßig"). Das führt letztendlich zu einer typischen sozialdemokratischen Vermittlungspolitik des "Interessenausgleichs" zwischen den "Konfliktpartnern" AKW-Bewegung und Atombetreibern. Die politische Wirkung in diesem Prozeß erzielen einfach Jansen und die SPD damit, daß sie durch das kurzfristige Abschalten Brokdorfs den Atomkraftgegnerinnen signalisieren, daß sie es ernst meinen und auf der anderen Seite wird den Betreibern bedeutet, daß man sich mit dem Wiederanschalten verantwortlich an das Recht hält. Durch diese Konstruktion lassen sich von Seiten der SPD immer neue widersprüchliche politische Figuren und Konstellationen aufbauen, die zu nichts anderem dienen, als uns, d.h. den Atomkraftgegnern die Köpfe zu waschen. Sich auf diese Linie einzulassen, wird für uns in einer Sackgasse enden, denn: "Das Recht in seiner majestätischen Gleichheit verbietet sowohl Atomkraftgegnern als auch Atomkraftbetreibern das Absägen von AKW-Hochspannungsmasten".

Gegen diese von der SPD propagierte Rechtslinie müssen wir unsere Interessenslinie setzen, die allein nur den materiellen Kern des Atomprogramms treffen kann. Atomanlagen werden nicht deshalb betrieben, weil sie legal sind, sondern weil damit die verschiedenartigsten Interessen verfolgt werden, die zum Teil mit Hilfe des Rechts verschleiert werden sollen. Die schleswigholsteinische Landes-SPD hat sich aufgrund dieses politischen Widerspruchs zwischen verschiedenen Interessen (d.h. nicht zwischen verschiedenen "Rechtsauffassungen" über den Betrieb der Anlagen!) gezwungen gesehen, diesen propagandistisch in ihre Programmatik aufzunehmen. Dabei sehen wir von Seiten der SH-Regierungs-SPD mittlerweile den Widerspruch mit dem Versprechen umgehen zu müssen, den Betrieb der Anlagen zu beenden und dies jedoch nicht zu können oder zu wollen. Allerdings ist die Geschäftsgrundlage dieses Widerspruchs eine begründete Hoffnung, Erwartung und Forderung von vielen Menschen, daß mit dem Betrieb der Anlagen so schnell wie möglich Schluß sein soll. Existiert dieses gesellschaftliche Situation nicht mehr, so wird der von uns noch gesehene Widerspruch für die SPD zur Makulatur, denn warum sollte sie ein Versprechen einlösen, was zum einen nicht ganz unproblematisch ist, zum Teil ihren Interessen widerspricht und was ohnehin niemand mehr in der Birne hat? Wir fänden es ungeheuer spannend, in diesen Widerspruch mit Hilfe einer eigenständigen Massenmobilisierung umzugehen. Dabei stellt sich die Frage nach den von uns vertretenen Inhalten und Orientierungen, denn ohne eine klare politische Bestimmung wird sich im Rahmen einer politischen Kampagne keine Kraft von vielen Menschen entfalten.

Brokdorf-Demo 1981: „Container Jo" (Leinen)

In den beiden Ausgaben der ATOM vom Sommer und Oktober '88 setzen sich zwei mehrseitige Beiträge mit der schleswigholsteinischen SPD-Atomausstiegspolitik auseinander. Tenor dieser Beiträge ist die Kritik an die Adresse der SPD, daß sie vorhandene politische und juristische Spielräume gegen den Betrieb der Atomanlagen deshalb nicht ausnutzt weil sie "auf Zeit spielt" und im Prinzip überhaupt kein Interesse am verbal proklamierten Ausstieg besitze. Wir würden mal die Intention dieser beiden Beiträge mit der Formel: "Wer hat uns verraten — Sozialdemokraten!" zusammenfassen.
Wir halten zwar diese Annahme im Prinzip nicht für falsch, haben jedoch in diesem konkreten Fall eine Reihe von Problemen mit dieser Argumentationslinie, die wir mal als "Entlarvungsstrategie" bezeichnen würden. Was nützt eine im Prinzip richtige Einsicht in politische Zusammenhänge, wenn sie nicht zum Focus einer mobilisierenden Bewegung wird? Abgesehen einmal davon, daß viele politische Aktivistinnen aus unseren Reihen ohnehin schon lange nicht mehr von den Sozialdemokraten verraten werden können, weil sie seit Jahren ohnehin eine anderen Form von Politik und auch andere politische Inhalte verfolgen, ist die These vom SPD-Verrat in Sachen Atomausstieg derzeit in SH noch nicht objektivierbar. Das bedeutet, daß in diesem Bundesland derzeit keine gesellschaftspolitische Situation existiert, in der die SPD-Manöver in Sachen Ausstieg mit einer eigenständigen massenhaften Praxis von vielen Menschen in diesem Bereich konfrontiert werden könnten. Vor diesem Hintergrund verkommt eine im Prinzip richtige Einsicht zu einer sektiererischen Glaubensfrage, bei der immer die **hinterher** recht behalten, die's **vorher** auch schon gewußt haben. Dabei müßte es doch eher darum gehen, die Ghettoisierung der eigenen Einsichten und Überzeugungen mit Hilfe von Mobilisierungen aufzubrechen, um auf die von uns erkannten Zusammenhänge einzuwirken. Recht behalten allein genügt also nicht, der Organisierung von Auseinandersetzungen und Kämpfen ist notwendig. Darüber hinaus arbeitet sich diese Entlarvungsstrategie an einem dafür überaus schlecht ausgesuchten Counterpart ab: Wir glauben, daß man auch durch noch soviele Argumentierereien die Person Jansen wird nicht als einen Atombefürworter wird entlarven können! Wir fürchten, daß in diesem Fall kaum mehr herauskommen wird, als daß es sich bei ihm um einen ganz netten Atomkraftgegner wie viele andere auch handelt, der wirklich alles in seiner (institutionellen) Macht stehende versucht, die Scheißdinger so schnell wie möglich abzuschalten, jedoch auch nicht so kann, wie er gerne möchte (von wegen des Rechts, des Bundes, Töpfers und so). Eine an dieser Per-

son orientierte Entlarvungsstrategie wird unserer Meinung nach ins Nichts führen und noch nicht einmal die gegen Brokdorf gewünschte Mobilisierung in Gang bringen. Dies ist auch unsere wesentlichste Kritik an dieser von Teilen der außerparlamentarischen Linken verfolgten Politik: Wir halten sie unter den derzeitigen Bedingungen für nicht mobilisierungsträchtig, weil sie zu stark personen- und institutionenfixiert ist, anstatt das Schwergewicht der Argumentation auf die eigenen Vorstellungen, d.h. die eigene Legitimation von Widerstand zu legen. Genau darin sehen wir in unserer Praxis als Linksradikale und Anti-AKW-Aktivisten eine große Herausforderung, von der wir meinen, daß wir sie uns mit guten Chancen stellen können.

Natürlich wissen wir, daß der Versuch einer argumentativen Begründung einer Kampagne gegen eine von SPD-Atomkraftgegnern in SH verantworteten AKW-Betrieb ungleich schwerer zu führen ist als gegen eine Bundesregierung, unter Helmut Schmidt oder eine reaktionäre CDU-Landesregierung. Bisher übliche Argumentationsmuster müssen neu bedacht werden. Dafür schlagen wir vor, uns vorerst nicht an der Person Jansen oder der derzeitigen SPD-Regierunspolitik abzuarbeiten, sondern die Verhältnisse, in denen Atomanlagen betrieben werden können, zu thematisieren. Dieses Verhältnis — von denen Jansen und AKWs ohnehin nur einen Teil ausmachen — bestehen unter anderem darin, daß offenbar auch Bevölkerungsmehrheiten die Herrschenden nicht zu einer Stillegung von AKWs veranlassen. Daran wird deutlich, daß demokratisch noch nicht einmal formal legitimierte Instanzen — wie z.B. das Parlament — über den Kurs der Energiepolitik nach Maßstäben entscheiden können, die von der Bevölkerung weder kontrolliert noch bestimmt werden können. Genau diesen im wahrsten Sinne des Wortes "undemokratischen Sachverhalt" begreifen wir als ein Beispiel für unsere gesellschaftliche Realität unter spätkapitalistischen Produktionsbedingungen, verschleiert hinter der Fassade einer bürgerlich parlamentarischen Demokratie, die wir mit unserer politischen Arbeit thematisieren und angreifen wollen.
Am Beispiel von Brokdorf gelangen wir zu der Einschätzung, daß unabhängig von der Rolle der SPD auch noch andere politische und ökonomische Instanzen ganz wesentlich den Betrieb von Brokdorf mitbestimmen. Wenn auch mit dem Verlust der Regierungsmacht der CDU in SH die politische Artikulation von Kapitalsinteressen in diesem Bundesland nachhaltig geschwächt worden ist, so kommen diese nach wie vor in Äußerungen von Vertretern der Industrie- und Handelskammer, Siemens/KWU und den Energieversorgungsunternehmen zur Geltung. In dem Jansen-Töpfer-Konflikt haben sie sich öffentlich mit Drohungen an die Landesregierung gegen einen wie auch immer gearteten Atomausstieg gestellt (Wen wunderts, sie verdienen ja auch auf unsere Kosten daran!). Demgegenüber halten wir daran fest, daß sich die derzeitige SPD-Politik in dieser Frage verbal im Widerspruch zu den Kapitalinteressen zu befinden scheint. Wir lassen an diesem Punkt bewußt offen, ob die SPD tatsächlich dazu in der Lage ist, wenigstens punktuell gegen Kapitalinteressen zu agieren oder nur eine geschickte Politik zur Verschleierung derselben betreibt. Wir gehen deshalb nicht näher auf diese Frage ein, weil uns ihre Beantwortung absolut nicht mobilisierungsträchtig erscheint. Wichtig scheint uns an der oben gegebenen Einschätzung nur die Schlußfolgerung zu sein, daß selbst wenn die SPD aussteigen wollte, sie dies nicht ohne massiven Widerstand von Kapitalinteressen tun kann und die dafür benötigte Kraft nur von unten kommen kann. Die Frage aufbauend auf dieser Einschätzung an uns lautet nun: Mit welchen Inhalten organisieren wir mit vielen unterschiedlichen Menschen eine politische Front gegen den alltäglichen Betrieb von Brokdorf? Wir schlagen dazu vor, in absehbarer Zeit ein Kampagne unter dem Motto: **"Die Atomstillegungspläne der schleswig-holsteinischen SPD-Landesregierung gegen die herrschende Klasse beschleunigen und durchsetzen!"** zu organisieren. Selbstverständlich ist dieses Motto für eine breite Kampagne gegen den AKW-Betrieb von uns aus, als Menschen die sich der autonomen Linken zugehörig fühlen, ein Trick, da wir nicht unbedingt an den Willen der SPD zum Atomausstieg glauben. Aber darauf kommt es auch den zuvor dargelegten Gründen überhaupt nicht an. Uns geht es um eine möglichst breite selbstbestimmte Mobilisierung auf den Straßen, Plätzen, Weiden und atomaren Infrastruktureinrichtungen dieses Bundeslandes gegen das Atomprogramm und seine dahinter steckenden Interessen. Es geht um eine nicht institutionelle Mobilisierung in SH und vielleicht auch bundesweit, die sich aus sich selbst heraus legitimiert anstatt sich über die Rolle der SPD zu zerstreiten. Als Voraussetzung für diese Bewegung sehen wir es derzeit als ausreichend an, ein Bewußtsein dafür zu schaffen, daß ohne unser praktisches und politisches Eingreifen unabhängig von dem Willen und taktischen Winkelzügen der SPD nichts in Richtung Ausstieg passieren wird. Für dieses Ziel scheint es uns legitim zu sein, ein Motto zu wählen, das aus dem Mobilisierungsproblem Jansen/SPD einfach einen Schuh macht. Natürlich haben wir nichts dagegen einzuwenden, wenn Jansen Brokdorf stillegt, allein er wird ohne unser selbstbestimmtes Eingreifen gar nicht dazu in der Lage sein. Auf was sollen wir also länger warten? Es hat uns noch nie geschadet, unsere Geschicke in die eigene Hand zu nehmen.
Unser gewähltes Motto soll dem Zweck dienen, eine breite Mobilisierungsgrundlage bis in die Reihen von Teilen der Sozialdemokratie gegen Brokdorf zu schaffen. Dabei nehmen wir an, daß wir durch die Betonung dieser äußeren Gemeinsamkeit (AKW-Stopp) die inhaltlichen Widersprüche zu Jansen, SPD und der von ihnen betriebenen Politik werden zuspitzen können. Denn implizit steckt in dem Motto für die regierende SPD eine enorme Herausforderung, oder von uns aus betrachtet: Mit Hilfe der unter einem derartigen Motto durchgeführten Mobilisierung setzen wir nicht nur der SPD die Pistole auf die Brust auf welcher Seite sie denn nun steht, sondern wir greifen den Betrieb von Brokdorf politisch und unter Umständen sogar materiell an, wenn scheinbar von oben die Zeichen auf eine resignative Ruhe gestellt sind. Daraus ergeben sich dann ganz andere gesellschaftspolitische Kontroversen und Kampfbedingungen, als die derzeitig geführten Debatten um geschickte "Rechtsauffassungen" zum AKW-Betrieb, die ohnehin kaum noch ein Mensch versteht. Schaffen wir einen politischen Raum, in dem es wieder legitim wird, den AKW-Betrieb öffentlich und materiell anzugreifen. Darüber müßte doch sogar ein Atomkraftgegner Jansen froh sein, oder etwa nicht...
Konkret stellen wir uns die Kampagne so vor, daß bis zum Frühjahr/Sommer '89 eine Mobilisierung von möglichst vielen interessierten Menschen aus unterschiedlichen Spektren laufen soll, die quer zu den politischen Institutionen liegt und versucht, die realen und sozialen Brüche mit aufzunehmen. Diese Kampagne könnte vorläufig in einer gemeinsamen landesweiten Aktionswoche enden, die über alle zu thematisierenden Widersprüchlichkeiten innerhalb der Bewegung ein Ausdruck der gemeinsamen Artikulation aller AKW-Gegnerinnen in einem räumlichen und zeitlichen Zusammenhang ist. Unter dem Aktionsmotto: Vieles ist möglich, alles ist nötig, Brokdorf gegen die Interessen der herrschenden Klasse stillzulegen", können/sollen Brokdorf-Blockaden, Sprühaktionen, Mahnwachen, Infostände, Mastbesetzungen und -besägungen, Veranstaltungen, Transparente, Autokonvois, Kundgebungen vor der Deutschen Bank, Siemens, HEW, dem Sozialministerium usw. laufen. Als Abschluß schlagen wir eine gemeinsame Großdemonstration unmittelbar am Betriebgelände des AKW Brokdorf mit mindestens 10.000 Menschen und ohne Parteiredner vor. Um ein solches Großunternehmen zu gewährleisten, schlagen wir analog zur IWF/WB-Tagung die Organisierung einer oder mehrerer Anti-AKW-Kampagnen-Zeitungen vor, die über die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Kampagne, die Kontroversen innerhalb der Bewegung, die Aktionen usw. berichtet. Soweit unsere Vorschläge zur Diskussion, die sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluß sind. Insbesondere die noch in SH verbliebenen Anti-AKW-Strukturen sind gefordert, zu prüfen ob sie sich in der Lage sehen, das Signal für die von uns gewünschte Mobilisierung zu geben.
Für die sofortige und endgültige Stillegung der herrschenden Klasse, subito, nach wie vor jetzt und sofort. Für eine machtvolle Kampagne gegen den grauen Alltag gegen die Resignation, gegen die Vereinzelung, Ruhe und Ordnung, gegen alle Illusionen und für unsere realen Utopien. Brokdorf muß weg und alle die das verhindern wollen auch. Hau weg den Scheiß. Für ein freies und selbstbestimmtes Leben gegen die Hochleistungsgesellschaft und alle ihre schlauen trickreichen Manager. Mit stumpfen Jansens und scharfer Eisensäge gegen das Atomprogramm. Kommt alle aber pünktlich. Wer noch laufen kann, soll jetzt kommen, es eilt. Wir sind nicht allein und brauchen jeden. *Max und Moritz*

Verdacht bestätigt: Atommüll aus deutschen Atomkraftwerken illegal einfach weggeworfen

Vor einem halben Jahr schickte ich einigen ausgewählten Redaktionen eine Darstellung über die eigentliche Ursache und die kriminellen Hintergründe des Hanauer Atomskandals, die ich von Anfang an nicht in der Proliferation vermutete. Obwohl die Darstellungen oder Prognosen, die ich als Abgeordneter oder Energiespezialist der GAL verbreitet habe, sich nur sehr selten als falsch erwiesen, konnte ich in diesem Fall von keiner Seite eine Reaktion verzeichnen, wahrscheinlich wegen der Ungeheuerlichkeit der Vorwürfe. Am 15.6.88 teilte ich meine Vermutungen dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages und der Hanauer Staatsanwaltschaft mit. Ersterer — einschließlich mein Parteifreund Otto Schily — zeigte sich desinteressiert. Die Staatsanwaltschaft aber führte offenbar Ermittlungen in der Richtung mit dem jetzt bekanntgewordenen Ergebnis, daß sich mein Verdacht bestätigt.

Es handelt sich dabei nicht um eine Bagatelle, sondern um das illegale „Wegwerfen" des radioaktiven Mülls aus deutschen Atomkraftwerken. Und es gibt nicht die geringste Veranlassung anzunehmen, daß dies nur in Belgien geschehen sei. Auch auf deutschen Müllhalden und in deutschen Verbrennungsanlagen wird der strahlende Müll „entsorgt" worden sein. Sein Verbleib muß unbedingt recherchiert werden. Oder ist es ohne öffentliches Interesse, wo der Atommüll schließlich gelandet ist, nachdem die ordentliche Konditionierung zwar bezahlt, aber nicht durchgeführt wurde?

In der Anlage finden Sie meinen Brief an die Staatsanwaltschaft vom 15.6.88. In ihm ist das gesamte Verfahren, das sich jetzt bestätigt, erläutert. Im Interesse der Bevölkerung lege ich Ihnen dies ungeheuerliche Verfahren noch einmal vor.

An die Staatsanwaltschaft Hanau
und den
Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Deutschen Budestages zum Atommüllskandal

Betrifft: Hanauer Atommüllskandal

Der Untersuchungsausschuß des Bundestages sucht noch immer nach plausiblen Gründen für die hohen Schmiergeldzahlungen, die von der TRANSNUKLEAR geleistet wurden. Statt nur auf die Möglichkeit zu starren, hier könnte Waffenmaterial lukrativ verschoben worden sein, wäre es sicherlich hilfreich, auch eine ganz andere, ebenfalls sehr lukrative Einnahmequelle in Betracht zu ziehen, die Schmiergelder in der nachgewiesenen Größenordnung ganz einfach erklärt: Illegale Sondermüll-Beseitigung.

Schwachradioktiver Müll, der über den Grenzwerten für erlaubtes Abkippen auf Hausmülldeponien liegt (Die Bandbreite ist da sehr groß!), muß von den Betreibern aufwendig entsorgt werden. Z.B. in Mol/Belgien wird solcher Müll in geschlossenen Öfen verbrannt, das Rauchgas gefiltert, Filter- und Ascherückstände werden mit Beton vermischt und in Fässer verpackt. Durch dieses Verfahren wird die Radioaktivität zwar nicht vermindert, sehr wohl aber das Abfallvolumen reduziert. Dieses Verfahren ist teuer, was einen hohen kriminellen Gewinn möglich macht, wenn es einfach umgangen wird. Statt hochkomplizierter internationaler Verwicklungen böte sich ein ganz einfacher Tathergang an:

Der schwachradioaktive Müll wird im AKW zwar ordentlich abgeholt, erreicht sein Ziel aber nie. Er wird unterwegs einfach umgeladen und in einer beliebigen Müllverbrennungsanlage angelie-

fert. Nach Mol gelangen nur leere oder mit Ballast gefüllte Fässer. Für die Entsorgung, die keine ist, wird kassiert. Damit aber auch konditionierte Fässer zurückkommen an den Absender, schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: In Mol wird konditionierter Müll verladen, der keinesfalls aus deutschen AKW's kommt, den man sonst aber nicht recht unterbringen kann, z.B. Rückstände mit Transuranen. Die werden einfach falsch etikettiert und in deutschen AKW's statt des eigenen konditionierten Mülls angenommen und gelagert. Solch ein Verfahren kann im Prinzip gar nicht verhindert werden, wenn nicht zufällig jemand über eigenartige Strahlenmeßwerte stolpert, und dagegen wird geschmiert.

Daß ein derartiger Entsorgungsweg möglich wäre, ist schon schlimm genug. Etliche bekanntgewordene Indizien legen jedoch den Verdacht nahe, daß dieser Weg auch wirklich beschritten wurde:

1. Die TRANSNUKLEAR übernahm für die Entsorgung den vollen Service, ist also zuständig vom Abholen der Fässer im AKW bis zur Wiederanlieferung der konditionierten Fässer dortselbst. **Es fanden keine Kontrollen statt, die das oben beschriebene Verfahren verhindern müßten.**
2. Der Inhalt der rücklaufenden Fässer ist unklar. Einige in Jülich untersuchten Fässer enthielten reinen Beton ohne die zur erwartenden Müllrückstände, dafür aber in der Mitte einen Spezialbehälter mit Plutoniumanteilen. Das kann unmöglich „aus Versehen" geschehen sein, sondern weist eindeutig darauf hin, daß der angelieferte Müll „verschwunden" ist, dafür aber anderer Müll „zurückentsorgt" wurde.
3. Obwohl vertraglich und genehmigungsmäßig klar ist, daß nur der Müll in ein AKW zurückgeliefert werden darf, der auch von dort stammt, ist dies keineswegs der Fall. Es herrscht eine abenteuerliches Durcheinander bezüglich der Fässer, deren Inhalt und deren Lagerungsort. Die TRANSNUKLEAR kann oder will nicht mehr nachweisen, wo der ihr anvertraute Müll wirklich geblieben ist. Möglicherweise ist dies eigentlich unnötige Durcheinander mit dem Ziel organisiert worden, das „Verschwinden" des Mülls zu verschleiern.
4. Wenn eine Mülunterschlagung, wie oben beschrieben, stattgefunden hat, müssen die wichtigsten Mitwisser und Mithelfer in Belgien sitzen. Genau dorthin ist aber auch der überwiegende Teil der Schmiergelder geflossen (etwa drei Viertel von dem, was heute bekannt ist), und zwar an unbekannte Empfänger.
5. In den deutschen Kraftwerken wurden ausgerechnet die Sicherheitsbeauftragten geschmiert. Das ist plausibel, wenn diese Angestellten gebeten wurden, bei von der Norm abweichenden Meßergebnissen aus den **rücklaufenden** Fässern ein Auge zuzudrücken, wahrscheinlich unter dem Tenor „unter uns Technikern ist es doch klar, daß der Ofen in Mol den Müll nicht so genau trennen kann, wie unsere Verträge vorschreiben". Die Sicherheitsbeauftragten waren wohl kaum die eigentlichen Mitwisser, eher die, die zuerst geschmiert und dann geleimt wurden.
6. Den Technikern, die ständig mit Radioaktivität umgehen, dürfte die aufwendige Entsorgung des schwachradioaktiven Mülls auch übertrieben und unnötig vorgekommen sein, so daß ihre sachlichen Skrupel gering waren. Zudem dürfte, anders als bei millionenfach bis milliardenfach höher belastetem Müll, die Radioaktivität in den Rückständen einer Hausmüll-Verbrennungsanlage nicht mehr nachweisbar sein, wenn nicht sofort begleitend gemessen wird. Damit dürfte auch die Angst vor Entdeckung klein gewesen sein. Auf der anderen Seite war das Geschäft sehr lukrativ.
7. Diese Art der Müll„entsorgung" ist unter Giftmülltransporteuren nicht etwa neu oder einmalig. Es hat einschlägige Skandale bis hin zu gefälschten Stempeln der DDR-Deponie Schönberg gegeben in der Branche. Auf dem nichtnuklearen Feld gibt es also Vorbilder.
8. Und schließlich: Es gibt bis heute keine andere ebenso plausible Erklärung dafür, welches der Hintergrund eines Geschäftes sein könnte, daß so groß und so bedeutsam ist, um 20 Millionen DM als Randerscheinung auftreten zu lassen und mehrere Selbsttötungen zu erklären. Die Behauptung, daß die 20 Millionen zur Auftragsbeschaffung ausgegeben wurden, in einem Markt, der sowieso so gut wie beherrscht wurde, ist lächerlich. Außerdem erklärt das in keiner Weise den Verbleib der Gelder in Belgien.

Ich bitte Sie, in dieser Richtung zu ermitteln. Für die Öffentlichkeit dürfte das von großer Bedeutung sein. Die Frage ist keineswegs nur „Was ist in den aus Mol zurückkommenden Fässern enthalten?", sondern vor allem auch „Was ist in ihnen nicht enthalten?". Wo genau ist die Radioaktivität nachweisbar geblieben, die von TRANSNUKLEAR in den Atomkraftwerken abgeholt wurde?

Mit freundlichem Gruß
Klaus Gärtner

Resolution der Herbstkonferenz

am 13. 11. in Wittlich

Die gemeinsame Herbstkonferenz der Landeskonferenz der rheinland-pfälzischen Anti-AKW-Gruppen, der internationalen Aktionsgemeinschaft gegen das AKW Cattenom und des regionalen Anti-Atom-Forums Trier sieht in der aktuellen Situation bzgl. der regionalen Atomanlagen die Chance, deren endgültige Stillegung durchzusetzen. Das AKW Mülheim-Kärlich steht z.Z. aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts still. Erstmalig wurde hierbei höchstrichterlich festgestellt, wie RWE und Landesregierung in gegenseitiger Absprache, unter Umgehung von Öffentlichkeitsbeteiligung und ohne Standortprüfung das AKW errichten ließen und dabei allen Interessen der Bevölkerung Hohn sprachen.
Obwohl immer wieder von der Atomenergie als Übergangsenergie geredet wird — insbesondere nach der Katastrophe von Tschernobyl —, obwohl die jetzige Situation nach einer sofortigen Stillegung des Reaktors Mülheim-Kärlich drängt, versuchen die politisch Verantwortlichen schon jetzt mit allen Mitteln den Reaktor wieder ans Netz zu geben. So wurde bereits einen Monat nach der Urteilsverkündung weitreichende Revisionsarbeiten genehmigt, die dem Weiterbetrieb dienen und Klagen dagegen in bekannter Manier vom Oberverwaltungsgericht zurückgewiesen. Allein schon die Lagerung von hochradioaktivem Material (z.B. Brennelemente) an einem ungeprüften Standort ist ein Skandal.
Wir, die in der Herbstkonferenz zusammengeschlossenen Menschen, die seit Jahren in zahlreichen Bürgerinitiativen, Verbänden und Organisationen gegen die Nutzung der Atomtechnologie gearbeitet haben, werden diesen Bestrebungen unsere Kräfte entgegensetzen. Durch unseren beharrlichen, entschiedenen und breiten Widerstand werden wir den politischen Preis für eine Wiederinbetriebnahme derart in die Höhe treiben, daß als einzige Lösung die endgültige Stillegung des AKW Mülheim-Kärlich übrig bleibt. Alle Organisationen und Verbände, die nicht direkt der Atomlobby verpflichtet sind, werden aufgefordert, ihre Beschlüsse in Bezug auf das AKW Mülheim-Kärlich in die Tat umzusetzen. Neue Erörterungstermine und Anhörungsverfahren sind für die Stillegung nicht erforderlich. Die sofortige Stillegung des AKW Mülheim-Kärlich wird ein wichtiger Schritt im Kampf für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen sein.
Alles andere als die sofortige Stillegung der Urananlage bei Ellweiler wäre ein politischer Skandal! Der offenkundige Filz zwischen Landesregierung und Betreiberfirma ermöglichte Urangeschäft mit dem Rassistenregime in Südafrika, unterstützt militärische Atomanlagen in Frankreich und England und setzt die in der Umgebung lebende Bevölkerung in schier unvorstellbarem Maße radioaktiver Verstrahlung aus. Betreiber und Volksvertreter setzen sich dabei in selbstherrlicher Weise über Sicherheitsvorschriften und Gesetze hinweg. Die Verdächtigung militärischer Motive bei der Verschiebung falsch deklarierter Fässer mit hochaktivem Material konnte auch für Ellweiler nicht widerlegt werden. Die in der Herbstkonferenz zusammengeschlossenen Initiativen, Parteien und Verbände werden durch gezielte gemeinsame Aktionen ihrer Forderung nach Schließung der Urananlage bei Ellweiler Nachdruck verleihen.
Die Zusammenarbeit der internationalen Atommafia kennt keine Grenzen. Obwohl der europäische Gerichtshof die Vorgehensweise der Betreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für das AKW Cattenom als rechtswidrig erklärte, setzte sich die Betreiberin EdF mit einem Lächeln über diesen Beschluß hinweg. In ihrer klaren Sprache drückte sie aus, daß ihr Kapitalinteressen wichtiger sind als Menschen. Nicht zuletzt durch die Unterstützung der Atomachse Bonn-Paris, u.a. durch die deutsch-französische Brigade und gemeinsame zivil-militärische Atomanlagen (z.B. den Schnellen Brüter in Malville), fördern bundesdeutsche Politiker und Energiekonzerne entgegen allen gegenteiligen Beteuerungen die französische Atompolitik. Auch gegen Bestrebungen nach bundesdeutschen Atomwaffen wendet sich die HK entschieden. Es kommt hinzu, daß auch bundesdeutsche Energiekonzerne an französischen Atomanlagen beteiligt sind (Badenwerke mit 5 % an Cattenom) und entsprechend Atomstrom aus Frankreich importieren. Nach Einrichtung des europäischen Binnenmarktes wird mit einer Zunahme von Atomstromimporten zu rechnen sein. Dieser Entwicklung werden AKW-GegnerInnen durch Zusammenarbeit mit luxemburgischen und französischen AtomgegnerInnen entgegenarbeiten.
Unser Widerstand wird auf verschiedenen Ebenen geschehen. Nur die Einheit aller GegnerInnen der Atomtechnologie unabhängig von der Form des Protestes kann uns diesem Ziel näherbringen. Wir werden allen Erscheinungsformen des Atomstaates entgegentreten — seien es Zensur und Verbote von Zeitungen, Aufrufen oder Veranstaltungen, sei es die Überwachung und Ausforschung von AKW-GegnerInnen, sei es die Schaffung neuer Gesetze und polizeiliche Aufrüstung, mit deren Hilfe unliebsame Gesinnung kriminalisiert wird.

Dies schließt unsere Solidarität mit allen von staatlicher Repression Betroffenen ein. Wir wissen, daß die verschiedenen Formen des Protestes und Widerstandes der Atomlobby den Garaus machen können. Deshalb werden den gemeinsam getragenen Aktionen vor Ort oder regional auch andere Aktionen zur Seite stehen.

Die Herbstkonferenz fordert:

— Für das AKW Mülheim-Kärlich darf es kein Genehmigungsverfahren geben, der Reaktor ist endgültig stillzulegen und zu versiegeln!
— Sofortige Stillegung der Urananlage Ellweiler, Beschränkung der Lagererlaubnis der Landessammelstelle auf medizinische Abfälle.
— Stillegung der Blöcke I und II in Cattenom, keine Inbetriebnahme der Blöcke III und IV!
— Absage an alle Bestrebungen einer bundesdeutsch-franszösischen Atomkooperation! Kündigung aller Verträge, die einer Mitverfügungsgewalt über Atomwaffentechnologie dienen!
— Keine Atomstromimporte/-exporte!
— Keine Kriminalisierung von AKW-GegnerInnen!
— DIE SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN!!!

Die Resolution wurde von 33 Gruppen unterzeichnet.

Foto: Anselm Graupner. IWF Berlin

Transportbereitstellungshalle

Seit einiger Zeit steht neben dem THTR in Uentrop eine große Halle, eine sogenannte TBH. Der Bau ist fertig; die Baugenehmigung wurde erteilt, obwohl noch gar nicht feststand, daß eine Betriebsgenehmigung erfolgen würde. Es sollen in der Halle aus dem THTR Absorber- und Moderatorkugeln, sowie schwach- und mittelradiokativer Müll lagern. Dazu muß eine Genehmigung nach der Strahlenschutzverordnung vorliegen. Die Fertigstellung des Gebäudes vor der Prüfung und Entscheidung nach der Strahlenschutzverordnung (StrSchVO) stellt die Behörden vor vollendete Tatsachen.

Häufig wird gefragt, warum die TBH (nur) nach der StrSchVO und nicht nach dem Atomgesetz geprüft und genehmigt wird. Das Atomgesetz regelt den „Umgang" mit besonderen spaltbaren Stoffen; das sind Kernbrennstoffe wie Plutonium, Uran und deren Isotope. Diese kommen nur in Brennelementen oder Bomben vor. Der „Umgang" bedeutet Bearbeitung, Verarbeitung, Spaltung und (Wieder-)aufbereitung. Die StrSchVO regelt den Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen und die Atommüllbeseitigung (gibt es die?). Was da so an Atommüll anfällt, sind zum Beispiel: Verdampfer- und Filterkonzentrate aus der Abwasser- und Kondensatreinigung, formbeständige Reststoffe, verpresste Abfälle wie Textilien und veraschte Feststoffe. Dieser ganze Müll soll in der TBH gelagert werden bis zum

— Abtransport an ein Endlager
— Transport in eine Einrichtung zur Konditionierung (Einbetonieren, Pressen, Trocknen usw.)

Als Endlager ist Schacht Konrad angegeben, sogar Zulassungen soll es schon für das Endlager geben. Als Konditionierungsanlage steht die Produkt-Kontroll-Stelle in Jülich, eine Außenstelle der PTB (Physikalisch-Technische Bundesanstalt) zur Verfügung. Es wird in den Unterlagen also so getan, als könnte in Schacht Konrad schon endgelagert werden, als hätte die VEW schon Platzkarten. Dabei ist das ganze Konzept überaus umstritten, nicht ausgereift und es ist fraglich, ob die Endlagerung überhaupt lösbar ist. Da die VEW dies auch weiß, steht in den Unterlagen nichts darüber, wielange der Müll in der TBH lagern soll. Wenn keine Endlagerung im Schacht Konrad oder sonstwo möglich wird, wird das radioaktive Material auf Dauer in der Halle lagern müssen. Der Bau würde zu einem oberirdischen Notendlager — und wenn es voll ist, käme die nächste TBH dazu. Im Antrag wird beteuert, es würden keine Brennelemente in der Halle gelagert. Nach den Erfahrungen mit aus Atommüllskandalen um Nukem/Alkem (mit Verstrickung der VEW) müssen wir sehr skeptisch sein, was die Kontrolle und das Verantwortungsbewußtsein der am Atommüll Beteiligten angeht.

Ursprünglich sollte das kraftwerksinterne Lager für alle Abfälle ausreichen, bis eine Endlagerung zur Verfügung steht.

Was ist geschehen, daß nunmher eine Auslagerung so dringlich wird?

— Der vorgesehene Lagerraum wird für den vielen Kugelbruch benötigt.
— Die VEW steckt bis zum Hals im Atommüll, weil eine Entsorgung noch in den Sternen steht.
— Der Atommüllstau könnte die Landesregierung dazu bewegen, die Betriebsgenehmigung zu entziehen.

Inzwischen wurden fast 900 Unterschriten gegen die TBH gesammelt. Der Regierungspräsident (RP) Grünschläger betonte gegenüber den Einwänden, daß auch nach Ablauf der Frist Einwendungen angenommen würden.

Noch kein Urteil sei darüber gefällt worden, so Grünschläger, ob die Entscheidung bei einer nächsthöheren Instanz liege. *»Die Juristen sind allerdings der Meinung, daß das Regierungspräsidium zuständig ist«*, teilte der RP mit. Dies sieht auch die Strahlenschutzverordnung vor, nach deren Vorschriften das Genehmigungsverfahren abgewickelt wird. Die TBH-Gegner möchten jedoch höher hinaus. Als Silberstreif am Horizont zeichnete sich für sie ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zu Wackersdorf ab, das in einem ähnlichen Fall die Genehmigung nach dem Atomgesetz vorschreibt. Dies würde bedeuten, daß das gesamte Verfahren neu abgewickelt und die Öffentlichkeit beteiligt werden müßte. Bis jetzt lag die Anhörung im Ermessen des RP.

Mit Spannung wird deshalb die Entwicklung der nächsten Wochen erwartet. Doch auch bei einem für sie negativen Ausgang will sich die Initiative nicht geschlagen geben und alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Sollte das Urteil zugunsten der TBH ausgehen, werden die Gegner demnächst statt Unterschriften das Geld für die Gerichtskosten sammeln müssen.

Bisher konnte der Ausbau der UAA Gronau verhindert werden. Jetzt sieht es so aus, daß bis spätestens zum Jahresende der Ausbau genehmigt sein wird. Der Widerstand gegen die UAA wird auf jeden Fall weitergehen, wenn auch noch nicht so ganz klar ist, wie.

Auf jeden Fall soll am 2. Samstag nach der Erteilung der Ausbaugenehmigung eine Demo stattfinden. Für uns wäre es wichtig, wenn möglichst viele Leute/Gruppen den Demoaufruf unterstützen würden, und auch an der Demo **teilnehmen** würden. Nach den schwach besuchten Sonntagsspaziergängen der letzten Monate kommen wir uns doch ganz schön verlassen vor.

Bitte meldet Euch umgehend, wenn Ihr den Aufruf unterstützt. Wir hoffen, durch eine große Unterstützer/Innenliste viele für die Demo motivieren zu können. Überlegt Euch auch, wie Ihr sonst vielleicht helfen könnt; meldet Euch mal und/oder laßt Euch bei dem Treffen der deutsch-niederländischen Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland sehen.

Äußerst wichtig sind für uns auch Spenden: AKU Gronau, c/o G. Leuders, Postgiroamt Dortmund, BLZ: 44010046, Konto: 31712-469

Wer den genauen Termin rechtzeitig erfahren will, sollte sich bei uns für die Telefonkette melden (02562/24837).

Sobald der genaue Demotermin feststeht, soll der Aufruf aktualisiert verbreitet werden (mit Unterstützerinnenliste). Inhaltliche Änderungen soll es aber nicht mehr geben.

Schwarzes Brett

Archiv in Münster
Das Umweltzentrum Münster weist auf sein umfangreiches Archiv in Sachen Atomenergie hin. Es hat dazu einen „Archivschlüssel" herausgegeben, der thematisch geordnet ist. Neben Anti-AKW (inter)national finden sich darin auch die Themen sonstiger Umweltschmutz, Anti-Militarismus, Kriminalisierung, Frauen-Widerstand, Gesundheit, Verkehr, Startbahn-West etc.
Anzufordern über Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 44 Münster, Tel. 0251/521112.

★★★

Informationen der AGÖF
Die AG Ökologischer Forschungsinstitute bringt jeweils zur Monatsmitte ein Heft mit Radioaktivitätsmeßwerten des Vormonats heraus (Lebensmittel, Babynahrung). Außerdem gibt es dort zu besonderen Themen (z.B. Meßsysteme, Strahlenschutzgesetz etc.) besondere Dokumentationen.
Nähere Informationen: AGÖF Radioaktivität, Prof. Dr. Klaus Bätjer, Horner Str. 28, 2800 Bremen 1, Neue Tel.-Nr. 0421/76868

★★★

Energie- und Umweltzentrum Deister
Das Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V. hat sein neues Seminarprogrammheft für 1989 fertiggestellt. Neu sind u.a. Seminare zur Regenwassernutzung, zur Trinkwasserproblematik und zum Thema Wasserkraft. Programmheft anfordern beim Umweltzentrum, 3257 Springe-Eldagsen, Am Elmschenbruch, Tel. 05044/1880

★★★

Durchsichtige Pornoshops
Irgendwelche UnbekanntInnen haben die Neueröffnung eines Pornoshops in Göttingen zumindest verzögert, „indem wir die Glasfront richtig durchsichtig gemacht haben und die Innenräume nach unserem eigenen Geschmack mit Farbe beschmiert haben. Wir grüßen die Frauen und Männer, die in den letzten Wochen in Berlin, Hannover und anderswo gegen Sexshops und Pornokinos mit ähnlichen Aktionen erfolgreich waren." (aus einer Presserklärung)

Zu Fuß aus der Atomrepublik
Das ist der Titel eines Buches, in dessen Mittelpunkt der „Kreuzweg für die Schöpfung" (von Wackersdorf nach Gorleben) steht. Außerdem beschreibt der Band den Film „Spaltprozesse", den prozeß gegen Robert Jungk in Hanau und brutale Polizeieinsätze am WAA-Bauzaun. Preis 26,–, Autor Hans-Jürgen Haug, mehr weiß ich nicht, weil sich Günther das Rezensionsexemplar unter den Nagel gerissen hat.

★★★

Bücher gegen Staatsgewalt
Rolf Gössner hat eines verfaßt, über die Instrumente der „Inneren Sicherheit" und Möglichkeiten der Gegenwehr. Konkret-Literatur-Verlag, 28 DM.
Enno Brand, atom-Redakteur, hat auch eines verfaßt, über die besagten Instrumente, den § 129a, den Polizeiapparat, die Geschichte der politischen Unterdrückung seit 1973 und über den Atomstaat in der Oberpfalz. 28 DM, Verlag Die Werkstatt.

★★★

Energieträger Wasserstoff
Wasserstoff gilt als „Energieträger der Zukunft". Die Bremer und Bonner Grünen haben dazu eine informative Broschüre verfaßt, die sich insbesondere mit einem Modellprojekt in Bremen beschäftigt.
76 Seiten, DM 6,– plus 1,– Porto, erhältlich bei den Grünen in Bonn (Colmantstr. 36) und Bremen (Rembertistr. 93).

★★★

Doku 10 Jahre Gorleben
Dokuentation 10 Jahre Gorleben (15 DM) und Wendland-Rückspiegel, Pressedokumentation aus Zeitungsausschnitten im Abo 14,50 DM, bei
Summa Summarum, Laase 16, 3139 Langendorf, Tel. 05882/297

★★★

Neue Adresse in Detmold
Die neue Kontaktadresse lautet: DIGA (Detmolder Initiative gegen Atomanlagen), c/o Jens Starck, Richthofenstr. 43, Detmold, Tel. 05231/31027

Künstler bauen Mutanten
Als Mahnmale gegen Atomanlagen will die Künstlergruppe „Das Teil" überlebensgroße Mutanten vor Atomanlagen aufbauen. Begonnen wurde damit in Mülheim-Kärlich.
Kontakt über: Neuwieder Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, c/o M. Beinhauer, Industrieweg 2, 5450 Neuwied 11

★★★

Bewegte und tönende Bilder
Die Lübecker Initiative gegen Atomanlagen hat einen Dokumentarfilm namens „Fässer ohne Boden" herausgegeben. Der Video behandelt die Entwicklung des Widerstandes gegen die Atomtransporte in Lübeck.
75 Min., Leihgebühr 40 DM, über: LIGA, Auf der Wallhalbinsel 27, 2400 Lübeck, oder: Info-laden, Fleischhauerstr. 32, 2400 Lübeck

Im Umweltzentrum Verlag Bielefeld erschienen im Herbst 88 die Tonbild-Reihen „Strahlende Erkenntnisse" (Infos über die Entstehung und Wirkung von Strahlung) und „Strahlende Geschäfte" (politische/gesellschaftliche Hintergründe). Kostenpunkt: 226,– DM einzeln, 410,– im Set.
Umweltzentrum-Verlag, August-Bebel-Str. 16-18, 4800 Bielefeld 1.

★★★

Frauenkalender „Tag für Tag"
Seit nunmehr 10 Jahren bringen Frauen der autonomen Frauenbewegung den Kalender „Tag für Tag" heraus.
Am letzten Januarwochenende eines jeden Jahren treffen sich die „alten" mit den bunt zusammengewürfelten „neuen" Kalenderfrauen, um das Projekt an dieser weiterzugeben. Jeder Jahr muß sich eine neue Gruppe von Frauen zusammenraufen, eine Druckerei suchen, Themen zusammenstellen, den Adreßteil überprüfen, ein Cover entwerfen und das Lay-out gestalten. Viel Arbeit, viel Spaß, und alles ohne Geld. Die Überschüsse des Kalenders werden an autonome Frauenprojekte weitergegeben.
Den Kalender gibt's für 9,50 DM im eher linken Buchhandel. Kontakt: Tag für Tag, Neumarkt 7-9, 4130 Moers 1.

Ein garstiger und verbotener Text:

„...Nach der Kundgebung bildeten die ca. 30.000 Teilnehmer einen Demonstrationszug in Richtung Bauzaun. Dieser Protestzug war weder durch ein Verbot des Verwaltungsgerichtshofs noch durch Diffamierungskampagnen des Staates aufzuhalten (Demonstrationsfreiheit ist anscheinend im Franz-Josefs-Land ein unbekanntes Grundrecht). ... Die Medien, die nach Tschernobyl fast geschlossen Ivan den Schrecklichen verurteilt und kritisiert haben, stärken bei Wackersdorf Franz Josef dem Christlichen und seinem Polizeistaat den Rücken..."

Nebenstehenden Text österreichischer WAA-GegnerInnen hat die Nürnberger Anti-AKW-Zeitung radi-aktiv nachgedruckt und ist dabei – mal wieder – mit der bayerischen Justiz über Kreuz geraten. Der Abdruck sollte 2.400 Strafe kosten wegen „Verunglimpfung des Staates" (§ 90a).
In der Widerspruchsverhandlung am 17. November erreichten die radi-Leute eine deutliche Abmilderung: 900 DM wegen Verstoßes gegen das bayerische Pressegesetz. Interessant in dem Prozeß war, daß der Richter alle Beweisanträge bezüglich Prügeleinsätze der Polizei überflüssig fand: Er unterstellte Berichte über die Brutalo-Truppen als wahr.

Zukunftsinvestition & Exportschlager:

HTR-Modul

Der Siemenskonzern und andere Kraftwerksbauer zogen in den letzten Jahren keine Aufträge mehr für den Bau neuer AKWs an Land. Die Dividenden der Aktionäre stiegen zwar, da die fertiggestellten AKWs in Brokdorf und Mühlheim-Kärlich bezahlt wurden und die Siemens/KWU den Auftrag für den Bau der WAA in Wackersdorf einheimste, langfristig aber schien das Atomprogramm keine neuen Profite zu versprechen. In dieser Situation haben Siemens/Interatom und Asea Brown Boveri (ABB) parallel einen neuen Reaktortyp, den HTR-Modul bzw. Hochtemperaturreaktor (HTR) 100 konzipiert; beides graphitmoderierte Hochtemperaturreaktoren mit 100 MW elektrischer Leistung und 200 MW thermischer Leistung.

Modul bedeutet in diesem Zusammenhang, daß mehrere solcher Reaktorblöcke zusammengeschaltet werden können, um kombiniert Strom, Prozeßwärme zur industriellen Produktion und Fernwärme zu erzeugen. Die Anbieter propagierten die Idee vom Baukastenreaktor - klein, sicher, modular kombinierbar. Schlagworte für potentielle Kunden, wie kommunale Energieversorgungsunternehmen und Industriebetriebe, sind Wartungsfreundlichkeit, kurze Bauzeit und vor allem ein einfaches Genehmigungsverfahren. Die Kosten sollen sich auf 900 Mio DM belaufen, wobei von einer sicherheitstechnisch abgespeckten Version ausgegangen wird. Ein Containment - eine zusätzliche Sicherheitshülle aus Stahl oder Beton - wird es nicht geben. Begründung: Im Gegensatz zu anderen AKW-Typen kann es einen Unfall durch Kernschmelze beim HTR nicht geben, da die Brennelementekugeln wegen der Graphitmoderation nicht schmelzen können. Motto der Betreiber: Wenn Innen nichts kaputt geht, kann auch nichts nach außen dringen (Erläuterungen zu Problemen der Technik vgl. atom Nr. 22).

Genehmigungsverfahren

In Nordrhein-Westfalen und Bayern laufen seit einiger Zeit Planungen zum Bau von Modul-Reaktoren. So haben die Isar-Amper-Werke für Marienberg bei Rosenheim eine Sicherheitsstudie und andere Antragsunterlagen zum Bau eines »Mini-HTR« in Auftrag gegeben. Da aber nun in Niedersachsen Anfang 1989 ein standortunabhängiges Genehmigungsverfahren dazu in Vorbereitung ist, haben die Isar-Amper-Werke und andere EVUs in allen anderen Bundesländern diese Verfahren zurückgestellt, um abzuwarten, was sich in Niedersachsen entwickeln wird.

Die Atomlobby steht vor dem Problem, wie sie heutzutage eine neue Reaktorlinie (HTR-Modul) gegen den Widerstand der Bevölkerung durchsetzen kann. Auseinandersetzungen im laufe von Genehmigungsverfahren haben immer wieder den Bau von Atomanlagen verzögert, manchmal sogar verhindert. Diese »Öffentlichkeitsbeteiligung« wollen Siemens/Interatom und die nieders. Landesregierung soweit es geht vermeiden. Gemeinsam wählten sie deshalb eine neue Form eines Genehmigungsverfahrens: den sicherheitstechnischen Vorbescheid nach §§ 7a und 7b Atomgesetz (Atg) ohne Nennung eines Standorts für den Bau eines HTR-Modulreaktors (siehe Kasten).

Widerstandskampagne gegen den HTR-Modul und das standordunabhängige Genehmigungsverfahren

In der Zeit der achtwöchigen Auslegungsfrist, mit der Anfang 1989 in Hannover zu rechnen ist, sollen möglichst viele Einwendungen gegen den HTR gesammelt werden, sowohl Einzel- als auch Sammeleinwendungen. Die politische Bedeutung der Einwendungen besteht bei diesem Verfahren im wesentlichen darin, einerseits auszudrücken, daß sich die Öffentlichkeit nicht ausschließen läßt, und andererseits eine Form des Protests gegen den Bau weiterer AKWs darstellt.

[redacted]

Es kommt noch schlimmer. Ein juristisches Gutachten des Bundestages (am 17.10.88 von einem Regierungsdirektor Dr. D. Kolbe erstellt) kommt zu dem Schluß, daß bei dem Konzeptprüfungsverfahren überhaupt kein Spielraum für Einsprüche gegen die Sicherheit des HTR-Moduls vorhanden ist. Ein Klagerecht für BürgerInnen, Gemeinden und Kreis scheint fraglich, denn, so heißt es im Gutachten,*»solange der Standort eines Atomkraftwerkes noch nicht feststeht, kann nämlich niemand geltend machen durch die behördliche Entscheidung in seinen Rechten beeinträchtigt zu sein.«*Mögliches Fazit: Ohne Standort keine Betroffenheit (Hier besteht ein Widerspruch zur üblichen Praxis in atomrechtlichen Genehmigungsverfahren, denn dazu können bundesweit - ja sogar international - Einwendungen erhoben werden, egal ob in deutsch oder chinesisch). Allerdings räumt der Gutachter eine gewisse Verfassungswidrigkeit ein. Weiter im Text:*»Überwiegend wird jedoch die Zulässigkeit eines derartigen Verfahrens bejaht.«*Wenn es dann soweit ist, daß ein HTR in irgendeine Stadt oder einen Industriebetrieb gebaut werden soll, können alle (auch diejenigen, die gegen den Vorbescheid keine Einwände geltend gemacht hatten) selbstverständlich Einwende gegen den spezifischen Standort des AKWs erheben - vorausgesetzt sie wohnen nicht weiter als 15 km vom Standort entfernt, denn dort endet nach Ansicht der Betreiber die nachbarschaftsrechtliche Betroffenheit.

Sicherheitsrelevante Probleme des HTR-Moduls sollen dann nicht mehr in der Öffentlichkeitsbeteiligung unterzogen werden (siehe §7b AtG). Damit wird es wieder einmal deutlicht: Ein in der Verfassung garantiertes Recht wird außer Kraft gesetzt, um einenm Großkonzern die Profite zu sichern. (Es bleibt dabei: die Bundesregierung als geschäftsführender Ausschuß der Kapitalisten d.S.) Falls die Strategie der ATombetreiber - den Ausschluß der lästigen Öffentlichkeit - sich bewahrheitet, wird Willkür eine Tür aufgestoßen.

Es sollen aber nicht nur Unterschriften gesammelt werden. Parallel dazu sind verschiedene Aktionen in Hannover geplant worden, wie sie auf der Herbstkonferenz am 5. / 6. November in Nürnberg verabschiedet worden sind.

1.Aktionstage

Es können zwei Aktionstage in Hannover stattfinden, und zwar am ersten Freitag und ersten Samstag nach Beginn der Auslegungsfrist Anfang 1989. Freitags organisieren hannoversche Gruppen Aktionen, die aus Hannover und Umgebung getragen werden können. Für Leute, die schon freitags nach Hannover kommen wollen, stehen Schlafplätze nach Anmeldung zur Verfügung. Auf den Samstag hin soll bundesweit mobilisiert werden. Aktionsvorschlag: ab 11.30 kurze Kundgebung an einem zentralen Ort in der hannoverschen Innenstadt, danach »Trommeln gegen HTR« (diese Idee ist in der AG gegen HTR besonders gut angekommen). Es wird dazu aufgerufen, Rhytmusinstrumente aller Art mitzubringen, Gruppen aus Hannover und Umgebung bieten den Basisryhytmus (es soll ja hinreißend klingen). Es entsteht ein gemeinsames Protestkonzert - dann teilt sich die Menge in vier Gruppen, die unter musikalischer Begleitung die Hauptstraßen entlangziehen, um flächendecken Flugblätter zu verteilen, dann Rückkehr zum Kundgebungsplatz, evt. Aktion »Bau und Abriß des ersten HTR-Moduls der BRD«, Ende der Kundgebung. Das ganze soll den Charakter eines Happenings haben. Ende: gegen 15.00 UHr.

2.Fünfte Woche der Auslegungsfrist:

In Hannover wird vorbereitet, daß möglichst viele Leute von auswärts (als Gruppen bestimmter Bundesländer) nach Hannover kommen können. Anmeldung erbeten. Schlafplätze vorhanden. Es wird ein oder zwei Anlaufstellen geben und Informationen über den bisherigen Verlauf des Verfahrens und Aktionsmöglichkeiten.

[redacted]

§7a Atomgesetz. Vorbescheid.
Auf Antrag kann zu einzelnen Fragen, von denen die Erteilung der Genehmigung einer Anlage nach §7 abhängt, insbesondere zur Wahl des Standorts einer Anlage, ein Vorbescheid erlassen werden. Der Vorbescheid wird unwirksam, wenn der Antragsteller nicht innerhalb von zwei Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit die Genehmigung beantragt; die Frist kann verlängert werden.
Für die einzelnen Fragen, die in ihrer Summe das Konzept des HTR-Modul ausmachen, soll ein Vorbescheid erteilt werden. Es wird geprüft, ob für einen Plan, der erst nur auf dem Papier existiert, eine Genehmigung erteilt werden kann. Diese Prüfung umfaßt u.a. den technischen Aufbau des Reaktors, die Zulässigkeit von Emissionen im Normalbetrieb, das Ausreichen der Kühlkapazität bei Notfällen, die Auslegung für die Erdbebenzone I.
§7b Atomgesetz. Einwendungen Dritter bei Teilgenehmigung und Vorbescheid.
Soweit in einer Teilgenehmigung oder in einem Vorbescheid über einen Antrag nach §7 oder §7a entschieden worden und diese Entscheidung unanfechtbar geworden ist, können in einem weiteren Verfahren zur Genehmigung der Anlage Einwendungen Dritter nicht mehr auf Grund von Tatsachen erhoben werden, die schon vorgebracht waren oder von dem Dritten nach den ausgelegten Unterlagen oder dem ausgelegten Bescheid hätten vorgebracht werden können.
Mit §7b ist das umschrieben, was mit einem juristischen Begriff »Präklusion« genannt wird. Das bedeutet: ist der Vorbescheid für den HTR-Modul rechtskräftig geworden, hat niemand mehr ein Recht auf Einwendungen oder Klage gegen die bereits genehmigten Punkte. Im folgenden Verfahren für den Bau und Betrieb eines HTR-Modul nach §7a AtG, das am Standort erforderlich ist, werden dann nur noch Punkte behandelt, die durch die Standortwohl bedingt sind, z.B. die Tragfähigkeit des Baugrundes.
Mit dem Vorbescheid werden nicht nur die Rechtsansprüche von Privatpersonen ausgeschlossen, sondern auch die von juristischen Personen wie Betrieben, Kommunen, Kreisen, Kommunalverbänden und anderen Organisationen, die sonst im Planungsrecht berücksichtigt werden.
Atomrecht ist Bundesrecht, es wird von den Ländern in Auftragsverwaltung durchgeführt. Der Vorbescheid für den HTR-Modul wird deshalb für das ganze Bundesgebiet gültig. Soll in einem anderen Bundesland ein HTR-Modul gebaut werden, werden die Menschen dort ebenfalls auf die ausschließende Wirkung des abgeschlossenen Genehmigungsverfahrens verwiesen werden.
Der Vorbescheid wird rechtsgültig durch die »Öffentlichkeitsbeteiligung« im Genehmigungsverfahren. In einer achtwöchigen Auslegungsfrist müssen die Antragsunterlagen öffentlich ausgelegt werden. Während der Auslegungsfrist können Einwendungen gegen die geplante Atomanlage erhoben werden. Nur wer Einwendungen erhoben hat, ist bereichtigt zur Teilnahme am darauffolgenden Erörterungstermin und hat schließlich das Recht auf Klage gegen den Vorbescheid. Ist aber kein Standort bekannt, dann kann niemand wissen, ob er durch den Bau eines HTR-Moduls in seinen Rechten betroffen sein wird.

3. Übergabe und Demo am Ende der Frist

Am Mittwoch vor Ende der Frist (Freitag) findet die Übergabe der Einwendungslisten statt. Am Samstag nach Ende der Frist findet eine bundesweite Großaktion in Hannover statt (Demo oder Menschenkette zwischen »Umweltministerium« und Siemens oder beides). Ziel: Wirkung der Einwendungen unterstützen. Abbruch des Verfahrens, Motto: »Wenn nötig, sehen wir uns beim Erörterungstermin wieder.«

Zusätzlich ist dazu aufgerufen, möglichst viele Veranstaltungen und Anfragen an Städte und Gemeinden und Aktionen dazu zu veranstalten, damit zum HTR-Modul und seiner Genehmigungspraxis eine breite Öffentlichkeit zustande kommt. Infomaterial ist bei der BIU Hannover zu bekommen, z.B. ein Muster eines Ratsantrages, z.B. Flugblatt mit praktischen Tips zur Teilnahme an den Einwendungen. Außerdem gibt es in Kürze ein Plakat.

Kontaktadressen:
AG »Stoppt den HTR-Modul«, c/o BI Umweltschutz (BIU), Stephanusstr. 25, 3000 Hannover 91, Tel. 0511/445212
HTR-AG der Atommüllkonferenz, c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57,4400 Münster, Tel. 0251/521112

aus: HAZ v. 11.11.88

HTR-Hersteller lenken ein

Proteste hatten Erfolg: Genehmigung nach Bürgerbeteiligung

vdB. **Hannover**

Die Proteste vieler Umweltschutzorganisationen und Atomkraftgegner gegen das standortunabhängige Genehmigungsverfahren für den in der Bundesrepublik entwickelten kleinen Hochtemperaturreaktor (HTR-Modul) haben Wirkung gezeigt. Die Projektgemeinschaft aus der Siemens AG und der Interatom GmbH, die am 29. April bei der Landesregierung in Hannover die sogenannte Konzeptprüfung für den neuen Reaktortyp beantragt, aber keinen Standort genannt habe, hat sich an das niedersächsische Umweltministerium gewandt. Die Unternehmen teilen mit, daß sie gegen eine erneute Konzeptprüfung bei einem standortbezogenen Genehmigungsverfahren keine Bedenken haben. Auch gegen eine dann evtl. erforderliche werdende Änderung des Genehmigungsbescheides werden keine Einwände erhoben. Im übrigen erklären sich die HTR-Hersteller, der nach der standortunabhängigen Konzeptprüfung ergehen wird, nur für Niedersachsen gilt.

Atomkraftgegner hatten das jetzt laufende Genehmigungsverfahren mit dem Hinweis kritisiert, durch den Verzicht auf die Benennung eines Standortes werde die Beteiligung der Öffentlichkeit eingeschränkt.

Mit dem Brief an Umweltminister Werner Remmers stellen die HTR-Firmen nunmehr klar, daß ihnen nicht an einer Verringerung der Mitwirkungsrechte gelegen ist. Sie erklären, wenn ein Standort für den Bau eines HTR-Modul benannt werde, müsse die Öffentlichkeit erneut am Genehmigungsverfahren beteiligt werden.

[redacted]

Zum Stand der politischen Arbeit gegen den HTR-Modul

Am 11. November 1988 erschien in der HAZ ein Artikel mit der Überschrift: HTR-Hersteller lenken ein, Proteste hatten Erfolg; Genehmigung nach Bürgerbeteiligung.

Dieser Artikel zeigt: Die Arbeit der Bürgerinitiativen gegen den HTR-Modul und gegen das neuartige Genehmigungsverfahren erweist sich bereits als sehr wirkungsvoll bei der Behinderung der Pläne von Siemens und der niedersächsischen Landesregierung.

Nacheinander haben der Niedersächsische Umweltminister Remmers, der Bundesumweltminister Töpfer und nun auch die Antragstellerin Siemens sich gezwungen gesehen, auf unsere Kritik am Genehmigungsverfahren nach § 7a Atomgesetz, dem sogenannten standortunabhängigen Vorbescheid, zu reagieren. Das bedeutet: sie sehen ihre ursprüngliche Absicht, das Genehmigungsverfahren und die damit verbundene Bürgerbeteiligung in aller Stille durchzuführen, um damit rein formal die Rechtsgültigkeit für den Vorbescheid nach § 7a AtG zu erlangen, durch unsere Agitation bereits durchkreuzt. Remmers und Töpfer genauso wie Siemens versuchen nun den Anschein zu erwecken, sie wollten unserer Kritik entgegenkommen. Sie versichern einer nach dem anderen, auch in einem nachfolgenden Genehmigungsverfahren müsse die Öffentlichkeit erneut am Genehmigungsverfahren beteiligt werden, und damit sei ein wesentlicher Kritikpunkt von Umweltschutzorganisationen und Atomkraftgegner an der Einführung des HTR-Modul aus dem Wege geräumt.

Die Ag gegen HTR wertet diese Spachmanöver als ein Versuch, unsere Kritik und unseren Widerstand zu unterlaufen.

Alle, Remmers, Töpfer und Siemens, vergessen absichtlich bei dem Hinweis auf die formal wiederholte Bürgerbeteiligung den § 7b AtG zu erwähnen. Dadurch wird diese ständig wiederholte Aussage hinterhältig und irreführend.

Die Bürgerinitiativen gegen den HTR wissen gut genug, daß nach der Benennung eines Standortes für den HTR-Modul ein weiteres Genehmigungsverfahren, diesmal nach § 7 AtG, ebenfalls mit Bürgerbeteiligung durchgeführt werden muß. Das Atomgesetz bestimmt aber im § 7b: *»Soweit ... in einem Vorbescheid ... nach ... § 7a entschieden worden ... ist, können in einem weiteren Verfahren zur Genehmigung der Anlage Einwendungen Dritter nicht mehr ... erhoben werden, die schon vorgebracht waren oder ... hätten vorgebracht werden können.«*

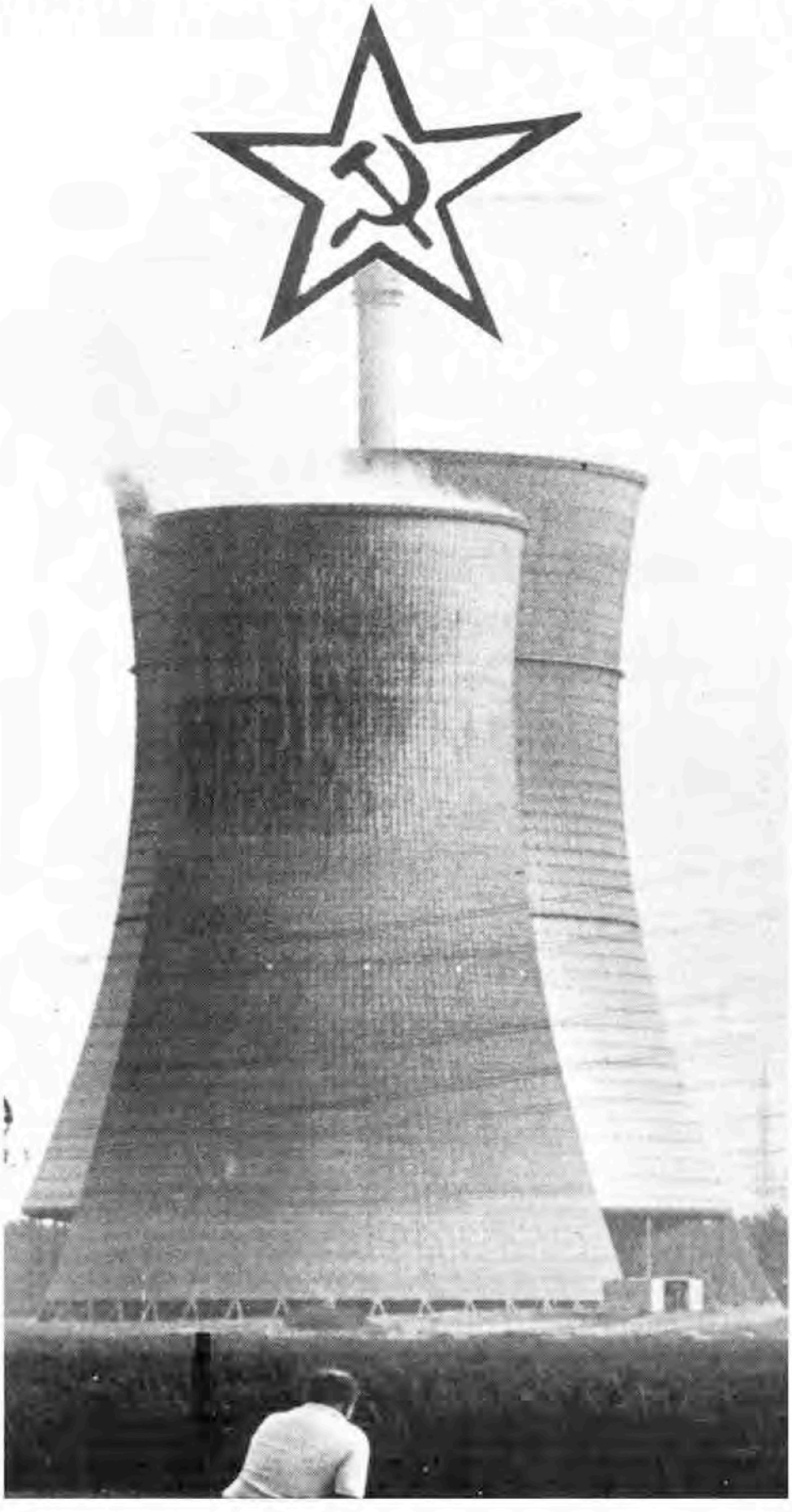
Die Umweltminister und die Atomindustrie versuchen, den Eindruck zu erwecken, als seien sie bereit, die Mitwirkungsrechte der Bevölkerung im Genehmigungsverfahren trotz der § 7a und 7b bevorzugt zu berücksichtigen. Mit dem Wortlaut des Atomgesetzes erweist sich das als bloße Scheinkonzession.

Der Text des Atomgesetzes entspricht den Interessen der Atomindustrie. Er bietet Siemens ausreichende Möglichkeiten entgegen allen öffentlichen Bekungungen — die Wahrung der Interessen der Bevölkerung massiv zu beschränken.

Niemand darf sich durch diese Äußerungen irremachen lassen. Wir müssen vielmehr unsere politische Arbeit gegen die Einführung des HTR-Modul mit gleicher Energie und in derselben Form fortsetzen, wie wir sie begonnen haben: mit Einwendungen und Aktionen gegen den HTR-Modul!

Für die AG gegen den HTR, Anna Masuch

HTR-Technologie für die UdSSR



Aus Tschernobyl nichts gelernt

Am 24. Oktober wurde in Moskau mit dem Abschluß eines Vertrages über den Bau eines Hochtemperatur-Reaktors im Kernforschungszentrum Niiar in Dimitrowgrad die Atomkooperation BRD - UdSSR eröffnet. Rechtzeitig zum Kanzlerbesuch in Moskau waren die Vertragsverhandlungen zwischen der ABB, Siemens und der sowjetischen Atomenergiebehörde abgeschlossen, konnten die Industrieverträge staatlich beglaubigend gewürdigt werden Mit der Kooperation verwirklicht sich ein ales Erbe Breschnews und Helmut Schmidts. Für die BRD-Atomindustrie wird damit nach langen dürren Jahren das Tor zu neuer Zukunft ein Stück weit aufgestoßen.

Für die gerade zu weltweitem Ausstieg bekehrten Erneuerer in der DKP ein harter Schlag, daß ausgerechnet die Sowjetunion zu dieser Zukunft verhilft. Zugutehalten werden muß der SU: Sie tut das wenigstens nicht uneigennützig. Kritik allerdings bedarf es an dem forcierten Ausbau der Atomenergie in der UdSSR trotz und nach Tschernobyl - auch und gerade wenn mit BRD-Technik unterstützt - allemal. Das Perverse: Mit dieser blocküber greifenden » Frieden und Vertrauen« schaffenden Zusammenarbeit wird ein neues Stück BRD-Atomwaffenproduktionstechnologie international - global - salonfähig gemacht.

Ein Planziel aus der Periode der Stagnation wird erfüllt.

Die jetzt in Moskau ageschlossene Kooperation auf dem Gebiet der Hochtemperaturreaktoren reicht bis in das Jahr 1976 zurück. Damals lief in der BRD gerade die »Aktion Bürgerdialog« des Bundesforschungsminsiters Hans Matthöfer (SPD) an, in Brokdorf war der spätere Bauplatz noch Wiese. Im März dieses Jahres 1976 vereinbarte mann in Moskau eine Zusammenarbeit zwischen den in der BRD auf dem Gebiet der Hochtemperatur-Reaktorentwicklung tätitgen Firmen und entsprechenden Stellen in der UdSSR.*»Die sowjetische Seite möchte in zunehmenden Umfang mit der deutschen Industrie auf diesem Gebiet kooperieren, weil sie den Hochtemperatur-Reaktor für einen der zukunftsträchtigven Reaktoren ansieht«*hieß es schon damals (Blick durch die Wirtschaft, Hg. FAZ v. 13.4.76)

Dieses Interesse hielt an. Die HTR-Kooperation stand auch in den folgenden Jahren regelmäßig auf der Tagesordnung. So auf der Jahrestagung der gemeinsamen Wirtschaftskommission der BRD und UdSSR 1980 (Welt, 29.12.79), als auch beim Bonner Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew 1981 (FAZ, 10.11.81). Mit dem jetzt unter Gorbatschow besiegelten Vertrag zur HTR-Kooperation wird also ein altes Planziel aus der sogenannten Periode der Stagnation verwirklicht.

Am 3. April 1987, also noch vor Unterzeichnung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit in der Atomenergienutzung auf staatlicher Ebene, meldete die FAZ den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen der Innotec (FAZ, 3.4.87). Weitere Kooperationsvereinbarungen folgten. Im November konnte auch die Siemens AG mit ihren Tochtergesellschaften KWU und Interatom eine Zusammenarbeit bei Hochtemperatur-Reaktoren im Leistungsbereich von 200 MW abschließen (FAZ 3.11.87). Im März 1988 unterzeichnete die Asea-Brown-Boveri-Gruppe (ABB) ein zweites Abkommen mit dem sowjetischen Staatsminsterium für Atomenergie, diesmal zu Bau und Nutzung von HTR im Leistungsbereich zwischen 400 und 500 MW (FAZ, 5.3.88).

Waren das bisher nur allgemeine Vereinbarungen, wurde bis zur Moskaureise Kohls erstmals ein konkret projektbezogener Vertrag ausgehandelt und dort dann auch unterzeichnet. Noch kurz vor dem Treffen auf Staatsebene waren die beiden bis dahin konkurrierenden Firmengruppen der ABB und der Siemens AG übereingekommen, im Bereich der Vermarktung der HTR zusammenzugehen. Sie gründeten zu diesem Zweck*»vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskartellamtes«*wie es hieß*»zu gleichen Teilen die HTR GmbH mit einem Stammkapital von zwei Mio DM und Sitz in Frankfurt«*(FAZ, 7.10.88). Die mit der Unterzeichung des Generalvertrages zwischen ABB/KWU und der sowjetischen Atomenergiebehörde am 24.10. in Moskau abgeschlossene Zusammenarbeit umfaßt die gemeinsame industrielle Planung und den Bau eines HTR mit 200 MW im Kernforschungszentrum Niiar in Dimitrowgrad (Handelsblatt, 25.10.88). Flankiertr wurde der Vertragsabschluß mit einer gemeinsamen Absichtserklärung des Bundesforschungsministeriums und des sowjetischen Staatskomitees für die Nutzung der Atomenergie, die Verwirklichtung der Industrieverträge mit einem gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprogramm zu begleiten.

Ein Durchbruch für die Atomindustrie

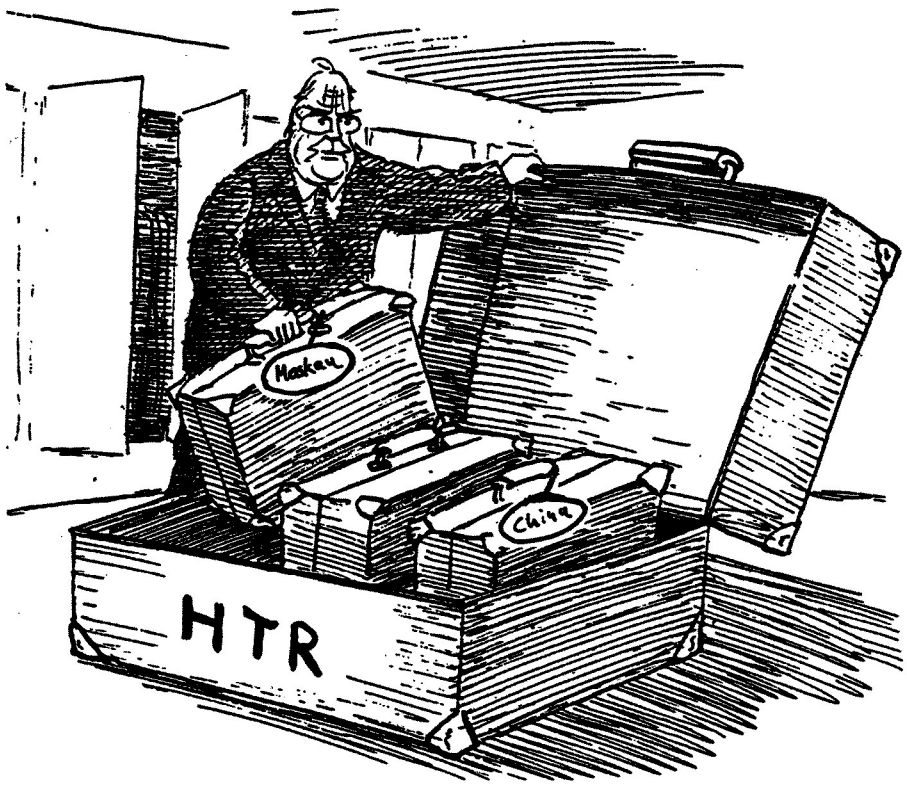
Der General- bzw. Rahmenvertrag selbst bedeutet*»noch keine Auftragsvergabe»*, sondern regelt nur die*»Leitlinien der Zusammenarbeit«*(FAZ, 25.10.88) und stellt damit erst eine Grundlage für noch zu schließende einzelne Verträge über Lieferungen, Technologietransfer und Finanzierung dar. Bis zum Beginn des Reaktorbaus werden weitere*»zwei Jahre mit Vorarbeiten«*vergehen (ebenda). Auch vom Auftragsvolumen nimmt sich das Geschäft, kommt es zustande, eher bescheiden aus. Auf eine Milliarde Mark werden die Gesamtkosten geschätzt. Einen Großteil dieser Kosten wollen die Sowjets selbst abdecken, so daß für die bundesdeutsche Atomindustrie im Vergleich zu früheren Erwartungen ein eher mageres Auftragsvolumen von 400 Mio DM übrig bleibt (ebenda). Das ist nicht einmal ein Zehntel des von der KWU zuvor allein für Aufbesserungsaufträge an sowjetischen AKWs erhofften Milliarden-Geschäfts. Noch stellt sich aber die Frage, ob das jetzt projektierte Geschäft letzlich tatsächlich zustande kommt.

Schon einmal, Anfang der 70iger Jahre, sorgte die BRD-Atomindustrie mit einem gemeinsamen Atomreaktor-Projekt Kaliningrad mit der Sowjetunion für Furore. Zu Beginn der Projektverhandlungen 1973 war damals von vier Kraftwerksblöcken mit einer Leistung von je 1.200 MW (FAZ, 17.7.73). Im Laufe des Jahres 1974 reduzierte sich das Projekt auf nur noch ein Atomkraftwerk mit 1.250 MW (Handelsblatt, 18.7.74). Obwohl es dann bereits perfekt erschien - die FAZ titelte im September mit der Schlagzeile»Einigung über Lieferung des Atomkraftwerks an die Sowjetunion«(FAZ, 9.9.74) Gescheitert ist das Projekt damals aber weniger an einem Rückzug der UdSSR, als an der rigiden Haltung der Bundesregierung bezüglich der Bewilligung von langfristigen Lieferkrediten, was wohl den Widersprüchen des BRD-Kapitals zu diesem Geschäft selbst geschuldet war. Das Geschäft war mit einem Stromliefervertrag aus der SU gekoppelt, was den Widerstand der EVUs, allen voran die RWE, hervorgerufen hatte (Welt, 29.1.74 und Handelsblatt 2.4.76).

Heute gibt es diese Widersprüche im BRD-Kapital nicht. Und auch die Frage der Finanzierung scheint heute weniger ein Problem zu sein. Die Deutsche Bank steht den SU-Geschäften insgesamt mit einem 3- Mrd.-DM-Kredit zur Seite. Die Sowjets entwickeln geradezu ein inniges Verhältnis zur Schaltzentrale des westdeutschen Imperialismus. (na na, dieses Wort werden die Bürger aber gar nicht so gerne hören bzw. lesen, d.S.)*»Die Deutsche Bank - unser bewährter Partner«*stellte die Zeitschrift »Sowjetunion heute« ihrer Leserschaft die seegenbringende Geschichte der Zusammenarbeit mit »den Deutschen« seit 1922 vor (Sowjetunion Heute, Juli 88).

Probleme könnte zur Zeit wohl vor allem die Comcom (Coordinating-Committee für West-East Trade) bereiten. In den 70igern wurde diese Hürde allerdings am schnellsten genommen. Sollte das auch diesmal gelingen - *»die Unternehmen zeigen sich gemeinsam mit der Bundesregierung zuversichtlich«*hieß es in der FAZ v. 27.10.88 - wären es wohl nur noch irgendwelche Teufelchen im Detail, die dem Geschäft im Wege stehen könnten.

Selbst schwerste demagogische Ausfälle von BRD-Seite, wie die des Bundeskanzlers Kohl im November 1986, als er Gorbatschow mit Goebbels verglich, konnten die Zusammenarbeit nicht gefährden, nur verzögern. Die schon für den November 1986 geplante Unterzeichnung des »Akommens zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bei der Nutzung der Atomenergie« wurde verschoben. Sie fand erst am 22.4.87 statt. Dort war es schließlich die sowjetische Seite, die mit dem Vorstitzenden des Staatskommittees für die Nutzung der Atomenergie, Andronik Petrosjanz, ihr Bedauern darüber zum Ausdruck brachte, daß dieses Abkommen »leider sehr spät« unterschrieben werde (Faz, 23.4.87). Die Kontakte auf Firmenebene waren von diesen zwischenzeitlichen Unstimmigkeiten unberührt geblieben. Bereits seit Mitte 1986 liefen Gespräche zur Vermaktung eines HTR-100 zwischen der Innotec-Energietechnik KG (Essen) als federführende Gesellschaft im HTR-Entwicklungskonsortium einer Firmengruppe um die Brown, Boverie und Cie AG (BBC/Mannheim) und den zuständigen Stellen in der UdSSR. Dabei ging es, wie die Innotec im Januar 1987 verlautbaren ließ,*»zunächst um Lieferung, Bau und Betrieb einer Doppelanlage mit insgesamt 200 MW elektrischer Leistung.«*Bereits damals versprach sich die Firmengruppe allerdings mehr. Sie erhoffte sich*»über eine Erstanlage in der Sowjtunion hinaus vor allem im Ostblock weitere Einsatzbereiche für die HTR-Linie zu erschließen«*(Nachrichten für den Außenhandel, 19.1.87).



Bei allen Fragezeichen, die noch bleiben, wäre es allerdings falsch, das Frohlocken der Atommafia, die das Abkommen bereits als einen»*Meilenstein für die HTR-Technologie*«preist (Südd. Zeitung, 25.10.88) als Zweckoptimismus abzutun. Wenn auch nicht das große Geschäft, so wurde mit dem Abkommen doch ein realer Durchbruch erzielt. Von einem Ausstieg aus der Atomtechnologie sind wir damit heute weiter entfernt als je zuvor. Das neue Motto der Atomindustrie der Zukunft gegen den Ausstieg könnte dementsprechend ganz innovativ heißen:»**Umstieg statt Ausstieg**«(vgl. Brückenbauer, Nr. 43, 26.10.88). Von Innotec-Chef Scharper hieß es bereits im September 1987 zu der Sowjetunion-Kooperation:»*Es setzt natürlich ein Zeichen, daß die deutschen Anlagenbauer gezwungen sind mit einer in der Bundesrepublik entwickleten Technologie im Ausland Projekte zu realisieren, weil die politische Situation dies in der Bundesrepublik zur Zeit wohl nicht zuläßt. Von daher kann ich mir durchaus vorstellen, daß der Baubeginn für den HTR 100 in der Sowjetunion durchaus Rückwirkungen auf die Bundesrepublik hat*« (Sieg Tech, 9/87).

Das gerade die UdSSR in einer Front mit der BRD-Atomindustrie in diesem Sinne eine Vorreiterrolle übernimmt, wird vielleicht für die Anti-AKW-Bewegung weniger überraschend kommen (wieso eigentlich weniger, das liegt doch voll im Kurs von Perestroika, d.S.), ist für die gerade zu weltweitem Ausstieg bekehrten Erneuerer in der DKP allerdings ein harter Schlag.

HTR und beschleunigter Ausbau des Atomprogramms in der UdSSR

Noch 1977 hatte der heutige Verhandlungsführer im HTR-Kooperationsgeschäft Andronik Petrossjanz als Leiter des Staatskomitees zur Nutzung der Atomenergie getönt:»*Wenn auch nur die geringste Gefahr für die Bevölkerung bestanden hätte, so hätte man weder in unserem Land noch in anderen sozialistischen Ländern auch nur ein einziges Kernkraftwerk gebaut, wie wirtschaftlich es auch sein mochte.*«(Sowjetunion Heute, 1977, H. 1/2). 10 Jahre später und ein Jahr nach Tschernobyl heißt es auch dem Munde des gleichen Petrossjanz:»*Es gibt keine Alernative zur atomaren Energiegewinnung*«(Südd. Zeitung,27.4.88 zit. nach Tass).

Auch nach Tschernobyl wurde in der UdSSR an dem unter Breshnew betriebenen forcierten Ausbau der Atomenergie festgehalten. Knapp zwei Monate nach dem GAU beschloß der Oberste Sowjet bis 1990 den Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung zu verdreifachen (Zeit, 24.4.87). Mit einer Kapazitätsausweitung von 40.000 MW auf 67.000 MW sollte der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung von 11 % (1985) auf 21% bis zum Jahre 1990 gesteigert werden (NZZ, 4.7.86). Ein Jahr später, 1987, wurde zwar zugegeben, daß dieses Planziel nicht mehr erreichbar wäre, man streckte das Atomprogramm, die politischen Zielsetzungen blieben aber unverändert. Das Ziel 21 % Atomenergieanteil wurde jetzt für 1995 anvisiert. Bis 1990 sollte die Stromproduktion aus AKWs gegenüber 1985 verdoppelt werden (Wirtsch. d. Ostblocks, 19.5.87). Bis zum Ende des Jahrhunderts erstrebt mann, die Kapazität zu verfünffachen (Handelsblatt,5.8.87).

Gleichzeitig soll dieser Ausbau mit einer Umorientierung bei den Reaktortypen erreicht werden. Vom Typ RBMK (der Tschernobyl-Reaktor) sollen »nur« noch insgesamt drei Reaktoren (zwei für das AKW Smolensk, einer für das AKW Ingnalina) fertiggestellt werden (atw, 7/88). In ihrer weiteren Entwicklung wird sich die sowjetische Atomenergiewirtschaft, wie der stellvertretende Minister für Atomenergie A.L. Lapschin betonte,»*vorrangig auf den Einsatz von Reaktoren der Bauart WWER (Druckwasserreaktoren, Anm. atom) mit einer Leistung von 1.000 MW umstellen*«(Nachrichten f. Außenhandel, 26.4.88).

Daneben werden Bau und Entwicklung natriumgekühlter Brutreaktoren vorangetrieben. In Betrieb sind derzeit ein 12 MW Brüter in Wolgodonsk, ein 350 MW Brüter in Schewtschenko und ein 600 MW Brüter in Bjelojarsk. Dort und in Urali Merid bau die SU an Brutreaktoren mit einer Leistung von 800 MW. In der Entwicklung ohne bisherige Standortbennung, ist ein 1.600 MW Brüter (atw, 7/88) (alle Atomfans in die UdSSR, d.S.)

In diesem Zusammenhang sind die Informationen der DKP interssant, daß in der bundesdeutschen Atomindustrie auch hier Kalkulationen darüber angestellt werden,»*die besonders riskante Brüter-Technologie zukünftig weltweit und auch in die Sowjetunion exportieren zu können.*«(UZ, 31.10.88). Das ist neu. Bekannt ist, daß Kontakte auch auf diesem Gebiet lange zurückreichen. Gespräche zwischen Brüterexperten aus der BRD und der UdSSR fanden bereits 1973 statt (SZ,21.8.73). Es wäre hilfreich, wenn die DKP aktuelles intimers Wissen in dieser Sache öffentlich machen würde.

Neben den Brütern wird in der UdSSR seit den 70iger Jahren die Entwicklung eben der HTR als zukunftsträchtigster Reaktortyp betrieben.»*Im größeren Stile*«erklärte der Vorstitzende des Staatskomitees für Atomenergienutzung A.N. Prozenke, solle»*im Planjahrfünft 1996/2000 mit der Erzeung hochpotentieller Wärmeenergie für industrielle Prozesse durch HTR-Reaktoren begonnen werden.*«(Nachr. f. Außenhandel,26.4.88). »Mitte der 90iger Jahre« ist auch der Zeitraum, der mit den BRD-Atomkonzernen als Zieldatum für die Inbetriebnahme des in der Atomkooperation projektierten 200 MW HTR in Dimitrowgrad ausgehandelt wurde (vgl. Scharper in Sieg Tech 9/88).

Die SU bedienst sich hier also der Kooperation mit der BRD-Atomindustrie um ihre ambitionierten Ausbaupläne im Atomprogramm durchhalten zu können. Statt nach Tschernobyl die ernergiepolitische Konzeption aus der Breschnew-Ära mit den gigantischen Planvorgaben im Atomenergieausbau zu überdenken, wurde die alten Konzeption fortgeschrieben. Die technokratischen Versuche ihre Verwirklichung über eine Kooperation mit dem Imperialismus machen jetzt noch einmal deutlich, daß die Perestroika-Riege um Gorbatschow zu einer Kurskorrektur in der Atompolitik nicht gewillt ist. (aber Perestroika heißt ja eben auch, Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Mächten um deren Know How zu nutzen und gemeinsame Unternehmen zu gründen und nichts anders läuft hier, nur keine falschen Erwartungen in Perestroika, d.S.) Möglichkeiten zur Korrektur gäbe es. Sie erforderten allerdings, daß mit der bisherigen Konzeption der Energiepolitik gebrochen würde.

Die sowjetische Energiewirtschaft arbeitet primär für den Export. 50 % der Gesamtexporterlöse kommen aus dem Energieexport. Der Export allein von Ergas macht 80 %der sowjetischen Exporterlöse aus dem Westhandel aus (vgl. Bethkenhagen, J.: Erdöl und Erdgas im Ost-West-Handel, DIW-Vierteljahreshef zur Wirtschaftsforschung, Heft 4, Berlin 983, 55). Das heißt, die Kritik der Atomtechnologie in der SU ist mit einer grundsätzlichen Kritik des bisherigen ökonomischen Entwicklungsmodells verbunden. Eine derart grundlegende Umorientierung ist aber aus der Bürokratie des sowjetischen Staatsapparates nicht zu erwarten. Allenfalls kann sie aus einer Bewegung von Unten kommen.

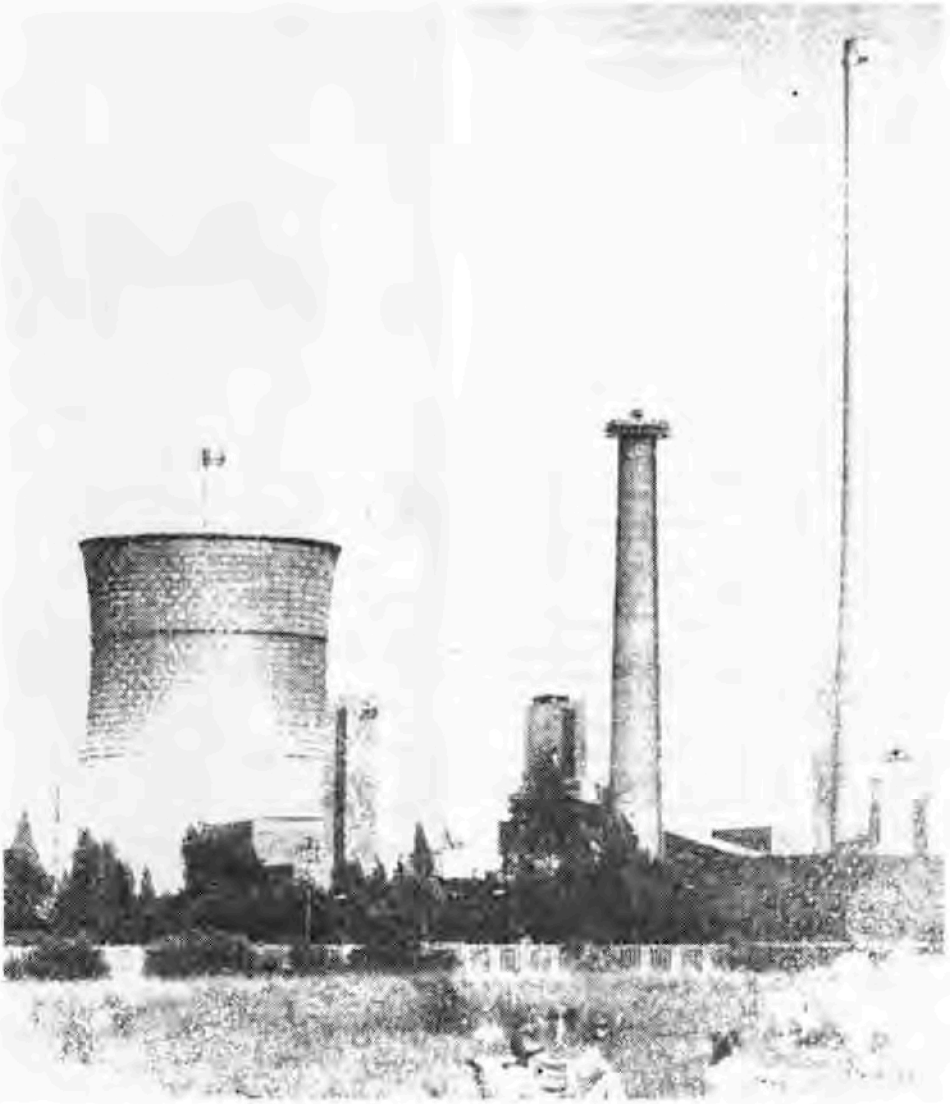
HTR und die Ambitionen der UdSSR auf Atomexport

Galt bis Anfang der 80iger Jahre für die sowjetische Energiepolitik die Grundregel: Atomstrom für die eigene Industrie und Export von Erdöl und Erdgas für die Finanzierung der ökonomischen Entwicklung, war die SU Mitte der 80iger Jahre soweit auch ihre Atomanlagen auf dem Weltmarkt außerhalb des RGW anzubieten. Kontakte zur Lieferung sowjetischer AKWs bestanden mit China, Syrien, Libyen und dem Irak (NZZ,4.7.86).

Die Reaktorkatastrophe dürfte nun, so die Einschätzung des DIW-Experten für osteuropäische Wirtschaftsfragen Bethkenhagen,*»auf lange Zeit Hoffnungen des sowjetischen Atomanlagenbaus zunichte gemacht haben, Kernkraftwerke in Staaten außerhalb des RGW exportieren zu können.«*Aber darüber hinaus ist auch*»bei den bereits vereinbarten Lieferungen mit Verzögerungen zu rechnen. Dies betrifft die Exporte nach Finnland und in die Mitgliedsstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe«*(DIW-Wochenbericht 24/86).

Über die Kooperation mit der BRD-Atomindustrie auf dem Gebiet der HTR-Technologie scheint die UdSSR zu versuchen, ihr weltweit angeschlagenes Image wieder aufzubessern. Wie das Handelsblatt zu berichten wußte, soll denn auch im Generalvertrag*»der gemeinsame Bau von Folgeanlagen zur Erzeugung von Strom, Prozeßdampf oder Prozeßwärme in der UdSSR eventuell auch in Drittländer verabredet«*worden sein (Handelsblatt, 25.10.88). Untermauert wird das durch Verlautbarungen des ABB-Vorsitzenden Eberhard von Koerber, nach denen die ABB auch schon von sich aus Kontakte zu verschiedenen Ländern mit denen das Exportgeschäft der Sowjetunion derzeit stockt, aufgebaut hat.

Mit der chinesischen Regierung ist nach von Koerber bereits ein »Memorandum of Understanding« über*»zwei Anlagen von jeweils 100 MW abgeschlossen worden«*und auch mehrere andere Ostblockländer haben nach Angaben von Koerbers*»konkretes Interesse bekundet«*(FAZ, 7.10.88). Wenn auch noch dahingestellt bleibt, was sich aus dem jetzigen Projekt an Folgeaufträgen ergeben wird, läßt sich soviel sagen, daß die Zukunfterwartungen der Atomindustrie, die - wie der HTR-Kritiker Lothar Hahn vom Öko-Institut herausgearbeitet hat - im HTR*»national wie international eine der ganz großen Zukunftschancen der Atomindustrie, vielleicht sogar die einzige langfristige Überlebensmöglichkeit sehen«*, gestärkt werden.



Ein Modul für die Atomwaffenproduktion?

Die Grundeigenschaft militärischer Reaktoren - die Möglichkeit zum Brennelementewechsel während des laufenden Betriebes - besitzen die HTR schon in ihrem zivilen Kostüm. Für eine heimliche illegale Abzweigung von Atomwaffenstoffen kommt als entscheidender Vorteil gegenüber herkömmlichen Reaktoren die »Handlichkeit der Brennelemente« hinzu. Statt mit umständlichen langen Brennstäben, in Brennelemente gebündelt, werden die HTR mit tennisballgroßen Brennelementekugeln betrieben. Wie der HTR-Kritiker Hahn schreibt, ist eine Abzweigung bei diesen Reaktoren auf jeden Fall*»leichter zu tarnen, zumal an beliebiger Stelle abgezweigte Brennelemente durch Blind-Elemente ersetzt werden können.«*(Lothar Hahn, Der kleine HTR - letzter Strohhalm der Atomindustrie? Kurzstudie des Öko-Insituts Darmstadt, S.26).

Die eindeutig militärische Besonderheit des HTR besteht aber darin, daß er als wirkungsvoller Tritium-Produzent eingesetzt werden kann. Tritium dient als Grundstoff zur Wasserstoffbombenproduktion.*»Durch geeignete Brennstoffzusammensetzung (z.B. durch Zugabe von Lithium) läßt sich die Erzeugung von Tritium zum Zwecke des Einsatzes in Atombomben steuern und kann für technisch weit entwickelte Atomwaffenstaaten militärisch interessant werden.«*(ebenda, 26)

Gerade an diesem Punkt hat die Realität die Studien der Kritiker bereits wieder eingeholt. Angesichts der in der USA zusammengebrochenen Atomwaffenproduktion denkt der im amerikanischen Energieministerium für die Entwicklung und Herstellung von Kernwaffen zuständige Staatssekretär Troy Wade über die Heranziehung bundesdeutscher HTR-Technik nach.*»Wade hält das Konzept eines Hochtemperatur-Reaktors für die militärische ebenso wie für die zivile Anwendung für vielversprechend«*berichtete stolz die FAZ unter der Überschrift »Deutsche Technik« am 27.10.88. Weiter heißt es,*»man wolle diese Technik anwenden um Tritium auf verschiedenen Wegen herstellen zu können und damit von der Schwerwassertechnik unabhängig zu werden. Nach Meinung des Staatssekretärs wird man wohl beim Bau des Hochtemperatur-Reaktors auf die deutschen Erfahrungen zurückgreifen. Wade weist auf ein Abkommen zwischen Siemens und dem kalifornischen Unternehmen General Atomics über die zivile Nutzung der Hochtemperatur-Technik hin. ' Ich bin sicher, daß es auf diesem Gebiet zum Austausch von Informationen kommen wird' sagt Wade«*(ebenda).

Mit der Kooperation werden nicht nur die Kräfte gestärkt, die in diesem Land Atomwaffenoptionen verfolgen, sondern es wird auch direkt einer Technik zum Durchbruch verholfen, die der BRD als weiteres Glied in einer Infrastruktur für Atomwaffenproduktion dienstbar ist

Reinhard Karstens

Säuglingssterben nach Tschernobyl

Nach der Katstrophe von Tschernobyl hat es verschiedentlich Behauptungen über gesundheitliche Auswirkungen dieses Unfalls für die Bevölkerung der BRD gegeben. Amtliche Statistiken wurden in der BRD — abgesehen von unseren Arbeiten und unveröffentlichten Arbeiten einer Mitarbeiterin des IFEU — unseres Wissens nur noch von Csicsaky vom "Medizinischen Institut für Umwelthygiene" in Düsseldorf ausgewertet, der seine Untersuchungen jedoch auf Nordrhein-Westfalen beschränkte und in einem Bericht für die BUND-Strahlenkommission resümierte, daß die ihm vorliegenden Ergebnisse die Möglichkeit nicht ausschließen würden, "daß es im Sommer 1986 zu einer Erhöhung der Perinatalmortalität und im Sommer 1987 zu einer Zunahme der Sterblichkeit aufgrund kongenitalen Anomalitäten gekommen sein könnte". Es steht auch nicht zu erwarten, daß aufgrund der Brisanz und den weitreichenden Auswirkungen bezüglich der zivilen Nutzung der Kernenergie bei einem bestätigten Nachweis von gesundheitlichen Effekten von so niedrigen Strahlendosen Unterstützung von staatlichen Stellen oder Behörden für die von uns vorgesehenen Arbeiten gewährt werden. Die Ursache für den niedrigen Forschungsstand liegt offenbar in der in Fachkreisen weit verbreiteten Meinung begründet, daß bei den doch relativ geringen Dosen, die in der BRD in Folge des Unfalls in Tschernobyl auftraten, mit Sicherheit keine beobachtbaren Effekte möglich sind und deswegen jede Auswertung von Statistiken sich von vornherein erübrige. In der Tat sind bisher keine biologischen Wirkungsmechanismen bekannt, die biologische Effekte bei derart geringen Dosen verstehbar machen würden.

Es ist auf der anderen Seite nicht mehr prinzipiell auszuschließen, daß auch bei einer sehr geringen Dosis biologische Mechanismen greifen könnten, die dann letztlich über diverse Stufen zu tatsächlich beobachtbaren Schäden führen. Dies würde gewisse Beobachtungen verständlich machen, die von Bertell et.al. in Wisconsin, Stein in der Umgebung von Lingen und Demuth in der Umgebung von Würgassen mit den dortigen Atomkraftwerken in Verbindung gebracht wurden. Ferner Phänomene, die Pisello et.al. sowie Lave und Mitarbeiter in den USA, wie auch Mehring in der BRD in Verbindung bringen mit der Fall-Out-Belastung durch A-Bombentests und schließlich ebenfalls Beziehungen, die Stewart und Mitarbeiter zwischen Krebs bei Kindern und Hintergrundstrahlung in Großbritannien vorgefunden haben.

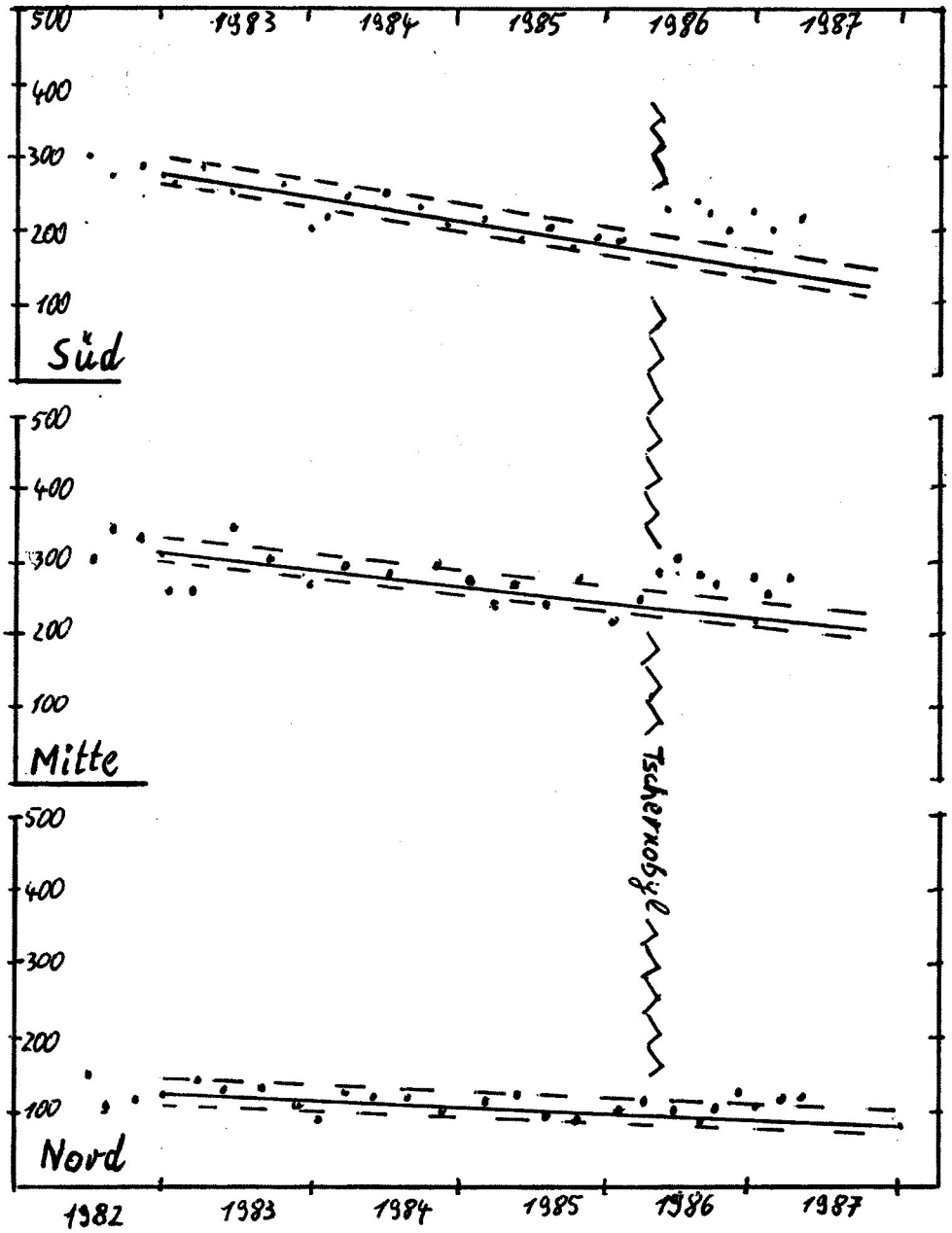
In den USA haben kürzlich Gould et.al. an amtlichen Statistiken einen Anstieg der Mortalität im Jahr 1986 beobachtet, der in den verschiedenen Teilen der USA verschieden stark ausgeprägt war und in Form einer logarithmischen Funktion mit der I-131-Belastung durch den Tschernobyl-Fall-Out zusammengebracht wurde. Die genannten Beobachtungen lassen es mithin angezeigt erscheinen, die in der BRD vorhandenen statistischen Daten für die Jahre 1986 und 1987 im Vergleich mit denen früherer Jahre auf mögliche gesundheitliche Auswirkungen in Folge des Reaktorunfalls in Tschernobyl hin zu untersuchen.

Zu Tschernobyl-Folgen in der BRD

Ausgehend von den offiziellen Quartalsberichten des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden über die Bevölkerungsentwicklung in der BRD, welche die monatlichen Daten betreffend Geburten, Totgeburten und Säuglingssterblichkeit, aufgegliedert nach Bundesländern, enthalten, wurde von uns der zeitliche Verlauf der Säuglingssterblichkeits- und ansatzweise auch der Totgeburtenraten für die Jahre 1975-1986 ermittelt. Dies geschah sowohl für die BRD insgesamt, als auch für regionale Bereiche (Aufteilung der BRD in die Region Nord, Mitte und Süd), um diesbezügliche Unterschiede, falls vorhanden, zu erfassen.

Eine erste Analyse der Zeitreihen für die Säuglingssterblichkeitsraten zeigt, daß sowohl regional als auch bundesweit für den Zeitraum 1975 bis Anfang 1986 ein Trend hin zu niedrigeren Säuglingssterblickeitsraten zu verzeichnen ist. Der Trend entspricht dabei in etwa einem logarithmischen Abfall. Anders hingegen sieht die Situation für das Jahr 1986 aus. Hier ist sowohl bundesweit — ab etwa Juni — als auch für die Region Süddeutschland ein Anstieg der Säuglingssterblichkeitsraten zu verzeichnen, der in dieser Form für den von uns betrachteten Zeitraum einmalig ist.

Als Beispiel zeigen wir in den Abb. 1-3 die Absolutzahlen der neonatalen Todesfälle innerhalb den ersten sieben Tagen nach der Geburt — für die Regionen Süddeutschland



7-Tage-Säuglingssterblichkeit in der BRD

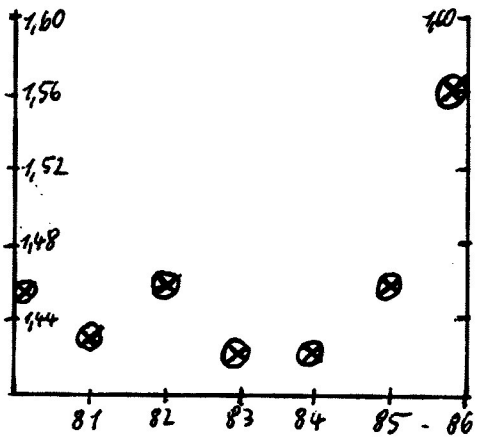
mit den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, West-Berlin — diese gelten als "hochbelastet"; Mitteldeutschland mit den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen — "mittelbelastet", sowie Norddeutschland mit den Bundesländern Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein — "schwachbelastet". Zur besseren statistischen Absicherung wurde jeweils die gleitende Summe aus drei Monaten mit dem jeweiligen mittleren Monat als Koordinate aufgetragen. Dabei ist deutlich ein Anstieg im hoch belasteten Gebiet — Süddeutschland — für die Zeit nach Reaktorkatstrophe zu erkennen, der sich in abgeschwächter Form auch in Mitteldeutschland abzuzeichnen scheint, während er in Norddeutschland nicht nachweisbar ist. Eingezeichnet ist jeweils die Regressionsgerade, berechnet aus den Daten von Januar 1983 bis März 1986 (durchgezogene Linie) und die Standardabweichung (die beiden gestrichelten Geraden). Verlängert man den Trend der vorangehenden Zeit, so erhält man einen Zuwachs von etwa 35 % im süddeutschen Raum. Auffällig sind die zwei Maxima. Sie sind durch die spezifischen Empfindlichkeitsphasen während der Schwangerschaft zu erklären: Die im Frühsommer geborenen Kinder wurden von dem Hauptteil der Strahlenbelastung in den letzten Schwangerschaftswochen getroffen, in der die Funktionsfähigkeit wichtiger Organe wie der Lungenbläschen bestimmt wird, deren Behinderung zu einer verringerten Lebensfähigkeit führt. Die Anfang 1987 geborenen Kinder dagegen wurden in den ersten Schwangerschaftsmonaten getroffen, als die Bildung zahlreicher Organe vonstatten ging. Auch diese Kindesentwicklungsphase ist bekannt als eine erhöhter Empfindlichkeit gegenüber Einwirkungen von schädigenden chemischen Substanzen oder Radioaktivität.

Als weiteres Beispiel zeigen wir in Abb. 4 die Prozentzahlen an allergischen Erkrankungen, mitgeteilt von der DAK. Hier fällt auf, daß einem ziemlich konstanten Verlauf in den vorgegangenen Jahren ein starker Anstieg im Jahr 1986 folgte. Ergänzend zu diesen Arbeiten wurden die Untersuchungen von Sperling über Trisomie 21 (Mongolismus) ausgewertet, welche ebenfalls um die Jahreswende 1986/1987 einen auffälligen Anstieg von Trisomie-21-Fällen in Süddeutschland und Berlin belegen.

Vorgesehen ist, die bisherigen Daten detaillierter zu analysieren und weitere Daten zu erheben. Konkret bedeutet dies, die Zeitreihen der Raten für die Säuglingssterblichkeit und für die Totgeburten für die einzelnen Bundesländer separat darzustellen, wobei hierbei zur Erreichung größerer Fallzahlen die Zahlen für längere Zeiträume zusammenzufassen sind, z.B. für jeweils 3 Monate. Dieses Vorgehen soll es ermöglichen, eventuelle detailliertere Beziehungen zu Fall-Out-Belastungen hervortreten zu lassen, wobei diese dann ebenfalls für die einzelnen Bundesländer zu erheben wären. Um die Zeitreihen statistisch zu analysieren ist vorgesehen, Auswerteprogramme zu erstellen, um den Einfluß spezieller Parameter zu bestimmen, Modelle zu testen, Prognosen zu erstellen für den erwarteten Verlauf der Säuglingssterblichkeit, statistische Tests durchzuführen etc. Als spezielle Parameter, welche im Zusammenhang mit der Säuglingssterblichkeits- und Totgeburtenrate zu betrachten sind, wären zu nennen das Geburtsgewicht und auftretende Geburtsanomalien nach Art und Häufigkeit, eventuell auch das Auftreten bestimmter seltener Krankheiten. Zusätzlich soll versucht werden, die Todesursachen zu identifizieren und zu überprüfen, ob bestimmte Todesursachen 1986/1987 vermehrt aufgetreten sind. Dies könnte, falls Effekte erkennbar sind, Aufschlüsse über biologische Wirkungsmechanismen erbringen.

Prof. Jens Scheer, Universität Bremen

(aus einem Antrag auf Bewilligung von Forschungsmitteln)



Allergiefälle in der BRD (pro 1.000 DAK-Mitglieder)

Startbahn

Zur Berichterstattung

Vorweg einige Worte von unserer Seite zur Berichterstattung über die Ereignisse an der Startbahn und die Schwierigkeiten damit. Wir haben in den vergangenen Monaten relativ ausführlich über die Entwicklung in Frankfurt in der 'atom' geschrieben. Die Gründe dafür haben wir in vergangenen Einleitungen mehrfach angesprochen, werden es auch in dieser Ausgabe wieder tun, weil immer neue, sehr wichtige Aspekte für uns dazu kommen. Obwohl wir uns bemüht haben, den Startbahn-Teil in der 'atom' so aktuell wie möglich zu halten und die Entwicklungen im Rhein-Main -Gebiet möglichst umfassend wiederzugeben - damit sich jede/r sein/ihr eigenes Bild von den Ereignissen machen kann - stehen wir vor zwei unlösbaren Problemen:
Zum einen ist die Dynamik der Ereignisse und Diskussionen so groß, daß der in der aktuellen »atom« dargestellte Stand in Wirklichkeit derjenige von vor 2-3 Monaten ist. Zum zweiten ist die Bewegung im Rhein-Main-Gebiet derart fraktioniert, daß wir eine authentische Darstellung der wichtigsten Positionen - soweit sie überhaupt schriftlioch vorliegen - allein aus Platzgründen gar nicht leisten können. So kam nach der letzten »atom« zurecht die Kritik, daß zum Thema 'Verräterdiskussion' das Papier der Bunten Hilfe Darmstadt, auf das sich die abgedruckten Kritikpapiere bezogen, in der »atom« gar nicht zu finden war. (Interessierte können es bei der Bunten Hilfe Darmstadt bestellen, Adresse siehe Kasten). Da wir den persönlichen Kontakt auch nur zu bestimmten Personen und somit auch Strömungen haben, wird unsere Berichterstattung auch immer 'tendenziös' sein, allein schon deswegen, weil wir durchaus keine 'neutralen Positionen' den Ereignissen gegenüber haben. Bitte berücksichtigt diese Tatsachen beim Lesen und bei der Bewertung des Startbahnteils.
Desweiteren haben wir einige Probleme, mit der Tatsache umzugehen, daß die 'atom' mehr oder weniger die Informationsquelle Nummer 1 für viele bezüglich der Startbahn ist. Denn die anderen Medien, die für eine kontinuierliche Berichterstattung in Frage kämen, nehmen diese Aufgabe nicht wahr bzw. können dies nicht. Solange das so ist, werden wir versuchen, möglichst verantwortungsvoll mit dieser Situation umzugehen. Daß das nicht immer klappt, liegt auf der Hand.
Nocheinmal zurück zum Ausgangspunkt der Tatsache, daß die Dynamik der Ereignisse in Frankfurt die aktuelle Berichterstattung bislang immer überrollt hat. Geradezu klasisch war die Situation in der Arbeitsgruppe Kriminalisierung bei der Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung Anfang November in Nürnberg. Der Diskussionspunkt 'Startbahn' beherrschte die AG fast vollständig, die anderen, auch sehr wichtigen Punkte wie Spudok/Wackersdorf (siehe Artikel dazu im WAA-Teil) bzw. die Kriminalisierung der Nach-Tschernobyl-Gruppen - Spitzel in einer Berliner Frauengruppe) mußten sehr knapp behandelt werden. Allgemeiner Informationsstand der AG war die 'atom' Okt./Nov., deren Layout Termin natürlich weit früher, Mitte September lag. Offensichtlich sind die Kommunikationsstrukturen bezügl. Startbahn so schlecht, daß selbst ansonsten gut informierte Leute, wie sie eben in der Krimanalisierungs AG anzutreffen sind, über die neueren Entwicklungen nicht informiert waren. Ein Großteil der Zeit verging also damit, den aktuellen Stand nachzuzeichnen. Zur wichtigen Diskussion darüber verblieb nur wenig Zeit. Deshalb die eindringliche Bitte, die folgenden Artikel intensiv zu lesen, damit ihr nicht auf einem Stand verharrt, der 'Schnee von gestern ist'.

Und noch mal: Was geht uns das an?

Uns ist in den vielen Diskussionen in Frankfurt, in der Redaktion und gerade auch in der Kriminalisierungs AG in Nürnberg noch einmal klar geworden, welch große Bedeutung die Vorgänge in Frankfurt für unser eigenes politisches Selbstverständnis, unsere Diskussionen, überhaupt unsere weitere Perspektive haben. Viel zu lange hat uns die Emotionalität, die die Schüsse, die Morde an den beiden Polizisten ausgelöst haben, davon abgelenkt, die reale Situation zu sehen. Die Schüsse und die darauf folgende Repressionswelle haben im Rhein-Main-Gebiet etwas freigelegt, was zu anderen Zeiten und zu anderen Gelegenheiten auch in anderen Zusammenhängen hätte ablaufen können und jederzeit auch ablaufen kann. Nicht nur an der Startbahn war die Auseinandersetzung extrem zugespitzt und verhärtet. Ähnliches galt bzw. gilt für Wackersdorf, Brokdorf, Hafenstraße oder Berlin-Kreuzberg. Im Rhein-Main-Gebiet war die Auseinandersetzung um die Startbahn-West verloren, sie war nicht zu gewinnen. Und: Die Reaktorkatstrophe von Tschernobyl hat das Atomprogramm nicht ins Kippen gebracht, auch hier war die Niederlage unübersehbar. Auch Hunderte von gesprengten oder gekippten Strommasten konnten an dieser Tatsache nicht rütteln. Diese Tatsache ist kaum zu ertragen, sie erzeugt Resignation, perspektivloses weiterwanken in ausgetretenen Protest- und Widerstandspfaden oder die Flucht ins Abenteurertum und die politisch-praktische Isolation. Und sah es denn etwa in Grohnde, Kalkar, Brokdorf, Gorleben und jetzt in Wackersdorf anders aus? Auch dort sind genügend Masten gefallen, brannten Baufahrzeuge von Betreiberfirmen - immer wieder -und gab und gibt es die ganze Palette des weit über das 'erlaubte' hinausgehende an Aktionen. Hunderte allein in der Anti-AKW-Bewegung sind darin eingebunden, Tausende im Umfeld damit befaßt. An all diesen Stellen kann es zu Konstellationen wie an der Startbahn kommen, können Entwicklungen eintreten, die so sicher geglaubte Zusammenhänge zum Einsturz bringen und ein Trümmerfeld an Bewegung und Menschen hinterlassen. In Frankfurt waren sicher die Schüsse der Auslöser, ohne sie hätte es das Aussagekarusell und den Zusammenbruch der Strukturen und

in der atom

Startbahn

der Kultur der persönlichen und politischen Auseinandersetzung nicht gegeben. Aber auch eine unvorhergesehen Panne bei einer Aktion, ein unglücklich geworfener Stein, ein Spitzel an der richtigen Stelle zur rechten Zeit kann das zu Tage treten lassen, was nun in Frankfurt offen liegt. Und noch eines muß immer wieder deutlich gesagt werden: Die Bewegung gegen die Startbahn-West ist gerade eine klassische Massenbewegung gegen ein Großprojekt in der Bundesrepublik. Die Breite und Stärke dieser Bewegung, die zumindest in bestimmten Phasen von so vielen bewundert wurde, so anziehend u. motivierend wirkte, dieses gemeinsam kämpfen und radikalisieren von 'Bürgers, Arbeitern u. Bauern', Schüler und Studenten, quer durch alle Parteien und Politscenen samt Kirche noch, gerade diese Konstellation finden wir von Wyhl bis Wackersdorf, ist eben prägend für die Anti-AKW-Bewegung. Und genau diese Stärke ist eben auch Ursache für die eklatanten Schwächen, wie sie jetzt in Frankfurt zutage treten. Wenn es zur Sache geht, wenn der Druck zu groß wird, die Auseinandersetzung zu hart, dann gibt es keinen Zusammenhalt mehr. Die BI-Bewegung ist eben keine 'vorrevolutionäre Organisation'. Sie fällt auseinander in die Anfangsfraktionen, in die 'Bürgers, die ..., und nicht zuletzt die Vorhut der Revolution, für die sich nun endlich die Klassenfrage stellt: Wo stehst du, Mann oder Frau? Es bleibt der mühsame Kampf weniger, das allerschlimmste zu verhindern, die Bewegung möglichst nicht im Gerichtssaal vom politischen Gegner sezieren zu lassen, daß Mythos der einst so starken Bewegung nicht ganz tatenlos einstürzen zu sehen.

Die 'Wahrheit' ist bitter

Spätestens nach bekanntwerden der ersten Teile der Anklageschrift ist klar, daß uns nichts anderes übrig bleibt, als vorsichtshalber die schlimmste aller Varianten der Weiterentwicklung der Ereignisse anzunehmen. Sah es vor wenigen Monaten noch so aus, als hätte es zwar viele Aussagen und Belastungen anderer gegeben, könne es aber gelingen, eine neue 'Verteidigungslinie' aufzubauen - Stichwort: Das Aussagekarusell ist gestopt, nun nehmen wir die 'Kollektive Rüchnahme der gemachten Aussagen in Angriff', so sieht die Situation heute (Ende November) schlimmer aus, als es sich die meisten jeh hätten ausmalen können: Alle Beteiligten, seinen es die Angeklagten (im Knast oder mit ausgesetztem Haftbefehl), die Leute drumrum oder die verbliebenen politischen Strömungen der Startbahn-Bewegung, sie sind zersplittert, fraktioniert, teilweise verfeindet bis hin zu tätlichen Angriffen untereinander und völliger persönlicher und politischer Sprachlosigkeit.

Wenige Monate vor dem Beginn der Prozesse bestehen keinerlei übergeordnete, arbeitsfähige Zusammenhänge, schon gar nicht unter den Hauptbetroffenen, den Angeklagten, den Zeugen, den Vorgeladenen u. potentiellen Zeugen. Nach Studium der Anklageschrift und unter Berücksichtigung dessen, was da noch kommen wird, was z.Z. jedenfalls uns noch nicht bekannt ist, droht der Prozess zu einer Katastrophe für alle Beteiligten und die Bewegungen insgesamt zu werden. So können wir heute eher weniger als zuvor ausschließen, daß die tödlichen Schüsse aus den Reihen der Startbahngegner kamen. Diesen Punkt der Anklage hatten wir am meisten unterschätzt. Die Angeklagten werden vor einer schier aussichtlosen Situation vor Gericht stehen, außer, ein Wunder geschieht. Auch für die 9 Angeklagten, denen verschiedene Anschläge zur Last gelegt werden, wird mit erdrückender Aussage- und Indizienlage der Prozess schwer durchzustehen sein. (Siehe auch zusammenfassenden Artikel zur Anklageschrift). Unter juristischen Aspekten können zwei Anschläge als 'aufgeklärt' gelten. Diese Gruppe der Angeklagten setzt sich zusammen aus 'Kronzeugen der Staatsanwaltschaft', Angeklagten, die sich und andere belastet haben, bis hin zu denjenigen, die bislang jede Aussage verweigerten und Gefahr laufen, so zum 'politischen Kopf der Gruppe' hochstilisiert zu werden. Wir müssen damit rechnen, daß der Druck auf Angeklagte und Zeugen unter dem Einfluß der konkreten Prozesssituation noch zunehmen wird. Die ganze Bandbreite staatlicher Spaltungsversuche bietet sich bei dieser Konstellation geradezu an: die 'Mitläufer', die reuigen, die dem Gericht bei der Aufklärung der 'Wahrheit' helfen, die kaltharten Gewissenstäter, die selbst vor Gericht jede Aussage verweigern und die die volle Härte des Gesetzes treffen muß. Wie sollen sich die einzelnen Angeklagten in solchen Situationen überhaupt verhalten können? Die meisten wohl nur nach dem Motto: Rette sich, wer kann! Der psychische Druck muß angesichts dieser Situation unglaublich groß sein, es bleibt zu hoffen, daß totale Zusammenbrüche oder gar weitere Selbstmordversuche verhindert werden können.

Wir müssen uns darauf vorbereiten, und dies auch öffentlich machen, bevor es genüßlich die bürgerliche Hetzpresse macht, daß in den bevorstehenden Prozessen in Frankfurt der Mythos von der »Bewegung«, ihren Menschen, Träumen, Hoffnungen, ihrem Willen und ihrer Durchsetzungskraft, ihrer Solidarität und Stärke, daß dieser Mythos zerstört werden wird, ganz sichtbar und erfahrbar für alle, die das bisher noch nicht wissen konnten oder wollten.

Der unbedingt notwendige und unterstützenswerte Versuch, mit dieser Situation umzugehen (z.B. der Versuch, eine Plattform für den Prozess zu diskutieren, ~~einen Artikel dazu~~), praktisch mit den Angeklagten und politisch in Diskussionen, in der Arbeit nach außen, kann an dieser bitteren Tatsache wohl nichts ändern. Nichts führt an dem Weg vorbei, sich dieser Wahrheit zu stellen, auch öffentlich. Erst dann lohnt es sich zu hoffen, daß vielleicht doch nicht alles so schlimm kommt. →

Startbahn

In den Diskussionen über diese Ausgangslage wurde immer wieder eingebracht, die Debatte über diese Situation und ihre möglichen Gründe jetzt nicht zu führen, sondern aufzunehmen, wenn das Ganze vorbei ist. Der Schwerpunkt sollte nun vor bzw. während des Prozesses auf die Repression des Staates gelegt werden, sein Vorgehen vor Gericht, seine Methoden, aus Menschen Aussagen zu erpressen, wichtig wäre gerade jetzt, daß der Staat vor allem Gewalt, Haß und Verzweiflung erzeugte durch sein Vorgehen. Aber ich bin mir fast sicher, daß dieser Weg seine Wirkung verfehlen muß, wenn wir nicht gleichzeitig auch den Versuch wagen, unser eigenes Verhalten, unsere bisherigen Strategien, unser Bild von uns selbst zu hinterfragen. Wie denn sonst sollen wir wieder Boden unter die Füße bekommen? Angesichts dieser Ausgangslage so zu tun, als wäre nichts gewesen, als wäre dies ein 'politischer Prozess' wie jeder andere, würde das Vertrauen, daß viele Menschen uns noch entgegenbringen eher ein Stück weit zerstören, denn bestätigen. Und keiner kann mir da erzählen, daß es nichts zu diskutieren und zu korrigieren gäbe. Zuwenig haben wir in der Vergangenheit darüber nachgedacht, welche Gefahren die zunehmende Loslösung des Aktionismus aus den offenen Strukturen der Bewegung mit sich bringt. Wir haben es uns zu einfach gemacht, jedem Ableben eines Strommasten zuzujubeln, uns wenig dafür interessiert, unter welchen Gruppenstrukturen, Gefahren und mit welcher politische Wirkung diese Anschläge in der Praxis abliefen. Wenn wir schon selbst nicht genug Mumm haben für solche Aktionen, wie schön, daß es wenigstens andere gibt, den den notwendigen Knalleffekt erzeugen. Eine schöne Arbeitsteilung. Die wenigen warnenden Stimmen wurden entweder nicht ernst genommen, oder niedergepfiffen. Und nun mal Hand aufs Herz: Wer machte sich nicht die bequeme Illusion, unsere Kämpfer/innen an der Öko-Anschlagsfront wären natürlich besonders gut organisiert, die würden das schon im Griff haben, zur Not auch vor Gericht. Wir hätten wissen müssen, daß die Menschen unter uns, die einen militanteren Weg gegangen sind, keine Kadertruppe darstellen kann, daß das keine Leute sein können mit 'Supernerven', 'Superverantwortung', 'Super-Bewußtsein' oder gar 'Superselbstbewußtsein'!!!

Für die konkreten Ereignisse in Frankfurt wird eine solche Diskussion nicht viel bringen können, wohl aber dafür, wie die Bewegung all dies verarbeitet und ob sie wenigstens ein wenig reifer aus diesem Schlamassel herauskommt und in Zukunft alle Fragen, die hier eine Rolle spielen, konsequenter und weniger unscharf als bislang diskutiert. Das Papier des Frankfurter AK gegen Atomanlagen (siehe Kasten) scheint alle Fragen nur ausklammern zu wollen. Aber wenn wir jetzt die Chance verpassen, über diese Dinge nachzudenken und zu diskutieren, dann dürfte die nächste Katastrophe ala Frankfurt nur eine Frage der Zeit sein.

be.

Voraussichtlicher Prozessbeginn: Frankfurt, 21.Februar 1989.

Aktuelle Informationen über den Stand der Verfahren - insbesondere in Bezug auf Frank Hoffmann müßt ihr bei folgenden Adressen erfragen:
BI gegen die Flughafenerweiterung, c/o Helga Arnold, Wilhelm-Leuschner Str.50a in 6082 Mörfelden
Bunte Hilfe Startbahn-West, c/o Club Voltaire, Kleine Hochstr.5 in 6000 Frankfurt (069-283948)
Bunte Hilfe Darmstadt, W.-Leuschnerstr.39 in 6100 Darmstadt (06151-20480)
Das aktuelle BI-Info Nr.21 unter anderem mit:
- Zusammenfassung der Anklageschrift (siehe Artikel)
- Neue Pläne zur Flughafenerweiterung
- Stellungnahmen zu den Prozessen
erhältlich bei Helga Arnold, BI gegen die Flugh.
Bitte Spenden auf das Knastkonto:
Ralf Stutzke, Sparkasse von 1822, BLZ 50050201 Kto. 307028755 und oder
Bunte Hilfe Frankfurt c/o Volker Luley, Postgirokonto Frankfurt, BLZ 50010060, Kto. 16072603
'Informationsdienst Rhein-Main Nr.3' gegen Spende von 20.-DM Stichwort ID, Sparkasse Darmstadt, BLZ 50850150 Kto. 111037965 im Abo.
Wichtige Ankündigungen auf der TAZ-Wiese!!!

Zur Frage der Solidarität und der Aussagen

Zunächst sollte darauf geachtet werden, daß Solidarität kein bloßer, unbegründeter Reflex auf die Tatsache einer Strafverfolgung sein sollte. Ohne außer acht zu lassen, daß linke Politik auch von Herzen kommen muß und damit auch Emotionen beteiligt sind, ist es für eine bewußt und gezielt geführte Arbeit an diesem Verfahren erforderlich, unsere politische Position zu diesem Verfahren und zu den Beschuldigten inhaltlich zu bestimmen.
Emtionale wie inhaltliche Problemstellungen ergeben sich angesichts der Situation, daß die Beschuldigten sich zum Teil ein- oder geseitig belasten; ebenso liegen Geständnisse vor, deren Widerruf angesichts der sachlichen Beweismittel allenfalls symbolischen Charakter haben können. Im Bereich dieser Geständnisse sind sowohl 'reine' Selbstbelastungen wie auch Kombinationen mit Belastungsaussagen vorhanden.
Einfache Geister mögen sich hier nun in rigeros-abstrakten Parolen ergehen und sagen, daß Aussage eben Aussage sei; das ist so richtig, wie die Feststellung, daß Apfel und Banane eben Obst und Obst sind.
Hier sollten auch 2 unterschiedliche Sachverhalte entsprechend verschieden behandelt werden, nämlich a. die Aufforderung an alle zum Aussageboykott und b. die nachträgliche Bewertung von einzelnen Aussagen.

Ein Versuch

Wenn man Kriminalisierung als Angriff der Herrschenden auf eine innere Oppisition begreift und sich selbst zu dieser Opposition rechnet, so stellt sich der Aussageboykott in Kriminalisierungsphasen als eine selbstverständliche Abwehrtechnik gegen diesen Angriff dar. Insofern lautet die Forderung immer 'Keine Aussagen' und hat ihre Begründung immer in der objektiv unvereinbaren Interessenlage von den Ermittlungsbehörden und der Opposition.
Die BI ist, schon wegen ihrer noch gültigen Zielsetzungen und ihrer zukünftig möglichen Rolle bei Erweiterungsmaßnahmen des Flughafens Opposition zu den Herrschenden; darüberhinaus besteht eine Opposition aufgrund der (z.T. noch unbewußten) tatsächlichen politischen Praxis (Beispiele sind: Antimilitarismus, AKW-Gegnerschaft, Volkszählungsgegner, prole. Internationalismus usw.). Hier sind Ansätze eines allgemeinpolitischen, sozialrevolutionären Anspruchs erkennbar. Wie zu sehen, besteht begründeterweise ein oppositionelles Verhältnis der BI zu den Herrschenden; diese Aussage gilt um so mehr für die Startbahnbewegung. In dieser Frage unbedeutung ist, daß die BI von ihrer Thematik her lediglich bestimmte politische Segmente thematisiert, ihren Schwerpunkt (formell) auf den Protest und den Widerstand gegen die Flughafenerweiterung hatte und hat. Entscheidend ist, daß die (wenn auch begrenzten) Ziele, nämlich Verhinderung neuer Erweiterungen und Aufforstung der 18 West, über bloßen Reformismus hinaus sowohl konkret gegen die politökonomischen Tendenzen im Industriegebiet Rhein-Main als auch, abstrakt-symbolisch, gegen ökonomischen Entwicklungstendenzen zu Lasten der Bevölkerung gerichtet sind. Damit ist die BI objektiv im Widerspruch zumindest zu Teilen der Herrschenden, wenn auch hierüber nicht immer das entsprechende Bewußtsein besteht.
Als BI haben wir also allen Grund, im konkreten Fall die Forderung nach Aussageboykott an die Bewegung zu stellen.
Im konkreten Fall, das meint: nicht als unumstößliches Dogma. Aussageboykott ist keine Entscheidung für alle Ewigkeit; mag zwar sein, daß sich an dem Punkt Aussageboykott der 'unversöhnliche Bruch mit diesem System' ausdrücken kann. Wenn das aber der alleinige Maßstab ist, dann waren Marx, Bakunin, Karl Liebknecht, Vera Figner, Rosa Luxenburg, Georgi Dimitroff, Fidel Castro und Regis Debray, um nur einige wenige zu nennen, keine Revolutionäre: sie alle haben, in ihren Gerichtsverfahren, Aussagen gemacht (welche, das sollten jetzt neuglerig Gewordene nachlesen in: Freisprüche, Revolutionäre vor Gericht, hrsgg. von H.M.Enzensberger, Ffm.1973). Ihnen allen war eins gemeinsam: ein taktisch begründetes Verhältnis zum jeweils geltenden Recht.
Recht in der bürgerlichen Gesellschaft ist von seinem Wesen her das Ergebnis vorangegangener und aktueller Klassenkämpfe und somit Ausdruck der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Bürgerliches Recht ist somit allenfalls tendenziös, nie aber eindeutig: immer finden sich darin, stärker oder schwächer ausgeprägt, auch Bruchstücke linker Positionen, progressiver Tendenzen; diese ändern nichts an der Tatsache, das herrschendes Recht das Recht der Herrschenden ist, sie sind aber historisch wie aktuell Früchte der Arbeit von fortschrittlichen Kräften.
Das richtige Verständnis des bürgerlichen Rechts setzt diese umfassende Betrachtung voraus; danach kann sich ein fortschrittliches Verhältnis nie in der platten

Ablehnung erschöpfen, sondern ist immer gehalten, auch auf der Ebene des Rechts die erreichten Positionen zu erhalten bzw. auszubauen.
Dieser Ausbau setzt entsprechende Kämpfe um Wirkungsfelder für die Linke voraus; in Abgrenzung zum bürgerlichen Reformismus haben diese Kämpfe aber taktischen Charakter: sie sind nicht von dem Glauben bestimmt,innerhalb dieses Rechtssystems die grundlegenden gesellschaftlichen Widersprüche auflösen zu können
- ihr Zweck liegt allein darin, Freiheiten für die Linke zu erkämpfen und so die Kampfbedingungen zu verbessern.
Das Verhätinis zum bürgerlichen Recht muß einerseits den grundsätzlichen, unvereinbaren Widerspruch zu den Herrschenden berücksichtigen, anderserseits aber die fortschrittlichen Elemente im bürgerlichen Recht beachten.
Ein taktisches Verhältnis, das kann auch bedeuten, Aussagen zu machen: z.B., Entlastungsaussagen.
Es ist nicht einzusehen, warum um der Erhaltung des Prinzips 'keine Aussagen' willen die Möglichkeit ungenutzt bleiben soll, eine/n Genossen/in vom Galgen zu retten, indem er/sie durch Aussagen entlastet wird.

zu b.
Die nachträgliche Bewertung von Aussagen sollte verschiedene Faktoren berücksichtigen:
- die Verhörsituation (Gewalt, Drohung, Folter usw.)
- den objektiven Ausaagegehalt (Belastung oder Larafari)
- die subjektive Ebene (bewußter Verrat oder Dummheit)

Zunächst ist festzuhalten, daß jede in einer Repressionsphase gemachte Aussage negative Auswirkungen allein schon in der Wirkung auf andere zeigt: die Tatsache von Aussagen allein erzeugt in dem angespannten Klima einer solchen Situation tiefe Verunsicherung, ohne daß es hier schon auf den Inhalt der Aussage ankommt. Sie bringt den/die Einzelnen/e auch in die Situation, sich den Ermittlungsbehörden, also der Gegenseite gebeugt zu haben.

Bei entsprechender Disposition des Einzelnen kann das zu einer erheblichen Erschütterung der politischen Identität führen, umsomehr, wenn ihr soziales Umfeld sich unsolidarisch verhält und nicht die Möglichkeit gibt, aus diesem Fehler zu lernen.
Hier kann auch unbegründeter Entzug von Solidarität die Ursache für ein vollständiges Überlaufen in das gegnerische Lager sein (siehe weiter unten).

Die Bedeutung der Verhörsituationen wird gerade von linksradikalistischer Seite immer wieder bestritten; diese Mär von der angeblichen Unbeugsamkeit des Revolutionärs hat ihre intellektuelle Grundlage eher in der Filmwelt, als in der Realität. Das wuß-

te auch schon die RAF im April 1971, als sie in dem 'Konzept Stadtguerilla' schrieben: »Dagegen gibt es für die, die das machen, was wir machen, keinen Schutz; dagegen, daß Genossen von den Bullen fertig gemacht werden, daß einer den Terror nicht aushalten kann, den das System gegen die entfaltet, die es tatsächlich bekämpfen. Sie hätten nicht die Macht, wenn sie nicht die Mittel hätten, die Schweine.«

In den konkreten Verhörsituationen hat es die verschiedenen Situationen gegeben, in denen Terror ausgeübt wurde. Ebenso gibt es Fälle, in denen erhebliche Belastungsaussagen gemacht worden sind, ohne das größerer Druck ausgeübt wurde.

Schließlich ist bei der Frage Aussageboykott auch die jeweilige Situation im Hinblick auf die Stärke der Bewegung und ihren Diskussionsstand zu berücksichtigen. Aussageboykott kann, soll er nicht zur individuellen Entscheidung degenerieren, wirksam nur in kollektiver Weise durchgeführt werden. Auch wird nur die kollektive Vorgehensweise den einzelnen Beteiligten genügend Schutz gegen die zu erwartenden staatlichen Angriffe vermitteln.

Für eine Bewertung des Geschehens müssen Maßstäbe erarbeitet werden, die einerseits genügend differenzieren, andererseits aber deutliche Grenzziehung ermöglichen.

Zunächst zur Verhörsituation:

Meines Wissens nach hat es nur zwei Fälle gegeben, die über das sonst übliche (und zu bewältigende) Maß an Vernehmungsterror hinausgegangen sind: die Bedrohung von Siggi und die Bedrohung der gerade Mutter gewordenen Ina mit der Inhaftierung. Alle anderen bekannten Fälle sind (ohne Übertreibung) das übliche Maß: hier kann die Verhörsituation nicht als Entschuldigung für gemachte Aussagen gelten.

Zum objektiven Aussagegehalt:

In der **nachträglichen** Bewertung muß zwischen Belastungs- und anderen Aussagen unterschieden werden. Beiden gemeinsam ist derselbe Fehler (s.o.); in ihren Auswirkungen besteht aber ein himmelweiter Unterschied; die Aussage beginnt formell bereits mit der Nennung des Namens und hier gibt es niemanden, der/die bei Vorladungen nicht den Namen genannt hat. Hier liegt aber keine Belastung vor; die bloße Namensnennung kann nicht gegen die Bewegung verwendet werden. Ebensowenig sind allgemeine Sachverhaltsschilderungen ohne konkrete Angaben schon Belastung; so ist etwa die Schilderung des Standortes der Notbrücke keine Belastung, weil dieser am 3.11. aufgrund der nichtverbrannten Überreste und der Brandspuren ohne Probleme ermittelt werden konnte. Also: alles, was auch der Gegenseite offenkundig ist, stellt in der Aussage keine Belastung dar.

Aber jeder weitere konkrete Sachverhaltsmoment bedeutet Aufklärung zugunsten der Gegenseite, gleichgültig, ob dies von dem/der Vernommenen gewollt ist oder nicht. Das ist in der aktuellen Vernehmungssituation des/der Einzelnen kaum zu übersehen, welches Detail der Gegenseite weiterhilft und welches nicht; deshalb ist ein kollektiv und konsequent durchgeführter Aussageboykott schlicht und einfach **das** richtige Verhalten.

Schließlich gibt es als letzte Kategorie die 'echten' Belastungsaussagen. Hier werden Geständnisse über begangene oder geplante illegale Aktionen abgelegt und/oder der Gegenseite hochsensible Kenntnisse über Innenverhältnisse von Einzelgruppen vermittelt.

Auch hier ist zwischen Selbstbelastung und Fremdbelastung zu unterscheiden:

In der Fällen der Selbstbelastung steht im Vordergrund, daß hierbei lediglich /der/diejenige die Folgen der Aussagen zu tragen hat. Hieran sind zwei Punkte zu kritisieren: einmal wiederspricht ein Geständnis, wenn es nicht der offensiven und propagandistisch motivierten Vertretung der Sache dient, dem Prinzip der Opposition: gestehen bedeutet, den Ermittlungsbehörden Bestätigung oder völlig neue Sachverhalte zu liefern, zum anderen kann in einem Geständnis eine Orientierungshilfe für die Ermittlungsbehörden in einem anderen Sachverhalt liegen, kann es Maßstab für die Glaubhaftigkeit einer Belastungsaussage einer anderen Person sein und so das fehlende Glied in einer Beweiskette darstellen. Belastungsaussagen gegen andere durch Angaben zu Aktionen bzw. Gruppenstrukturen etc. sind einige gemacht worden, über die bisher bekannten Personen hinaus. Hierzu weitere Anmerkungen unter diesem Punkt zu machen, ist überflüssig.

Zur subjektiven Ebene:

Entscheidend sind hier immer die Motive: geschieht die Belastungsaussage gegen andere, um sich selbst Vergünstigungen zu verschaffen, ist die Lage eindeutuig: das ist subjektiv wie objektiv Verrat.

Bei entsprechender Disposition des Einzelnen kann das zu einer erheblichen Erschütterung der politischen Identität führen, umsomehr, wenn ihr soziales Umfeld sich unsolidarisch verhält und nicht die Möglichkeit gibt, aus diesem Fehler zu lernen.

Hier kann auch unbegründeter Entzug von Solidarität die Ursache für ein vollständiges Überlaufen in das gegnerische Lager sein (siehe weiter unten).

Die Bedeutung der Verhörsituationen wird gerade von linksradikalistischer Seite immer wieder bestritten; diese Mär von der angeblichen Unbeugsamkeit des Revolutionärs hat ihre intellektuelle Grundlage eher in der Filmwelt, als in der Realität. Das wußte auch schon die RAF im April 1971, als sie in dem 'Konzept Stadtguerilla' schrieben: »Dagegen gibt es für die, die das machen, was wir machen, keinen Schutz; dagegen, daß Genossen von den Bullen fertig gemacht werden, daß einer den Terror nicht aushalten kann, den das System gegen die entfaltet, die es tatsächlich bekämpfen. Sie hätten nicht die Macht, wenn sie nicht die Mittel hätten, die Schweine.«

In den konkreten Verhörsituationen hat es die verschiedenen Situationen gegeben, in denen Terror ausgeübt wurde. Ebenso gibt es Fälle, in denen erhebliche Belastungsaussagen gemacht worden sind, ohne das größerer Druck ausgeübt wurde.

Schließlich ist bei der Frage Aussageboykott auch die jeweilige Situation im Hinblick auf die Stärke der Bewegung und ihren Diskussionsstand zu berücksichtigen. Aussageboykott kann, soll er nicht zur individuellen Entscheidung degenerieren, wirksam nur in kollektiver Weise durchgeführt werden. Auch wird nur die kollektive Vorgehensweise den einzelnen Beteiligten genügend Schutz gegen die zu erwartenden staatlichen Angriffe vermitteln.

Für eine Bewertung des Geschehens müssen Maßstäbe erarbeitet werden, die einerseits genügend differenzieren, andererseits aber deutliche Grenzziehung ermöglichen.

Zunächst zur Verhörsituation:

Meines Wissens nach hat es nur zwei Fälle gegeben, die über das sonst übliche (und zu bewältigende) Maß an Vernehmungsterror hinausgegangen sind: die Bedrohung von Siggi und die Bedrohung der gerade Mutter gewordenen Ina mit der Inhaftierung. Alle anderen bekannten Fälle sind (ohne Übertreibung) das übliche Maß: hier kann die Verhörsituation nicht als Entschuldigung für gemachte Aussagen gelten.

Zum objektiven Aussagegehalt:

In der **nachträglichen** Bewertung muß zwischen Belastungs- und anderen Aussagen unterschieden werden. Beiden gemeinsam ist derselbe Fehler (s.o.); in ihren Auswirkungen besteht aber ein himmelweiter Unterschied; die Aussage beginnt formell bereits mit der Nennung des Namens und hier gibt es niemanden, der/die bei Vorladungen nicht den Namen genannt hat. Hier liegt aber keine Belastung vor; die bloße Namensnennung kann nicht gegen die Bewegung verwendet werden. Ebensowenig sind allgemeine Sachverhaltsschilderungen ohne konkrete Angaben schon Belastung; so ist etwa die Schilderung des Standortes der Notbrücke keine Belastung, weil dieser am 3.11. aufgrund der nichtverbrannten Überreste und der Brandspuren ohne Probleme ermittelt werden konnte. Also: alles, was auch der Gegenseite offenkundig ist, stellt in der Aussage keine Belastung dar.

Aber jeder weitere konkrete Sachverhaltsmoment bedeutet Aufklärung zugunsten der Gegenseite, gleichgültig, ob dies von dem/der Vernommenen gewollt ist oder nicht. Das ist in der aktuellen Vernehmungssituation des/der Einzelnen kaum zu übersehen, welches Detail der Gegenseite weiterhilft und welches nicht; deshalb ist ein kollektiv und konsequent durchgeführter Aussageboykott schlicht und einfach **das** richtige Verhalten.

Schließlich gibt es als letzte Kategorie die 'echten' Belastungsaussagen. Hier werden Geständnisse über begangene oder geplante illegale Aktionen abgelegt und/oder der Gegenseite hochsensible Kenntnisse über Innenverhältnisse von Einzelgruppen vermittelt.

Auch hier ist zwischen Selbstbelastung und Fremdbelastung zu unterscheiden:

In der Fällen der Selbstbelastung steht im Vordergrund, daß hierbei lediglich

/der/diejenige die Folgen der Aussagen zu tragen hat. Hieran sind zwei Punkte zu kritisieren: einmal widerspricht ein Geständnis, wenn es nicht der offensiven und propagandistisch motivierten Vertretung der Sache dient, dem Prinzip der Opposition: gestehen bedeutet, den Ermittlungsbehörden Bestätigung oder völlig neue Sachverhalte zu liefern, zum anderen kann in einem Geständnis eine Orientierungshilfe für die Ermittlungsbehörden in einem anderen Sachverhalt liegen, kann es Maßstab für die Glaubhaftigkeit einer Belastungsaussage einer anderen Person sein und so das fehlende Glied in einer Beweiskette darstellen. Belastungsaussagen gegen andere durch Angaben zu Aktionen bzw. Gruppenstrukturen etc. sind einige gemacht worden, über die bisher bekannten Personen hinaus. Hierzu weitere Anmerkungen unter diesem Punkt zu machen, ist überflüssig.

Zur subjektiven Ebene:

Entscheidend sind hier immer die Motive: geschieht die Belastungsaussage gegen andere, um sich selbst Vergünstigungen zu verschaffen, ist die Lage eindeutuig: das ist subjektiv wie objektiv Verrat.

Um das zu bewerten, müssen andere als moralische Kriterien herangezogen werden. Weil der Mensch nicht per se schlecht und bösartig ist, scheiden hier auch subjektivistisch charakterorientierte Betrachtungsweisen aus. Aber: Verrat ist auch ein Zeichen von Schwäche in der Linken. Nach Studien von Molnar, Lakin und O'Brien (in: Peter Watson, Psychokrieg, Wien 1982, S.313 ff, 360 ff) sind empirisch folgende (hier ausgewählte) Momente bei Überläufern von Guerillabewegungen bestimmt worden:

Verräter sind regelmäßig unterprivilegiert, sowohl gesellschaftlich als auch in Bezug auf Sozialstrukturen der Bewegung, sind unterdurchschnittlich intelligent und enttäuscht bis perspektivlos in ihrer Lebenshaltung. Diese Momente sollen hier nicht als unfehlbare Indizien für eine Überläufermentalität mißverstanden werden - das Vorhandensein dieser Momente begründet keine Gesetzmäßigkeit des Verrats. Gerade auch völlig entgegengesetzt disponierte Leute werden von den Geheimdiensten als Spione und somit zum Verrat angeworben. Gleichwohl stellen die oben genannten Momente Indizien dar, weil sie sowohl regelmäßig als auch häufig auftreten. Sie machen auch deutlich, daß objektivierbare Lebensverhältnisse der Menschen hier prägende Wirkung entfalten. Die Verräter sind so nicht 'Opfer' der gesellschaftlichen Verhältnisse, wie fälschlicherweise öfter zu Entschuldigungszwecken behauptet wird, aber in ihrem Bewußtsein das 'Ensemble' dieser Verhältnisse. (das führt notwenig dazu, diese Verhältnisse genauer zu untersuchen, was den Rahmen dieses Artikel sprengen würde).

Die Kritik kann dannach nicht moralisch an den jeweils Einzelnen geführt werden, sondern unter Einschluß dieser Einzelnen muß die politische Kritik an den sogenannten 'Zusammenhängen' geführt werden, deren Teil diese Leute sind/waren, um so die soziale Komponente zu erfassen. Weiter muß die politisch-inhaltliche Verfassung der Startbahnbewegung kritisch erfaßt werden, die es möglich gemacht hat, daß jahrelang viele Startbahngegner/innen in ihrem militanten Aktionismus über ihre politischen Verhältnisse gelebt haben. Spätestens mit dem 2.11. wurde aus dem Spiel 'Startbahnwiderstand' ernst: die Staatsgewalt tat genau das, was ihr in Erzählungen, die selbst selten ernst genommen wurden, nachgesagt worden war. Der ganze Unernst der Pose 'Radikaler Widerstand gegen die Startbahn', wie sie von vielen allsonntaglich vorgetragen worden war, offenbarte sich im Zustand der Szene nach den Schüssen: proportional zu dem Anstieg der Repression fiel die Zahl der gestern noch Radikalen, die sich von der politischen Bühne und somit aus dem Schußfeld verabschiedeten.

Die Aufarbeitung dieser Momente wird die sogenannte Verräterdiskussion weiterbringen als es die unsäglichen Traktate des Kommandos 4.Juni jemals können; diese Debatte muß in konstruktiver Weise auf ihre tatsächlichen Grundlagen zurückgeführt werden.

Neben den Belastungsaussagen, die zur Vergünstigung der eigenen Lage gemacht wurden, stehen eine Reihe von Aussagen, die keine direkte Belastung darstellen, aber einen hohen Informationsgehalt haben und so die Arbeit der Gegenseite faktisch unterstützen. Diesen Aussagen ist regelmäßig gmeinsam, daß sie keine konkreten Belastungen enthalten; in solchen Fällen ist die Kritik daran zu führen, daß offenkundig kein Bewußtsein über die Verwertbarkeit auch solcher Aussagen besteht; diese Aussagen sind objektiv der Gegenseite nützlich, die Leute sind aber subjektiv keine Verräter.

Hierbei rückt abschließend der Komplex 'Reaktionen der Szene' in das Blickfeld. In der Situation nach den Verhören hat sich gezeigt, wer tatsächlich subjektiv zum Verräter geworden war und wer nicht. In dem sehr zähen und kräfteverschleißenden Prozess der Konsolidierung der Bewegung (z.B. Artur-Kampagne) wurde versucht, denjenigen, die Belastungsaussagen gemacht haben, die Möglichkeit zur Selbstkritik und die Kraft zum Aussageboykott bei weiteren Vernehmungsversuchen zu geben. Diese Hilfe wurde von vielen angenommen, wenige sind noch unentschlossen, einige haben sich gegen diesen Versuch und für die Gegenseite entschieden. Dieser Prozeß hatte regelrecht sozialarbeiterische Tentdenzen (im positiven Sinn) und war gleichzeitig aber von (zu?) großer Nachsicht geprägt - zuviel Zeit verging, bis auch öffentlich Konsequenzen von (z.B.) der BI gezogen wurden.

Demgegenüber stand etwa ab März 1988 die Hardliner-Fraktion, die immer lauter nach der Stigmatisierung aller rief, die Aussagen gemacht haben. Richtig hieran war, daß nach dem Mißlingen der Wiedereingliederung einiger Leute erforderlich gewesen ist, der Bewegung durch Stellungnahmen zu diesem Komplex Konturen zu geben und von ihr auch Widerstand gegen Vernehmungsversuche zu fordern. Falsch war die spalterische Tendenz, mit der diese maximalistische Position eingebracht wurde, und falsch war die philosophische Ansatz. Zunächst stellt es eine Ungenauigkeit dar,

alle Aussagen über einen Kamm zu scheren und in tutto als Kollaboration zu denunzieren (Differenzierungen s.o.). Weiterhin wurde und wird so ein Klima erzeugt, das Selbstkritik erschwert, wenn nicht unmöglich macht - nur wenige werden in einem derart feindlichen Klima bereit sein, öffentlich Fehler einzugestehen.

Wenn allerdings die Fähigkeit zur Selbstkritik als Fähigkeit des Revolutionärs postuliert wird, muß das ernstgenommen und ein Klima solidarischer Auseinandersetzung geschaffen werden - sonst läuft man Gefahr, Leute in das Lager der Gegenseite zu treiben. Weiter steht das aktuelle Engagement dieser Fraktion im deutlichen Widerspruch zu ihrer vorhergehenden Absenz in der Entwicklung vor und seit den Schüssen. Das kann einerseits die gnadenlose Unkenntnis dieser Leute in Bezug auf die jüngere und ältere Geschichte der Startbahnbewegung und der BI erklären; andererseits kommt hierin auch diejenige Distanz als schon historisches Faktum zum Ausdruck, als deren Urheber (per Entscheidung des revolutionären Subjekts, mit jeder Faser) sie sich jetzt rühmen. Tatsächlich aber drängt sich der Eindruck auf, als ob diese Fraktion durch die mit Penetranz vorgetragene Fehlersuche bei anderen (uns) die eigene überdecken will, weiter, als ob sie die Schwächen anderer zur eigenen Stärkung benutzen.

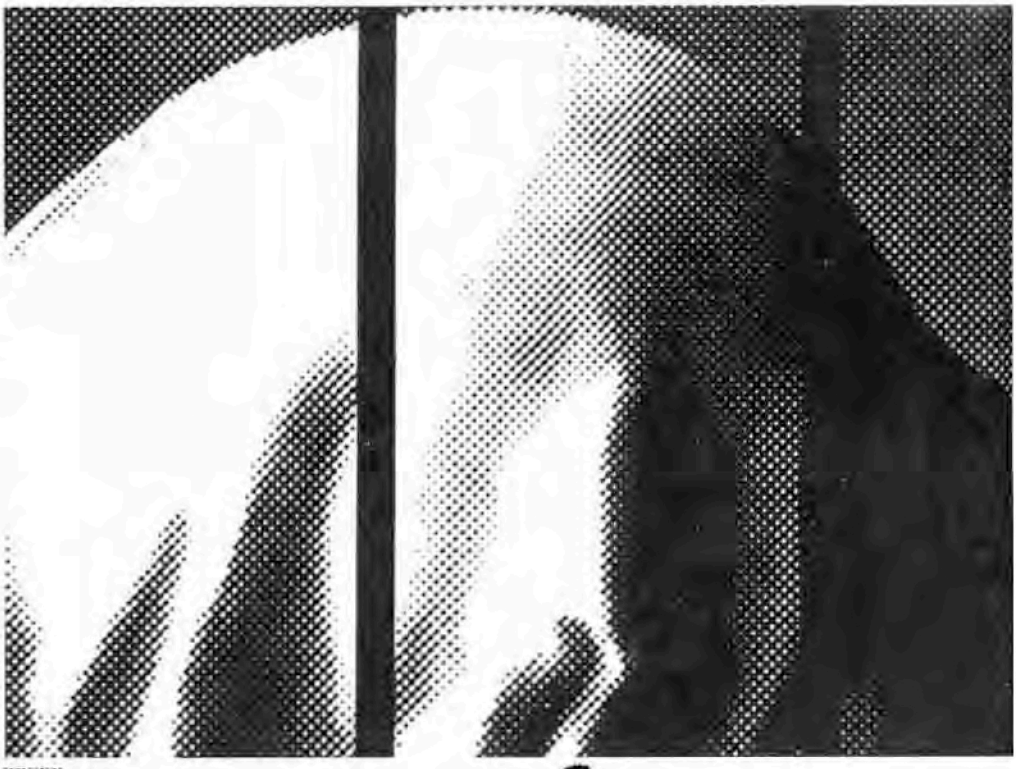
Schließlich sind die verschiedentlich formulierten Maßstäbe zur Beurteilung solcher Fälle mehr als fragwürdig. Von 'neuen' und 'ganzen' Menschen ist da die Idee; gemeint ist hier die Einbildung, die sich einige wenige von dem Idealtypus des revolutionären Subjekts machen. Das Problem ist ideengeschichtlich gesehen uralt; schon Mitte des vorigen Jahrhunderts sind Auseinandersetzungen um die philosophischen Grundrichtigungen von bürgerlichem Idealismus und dem gerade in der Entstehung befindlichen dialektischen Materialismus geführt worden. Der bürgerliche Idealismus behauptet die Priorität des menschlichen Gedankens, der Vorstellung, gegenüber der Materie. Er geht (bezogen auf diesen Sachverhalt) von den gesagten, gedachten, eingebildeten, vorgestellten Menschen aus, während der Gegenpol sich des leibhaftigen Menschen annimmt und dessen tatsächlichen Lernprozess betrachtet. Die Frage des revolutionären Bewußtseins wird von diesen 'Neo-Idealisten' als Willensentscheidung begriffen (»... sich immer wieder neu für einen revolutionären Schritt entscheiden«; ... wächst in dieser Entscheidung ... unsere revolutionäre Indentität.« usw. aus dem 'Wir sind einige'-Papier) und ein abstrakt-revolutionäres Bewußtsein als absoluter Maßstab gesetzt, ohne die konkret-realen Bedingungen der Bewegung zu berücksichtigen.

Dieser philosophische Rückfall in den bür-

Startbahn

gerlichen Idealismus des 19.Jahrhunderts ist eine politische Niederlage; das Festhalten an dieser Anschauungsweise wird diese Leute nie in die Lage versetzen, in tatsächlichen sozialen Bewegungen fortschrittlich mitzuarbeiten. Dazu gehört auch die Fähigkeit, einzusehen, daß es nicht nur Revolutionäre und Bürgerliche gibt, auf die man spuckt. Noch jede progerssive soziale Bewegung hat für viele auch deshalb politische Emanzipation bedeutet, weil sie darin die Möglichkeit hatten, einen fortschrittlichen politischen Sozialisationsprozeß durchzumachen. Die Aufgabe der bewußten Linken hierin ist es, - mit diesen, noch unbewußten Leuten soweit zu gehen, wie diese zu gehen in der Lage sind und so den Emanzipationsprozeß zu unterstützen. Das setzt jedenfalls voraus, daß auf diese Leute von Seiten der Linken zugegangen wird; hier genügt es nicht zu sagen: »Wir brauchen die möglichst offene Diskussion ...« (zitiert aus einem Flugblatt gegen Achim Bender, BI-Sprecher) und de facto sich um eine solche Auseinandersetzung herumzudrücken und jedes, aber auch jedes Angebot zur Diskussion zu ignorieren, wie es die Verfasser dieses Flugblattes getan haben. Hier kommt es tatsächlich darauf an, die selbst behaupteten Ansprüche tatsächlich auch 'mit jeder Faser' zu leben - und nicht nur auf dem Papier. **(aus ID-Rhein-Main Nr.3, Okt.88)**

Wir haben uns entschieden, diese Zusammenfassung von ca. 500 Seiten zu veröffentlichen, um uns gemeinsam auf den Prozeß vorbereiten zu können. Es ist die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft (BAW) und wir fordern euch hiermit auf, es dementsprechend zu lesen. Dies bedeutet, daß die Darstellung der Ereignisse und Fakten nicht der Realität entsprechen muß, an vielen Punkten in Frage gestellt werden wird und zu wiederlegen ist. Auch die entsprechenden Aussagen sind mit Vorsicht zu beurteilen. Jeder Mensch, der einmal als Zeuge/Beschuldigter vernommen wurde, weiß wie solche Aussagen im Protokoll zustandekommen. Die Situation, der Druck während der Vernehmung als auch der Wille der BAW, der sich in der letztendlich niedergeschriebenen Formulierung festigt, sind immer wesentliche Bestandteile der Aussagen. Die BAW versucht im Zusammenhang mit den erschossenen Polizisten den Tatvorwurf festzuschreiben und zwar als vorsätzlich begangenen und geplanten Mord und nicht etwa fahrlässige Tötung, Totschlag oder ähnliches. Einmalig und neu im Zusammenhang mit dem § 129a ist in dieser Anklageschrift der Vorwurf einer terroristischen Vereinigung mit wechselnden Personen. Hier soll anscheinend ein neues Feld des "dicken Knüppels gegen soziale Bewegungen" erschlossen und festgeschrieben werden. Insgesamt 13 Anschläge werden der sog. terroristischen (kriminellen) Vereinigung vorgeworfen, wovon anhand der Anklageschrift selbst nur zwei durch Geständnisse belegt werden: bei allen anderen werden ausnahmslos Vermutungen, Aussagen vom Hörensagen Dritter und Indizien angeführt. Viele Widersprüche sind offenbar. An dieser Stelle soll nur auf eine Punkt beispielhaft hingewisen werden: Der Leiter des Frankfurter Kommissariats 42 (politische Polizei), Tietze, war unmittelbar vor Ort außerhalb der Mauer der Startbahn-West inmitten der Geschehnisse anwesend. Er hat in der Folge die Ermittlungen maßgeblich geleitet. Trotzdem taucht er in der gesamten Anklageschrift nicht als Zeuge auf. Wir hoffen, daß die Veröffentlichung der zusammengefaßten Anklageschrift dazu beiträgt, daß jede/r in der Lage ist, bei Prozeßbeginn mit ausreichenden Kenntnissen und kritischem Bewußtsein dem Verlesen der Anklageschrift folgen zu können, ohne sich von der scheinbar in sich geschlossenen und als wahr erscheinenden Gesamtdarstellung überrumpeln zu lassen.



Zusammenfassung

Seit Mitte Juli '88 liegt die Anklageschrift gegen Menschen aus der Anti-Startbahnbewegung vor. Die folgende Abhandlung stellt die wesentlichen Punkte der Anklageschrift dar. Die Anklage gegen Andreas E., Frank H., Ingrid T., Michael K., Siegrun G., Reiner H., Ursula J. und Michael M. Dazu kommt seit Mitte August Andreas S.
Haftbefehle bestehen noch gegen alle Angeklagten sowie gegen Ingo H., dem der Raub der Waffe in Hanau angelastet wird. Nach unseren Informationen wurden die Haftbefehle von Uschi J., Siegrun G., Ina T., Michael K. und Michael M. aufgrund gemachter Aussagen durchgesetzt, die im Falle Ina T. und Michael M. nur Selbstbelastungen, in den anderen Fällen auch Belastungen anderer enthielten. Michael M. saß vom 7.12. bis 30.12.87 in U-Haft.
Die BAW plant einen großen Gesamtprozeß gegen 9 Leute, der sich in verschiedene Tatkomplexe gliedert.
Die Tatvorwürfe sind: Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen bzw. einer terroristischen Vereinigung gemäß §§ 129 und 129a StGB. Gegen Andreas E. und Frank H. wird der Vorwurf des Mordes bzw. des Mordversuchs an Polizisten erhoben. Die anderen konkreten Tatvorwürfe werden wechselnden Personengruppen unter den Angeklagten gemacht:
— Brandanschlag auf das Gebäude der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke 10.6.86
— Strommastansschlag bei Mörfelden/Walldorf 20.6.86
— Strommastanschlag bei Hasselroth 9.7.86
— Strommastanschlag bei Offenthal 26.8.86
— Brandanschlag auf einen Bagger der Firma Heilit & Wörner bei der Startbahn-West 30.8.86
— Raub einer Polizeiwaffe auf der Anti-AKW-Demo in Hanau 8.11.86
— Überfall auf ein Wahllokal in Mörfelden/Walldorf 21.7.87
— Brandanschlag auf die Firma Hochtief in Mörfelden/Walldorf 11.4.87
— Brandanschlag auf ein Umspannwerk der RWE bei Kelsterbach 17.6.87
— Brandanschlag auf die Dresdner-Bank-Filiale in Frankfurt/Bornheim 20.6.87
— Strommastanschlag bei Mörfelden/Wall-

der Anklageschrift

dorf 29.8.87
— Brandanschlag auf ein Umspannwerk bei Wackersdorf 18.9.87
— Brandanschlag auf ein Umspannwerk der Kraftwerke-Mainz-Wiesbaden bei Rüsselsheim 10.10.87
Mit eingebunden in das Verfahren ist die Festnahme von Andreas E. und Michael K. in Kehl am 9.10.86. Bei den Sabotageaktionen entstanden laut BAW Sachschäden in Höhe von ca. 2,8 Mio DM.

Tatvorwurf kriminelle bzw. terroristische Vereinigung

Die unterschiedlichen Anklagen resultieren aus einer Veränderung des Strafrechts am 1.1.87. Damals wurde der Straftatenkatalog des § 129a erweitert. Das Umlegen von Strommasten vor dem 1.1.87 fällt unter § 129 (kriminelle Vereinigung), ab diesem Datum kann hierfür der § 129a (terroristische Vereinigung) angewendet werden. Die Anklageschrift beschreibt die Vereinigung wie folgt:
Spätestens im Juni '86 habe sich um Andreas E. eine terroristische Vereinigung gebildet, deren Ziel es gewesen sein soll, gegen die Startbahn-West und die Atomstromindustrie vorzugehen mit dem weiteren Ziel, die bestehende Gesellschaftsordnung der BRD mit Gewalt zu beseitigen. Die BAW bringt bei ihrer Einordnung der Vereinigung die "Autonomen-Scene" und die "Revolutionären Zellen" (RZ) ins Spiel. "Belegt" wird diese Behauptung z.B. mit dem Fund eines RZ-Handbuches bei 4 Angeklagten, aber auch mit dem Gespräch westdeutscher Autonomer im Spiegel Nr. 36 vom 1.9.86.
Hauptindiz der BAW für das Konstrukt Vereinigung ist ein Bankschließfach von Andreas E. mit folgendem Inhalt:
— Fotokopierte Bekennerschreiben zu 10 Sabotageaktionen, die stattgefunden haben.
— Eine ausführliche und geordnete Pressedokumentation zu 12 Sabotageaktionen.
— Ein Bekennerschreiben zu einem Anschlag auf die Philip Holzmann AG in Frankfurt am 1.11.87, der nicht stattgefunden hat.
— Diverse Schriften und Zeitschriften ("Feuer und Flamme", "Guerilla Diffusa", "Radikal").
— Als weiteres Indiz wird ein Testament von Andreas E. angeführt, in dem er u.a. alle Angeklagten außer Frank H. und Reiner H. bedacht hat. Laut BAW stellt dieses Testament ein Mitgliedsverzeichnis der Vereinigung dar und bedauert, daß drei weitere bedachte Personen nicht der Beteiligung an Anschlägen überführt werden könnten.
Die Struktur der Vereinigung wird folgendermaßen dargestellt: Rädelsführer Andreas E. Darüberhinaus 3 weitere Personen als "Hauptmitglieder" und die restlichen 4 Personen für 1986 als "einfach Mitglieder" bzw. Mitglieder einer kriminellen Vereinigung, die die terroristische Vereinigung unterstützt hat. Laut BAW habe der Angeklagte Michael K. Frank H. und Reiner H. als die Haupttäter neben Andreas E. bezeichnet.

Tatvorwurf Sabotageaktionen

Andreas E. hat hierzu keine Aussagen gemacht. Es liegen Geständnisse von einigen Angeklagten vor zu Strommastanschlägen (Hasselroth 9.7.86 und Offenthal 26.8.86). In der Anklageschrift wird nicht im einzelnen erläutert, welche Geständnisse Selbstbelastungen und Belastungen anderer enthalten. Klar ist jedoch, daß Michael K. sich und andere schwer belastet hat wie bei der "Haupttäter"-Aussage oder auch z.B. die Belastung von Andreas E., Reiner H. und Frank H. zum Strommastanschlag in Mörfelden/Walldorf 20.6.86. Auch die Hinweise zum Brandanschlag auf die Dresdner Bank stammen von Michael K.
Die Geständnisse — laut BAW — der Angeklagten Siegrun G., Michael K. und Ingrid T. zum Strommastanschlag bei Hasselroth 9.7.86 liefern angeblich den Hinweis für die Teilnahme der anderen Angeklagten (siehe Vorwort). Die Geständnisse — laut BAW — der Angeklagten Siegrun G., Michael M., Ursula J. und Ingrid T. zum Strommastanschlag bei Offenthal 26.8.86 liefern angeblich den Hinweis für die Beteiligung 3 anderer Angeklagter (siehe Vorwort). Auch wird von der BAW der Zusammenhang mit den schweren Brandverletzungen der Ursula J. hergestellt. Hier führt die BAW als Indiz den Fund von Kunststoffteilen in Tatortnähe an, die vom Blinkerglas des PKW der Angeklagten Ursula J. stammen sollen.
Aber auch Michael K. und der Zeuge Baldur O. haben, ohne selbst beteiligt gewesen zu sein, ausgesagt, daß Angeklagte ihnen Tatbeteiligungen bei anderen Aktionen gestanden hätten. Die spätere Rücknahme der Aussagen von Baldur O. wird von der BAW als nicht glaubwürdig bezeichnet.

Tatvorwurf Mord und versuchter Mord

Beschuldigt werden Anreas E. und Frank H. Die terroristische Vereinigung wird in diesem Zusammenhang nicht angeführt. Beide sollen entsprechend einem Tatplan gemeinsam, bewußt und gewollt Polizisten beschossen, verletzt und getötet haben. Frank H. sei laut BAW der theoretische Kopf gewesen. Begründet wird dies mit dem Fund eines Papiers, das immer nur in Auszügen durch die breitere Öffentlichkeit geisterte. Da es innerhalb der Scene schon vor längerer zeit komplett veröffentlicht wurde, wiederholen wir es deshalb hier im Wortlaut:
"Die Aktionen von uns können nicht zum Erfolg führen, weil wir zu wenige sind, die bereit wären, die Startbahn mit Bomben zu zerstören und uns auf dem Gelände festzusetzen. Nachdem uns die Landesregierung mit dem Volksbegehren eine friedliche Lösung des Konflikts versperrt hat, bleibt uns nur noch der gewaltsame praktische Kampf. Wir haben mit dem Volksbegehren eine friedliche Lösung des Konflikts gewollt im Gegensatz zur Landesregierung, die die Startbahn militärisch und undemokratisch

Startbahn

durchgesetzt hat. Jetzt liegt es an der Landesregierung, den nächsten Schritt zu tun.
In unserem gewaltsamen Kampf können wir die Startbahn nur verhindern, wenn wir befreite Gebiete einrichten und uns dort festsetzen. Diese befreiten Gebiete können nur mit einer Masse von Menschen gehalten werden, die sie militärisch verteidigt. Dies bedeutet den bewaffneten Kampf, weil die Bullen, der Bund und die Amis schießend gegen uns vorgehen werden, wenn es zu befreiten Gebieten kommen sollte. Dies ist in einer Vorstufe schon geschehen als die Bullen erst verjagt wurden und dann zu mehreren ihre Pistolen zogen und genau auf die Menschen zielten. Die ganzen Aktionen, die seit Sommer 1982 sonntags und unter der Woche kontinuierlich laufen, sind mit höchstens 10 Leuten passiert. Für mich handelt es sich dabei nur um Störaktionen und Racheakte, die die Startbahn nicht beseitigen werden. Allerdings verursachen diese Aktionen einen hohen politischen Preis für die Herrschenden, der Auswirkungen auf andere in Planung gewesene Projekte hatte. Beispielsweise wurde der Block C in Biblis, die Ernstbachtalsperre (ist aber noch in Planung) und die WAA in Frankenberg der zu erwartenden Parallelen zum Startbahnwiderstand nicht weiterverfolgt.
Ist es eventuell möglich, die Startbahn zum Kippen zu bringen, wenn wir den Kampf mit Mollis und Stahlkugeln verstärken und Bullen töten, um den politischen Preis für die Herrschenden so in die Höhe zu treiben, daß sie uns hören und neue Verhandlungen eingehen?"
Drei Zeugen, darunter Baldur O., haben ausgesagt, daß Frank H. sich öfter in Personengruppen aufgehalten habe, die an der Startbahn-West mit Stahlkugelschleudern und Mollis gegen Polizisten vorgegangen seien. Frank selbst habe auch geworfen.
Laut BAW habe sich Andreas E. die Auffassungen Frank H.s vom bewaffneten Kampf bis hin zur Tötung von Polizisten zu eigen gemacht. Als Beweis hierfür wird ausgerechnet die Lautsprecheraktion vor dem Knast und Preungesheim am 10.3.88 angeführt. Der bereits in vollem Wortlaut bekannte Text enthält unter anderem folgende Passage:
"Du bist aus Zusammenhängen herausgerissen worden, die jetzt nicht mehr Verantwortung übernehmen, als ihr vorher gemeinsam entwickelt habt, und du weißt, daß genau diese Auseinandersetzung lange vor dem 2.11. begonnen hat und daß dich diese Kritik entweder nicht erreicht oder dir nichts bedeutet hat."
Die BAW folgert daraus, daß bei Andreas E. die schon seit Jahren vorhandene Einstellung zu militanten Aktionen bei ihm zu einer Bereitschaft geführt habe, im bewaffneten Kampf auch Polizisten zu töten. Drei Zeugen, darunter Baldur O., sagten über Andreas E. aus, auch er habe schon früher mit Mollis geworfen, Stahlkugeln oder Leuchtkugeln geschossen und wäre häufig dabei einer der ersten gewesen.

Die Tatwaffe

Am 8.11.86 wurde in Hanau bei einer Demo einem Zivilfahnder eine Pistole Marke SIG-SAUR entwendet. Andreas E. behauptet, daß ihm Frank H. erzählt habe, Ingo H. und Mark S. seien es gewesen. Baldur O. behauptet, daß Frank H. erzählt habe, er selbst (Frank H.) und Andreas E. seien mit in der Gruppe gewesen. Michael K. behauptet, am Tage der Demo haben Leute um Andreas E. die Waffe in der Gaststätte Brückenkopf in Hanau gehabt. Andreas S. habe die Waffe ab Januar '87 verwahrt.
Als weitere Beweise werden von der BAW angeführt: In Anreas E.s Wohnung ein sichergestelltes Exemplar eines Waffenmagazins, in dem der Aufbau und die Funktion der SIG-SAUR-Pistole beschrieben wird. Andreas E. sagte aus, er habe mit Frank H. wenige Tage vor dem 2.11.87 in einem Waldstück in der Nähe von Waldorf ein Übungsschießen durchgeführt. Bei einem Ortstermin wurden leere Patronenhülsen und Projektile am angegebenen Ort gefunden, die der Hanauer Waffe zugeordnet werden.

Ablauf der Tat

Die BAW schildert den Ablauf der Demo. In deren Verlauf soll Andreas E., laut Aussage der Zeugin Marie Luise S. gesagt haben, daß die Leute auf eigene Gefahr rausgingen, da für nichts garantiert werden könnte. Der Tatzeitpunkt wird von der BAW auf 21 Uhr festgelegt. Die Teilnehmer der Demo flüchten vor Polizisten über eine Notbrücke auf die andere Seite des Gundbaches. Über Megafon soll angeblich der Befehl: "Scharfschützen Feuer" erteilt worden sein. Daraufhin sollen die Polizisten mit Stahlkugeln, Leuchtkugeln und einer Pistole beschossen worden sein. Die Schützen haben auf der anderen Seite des Baches gestanden. E. und H. sollen abwechselnd 14 Schüsse auf die Beamten abgegeben und dabei mehrmals den Standort gewechselt haben. Als Beleg dienen die Einlassungen von Andreas E. und die Angaben mehrerer Zeugen, die zumindest eine Person gesehen haben wollen, die mit einer Waffe geschossen habe, bei der keine Leuchtmunition zu sehen war. 14 Patronenhülsen wurden am 5. und 6.11.87 dort gefunden, die ebenso wie die Geschosse (die zur Verletzung und Tötung der Polizisten geführt haben) der Hanauer Waffe zugeordnet werden.

PHK Eichhöfer sei aus ca. 516 m, PM Schwalm sei aus 85 m, drei weitere Polizisten sollen aus 117 m, 142 m und 159 m Entfernung getroffen worden sein. Der Obduktionsbericht über die beiden Leichen geht allerdings davon aus, daß die Geschosse mit etwa der gleichen Energie aufgetroffen sein müssen. Die in der TAZ geäußerten Widersprüchlichkeiten werden von der BAW dadurch "erklärt", daß durch den tieferen Standort des Schützen am Bachabhang eine Erhöhung des Schußabgabewinkels von nur 2 Grad ausreiche, um die entsprechend weitere Flugbahn zu bewirken. Somit könne von einem versehentlichen Zu-hoch-Zielen ausgegangen werden. Die Angeklagten hätten die Tötung weiter entfernt stehender Polizisten als Möglichkeit vorausgesehen und billigend in Kauf genommen.
Als weitere belastende Indizien führt die BAW noch ein Telefongespräch an, das Andreas E. als Angerufener und Andreas S. als Anrufer in der Nacht vom 2. auf den 3.11.87 um 1.43 Uhr geführt haben. Hier wurde dem Anreas E. mitgeteilt, daß zwei Polizisten erschossen worden sein sollen, worauf er kaum reagiert habe und sich lediglich für den Anruf bedankt.
Die schwerwiegendsten Indizien sind folgende bei Andreas E. gefundene Dinge:
— Die Hanauer Waffe mit eingeführtem Magazin.
— Zwei passende leere Magazine.
— Sichergestellte Handschuhe, Pullover und Jacke weisen Schmauchspuren von zwei verschiedenen Munitionstypen auf. Eine davon wird mindestens der Art zugeordnet, die sowohl beim Probeschießen als auch beim Tötungsdelikt verwendet worden sein soll.
Baldur O. behauptet, Frank H. habe ihm auf dem Rückweg von der Demo bestätigt, daß er die Person gewesen sei, die Baldur am Gundbach habe schießen sehen. Auch habe er sich alles durchdacht und die Waffe sei in Sicherheit. Auch an sichergestellten Handschuhen aus Frank H.s Wohnung seien besagte Schmauchspuren festgestellt worden.
Das Aussageverhalten von Andreas E. wird von der BAW geschildert: Am 3.11.87 habe er gesagt, er habe selbst geschossen. Am 4.11. habe er dies noch einmal bestätigt. Bei der anschließenden richterlichen Vernehmung habe er es dann bestritten und relativiert (Leuchtkugeln). Auch habe er am 4.11. behauptet, die Waffe von Frank H. erhalten zu haben. In der Aussage vom 26.1.88 habe er auch zugegeben, die Hanauer Waffe bereits vor dem 2.11.87 vorübergehend aufbewahrt zu haben. Frank H. habe das Waffenmagazin haben wollen, um zu wissen, wie man mit der Waffe umgehen muß. In dieser Aussage vom 26.1.88 wurden auch Mark S. und Ingo H. von ihm belastet und seine Beteiligung am Probeschießen eingeräumt. Am 2.5.88 zog Andreas E. diese Aussage zurück, ausdrücklich, wie in der TAZ zu lesen war: "Auch wenn einzelne Passagen richtig sein mögen..."
Laut BAW ist die Rücknahme dieser Aussage lediglich eine Reaktion auf die Verräterdiskussion in der Scene und unterstellt, daß er sich offenhalten wolle, welche Teile er aufrechterhalten wolle und welche nicht. Die BAW weist darauf hin, daß er seine Teilnahme am Übungsschießen erst eingeräumt habe, nachdem man ihm die Schmauchspuren an seiner Kleidung vorgehalten habe. Am 22.11. habe er noch einen Handschuh mit Schmauchspuren dem Frank H. zugeordnet.

BI-Info Nr.21

BI Gegen die Flughafenerweiterung

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermachte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren konnen, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstutzung einer Parteizeitung ein wichtiges Stuck Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grunen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich uber Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.- monatlich (Kundigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljahrlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____ _____

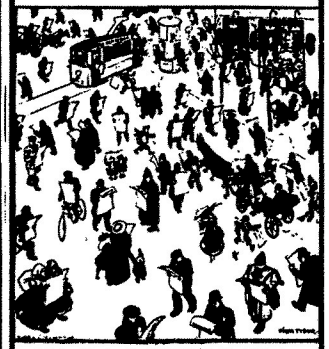
Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

graswurzel revolution

Unser Ziel:



EinwohnerInnenschaft gleich LeserInnenschaft!

GWR 127/Oktober 88: Birma – die unbekannte Rebellion / Herbstmanöverstörungen / Anti-IWF-Aktionen: Einschätzung / Gewaltfreie Revolution / Befreiung von Geschlechterrollen / Platzbesetzung in Lahr / Massenaktionen gegen Atomtests in USA / Landbesetzungen in Brasilien / Willi Eichler (1926) über die (Un-)Kultur der Schlachthäuser / Anti-AKW-Bewegung in Indien.

Bezug: GWR, Schillerstr.28, 69 Heidelberg; (Schnupper-Abo 5 Ausgaben: 10 DM-Schein; Abo 10 Ausgaben: 20 DM auf PSK Hamburg: 26657-207)

Sondernummern zu je 6 DM:
Soziale Verteidigung
Sozialgeschichte des Antimilitarismus
Widerstand gegen die Wehrpflicht
Alternative Ökonomie

Umwelt informationen für Niedersachsen

Aktuelles zur Umweltpolitik

diesmal:

ÖPNV im ländlichen Raum
in einer gewaltigen
Schieflage

Die U I N Nr. 21 zieht nicht nur eine kritische Bilanz zum ÖPNV in der Fläche, sondern zeigt in einer umfangreichen Materialiensammlung

* Kooperationsformen von Verkehrsunternehmen

* Organisationsmodelle von Verkehrsgemeinschaften

* unkonventionelle Bedienungsformen

auf.

Die Veröffentlichung ist erschienen als

U I N Nr. 21

und für DM 7,90 erhältlich(zzgl. Versandkosten).

****

Die U I N gibt es im Abo für DM 24,00 portofrei für 4 Nummern.

Herausgeber und Bezug:
Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V.
Alleestr. 1 · 3000 Hannover 1
Telefon: 0511-700977

und DDR
LATEINAMERIKA

118 Sept. 88

Gert Eisenbürger
Diplomatie und Solidarität
Schwerpunkte des Lateinamerika-Engagements der DDR

Hans-Joachim Spanger
Ernüchternde Bilanz
Auch die DDR-Entwicklungspolitik zeitigt wenig Erfolge

Adele Schmidt
Der kleine „Globalproletarier"
Entwicklungstheoretische Diskussion in der DDR

Beate Rüther
Mathematik und Sexualerziehung
Kooperation Kuba-DDR im Bildungs- und Ausbildungsbereich

Juanita Vargas
„Nicht über sich selbst entscheiden dürfen"
Exil in der DDR

Solidarität vor Ort
DDR-Projekte in Nicaragua

Hans-Georg Koll
Ähnliche Schwerpunkte wie bei uns
Die „Zweidrittel-Welt"-Solidaritätsbewegung in der DDR

B. Kant
Keine Vermarktung des Elends
Lateinamerika in den Medien der DDR

Hermann Herlinghaus jr.
Wachsendes Interesse
Lateinamerikanische Literatur in der DDR

Enrique Buenaventura
Der Einfluß von Brecht in Lateinamerika

Tina Jerman
„Und weil der Mensch ein Mensch ist ..."
18. Festival des politischen Liedes, Berlin '88

Brücke sein zwischen den Kulturen
Interview mit der Publizistin Christiane Barckhausen

Einzelpreis DM 3,50 ● Jahresabo DM 35,-

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

Esquipulas

Frieden für Zentralamerika?

NEU!

Instituto Historico Centroamericano Mittelamerika zwischen Krieg und Frieden – Das Wechselspiel zwischen den Regierungen, den Völkern und dem Imperium.
Sonderausgabe der Zeitschrift Envio, Edition Nahua, Managua/Wuppertal 1988, ca. 100 Seiten, ca. 14,80 Best.-Nr. 202

Länderberichte zu Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica. In den einzelnen Länderberichten wird versucht, die unterschiedlichen Ausgangssituationen und die Kräfteverhältnisse zu analysieren. So ergibt sich ein genaues Bild über die Chancen eines Friedensprozesses in Mittelamerika, der in den Verträgen von Esquipulas II, die die fünf mittelamerikanischen Präsidenten am 7. August 87 unterzeichneten, eingeleitet wurde.

HINTERGRUND

Kriegsregion Zentralamerika-Costa Rica – El Salvador – Guatemala – Honduras – Nicaragua.
Edition Nahua, Wuppertal 1985, 148 Seiten, DM 16.-, Best.-Nr. 169

Joseph Collins u.a.
Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert? Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua
Edition Nahua, Wuppertal 1986, 232 Seiten, DM 24,80, Best.-Nr. 172

Wulf Driessler u.a.
Garnison Honduras – ein bitterarmes Land im Griff des Pentagon
Edition Nahua, Wuppertal, April 1987, 216 Seiten, DM 32,80, Best.-Nr. 171

Jochen Hippler (Red.)
Das Modell El Salvador
Hrsg.: Informationsstelle El Salvador e.V., Edition Nahua, Wuppertal 1987, 128 Seiten, DM 16,80, Best.-Nr. 170

Zu beziehen über den linken Buchhandel oder direkt bei:

Edition Nahua

Postfach 101320 · 5600 Wuppertal 1
Fordern Sie auch unser ausführliches Gesamtverzeichnis an (über 150 Titel!)

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.29:
★ **Anti-IWF-Kampagne** von Jutta Hackland
★ **Shell-Boykott** von der Antifa Gruppe Nijmegen
★ **Revolution und Putsch in Birma** von Wolfgang Haug
★ **Kubat-Dreieck** von Ralf G. Landmesser
★ **Filmkritik** von Herby Sachs
★ **Medizinkritk** von Ulli Mamat
★ **Interview mit Michel Foucault zu Machtbeziehungen (1984)**
★ **Ökonomie und Herrschaft** von Luciano Lanza
★ **Mythos Kibbuzim** von Syma Popper
Story: Was passierte wirklich beim **Stromausfall**? (New York in den 60er Jahren)
Diskussion: **Vergewaltigung** (SRKK-Artikel contra Pulverfass-Frauen)
Außerdem: Berichte von Veranstaltungen, Nachrufe, Anarcho-Szenenachrichten (CNT, Flora, Libertäre Zentren), Strobl/Penselin, WRI-Kongreß, Anarchisten in der DDR , Rezensionen, LeserInnenbriefe etc.

Einzelnummer: 6.-DM
Sondernr. Feminismus: 6.-DM
Sondernummer ARBEIT: 5.-DM
Förderabo (8Nrn.): 50.-DM
Sondernr. SF-0 bis 12: 10.-DM

★

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
Tel. 07033/44273

ATOM TRANSPORTE

STOP

Helft mit, Atomtransporte zu verhindern ... meldet was wichtig ist: Ort, Datum, Zeit, Transportfirma, Absender & Adressat ... beteiligt Euch an Aktionen und ruft an ... bei der Telefon Nr. :

Collection Labadie foundation
www.laka.org
Digitized 2016